



Schwerpunkt:

Wahlverdrossenheit

Bericht zur sozialen Lage > 2009

Schwerpunkt:
Wahlverdrossenheit

Herausgeber	Arbeitnehmerkammer Bremen Bürgerstraße 1 28195 Bremen Telefon 0421-36301-0 Telefax 0421-36301-89 Info@arbeitnehmerkammer.de www.arbeitnehmerkammer.de
Verfasser/innen	Elke Heyduck, Iris Krimmel, Ralf Lorenzen, Lothar Probst, Volker Pusch, Karl Schlichting, Paul M. Schröder
Redaktion	Elke Heyduck, Martina Kedenburg, Volker Pusch, Peer Rosenthal
Gestaltung	Designbüro Möhlenkamp, Marlis Schuldt, Jörg Möhlenkamp
Fotos	Kay Michalak
Druck	müllerDITZEN, Bremerhaven
	Abgeschlossen im November 2009

Volker Pusch, Elke Heyduck / Arbeitnehmerkammer Bremen

1 Wahlverdrossenheit: Soziale Spaltung gefährdet die politische Gleichheit 4

Ralf Lorenzen / Soziologe, freier Journalist

2 »Da hätte ich auch würfeln können« 16

Zur Wahlverdrossenheit ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung

- 2.1 Vom Sozi zum Falschwähler
- 2.2 Späte Wahl
- 2.3 Arbeitslos im Osten und Westen
- 2.4 Handwerker-Ehre
- 2.5 Zusammenfassung

Karl Schlichting / Statistisches Landesamt Bremen

3 Wahlverhalten in der Stadt Bremen nach ausgewählten Gebietstypen 46

- 3.1 Stimmenthaltung in der Wahlforschung
- 3.2 Gebietstypenbildung und Wahlverhalten
- 3.3 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe (Zweitstimmen) in den Gebietstypen
- 3.4 Fazit

Iris Krimmel, Lothar Probst / Universität Bremen

4 Armut und Wahlbeteiligung 64

- 4.1 Einleitung
- 4.2 Wahlbeteiligung – ein Gradmesser für politische Legitimität und Stabilität?
- 4.3 Erklärungsansätze und Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung
 - 4.3.1 Das rationale Modell der Wahlbeteiligung
 - 4.3.2 Soziologische Betrachtung der Wahlbeteiligung – individuelle Merkmale
 - 4.3.3 Das Ressourcenmodell
 - 4.3.4 Der Einfluss ökonomischer Faktoren auf die Wahlbeteiligung
- 4.4 Politische Schlussfolgerungen

Paul M. Schröder / Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung

5 Zahlen, Daten, Fakten zur Armut im Lande Bremen 80

Arbeitslosengeld II (SGB II) nach Altersgruppen, in Bedarfsgemeinschaften, im Verhältnis zur Arbeitslosenquote und im Städtevergleich

Kinder und andere nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige und SGB-II-Bedarfsgemeinschaften

Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Empfänger/innen nach Stadt- und Ortsteilen

SGB-II-Bedarfsgemeinschaften: Ausgaben für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Bund und Kommunen) pro Monat

Vergleich der zeitnahen und der revidierten Daten zum Arbeitslosengeld II



Volker Pusch, Elke Heyduck | Arbeitnehmerkammer Bremen

1 Wahlverdrossenheit: Soziale Spaltung gefährdet die politische Gleichheit

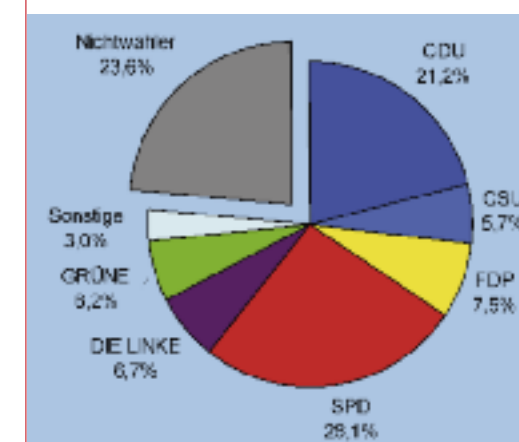
Freie Wahlen auf der einen Seite und die interessengeleitete Mitarbeit in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, sozialen Bewegungen und Initiativen unterschiedlicher politischer, sozialer oder kultureller Ausrichtung auf der anderen Seite, sind Kernstücke der modernen Demokratie. Sie zeichnen sie vor allen anderen Staatsformen aus. Mit anderen Worten: Im bundesdeutschen Föderalismus wird nicht einfach ›durchregiert‹, sondern die Wahlberechtigten erteilen einer bestimmten politischen Partei oder einer Parteienkonstellation den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte. Die auf diese Weise Legitimierten berufen sich daher zu Recht auf den Willen derjenigen, denen sie ihre ›Vollmacht‹ für allgemein verbindliche politische Entscheidungen zu verdanken haben.

Damit aber nicht genug: Die Möglichkeit der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist keinesfalls auf den Wahlakt beschränkt. Für die politische Teilhabe, also die interessengeleitete Einflussnahme auf die Ausgestaltung des sozialen Gemeinwesens im Großen wie im Kleinen, stehen den Bürgerin-

nen und Bürgern – von der Stadtteilebene bis hin zu den großen Zukunftsfragen der Globalisierung – neben Parteien und Gewerkschaften eine Fülle von Organisationen, Foren und Initiativen offen, in denen nahezu jedes Lebensinteresse aufgehoben ist. ›Mündige‹ Bürgerinnen und Bürger, sollte man meinen, finden längst ein lebendiges, vielfältiges Angebot vor, um gestaltend auf ihre Lebenswirklichkeit Einfluss zu nehmen.

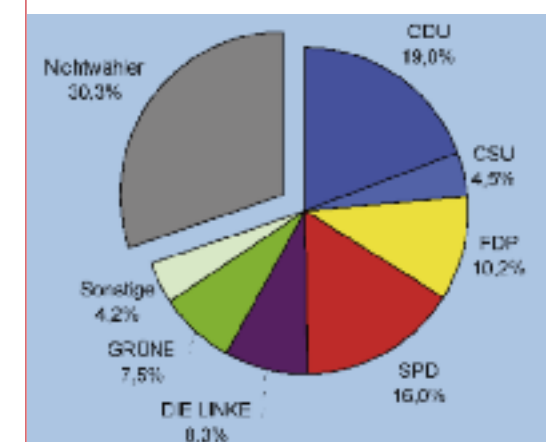
Soweit die Theorie. Blamiert wird sie leider durch die Praxis. Ein Blick auf die Resultate der Bundestagswahl vom 27. September 2009 zeigt dies mehr als deutlich: Mit rund 70 Prozent Wahlbeteiligung mauserte sich die Gruppe der Wahlberechtigten, die offensichtlich keinen Grund mehr sahen, ihre Stimme ausgewählten Parteien oder Kandidaten zu geben, zur inzwischen größten Gruppe des bundesdeutschen Wahlvolks. Mehr als 7 Prozent hat diese Gruppe seit 2005 zugelegt. Wären die ›Nichtwähler‹ im Berliner Bundestag vertreten, man müsste ihnen inzwischen noch vor CDU/CSU und SPD den größten Platz im Plenarsaal freiräumen.

Abbildung 1: Ergebnis der Bundestagswahlen 2005 mit Berücksichtigung der Nichtwähler (einschließlich ungültige Stimmen)



Datenquelle: Vorläufiges amtliches Ergebnis der Bundestagswahl, Bundeswahlleiter vom 28.09.2009 © Dr. Rudolf Martens / Paritätische Forschungsstelle, Berlin-09/2009

Abbildung 2: Ergebnis der Bundestagswahlen 2009 mit Berücksichtigung der Nichtwähler (einschließlich ungültige Stimmen)



Datenquelle: Vorläufiges amtliches Ergebnis der Bundestagswahl, Bundeswahlleiter vom 28.09.2009 © Dr. Rudolf Martens / Paritätische Forschungsstelle, Berlin-09/2009

In ›echten‹ Zahlen wird die Dimension bewusster: Mehr als 18 Millionen Bundesbürger bleiben bei der Bundestagswahl 2009 zu Hause. Im Vergleich zu 2005 waren dies noch einmal über vier Millionen mehr.

Ähnlich sieht die Lage an der Weser aus: Im Land Bremen lag die Wahlbeteiligung bei 70,23 Prozent (Bremen-Stadt: 71,33 Prozent; Bremerhaven: 65,1 Prozent). Das Land liegt damit auf einem der letzten Plätze im bundesdeutschen Vergleich. Zudem spitzt sich ein seit Langem bestehender Trend zu: Während in den klassisch bürgerlich geprägten Stadtteilen, in denen Menschen mit hohem sozialen Prestige leben, Wahlbeteiligungen von über 80 Prozent (Schwachhausen: 83,82 Prozent) durchaus üblich sind, sackt die Beteiligung in Stadtteilen, in denen nur geringe materielle und soziale Sicherheit besteht, auf nahezu 50 Prozent ab (Tenever: 52,7 Prozent).

Die Wahlforschung weist auf diese Entwicklung seit Jahren hin – sie hat darauf diverse Theorien gegründet (siehe den Beitrag von Prof. Lothar Probst und Iris Krimmel in diesem Bericht). Die aus unserer Sicht zynischste spricht von der sogenannten ›Elitedemokratie‹. Sie geht in etwa so: Es wählen diejenigen, deren Lebensumstände eine Auseinandersetzung mit (Partei-)Politik zulassen und die über den nötigen Verstand verfügen. Die anderen werden irgendwie mitregiert, es wird schon nicht zu ihrem Schaden sein. Eine solche Theorie entledigt sich nicht zuletzt der wissenschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Verpflichtung, genau hinzuschauen, wer warum nicht zur Wahl geht.

Es gibt insbesondere in den deutschen Stadtgesellschaften Gruppen, die die Teilnahme an politischen Prozessen aus grundsätzlichen Überzeugungen (zum Beispiel aus religiösen Motiven) ablehnen; auch gibt es sogenannte ›aktive Nichtwählerinnen und -wähler‹, die bewusst ungültig wählen, um ihre Unzufriedenheit zu dokumentieren und schließlich ist immer auch mit ›konjunkturellen Verweigerern‹ zu rechnen, die von Fall zu Fall entscheiden, ob sie ihre Stimme abgeben oder nicht. Die eigentliche, anwachsende Gruppe der Nichtwähler aber wird gestellt durch diejenigen,

- ▶ die nur über eine geringe schulische und berufliche Formalqualifikation verfügen,
- ▶ die bereits Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und gesellschaftlichem Abstieg gemacht haben,
- ▶ die mit oft geringster beruflicher Sicherheit und in der Folge mit erheblicher finanzieller Unsicherheit leben müssen,
- ▶ die mithin über ein sehr niedriges Haushaltsnettoeinkommen verfügen, auf staatliche Transfers angewiesen sind,
- ▶ die kaum auf finanzielle Rücklagen, geschweige den auf Wohneigentum zurückgreifen können,
- ▶ die nur wenig auf familiäre Unterstützung hoffen können und
- ▶ die schließlich häufig in überschuldeten Haushalten leben müssen.

In dieser Gruppe, in denen Zukunftssorgen das Leben überschatten und die häufig eine massive ›Verlierermentalität‹ ausprägen, befinden sich zudem viele Menschen mit migrantischem Lebenshintergrund, die unzureichend in die Stadtgesellschaft integriert sind.¹

Mit dem Widerspruch, dass gerade diejenigen sich zurückziehen, die das stärkste Motiv hätten, ihre unbefriedigende soziale Lage zum Thema zu machen, will sich unser diesjähriger Bericht zur sozialen Lage auseinandersetzen. Wir haben dafür Menschen unterschiedlicher Profession gebeten, die Situation im Stadtstaat Bremen zu untersuchen und zu erklären:

Ralf Lorenzen, Soziologe, freier Journalist, führte qualitative Interviews mit ›typischen‹ Bremerinnen und Bremern aus soziokulturell unterschiedlich strukturierten bremischen Stadtteilen.

Karl Schlichting, Kreiswahlleiter und Leiter der Abteilung 2 (Bevölkerung und Staat) im Statistischen Landesamt Bremen, analysiert das Wahlverhalten in bremischen Ortsteilen, die einen hohen Anteil an sozial und materiell benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern aufweisen.

¹ Vgl. hierzu: Hans Böckler Stiftung: Gewerkschaftsmitglieder und Nichtwähler ›neuen Typs‹. Wahlverhalten und Nichtwahlmotive von Gewerkschaftsmitgliedern in Zeiten der Großen Koalition, Juni 2009.

Iris Krimmel, Mitarbeiterin des Instituts für Interkulturelle und Internationale Studien (Fachbereich 8) an der Universität Bremen und **Professor Dr. Lothar Probst**, Leiter des Instituts, bereiten das Thema Wahlbeteiligung und den Zusammenhang mit Armut theoretisch auf.

Der Beitrag von **Paul M. Schröder** schließlich, Leiter des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, liefert aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Armutsentwicklung im Bundesland Bremen, die die sachliche Grundlage für unseren Bericht liefern.

Noch eine Vorbemerkung: Es ist nicht Zweck dieser Veröffentlichung, den ›moralischen Zeigefinger‹ gegenüber all denen zu heben, die der demokratischen Wahl und den vielfältigen Formen der politischen Teilhabe sowie der Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens reserviert gegenüberstehen. Vielmehr gehen wir davon aus, dass diejenigen, die sich von derartigen Aktivitäten zurück-

ziehen, Gründe dafür haben. Auch wenn der politische Rückzug aus unserer Sicht im Widerspruch zu der Notwendigkeit steht, mutig für Interessen einzustehen, wollen wir keine ›Nichtwählerschelte‹ betreiben. Uns geht es darum, die Gründe für politische Enthaltensamkeit zu verstehen und – möglicherweise – Anhaltspunkte zu finden, wie man der wachsenden Gruppe der sozial und materiell Benachteiligten wieder Zugänge zur politischen (Mit-)Arbeit schaffen kann, die für sie einsichtig und nutzbringend sind.

Armut und Wahlenthaltung: Bremen führt den Westen an

Der Zusammenhang von Armut und Wahlenthaltung ist inzwischen gut untersucht und dokumentiert – wenn auch in der Öffentlichkeit, gemessen an seiner Bedeutung, wenig diskutiert. Nach einer Untersuchung der Paritätischen Forschungsstelle (Berlin) verbergen sich hinter dem Durchschnittswert von

Abbildung 3: Nichtwähler (mit ungültigen Stimmen) in den Bundesländern bei der Bundestagswahl 2009 und Einkommensarmut 2007



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus 2007) und eigene Berechnungen.

© Dr. Rudolf Martens / Paritätische Forschungsstelle, Berlin-09/2009

30,3 Prozent Nicht-Wählern in der Bundesrepublik regional deutliche Unterschiede. Sie reichen von 27,5 Prozent in Niedersachsen bis zu 40,7 Prozent in Sachsen-Anhalt. Dr. Rudolf Martens, Leiter der Paritätischen Forschungsstelle, hat in einer Grafik die Armutsquoten der Bundesländer mit Daten zur Wahlenthaltung kombiniert.

Der Trend ist klar: Der Anteil der Nichtwähler steigt mit der Zunahme der Einkommensarmut. Das Land Bremen führt den Tross der wahlmüden Bundesländer im Westen an. Und Bremen ist auch das Bundesland mit der – im Westen – höchsten Armutsquote.

Die Tabelle zeigt den Zusammenhang von materieller Not und Wahlmüdigkeit – sie kann nichts über die Motive im Einzelnen aussagen. Dies können nur Interviews zeigen, in denen offen und ehrlich darüber gesprochen wird, warum Menschen glauben, die Wahl ginge sie nichts mehr an. In den Interviews, die wir in diesem Bericht drucken, benennen Nicht-Wähler ihre Motive, aber auch die (Noch-)Wähler waren gefragt. Wie der Soziologe Ralf Verzaun in seiner Einleitung schreibt: »Der Vertrauensverlust gegenüber dem politischen System drückt sich nicht nur als Verweigerung

aus, er nimmt genauso die Form des Protests, des Zähneknirschens und der Resignation an.«

Wir haben diese Interviews vorwiegend in Stadtteilen geführt, in denen aufgrund vorangegangener Wahlen und dem offensichtlichen Zusammenhang von Armut und Wahlverweigerung mit einer geringen Wahlbeteiligung zu rechnen war: Huchting, Blockdiek, Tenever, Gröpelingen. Im vorletzten Armutsbericht hat sich die Arbeitnehmerkammer mit der sozialen Spaltung der Stadt beschäftigt. Die Ergebnisse sind weitgehend bekannt: Die Teilhabemöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Stadtteile entfernen sich immer weiter von denen der »angeseheneren« Quartiere. Wir haben dies im Armutsbericht 2007 in erster Linie auf die Bereiche Arbeit und Bildung bezogen. Ein dritter gehört unbedingt dazu: Wahlbeteiligung. Nicht nur ist die Gefahr der Passivität in Sachen Wahlen in den schlechter gestellten Stadtteilen größer, sie nimmt auch im Verlauf der Jahre zu. Der Unterschied zwischen Gering- und Besserverdienenden wird im Zeitverlauf größer. Auch hier also zeigt sich die soziale Spaltung der Stadt.

In Bremen ist die durchschnittliche Wahlbeteiligung seit Anfang der 1970er Jahre um 20 Prozent gesunken. Im selben Zeitraum hat sich aber der Abstand zwischen Stadtteilen mit hoher und niedriger Wahlbeteiligung erheblich vergrößert. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Köln) hat Daten aus verschiedenen Städten, darunter Bremer Daten, ausgewertet und in einen zeitlichen Verlauf gestellt. Anfang der 1970er Jahre lag der Abstand zwischen den »Wähler« und »Nichtwähler-Stadtteilen« noch bei 10 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2009 waren es fast 35 Prozent!

Man möchte diese Grafik allen zeigen, die die sogenannte Normalisierungsthese vertreten. Demnach stellt die im Vergleich etwa zu den 1970er Jahren deutlich niedrigere Wahlbeteiligung eine Normalisierung und keine Krisenerscheinung dar. Im internationalen Vergleich liegen die Zahlen zur deutschen Wahlbeteiligung immer noch im oberen Drittel. Vergessen wird hier die Frage, wann ein politisches System eigentlich noch als repräsentativ gelten darf – bei 70 Prozent Beteiligung? Bei 50 Prozent, die wir durchaus bei Landtagswahlen schon hatten? Und noch viel wichtiger: Die Normalisierungsthese fragt nicht, wer bei einer so geringen Wahlbeteiligung überhaupt noch repräsentiert wird. Unter den diversen Möglichkeiten politischer Teilhabe stellen die Wahlen die am wenigsten verzerrte Form der Beteiligung dar. Während andere Formen der Partizipation – Mitwirkung in Beiräten, Bürgerinitiativen et cetera – sozial eher selektiv sind und überwiegend von sozial abgesicherten und »artikulierten« Milieus wahrgenommen werden, kann man bei einer hohen Wahlbeteiligung davon ausgehen, dass alle Schichten und Milieus ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen. Umgekehrt gilt dies aber auch! Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto verzerrter das »politische Meinungsbild«. Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung bringt es auf den Punkt: »Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung wählen vorwiegend sozial Bessergestellte, während jene zu Hause bleiben, die mangels individueller Ressourcen auf kollektives Handeln angewiesen sind, um ihre Lebensumstände zu ändern.

Lernen Politiker, dass bestimmte Gruppen ohnehin nicht wählen, richten sie ihr Augenmerk auf wahlrelevante Milieus. Durch die soziale Ungleichheit der Nichtwahl wird die politische Kommunikation zwischen Wählern und Volksvertretern zulasten der sozial Schwachen verzerrt.³

Das Problem ist also ein doppeltes: Einerseits resignieren diejenigen in Bezug auf unser politisches System und staatliches Handeln immer mehr, die es am nötigsten haben, andererseits verliert die Politik diese Menschen aus den Augen, weil sie quasi »uninteressant« als Stimmenbeschaffer geworden sind. Das würde aber in der Konsequenz bedeuten, dass auch die Interessen dieser Menschen in der Politik vernachlässigt werden. Es sei denn, eine oder mehrere Parteien nähmen sich vor, genau darauf ihr Augenmerk und ihre Programmatik zu richten.

Unsichere Lebenslagen nehmen stark zu

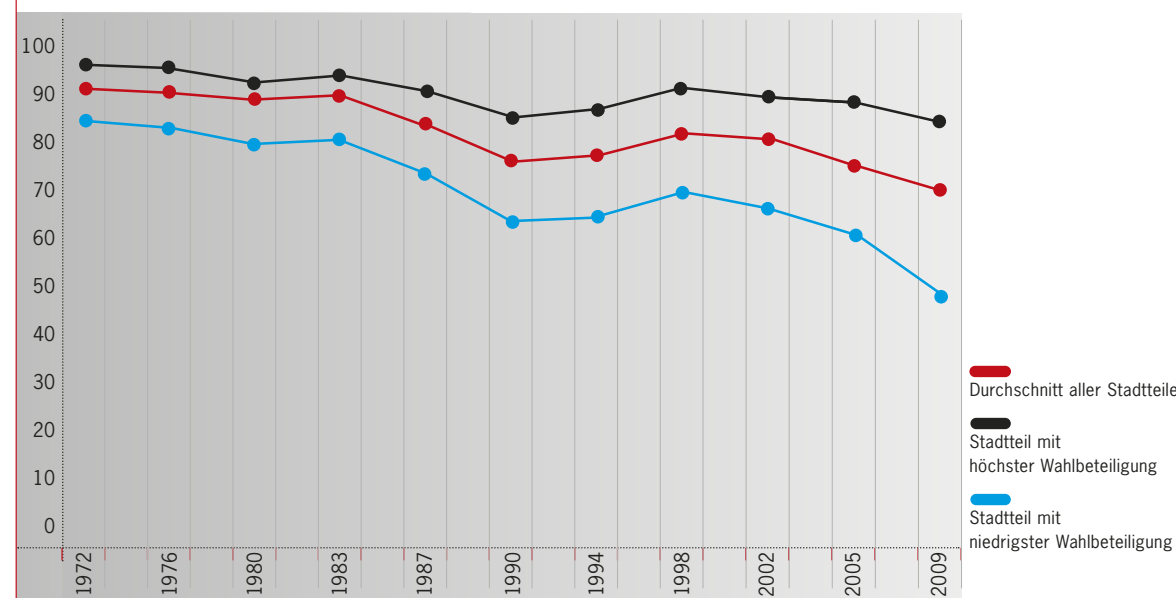
Sich für die Belange der Menschen in prekären – unsicheren – Lebenslagen einzusetzen, wäre ein (parti-)politisch lohnendes Ziel. Nicht nur, weil immer mehr Gruppierungen sich in Arbeits- und damit Lebensverhältnissen wiederfinden, die das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft beziehungsweise den deutschen Sozialstaat gründlich zu erschüttern imstande sind. Die Agenda 2010, die von Teilen der SPD-Führung auch nach der deutlichen Wahlniederlage weiter verteidigt wird, hat – die Arbeitnehmerkammer wies darauf in zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen hin – zu Veränderungen des bundesdeutschen Sozialstaats geführt, die ihresgleichen suchen.

² Die Grafik findet sich in einem Diskussionspapier des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung:

http://www.mpifg.de/aktuelles/themen/doks/09-10-05_Schaefer_Kluft%20der%20Wahlbeteiligung.pdf

³ Armin Schäfer: Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet; in: MPIfG Jahrbuch 2009–2010. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 2009, S. 35.

Abbildung 4:
Wahlbeteiligung in Bremer Stadtteilen, 1972–2009



Daten: Statistisches Landesamt Bremen

Grafik: Armin Schäfer, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln²

Nicht alle Einschnitte waren so drastisch wie im Bereich der Arbeitsmarktpolitik durch die Einführung von Hartz IV, wodurch ein großer Teil der Leistungsempfänger/innen aus dem Versicherungssystem ins Fürsorgesystem des SGB II mit seinen aus Sicht der Arbeitnehmerkammer zu niedrigen Regelsätzen ausgesteuert worden ist. Dieser, auch von den Arbeitslosen selbst so wahrgenommener, sozialer Abstieg erfolgt nunmehr nach bereits zwölf Monaten im Arbeitslosengeld-I-Bezug.⁴

Über diesen sozialpolitischen Einschnitt hinaus, hat sich in den vergangenen zehn Jahren teils schleichend ein Prozess vollzogen, der den Arbeitsmarkt selbst sehr deutlich zugunsten prekärer Beschäftigungsformen umgekrempelt hat. Neuregelungen in der Leiharbeit wie auch bei den Minijobs lassen diese Bereiche boomen – mit allen Folgen für die soziale (Un-)Sicherheit der solcherart Beschäftigten. Von 14 auf 21,5 Prozent – das ist die steile Karriere des Niedriglohnsektors in der Bundesrepublik zwischen 1995 und 2007. Inzwischen arbeitet also mehr als jeder fünfte Beschäftigte zu Niedriglöhnen, so dass insgesamt knapp 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen sind.

Schon heute sind die Folgen der Politik der vergangenen Jahre in Bremen deutlich zu erkennen. Wir haben diese im einleitenden Kapitel zu unserem Statistischen Jahrbuch 2009 dargestellt⁵:

- ▶ Bremen ist im Bundesländervergleich im Bereich der ›geringfügigen Beschäftigung‹ Spitzenreiter. Auf 1.000 Einwohner kommen im Land Bremen mittlerweile 106 Minijobber – so viele wie in keinem anderen Bundesland.
- ▶ Rund 20,2 Prozent der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten befinden sich trotz Arbeit in Bremen im gleichzeitigen SGB-II-Bezug. Ihre Verdienste reichen schlicht nicht zum Bestreiten des täglichen Lebens aus.
- ▶ 19,1 Prozent der Bremer sind akut von Armut gefährdet.
- ▶ 96.906 Personen leben in Bedarfsgemeinschaften, sind also in irgendeiner Form von Zahlungen aus dem Arbeitslosengeld II oder dem Sozialgeld angewiesen.

- ▶ 17,5 Prozent der Bremer sind aufgrund ihrer Lebensumstände auf staatliche Transferleistungen angewiesen.
- ▶ Rund 4,5 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Bremer Arbeitnehmer (Wohnortprinzip) sind aufgrund zu niedriger Einkommen auf staatliche Hilfen (Aufstockung) angewiesen.
- ▶ Der Anteil der Leiharbeit an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beträgt mittlerweile über vier Prozent. Rund 11.705 Personen arbeiten damit bereits in den modernen ›flexiblen‹ Beschäftigungsverhältnissen.
- ▶ 39 Prozent der Arbeitslosen in Bremen sind langzeitarbeitslos. Damit ist Bremen im Bundesländervergleich (Negativ-)Spitzenreiter.

Arbeit hat, das zeigen diese Zahlen und auch die Grafik (siehe Seite 11), für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Wesen als existenzsicherndes Element verloren.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre auf dem Arbeitsmarkt, so heißt es in unserem Jahrbuch, drohen zunehmend das gesellschaftliche Sozialgefüge im Land Bremen aus den Angeln zu heben. Die Folgen sind verheerend: Für die Arbeitnehmer bedeutet prekäre Beschäftigung in aller Regel weniger soziale Absicherung, niedrigere Verdienste und aufgrund zeitlicher Befristung der Stellen fehlende planbare Perspektiven.

Ein Ende dieser Entwicklung ist, zumal unter der neuen schwarz-gelben Bundesregierung, nicht in Sicht. Dies wiegt insbesondere vor dem Hintergrund umso schwerer, dass die mit den prekären Beschäftigungsformen verbundenen Ziele verfehlt worden sind. Der Niedriglohnsektor ist kein Sprungbrett in bes-

⁴ Vgl. Rosenthal, Peer: Arbeitslosenversicherung im Wandel; in: Bothfeld, Silke/Sesselmeier, Werner/Bogedan, Claudia (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III, 2009, S. 112–126.

⁵ Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2009, S. 7.

Abbildung 5: Entwicklung der Beschäftigungsformen im Land Bremen von 2000 bis 2008 – prozentuale Veränderung

Leiharbeit	135,3
ausschließlich geringfügig Beschäftigte	20,8
SvB Teilzeit	21,1
SvB Vollzeit	-3,5
SvB insgesamt	0,5
Erwerbstätigkeit	1,5

Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2009, S. 6.

sere Beschäftigung, Leiharbeit hat längst nicht den erhofften Klebeffekt und Minijobs sind vielmehr eine Sackgasse als ein Übergang in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Trotzdem ist die Politik offensichtlich nicht bereit, sich an dieser Stelle zu korrigieren. Im Gegenteil: Die neue Regierung will weiterhin auf Leiharbeit setzen, ein Mindestlohn als Haltelinie ist nicht in Sicht und die lautstark vorgetragenen Forderungen der Arbeitgeber nach einer Lockerung des Kündigungsschutzes könnten einen weiteren Prekarisierungsschub verursachen, da mit einer diskutierten Erhöhung des Schwellenwertes auf 20 Beschäftigte im Betrieb bundesweit vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Absicherung durch das Kündigungsschutzgesetz verlieren würden.⁶

In der Veranstaltungsreihe ›Nach der Wahl und in der Krise‹ der Arbeitnehmerkammer stellte der Soziologieprofessor Klaus Dörre (Jena) einen Zusammenhang zwischen der wachsenden Zahl prekär Beschäftigter und der abnehmenden Wahlbeteiligung her:

›Wenn sie das über Jahre machen, brennen sie aus. Das ist übrigens aus meiner Sicht einer der Gründe für die geringe Wahlbeteiligung. Und wohl auch einer der Gründe, warum das bisher nicht in einen großen Protest umschlägt. Wenn man permanent auf der Suche ist, nicht weiß, ob die Basis gesichert ist. Das hält man eine Weile aus, solange man jung ist und noch keine Familie hat, die die Sorgen potenziert. Je stärker die Verantwortung

drückt, desto belastender wird die prekäre Beschäftigung. Und man kann nicht auf Dauer in Unsicherheit leben, ohne dass man persönlich – psychisch und physisch – Schaden nimmt.‹⁷

Dies spricht aus unserer Sicht dafür, dass Veränderungen der Sozialpolitik nicht an ausgewählten ökonomischen Effizienz- und Effektivitätskriterien gemessen werden dürfen. Vielmehr geht es um die Einsicht, dass die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zum Staat, zur Gesellschaft und den politischen Entscheidungsträgern in den Mittelpunkt rücken müssen. Anders gesagt: Es geht um die Einbeziehung von Akzeptanz und Vertrauen in die sozialstaatlichen Regulierungen und Veränderungen bei der Bewertung politischer Entscheidungen, da nur die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger dem demokratischen Sozialstaat seine Legitimation verschaffen können.⁸

⁶ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung: Pressemitteilung vom 8. Oktober 2009: Keine Belege für positive Beschäftigungseffekte – WSI: Einschränkungen beim Kündigungsschutz würden längerfristig mehr als die Hälfte der Entlassenen treffen.

⁷ Dörre, Klaus: ›Wenn sie das über Jahre machen, brennen sie aus‹. Vollzeitjobs werden immer seltener – prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen deutlich zu; in: Weser-Kurier vom 5. Oktober 2009, S. 3.

⁸ Vgl. Bothfeld, Silke (2006): Reform der deutschen Arbeitsmarktpolitik, Wandel der deutschen Sozialstaatsbürgerschaft? Beitrag für die Homepage Monitor Arbeitsmarktpolitik, S. 3, <http://www.monapoli.de/WSI60.pdf>

Nicht nur Nichtwähler resignieren

Ein politischer Streit um die (Neu-)Ausrichtung des deutschen Sozialstaates und die politisch zu definierenden Koordinaten des Arbeitsmarktes würde unserer Überzeugung nach nicht nur Wähler zurückholen, die sich von dieser Form der Teilhabe verabschiedet haben – er würde auch dem ›ritualisierten‹ Urnengang vieler anderer Menschen eine neue Motivation geben. Die – man muss sie so nennen – Nicht-Wahlkämpfe, die die Volksparteien seit Längerem als offenbar besonders zielführend erachten, haben auch bei denen für eine erhebliche Distanz zum Wahlgesehen gesorgt, für die der Urnengang noch oberste Bürgerpflicht ist. Im Gegensatz zu dem eingangs zitierten Ideal von der parlamentarischen Demokratie, mit der ›das Volk‹ eine Regierung autorisiert und legitimiert, glaubt kaum jemand daran, dass aufgrund der bloßen Wahlabstimmung anschließend ihr beziehungsweise sein Wille geschehe. In Bremen und Bremerhaven haben wir diesen Sachverhalt bereits 2007 im Vorfeld der Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft sehr deutlich bestätigt gefunden, als wir unter unseren Mitgliedern eine Umfrage zum politischen Interesse durchführten:

›(...) Dennoch wird an den Meinungen zur Wahl auch eine zunehmend distanzierte Haltung deutlich, die geschlechter- und altersübergreifend charakteristisch für die Befragten ist. Im Wahlakt wird nicht die Möglichkeit gesehen, ein konkretes materielles, soziales oder kulturelles Interesse zu verfolgen. Wir haben kaum Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die aktuellen Programmatiken der Parteien bekannt waren, geschweige denn, dass ihre Inhalte in ein Verhältnis zu eigenen Interessen gesetzt worden wären. Die ...Wahl wird stattdessen (...) als eine Art ›demokratisches Zeremoniell‹ beschrieben, zu dem man sich als Staatsbürger/in bekennt, von dem man aber keinen unmittelbar praktischen Nutzen erwartet.‹⁹

Die allerwenigsten hängen der Vorstellung an, man könne durch die Wahlentscheidung wirklich etwas im eigenen Sinne ›bewirken‹. Der aufgeklärte Wähler beziehungsweise die aufgeklärte Wählerin geht zwar selbst- und pflichtbewusst wählen, aber eben auch ohne Illusionen. Mit diesem Resultat aber, das sich ja auf eine Personengruppe bezieht, die das aktive Wahlrecht wahrnimmt, wird deutlich, dass der Schritt zum ›Nichtwählen‹ so groß nicht ist. Steht der auf die eigene Lage bezogene Nutzen der Wahl erst einmal in Frage, dann ist es nicht weit zu dem Schluss, dass das ›Wählen‹ eigentlich eine überflüssige Angelegenheit sei. Es erfordert wenig Sensibilität, sich klarzumachen, was geschehen kann, wenn sich dieser Schluss in einer gesellschaftlichen Gruppe verallgemeinert, die sich materiell und sozial an den Rand gedrängt fühlt: Dass die Wahl ein ziemlicher ›Schwindel‹ ist, den man deshalb auch nicht mitmachen müsse, ist ein jederzeit denkbarer Übergang.

Dabei kontrastiert diese pseudoaufgeklärte und dennoch schwer resignative Haltung vieler Nichtwählerinnen und Nichtwähler und auch der Wankelmütigen eklatant mit dem ungeheuren Aufwand, den die um die Regierungsmäntel konkurrierenden Parteien betreiben. Insbesondere in der ›heißen‹ Wahlkampfphase ist es völlig ausgeschlossen, sich dem allgemeinen ›Rummel‹ zu entziehen: In Funk, Fernsehen und Zeitungen jagt eine Meinungsumfrage zum Wahlausgang die nächste, Fernsehduelle der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten sind an der Tagesordnung, Stadt und Land sind mit Wahlplakaten vollgestellt, Prominente werden in Stellung gebracht, um den Wahlberechtigten unablässig Argumente zu liefern, weshalb das Wählen unerlässlich sei. Professionelle Marketing-Agenturen übernehmen das ›Styling‹ der Kandidaten, bemühen sich um ›griffige Slogans‹ und sorgen dafür, dass noch der und die Letzte sie im Kopf behalten.

⁹ Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.): Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen, Bericht 2007, S. 67 f.

Mit anderen Worten: Es wird wirklich alles erdenkliche unternommen, um den Wahlberechtigten politisches Desinteresse und Wahlabstrenze so schwer wie möglich zu machen. Selbst noch auf die vermeintlich oder tatsächlich Politik- oder Parteienverdrossenen reagieren die wahlkämpfenden Institutionen: Sie versichern, nicht ›arrogant‹ über die Vorbehalte dieser Zielgruppe hinweggehen zu wollen, sie geben zu, dass die Politik der vergangenen Legislatur den Bürgerinnen und Bürgern durchaus eine Reihe von – schmerzvollen aber leider notwendigen – Zumutungen bereitet habe, weshalb man vorübergehenden Unmut gut verstehen könne und kündigen an, um die Stimmen der Unentschlossenen zu kämpfen. Und obwohl es kaum möglich ist, sich dem mit riesigem Aufwand betriebenen ›Spektakel‹ zu entziehen, verfehlt es – allen gängigen Marketing-Theorien zum Trotz – mehr und mehr sein Ziel. Die Wählerinnen und Wähler bleiben distanziert und ›realistisch‹, was die Chancen anbelangt, durch die Wahl etwas verändern zu können. Daneben wächst die Gruppe der Nichtwähler stetig an. Aufwand und Ertrag der Wahl geraten offenbar in ein immer größeres Missverhältnis.

Ob nun im Einzelnen berechtigt oder nicht – die Auffassung, dass ausgerechnet im Wahlkampf wenig zur Wahl stehe und dass die bloße Zustimmung die Möglichkeit der Auswahl wahrer politischer Alternativen immer mehr ersetze, ist offenbar fester Bestandteil des öffentlichen Bewusstseins geworden. Und diese Auffassung hat im Wahlkampf 2007 neue Argumente erhalten: Allenthalben wurden Klagen laut über den ›lahmen Wahlkampf‹, der keinen wirklichen Disput über die ›großen Themen‹ zulasse und der bei der regierenden Großen Koalition – so wurde gemutmaßt – inhaltlich gleich darauf festgelegt werde, ›heiße‹, strittige Themen gar nicht erst ins Zentrum der Auseinandersetzungen zu rücken. Denkt man an dieser Stelle an das eingangs zitierte Paradoxon – häufig bleiben gerade diejenigen der Wahl fern, die aufgrund ihrer materiellen, sozialen oder bildungsbedingten Lage ein unmittelbares Interesse an politischem Wandel haben müssten – dann findet

es hier eine weitergehende Erklärung: Wenn individuelle oder kollektive Interessen einer sozialen Gruppe in der Wahl nicht mehr auf ›auswählfähige‹, alternative politische Programme treffen, dann wird die von den Parteien beanspruchte Zustimmung für viele zu einer unüberwindbaren Hürde.

›(...) Dass man sich (...) gleich vorsorglich auf die Notwendigkeit anschließender Kritik einstellt, wird auf den Zustand der Parteienlandschaft zurückgeführt, in der eigentlich nichts Substanzielles mehr zur Wahl steht. Eine klare Mehrheit der von uns Befragten sagt aus, dass die programmatischen Unterschiede, die die Parteien ehemals unverwechselbar gemacht haben, inzwischen nahezu eingeebnet seien.

(...)

Die Politiker/innen werden in dieser Argumentation als Personen begriffen, die in Ermangelung wirklicher politischer Alternativen in erster Linie ihre parteiinternen Funktionen absichern. Machterhalt gehe ihnen dabei vor politischem Profil.¹⁰

Damit aber nicht genug. Die Hindernisse, die die Parteien in ihrem Drang nach Zustimmung errichten, werden zuweilen vollkommen unüberwindbar. Als Beleg für diese These ein exemplarisches Beispiel, die die Situation nach der Wahl beschreibt:

Der Ex-Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, stellte sich am Tag nach dem für seine Partei desaströsen Wahlergebnis der Presse.

¹⁰ Ebenda, S. 68.

Auf die Frage, ob angesichts der vernichtenden Niederlage der SPD nicht Kurskorrekturen überfällig seien, insbesondere im Bereich der Rentenpolitik und im Bereich der Hartz-IV-Reformen, antwortete Heil:

»Wir haben elf Jahre regiert und sicher nicht alles richtig gemacht. Aber unterm Strich haben wir dieses Land erneuert. Die Aufräumarbeiten, die wir nach der Ära von Helmut Kohl leisten mussten, haben uns sicher viele Sympathien gekostet. Aber sie waren für das Land richtig. Und das gilt nach wie vor. Davon haben wir uns nicht zu distanzieren, sondern wir müssen uns insgesamt erneuern.«¹¹

Exemplarische Bedeutung hat dieser Kommentar, weil die Hartz-IV-Reformen seinerzeit breite Unterstützung großer Parteien des Deutschen Bundestags fanden und auch die Rente mit 67 ein Resultat der abgewählten Großen Koalition war. Insofern vertritt Hubertus Heil hier also eine Position, die im Deutschen Bundestag nach wie vor über eine solide, parteiübergreifende Mehrheit verfügt.

Der entscheidende Aspekt in dieser Argumentation liegt in dem trotzigen Unterton, der eine gravierende Differenz zwischen Partei und Wähler/innen aufmacht: Alle Meinungsfragen der vergangenen Jahre weisen darauf hin, dass die Hartz-Reformen bei der Majorität der Bevölkerung keine Zustimmung finden. Dies gilt für die Rente mit 67 gleichermaßen. Darüber setzt sich die Politik bis heute hinweg, mit dem barschen Verweis darauf, dass der Nutzen der »Reformen« für das Land über jeden Zweifel erhaben sei. Im Umkehrschluss heißt dies, dass die Hoffnungen einer Mehrheit der Bevölkerung auf eine Änderung der politischen Richtung – nach Auffassung der Politik – nicht mit der Landesräson in Einklang zu bringen sind. Die Konsequenz dieser Argumentation ist, auf den Wahlakt bezogen, zwar verstörend, aber offenbar politisch gewollt: Bürgerinnen und Bürger, die sich als Leidtragende einer vorherrschenden Politikrichtung sehen und die ihre Gründe dafür durchaus benennen können, sollen von dieser praktischen Erfahrung absehen und erkennen, dass ihre Interessen dem Land nicht guttun.

Sie sollen zwar ihre demokratischen Beteiligungsrechte wahrnehmen, dort aber exakt der Politik zustimmen, die sie subjektiv ablehnen und als Ursache ihrer abgedrängten Lage ansehen.

Ein derartiger Akt der Zustimmung zu einem politischen Programm, soviel steht fest, ist nur dann denkbar, wenn die Zustimmungsbereiten wären, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Er setzt vor allem aber ein geradezu »blindes Vertrauen« in die Kompetenz der Politik voraus, die vorgibt, stets zu wissen, was dem »Land« guttut und wann Interessen der Bürgerinnen und Bürger eine Störung dieses »Landeswohls« darstellen.

Und eben deshalb kommt diese seitens der Parteien angestrebte Zustimmung bei einer stärker werdenden Gruppe von Wahlberechtigten auch nicht zustande! Wählen zu gehen und dabei das eigene Interesse als Behinderung für den Erneuerungsprozess des Landes zu betrachten – wie sollte dies funktionieren?

Der bloße Appell »wählen gehen!« wird daher wenig nützen und solange ins Leere laufen, wie die Frage nach dem »Warum?« von einschlägiger Seite lediglich mit der Phrase beantwortet wird, es handle sich bei einer hohen Wahlbeteiligung um einen »Sieg der Demokratie«. Es ist allerdings bisher noch kein Fall einer Demokratie bekannt, die an zu niedriger Wahlbeteiligung zugrunde gegangen wäre.

Ein letzter Aspekt soll zum Abschluss verdeutlichen, wie sich die Kluft zwischen Partei-Interessen einerseits und Wählerinnen und Wählern andererseits vertieft: Mit Schließung der Wahllokale und mit Veröffentlichung der ersten Wahlprognose haben die Wahlberechtigten ihren Dienst getan. Sie verschwinden – nach geradezu maßloser Beanspruchung im Wahlkampf – mit exponentiell wachsender Geschwindigkeit aus dem öffentlichen Leben und aus der Berichterstattung. Wählerinnen und Wähler müssen die Interpretationshoheit erneut den Parteien überlassen und von ihnen

¹¹ Interview mit SPD-Generalsekretär Hubertus Heil: »Wir sind nicht irgendwer.«; in: Financial Times Deutschland, 28. September 2009, S. 2.

erfahren, wie viele sie zu tatsächlichen oder eigentlichen Siegern gemacht haben und ob überhaupt ein Verlierer unter den Gewählten ist. Schritt für Schritt zieht sich die Politik zur »Analyse des Wahlergebnisses« hinter die Kulissen zurück und die glücklichen Sieger beginnen hinter geschlossenen Türen am Koalitionsvertrag zu feilen. Die »gewöhnlich gut informierten Kreise« verschonen die Menschen mit umständlichen Sachinformationen, es verbreiten sich kryptische Botschaften über das in Arbeit befindliche Regierungsprogramm, aber – allenthalben wächst die Gewissheit, dass angesichts der Staatsverschuldung »einiges auf uns zukommen wird«. Die bange Frage, ob es unter diesen Gesichtspunkten noch zu einer durchgreifenden Steuerreform reichen wird, geht durch die Öffentlichkeit, genauso wie die Meldung, dass die neue Koalition keineswegs die Essentials der Politik ihrer Amtsvorgängerin aushebeln will oder kann. Mit einem Wort: Politischer Alltag kehrt ein, die Wählerinnen und Wähler bekommen eine Regierung und eine Opposition – weiter sind sie nicht gefragt.

Diese Darstellung mag die Nachwahlsituation überzeichnen – im Kern will sie auf eines hinweisen: All das, was den Nichtwählerinnen und Nichtwählern im Wahlkampf zum Vorwurf gemacht wurde – sie seien nicht reif für die Demokratie oder gar stille Geburtshelfer für die Rechten – findet nach der Wahl ebenso schnell sein Ende, wie die exzessive Umwerbung der Unentschlossenen. Wenn also die Frage im Raum steht, ob und wie gerade die Zielgruppen für die Wahrnehmung politischer Beteiligungsrechte zurückgewonnen werden können, die dem politischen Prozess skeptisch gegenüberstehen, dann scheint eines sicher:

Politisches Engagement scheitert gegenwärtig nicht an einem Mangel an Beteiligungsinstrumenten. Forderungen danach, Abgeordnete direkt wählen zu können, Konkordanzsysteme wie in der Schweiz einzuführen, die Größe der Parlamente von der Wahlbeteiligung abhängig zu machen, per Internet wählen zu können, den Einfluss der Lobby auf die Politik zu beschränken, die Verfassung zu überarbeiten, den Dauerwahlkampf zu unterbinden, das Mehrheitswahlrecht einzuführen oder auch

die Platzierung der Listenkandidaten beeinflussen zu können, mögen interessant sein für all die Zielgruppen, die Überlegungen um das »Wie«, nicht um das »Ob« der Wahl anstellen. Aus Sicht der Arbeitnehmerkammer Bremen ist dagegen das Nichtwählen in erster Linie ein stummer Protest der sozial und materiell bedrängten Gruppierungen unter den Wahlberechtigten, der bereits auch Teile der vielzitierten gesellschaftlichen Mitte ergriffen hat. Und dieser Protest richtet sich nicht auf fehlende Möglichkeiten, individuelle oder kollektive Interessen zum Ausdruck bringen zu können. Dieser Protest basiert nach unserer Einschätzung vielmehr auf einem bereits stark ausgeprägten Gegensatz von Parteien- und Wähler/inneninteressen und der bislang mangelnden Bereitschaft der Parteien, von ihrer bequemen »Zustimmungskultur« zu einer neuen, aufwendigen »Beteiligungskultur« zurückzufinden. Insofern stehen aus unserer Sicht nicht die Nichtwählerinnen und Nichtwähler in der Kritik. Wenn die Parteien an der »Willensbildung des Volkes« teilnehmen wollen, dann ist auch Aufgabe der Parteien, sich mit diesen verschiedenen »Willen« auseinanderzusetzen – nicht sie zu verwerfen.

Die Öffnung der Parteien für die Anliegen derjenigen, die der Politik inzwischen skeptisch gegenüberstehen, ist daher unumgänglich – es sei denn, man gäbe sich tatsächlich mit der Einschätzung zufrieden, dass das politische System der Bundesrepublik Deutschland nach rund 60 Jahren seiner Existenz seine Reifprüfung endgültig bestanden habe. In diesem Falle könnte man auch 30 Prozent Nichtwähler für »unauffällig normalhalten!« Dieser Bericht will das Gegenteil. Aus unserer Sicht gerät der Kern der Demokratie – nämlich die gleiche Berücksichtigung aller Interessen – in Gefahr, wenn Teile der Bevölkerung sich kaum etwas von der Politik erhoffen und auf die Wahlteilnahme verzichten.



Ralf Lorenzen | Soziologe, freier Journalist

2 ›Da hätte ich auch würfeln können.‹

Zur Wahlverdrossenheit ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung

›Wir haben es offenbar nicht hinreichend geschafft, Antworten auf die die Bürger drückenden Fragen zu geben: Wie sieht das, was wir machen, aus Sicht einer vierköpfigen Familie, eines Arbeitnehmers am Fließband, einer alleinerziehenden Mutter oder eines Rentnerhepaares aus? Diejenigen, die tüchtig sind, die sich anstrengen, müssen zurechtkommen. (...) Die Skepsis der Bürger in dieser Hinsicht hat zu einem Vertrauensverlust geführt.‹

Dies sagte der ehemalige Arbeitsminister Olaf Scholz unmittelbar nach der Bundestagswahl der Hamburger Morgenpost. Und er sagte es aus der Perspektive seiner Partei, der SPD. Diese kleine Studie hat diese Fragen den angesprochenen Bevölkerungsgruppen bereits unmittelbar vor der Wahl gestellt, allerdings nicht bezogen auf den Vertrauensverlust einer Partei, sondern des Parteiensystems überhaupt. Und sie hat auch eine Bevölkerungsgruppe mit dazugenommen, die es im Moment schwerer hat, ihre Tüchtigkeit unter Beweis zu stellen: die Arbeitslosen.

Im Ergebnis aber zeigt sich, dass der allgemeine Vertrauensverlust bei den Interviewten in fast allen Fällen identisch ist mit dem der SPD gegenüber. Wir sind vorwiegend in Stadtteile gegangen, in denen aufgrund der vorangegangenen Wahlen wieder mit einer geringen Wahlbeteiligung zu rechnen war – nach Tener, Blockdiek, Huchting und Gröpelingen.

Ziel dieser Studie war es, den tieferen Gründen der zunehmenden Wahlverdrossenheit auf die Spur zu kommen. Nicht nach der schnellen Sonntagsantwort wurde gesucht, sondern nach dem Zusammenhang zwischen Herkunft, sozialer Lage, politischer Sozialisation, aktueller Politik und Wahlentscheidung. Es versteht sich von selbst, dass die spontane Straßen-

beziehungsweise Telefonbefragung dafür nicht das richtige Instrument ist. Wir suchten nach Interviewpartnern, die bereit waren, sich ausführlich Zeit zu nehmen. Und sich für persönliche, biografische Fragen zu öffnen.

Ganz bewusst kamen dafür nicht nur Menschen infrage, die sich entschieden hatten, nicht zur Wahl zu gehen. Der Vertrauensverlust gegenüber dem politischen System drückt sich eben nicht nur als Verweigerung aus, er nimmt genauso die Form des Protestes, des Zähneknirschens und der Resignation an. Es sind gerade die Übergänge zwischen diesen Reaktionsformen, das Lavieren zwischen ihnen von Wahl zu Wahl, die die aktuelle Stimmungslage an der viel beschworenen Basis am besten charakterisieren.

Je länger ein Gespräch dauert, je tiefer es geht – umso komplexer wird das Bild, das entsteht. Umso weniger funktionieren aber auch kurze Schlussfolgerungen wie: ›Ich gehe nicht zur Wahl, weil es mir immer schlechter geht.‹ Im Gegenteil, manchmal stellt sich heraus, dass gerade der endgültig genug von seiner Partei hat, der gerade einen sozialen Aufstieg hinter sich hat, während diejenige, die gerade den Job verloren hat, sich noch mal wie an einen Strohhalm an sie klammert. Neben der Reflexion der eigenen Lage schlägt bei den Befragten immer wieder das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden oder schlicht die Weltanschauung durch.

So wird möglicherweise der Leser enttäuscht werden, der sich eindeutige Antworten auf die von Olaf Scholz gestellte Frage erhofft. Wer sich allerdings, ähnlich wie der Interviewer, ›verstehend‹ auf dieses Puzzle an Meinungen, Erfahrungen und Interpretationen einlässt, wird viel von dem erfassen, was große Teile der Bevölkerung heute von ihren politischen Vertretern trennt. Am Schluss wird der Autor zusammenfassen, was er verstanden hat.

Da einige Interviewte darum gebeten haben, sie zu anonymisieren, sind alle Namen geändert worden. Der Wortlaut der Gespräche ist an einigen Stellen gekürzt, ansonsten aber nur dort leicht bearbeitet worden, wo es der Verständlichkeit dient.

2.1 Vom Sozi zum Falschwähler

Zwei Männer Ende vierzig. Beide früh von der SPD fasziniert und heute so desillusioniert, dass sie ihre Stimmzettel gleich ganz ungültig machen. Keine Querulanten oder resignierte Schwarzseher – eher besonnene, engagierte Kümmerer. Mit ganz unterschiedlichen Biografien:

Björn K. hatte sich nach Abitur und abgebrochener Berufsausbildung zum Bankkaufmann schon mit einem Leben als Schichtarbeiter arrangiert, da bekam er doch noch die Chance auf eine erfüllende Arbeit – und entschied sich für die Kulturarbeit und gegen die Kellogg's-Knete.

Frank M. führte eine Umschulung vom Fischereifachverkäufer zum Bürokaufmann ins gesellschaftliche Abseits: Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbslosenrente. Aus dem tiefen Loch hat er sich inzwischen wieder herausgekämpft.

Gemeinsam ist den beiden neben der politischen Desillusionierung, ihrem Familienstand und Alter, die Bedeutung der Nachbarschaft. Die findet der eine in einem Findorffer Kulturzentrum, der andere in einem Arbeitslosenzentrum in Tenever.

Björn K.:
Die schleichende Desillusionierung

›Das war nur noch ein Ritual.«

Mit Björn K. sitze ich im Garten eines großen Kulturzentrums in Bremen-Findorff. Hier arbeitet er seit fast 20 Jahren im Veranstaltungsbereich. Bucht Bands, betreut Theatergruppen, macht Öffentlichkeitsarbeit, rechnet die Abendkasse ab. In seiner Lebensgeschichte interessierten mich vor allem zwei biografische Brüche: Vom Kellogg's-Arbeiter zum Kulturarbeiter. Und vom SPD-Mitglied zum Falschwähler. Hängen diese Entscheidungen etwa miteinander zusammen?

RALF LORENZEN: Wissen Sie schon, wie Sie sich bei der bevorstehenden Bundestagswahl verhalten werden?

BJÖRN K.: Ich bin mir noch nicht ganz sicher. Entweder werde ich gar nicht erst hingehen oder ich mache meine Stimme ungültig. Eines von beiden.

LORENZEN: Ist es das erste Mal, dass Sie so handeln werden, oder haben Sie das schon öfter gemacht?

BJÖRN K.: Das mache ich seit sieben oder acht Jahren so.

LORENZEN: Können Sie sich noch daran erinnern, als Sie das erste Mal zur Wahl gehen durften? Wie war das da?

BJÖRN K.: Da war ich 18 oder 19 und schon über zwei Jahre Mitglied in der SPD. Von daher war es auch einigermaßen unaufregend, weil ich dieses Wahllokal mit einem bestimmten Ziel angesteuert habe.

LORENZEN: Sie waren in der SPD, bevor Sie wahlberechtigt wurden?

BJÖRN K.: Ja, ich bin mit 16 eingetreten.

LORENZEN: Wo war das?

BJÖRN K.: Hier in Bremen, im alten Parteibüro am Steffensweg.

LORENZEN: Was haben Sie zu der Zeit gemacht, als Sie in die SPD eingetreten sind?

BJÖRN K.: Da war ich noch Schüler, das war gerade der Wechsel von der Realschule auf die Höhere Handelsschule.

LORENZEN: Können Sie sich noch erinnern, wann Sie angefangen haben, sich für Politik zu interessieren?

BJÖRN K.: Das ging schon so mit 14 los. Politik war auch bei uns in der Klasse oft Thema. Parteipolitik und die ganze Situation mit der RAF. Das war 1974.

LORENZEN: Wie erleben Sie diese Zeit im Nachhinein? Als politisch aktive, rege Zeit, in der viele sich eingebracht haben?

BJÖRN K.: Das war ein schleichender Prozess. Am Anfang fand ich das normal. Als ich zur Höheren Handelsschule kam, habe ich gemerkt, dass es auch Kampf bedeutet, weil es gerade an der Höheren Handelsschule hier in Bremen noch erzkonservative Lehrer gab, bei denen man als junger SPDler unangenehm aufgefallen ist. Mein ›Stoppt Strauß‹-Aufkleber sorgte für große Unruhe im Lehrersekretariat. Da wurde mir das erst mal bewusst, dass es

auch Kampf ist. Aber in den ersten Jahren war es relativ normal, zumal wir auf der Realschule auch junge und engagierte Lehrer hatten.

LORENZEN: Wissen Sie noch, was Sie auf diesen Weg gebracht hat? Waren das bestimmte Personen, Idole oder politische Grundrichtungen. Oder hatte das etwas mit Ihrer Herkunft zu tun?

BJÖRN K.: Idole hatte ich, glaube ich, nie. Es war, auf der einen Seite ein schleichender Prozess, der auch viel mit meinem Umfeld in der Schule zu tun hatte. Also Leute, die damals auch erst 14, 15, 16 Jahre alt waren und sich trotzdem schon ein bisschen für Politik interessierten. Es stand nie etwas anderes als die SPD zur Diskussion – komischerweise. Damals gab es die Grünen noch nicht, es gab nicht die Bremer Grüne Liste, die ja dann erst Ende der 1970er entstanden ist. Es war aus der heutigen Sicht für mich die einzige Möglichkeit, damals überhaupt einer Partei beizutreten, andere wären für mich überhaupt nicht infrage gekommen.

LORENZEN: Was hat Sie denn damals in die SPD reingezogen?

›Die SPD hatte damals noch über eine Million Mitglieder, da kann nicht jeder Neue groß gefeiert werden.«

BJÖRN K.: Es waren, auch wenn das ein bisschen schizopren klingt, weil es damals eigentlich die Felder der FDP waren, die Außen- und Innenpolitik. Die haben mich schon als Jugendlicher immer fasziniert – ich musste schon mit 13, 14 immer Tagesschau sehen, habe mit 15 angefangen, den Spiegel regelmäßig zu lesen.

LORENZEN: Wie war das denn damals, wenn man in die SPD eintrat? Wurde man da vom Ortsverein empfangen? Gab es eine Begrüßung? Wurde man den Leuten vorgestellt? Wie lief das ab, wissen Sie das noch?

BJÖRN K.: Das Einzige, was ich noch genau weiß ist, dass mein Parteibuch damals noch der damalige Landesgeschäftsführer Willi Lemke unterzeichnet hat – vor meinen Augen. Und dann gab es auf der ersten Sitzung des Ortsvereins eine kurze Vorstellung. Ich meine,

die SPD hatte damals noch über eine Million Mitglieder, da kann nicht jeder Neue groß gefeiert werden.

LORENZEN: Wie haben Sie sich denn in die Partei eingebracht?

BJÖRN K.: Ich war die ersten vier Jahre recht aktiv, allerdings mehr auf Ortsvereinsebene. Ich habe relativ viele Sachen hier in Findorff mitgemacht. Danach begann meine Desillusionierung – dass ich irgendwas bewirken könnte in dieser Partei. Ich war zwar dann noch jahrelang interessiert und auch noch Mitglied, habe aber meine aktive Mitarbeit schleichend eingestellt.

LORENZEN: Noch einmal zurück: Worin bestanden die Aktivitäten im Ortsverein, was waren damals so die Themen?

BJÖRN K.: Die ganz normalen Sachen, die halt in einem Stadtteil anfallen: Zum Beispiel die neue Luftabzugsanlage im Findorfftunnel – wir haben den Tunnel stundenlang mit Autos blockiert und sind im langsamen Tempo durchgefahren und haben Messwerte gemacht. Oder der Fahrradweg in der Eickedorfer Straße am Wochenmarkt. Diese ganzen kleinen kommunalen Sachen halt.

LORENZEN: Die Anfänge waren mit Euphorie und Veränderungswillen gesegnet?

BJÖRN K.: Ja durchaus, das war ja die Motivation.

LORENZEN: Und es war auch bewusst so, dass Sie sich die kleinen Ziele gesetzt haben?

BJÖRN K.: Ich habe mir damals überlegt, was ich leisten kann und das waren meiner Meinung nach die Sachen im direkten Umfeld. Natürlich habe ich auch irgendwelche Aufrufe gegen den NATO-Doppelbeschluss unterzeichnet, aber da selber richtig aktiv mitzuarbeiten, kam mir nie in den Sinn.

›Wie ich im Laufe der Jahre mitkriegte, was da für Seilschaften dranhingen! Das war recht ernüchternd.«

LORENZEN: Sie sagten, dann setzte schleichende Desillusionierung ein. Wodurch?

BJÖRN K.: Als im Ortsverein die Kandidaten für die Bürgerschaft aufgestellt worden sind. Wie ich im Laufe der Jahre mitkriegte, was da für Seilschaften dranhingen! Das war recht ernüchternd.

LORENZEN: War die SPD auch ein sozialer Ort, wo man seine Freizeit verbracht hat, ein Netzwerk mit Bekannten und Freunden?

BJÖRN K.: Also, ich war bestimmt zweimal die Woche für mehrere Stunden aktiv in der SPD, aber aus meinem Freundeskreis war keiner in der SPD.

LORENZEN: Wo war denn der Freundeskreis?

BJÖRN K.: Aus der Nachbarschaft in Findorff.

LORENZEN: Wie ging es mit Ihrem politischen Engagement weiter, nachdem Sie erkannt hatten, dass hauptsächlich die Seilschaften zu Wort und zu Amt und Würden kommen und nicht die einfachen Mitglieder?

BJÖRN K.: Die aktive Mitgliedschaft ging dann auch recht schnell zu Ende. Die habe ich dann auch nach fünf Jahren (rechnet aus, dass es 1981 gewesen sein muss) beendet und war dann noch Parteibuchleiche in der SPD bis zum Start der Großen Koalition hier in Bremen. Die war das i-Tüpfelchen, um endlich aus dieser Partei auszutreten. Wäre die nicht gekommen, wäre ich immer noch Parteileiche in der SPD.

LORENZEN: Wie war denn Ihr beruflicher Werdegang nach der Höheren Handelsschule?

BJÖRN K.: Neu gestaltete gymnasiale Oberstufe, Kampfabi mit 3,4. Hauptsache in der Tasche. Danach habe ich mich erst mal entschieden, meinen Zivildienst zu machen. Das war für mich auch immer klar: Nicht Bundeswehr, sondern Zivildienst. Ich bin dann auch prompt im ersten Verfahren, das es damals noch gab, durchgefallen und musste in die zweite Instanz gehen. Nach dem Zivildienst wusste ich immer noch nicht, was ich werden wollte. Da ich den betriebswirtschaftlichen Zweig der Oberstufe besucht hatte, war mir klar: Ich gehe in den kaufmännischen Bereich. Ich war zwar nicht ganz überzeugt davon, habe dann aber eine Ausbildung als Bankkaufmann angefangen, die ich nach einem Jahr abgebrochen habe.

LORENZEN: Warum haben Sie die abgebrochen?

BJÖRN K.: Weil ich gemerkt habe, dass das überhaupt nicht meine Welt ist. Also, ganz abgesehen von so banalen Sachen, dass man Anzug und Krawatte tragen muss, lernst du auch relativ schnell, dass du nicht kundenorientiert arbeitest, sondern eher für deinen Arbeitgeber.

›Und aus diesen angedachten zwei Jahren wurden dann zwölf Jahre Kellogg's.«

LORENZEN: Und wie ging es dann weiter?

BJÖRN K.: Jobs. Bei Jacobs, bei Kellogg's. Zwischendurch immer, wenn Geld genug da war, in den Urlaub gefahren. Dann wieder einen Zweimonatsvertrag bei der Firma Kellogg's. Dann kam die Anfrage, dort fest anzufangen. Woraufhin ich kurz überlegt habe und dachte: Toll – verdienste mal zwei Jahre richtig Geld und dann machste eine richtig große Reise. Und aus diesen angedachten zwei Jahren wurden dann zwölf Jahre Kellogg's.

LORENZEN: Was haben Sie dort gemacht?

BJÖRN K.: Ich war in der Produktion tätig, unter anderem ›Smacks‹ und ›Cornflakes‹ und war zum Schluss in meiner Schichtriege verantwortlich für die Cornflakesproduktion.

LORENZEN: Und haben Sie sich während der Zeit zu irgendeinem Zeitpunkt mit der Tätigkeit und mit der Arbeit identifiziert?

BJÖRN K.: Ich hatte keine besseren Ideen, es wurde sehr gut bezahlt. Spaß gemacht hat es halt nicht.

LORENZEN: Wie kam es zu der Arbeit im Kulturzentrum?

BJÖRN K.: Ich bin Ende der 1980iger Jahre in die Nähe des Kulturzentrums gezogen, war dann irgendwann mal zufällig Gast in der Kneipe, habe dann fünf, sechs Jahre ehrenamtlich neben meinem Job bei Kellogg's hier gearbeitet, bis ich gemerkt habe: Man kann nicht zwei Jobs gleichzeitig ernst nehmen. Als es dann das Angebot gab, hier fest anzufangen, habe ich mir eine Woche Bedenkzeit erbeten. Denn finanziell war es ein radikaler Schnitt. Ich habe mir aber abends im Bett schon gesagt: Das machst du. Sofort. Morgen! Geld

kann einen nicht dazu zwingen, sein Leben lang einen Job zu machen, den man eigentlich gar nicht so gerne mag.

LORENZEN: Was hat Sie, außer der Nachbarschaft, hierhergezogen?

BJÖRN K.: Ich war das erste Mal hier bei einem großen Punkkonzert in der Kneipe. Ich habe mir eigentlich am ersten Abend geschworen: Ich komme hier nie wieder her. Das war halt noch die Zeit, in der es ein bisschen härter zugeht. Aber schon kurze Zeit später haben mich diese total unterschiedlichen Schichten, die damals schon hier verkehrten, dann doch fasziniert.

LORENZEN: Inwieweit spielte Politik, Parteipolitik hier eine Rolle?

BJÖRN K.: Überhaupt nicht – für mich nicht!

LORENZEN: Haben Sie die Entscheidung, auf Geld zu verzichten und dafür mehr Selbstbestimmung zu erringen, bereut oder hat sich das für Sie als die richtige Entscheidung dargestellt?

BJÖRN K.: Das habe ich nicht eine Sekunde bereut – zu keiner Zeit. Das war das Beste, was ich machen konnte.

LORENZEN: Kulturarbeit ist ja durch ihre prekäre finanzielle Ausstattung auch immer sehr eng mit parteipolitischen Entscheidungen konfrontiert. Inwieweit hat diese Erfahrung Ihre Haltung zur Politik oder zur politischen Landschaft in Bremen beeinflusst?

BJÖRN K.: Ich sehe da nicht die Verbindung. Wir sind ja auch kein Zentrum, das eine gezielte Lobbyarbeit bei bestimmten Parteien betreibt. Wir werden ja noch verhältnismäßig gut gefördert, wenn auch nicht ausreichend.

›Ich wurde ja erst langsam zum Nichtwähler.«

LORENZEN: Kulturpolitische Fragen spielen also bei Ihrer Wahlenthaltung keine Rolle?

BJÖRN K.: Ich wurde ja erst langsam zum Nichtwähler. Nach meinem Austritt aus der SPD war ich ja noch eine Zeit ein Wechselwähler zwischen SPD und Grünen.

LORENZEN: Wenn Sie damals bei Kellogg's geblieben wären, hätten Sie dann dieselbe Haltung entwickelt? Oder ist die eventuell mit beeinflusst worden durch die beruflichen und sozialen Veränderungen?

BJÖRN K.: Vielleicht hätte ich noch ein paar Jahre länger SPD gewählt, aber ich glaube, das wäre auch auf Nichtwählen hinausgelaufen.

LORENZEN: Wieso war die Bildung der Großen Koalition in Bremen so ein Einschnitt für Sie?

BJÖRN K.: Das war eine gefühlsmäßige Sache, die sich einfach schon ein Jahrzehnt vorher aufgebaut hatte. Seit der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß stand für mich fest: Da wo die CDU/CSU beginnt, da hört es für mich auf. Ich kann mich noch ganz gut an den Auftritt von Franz Josef Strauß in der alten Bremer Stadthalle erinnern. Als wir vor den Toren standen und damals Richtung Schlachthof getrieben worden sind ... von den netten Polizisten.

LORENZEN: Wie wurden Sie vom Wechselwähler zum Nichtwähler beziehungsweise Falschwähler?

BJÖRN K.: Ich glaube, da war irgendwann die Erkenntnis: Wenn ich meinen Weg nicht finde zwischen SPD und Grünen, dann ist es konsequenter, gar nicht mehr zu wählen. Das war nur noch ein Ritual, bei dem ich auch hätte würfeln können.

LORENZEN: Was müsste passieren, damit Sie doch wieder zur Wahl gehen? Was müsste eine Partei machen?

BJÖRN K.: Da ist für mich im Moment nichts vorstellbar. Ich kann mir in meiner jetzigen Situation nicht vorstellen, dass ich irgendwann noch einmal eine Partei wählen werde. Ich kann vielleicht in fünf bis zehn Jahren eines Besseren belehrt werden.

Frank M.:
Gegen die Wand

›Seit Schröder gucke ich genau hin.«

Im Arbeitslosenzentrum Tenever sitzen circa 20 Männer und Frauen und frühstücken zusammen. In den Gesprächsfetzen, die ich aufschnappen kann, spielt die bevorstehende Bundestagswahl eine große Rolle. Der gereizte Tonfall verheißt nichts Gutes. Ich zögere, mich einfach an einen Tisch dazuzusetzen und um ein Interview zu bitten. Habe Angst, als Eindringling angesehen zu werden. Als einer, der dafür bezahlt wird, Stimmen aus dem Abseits aufzusammeln. Draußen sitzt Frank M. und raucht eine Zigarette. Seine offene Ausstrahlung ermutigt mich, ihn anzusprechen.

LORENZEN: Dann falle ich gleich mal mit der Tür ins Haus. Wissen Sie denn schon, wie Sie sich bei der Bundestagswahl verhalten werden?

FRANK M.: Ja, ich werde wahrscheinlich meinen Wahlzettel ungültig machen – damit keiner meine Stimme kriegt.

LORENZEN: Und warum wollen Sie das machen?

FRANK M.: Weil ich mit keinem einverstanden bin! Ich kann mich mit den großen Parteien nicht anfreunden. Ich mag die Merkel nicht, ich mag den Steinmeier nicht, die Linken kann man auch nicht wählen ...

LORENZEN: Ist es das erste Mal, dass Sie so handeln werden?

FRANK M.: Nein, das ist das erste Mal. Die letzten beiden Male bin ich gar nicht zur Wahl gegangen.

LORENZEN: Die letzten beiden Bundestagswahlen?

FRANK M.: Ja.

LORENZEN: Können Sie sich noch erinnern, wie es war, als Sie das erste Mal wählen durften? Haben Sie das damals noch als ein Recht empfunden, auf das Sie auch ein bisschen ...?

FRANK M.: ... da war ich stolz drauf, da war

ich stolz drauf ... Ich habe ja auch Willy Brandt gewählt (lacht).

LORENZEN: Waren Sie politisch interessiert zu dieser Zeit?

FRANK M.: Ja, es ging. Das war ich im Grunde nie direkt. Aber mit den Leuten konnte man sich noch mehr identifizieren. Heute werden ja Versprechen gemacht, die nicht gehalten werden. Schröder habe ich auch gewählt, das habe ich dann später bitter bereut. Als der Hartz IV gemacht hat, habe ich gedacht: Was hast du da gemacht, den hast du unterstützt!?

Das hat den Menschen so viele Nachteile gebracht. Auch die Ein-Euro-Jobs und so.

LORENZEN: Kommen wir noch mal zurück zu Ihrer eigenen Geschichte, Frank M., wann sind Sie nach Bremen gekommen?

FRANK M.: 2001. Durch Arbeitssuche, verschiedene Lebensumstände.

LORENZEN: Wie sah Ihr beruflicher Werdegang aus?

FRANK M.: Ich habe Fischfachverkäufer gelernt und dann aus gesundheitlichen Gründen umgeschult zum Bürokaufmann. Einen umgeschulten Bürokaufmann wollte keiner haben, dann war ich zehn Jahre arbeitslos, dann bin ich psychisch krank geworden und war zweimal in der Klinik und daraufhin habe ich dann Erwerbsunfähigkeitsrente gekriegt.

LORENZEN: Haben Sie denn den Beruf als Bürokaufmann noch mal ausgeübt zu der Zeit?

FRANK M.: Nein, nie. Wollte keiner haben, einen umgeschulten Bürokaufmann. Das ging so weit, dass die gesagt haben: ›Berufsförderungswerk Heidelberg kennen wir ...‹. Ich brauchte noch nicht mal die Papiere dalassen. Ich habe verschiedene Praktika bei verschiedenen Firmen gemacht und die haben sich dann überlegt: ›Nee, das wollen wir doch nicht haben.«

LORENZEN: Wie sind Sie hier ins Arbeitslosenzentrum gekommen?

FRANK M.: Durch meinen Betreuer vom sozial-psychiatrischen Dienst. Der hat gesagt: Such dir etwas, das du nebenbei machst. Damit ich nicht nur zu Hause sitze.

LORENZEN: Kommen Sie mit Ihrer Erwerbsunfähigkeitsrente klar?

FRANK M.: Mehr oder weniger. Das ist von der Hand in den Mund. Großartig zurücklegen kann man nichts.

›Das Programm fand ich gut. Das Soziale.«

LORENZEN: Wie lange haben Sie denn früher die SPD gewählt?

FRANK M.: Immer. Immer.

LORENZEN: Was fanden Sie gut an der SPD?

FRANK M.: Das Programm fand ich gut. Das Soziale. Das ist ja so zurückgegangen, vor allem seit Schröder und Hartz IV.

LORENZEN: Was ist Ihre Kritik an Hartz IV?

FRANK M.: Die Sätze sind zu niedrig. Das, was zum Leben übrig bleibt. Das sieht man ja auch hier in der Beratung, dass sie nicht die volle Miete übernehmen. Auch am eigenen Leib habe ich Verschlechterungen gespürt. Als ich früher ergänzende Sozialhilfe bekommen habe, habe ich die GEZ-Gebühren freigestellt bekommen. Jetzt bei der Erwerbsunfähigkeitsrente ist das im Antrag nicht vorgesehen. Also zahle ich das wieder selbst. Bekleidungsgeld, Weihnachtzulage – das fällt alles für mich weg. Und alles was ich extra kriege, wird mir abgezogen.

LORENZEN: Haben Sie Bekannte, die noch in Arbeit sind?

FRANK M.: Ja, mein Nachbar.

LORENZEN: Diskutieren Sie mit Ihren Bekannten über Politik?

FRANK M.: Ja, hier im Arbeitslosenzentrum.

LORENZEN: Und teilen hier viele Ihre Meinung?

FRANK M.: Es gibt unterschiedliche Meinungen. Einige gehen auch noch zur Wahl, damit sie ihre Stimme nicht verschenken.

LORENZEN: Und warum wollen Sie Ihre Stimme ungültig machen?

FRANK M.: Weil für mich nichts dabei ist, was für mich aussagekräftig genug wäre, Steinmeier, Merkel oder Lafontaine zu wählen. Die Linke würde ich sowieso nicht wählen.

LORENZEN: Warum nicht?

FRANK M.: Wenn man die Berichte sieht, dass da ehemalige Stasi-Mitarbeiter drin sind – den Leuten traue ich gar nicht.

LORENZEN: Ich war ja eben ganz erstaunt, dass hier beim Arbeitslosenfrühstück jemand sagte: Wer arbeiten will, kriegt auch Arbeit.

FRANK M.: Nee, das ist Quatsch. Ich war zehn Jahre arbeitslos und habe mich immer um Arbeit bemüht. Ich bin bei jedem Angebot

gleich losgelaufen, das hat alles nichts gebracht.

LORENZEN: Sehen Sie Ihre Krankheit auch im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit?

FRANK M.: Lebensumstände, Arbeitslosigkeit, das hängt alles zusammen. Ich hatte früher immer das Gefühl, das ich vor eine Wand laufe. Wie ein Flummi, immer hin und her. Man hatte auch keine Anlaufstellen und wusste nicht wohin. Und dann diese Bevormundung vom Arbeitsamt. Da waren teilweise Arbeitsangebote dabei, da wusste man gar nichts mit anzufangen. Und die ganzen Praktika und Fortbildungen, die ich gemacht habe ... Da hat mir einer sogar mal gesagt: Du kannst dich fortbilden bis sonst wohin, das wird dir nichts nützen. Das war, wie gegen eine Wand zu laufen. Und nie eine Sicherheit und nichts.

LORENZEN: Sie machen ja jetzt einen sehr stabilen und zufriedenen Eindruck ...

FRANK M.: ... Ja ...

›Die Menschen werden immer mehr sich selbst überlassen.«

LORENZEN: Wie haben Sie sich denn zurückgekämpft ins Leben?

FRANK M.: Dadurch, dass ich dreimal die Woche hier bin, dann meine regelmäßigen Besuche beim Psychologen und ein regelmäßiges Leben. Das mit meinem Geld läuft, ich muss zwar alle zwei Jahre neu beantragen und dann wird neu geprüft, aber das gibt mir Stabilität. Man ist nicht mehr im Ungewissen.

LORENZEN: Halten Sie denn unseren Sozialstaat im Prinzip für funktionsfähig?

FRANK M.: Er baut ab, er baut ab. Die Menschen werden immer mehr sich selbst überlassen und du kriegst gesagt: Du musst was für dich tun. Nur die Möglichkeit müsste ja da sein. Oder wie Steinmeier jetzt gesagt hat: Paar Millionen können da, paar Hunderttausend können da arbeiten – aber das entscheidet ja die Wirtschaft. Die Politik stellt ja nicht ein, die Wirtschaft stellt ein. Und da vorzugreifen und zu sagen, wir haben in zehn Jahren die Arbeitslosigkeit weg: Das glaube ich nicht. **LORENZEN:** Was würden Sie von einer Partei erwarten, die Sie wählen könnten?

FRANK M.: Dass mehr Volksnähe da ist. Dass das Leute sind, die Erfahrung haben mit dem, was sie tun. Und nicht Menschen, die studiert haben, die behütet aufgewachsen sind und ein ganz anderes Umfeld erlebt haben wie der normale Bürger. Das spielt ja alles eine Rolle: Wo bin ich aufgewachsen, wo bin ich reingewachsen, wie bin ich erzogen worden? Wo liegen da meine Möglichkeiten, was hab ich mitgekriegt? Davon hängen die Chancen ab. Wenn ich die Stellenanzeigen sehe – die sind so hochgestochen, was da schon von den Jugendlichen verlangt wird, da sind die Voraussetzungen gar nicht da.

LORENZEN: Haben Sie Zukunftsängste?

FRANK M.: Zukunftsängste? Nee, eigentlich nicht. Vielleicht, wie die Renten mal gesichert werden. Oder wo es weltwirtschaftlich hinführt. Oder, dass mal Krieg kommen könnte. Das sind ganz normale Ängste, die wohl jeder hat, wenn man sich die Weltlage so anguckt. **LORENZEN:** Es gibt ja auch Ängste, dass durch die Wahlenthaltungen das politische System insgesamt zusammenbrechen könnte und die ganz falschen Leute an die Macht kommen. Sehen Sie diese Gefahr auch? Dass es einen Rechtsruck geben könnte?

FRANK M.: Ich glaube, da haben wir aus der Vergangenheit gut gelernt. Im kleinen Kreis gibt es das, ja, aber dass die noch mal groß rauskommen, das glaube ich nicht. Dann kommt eher eine Partei wie die Linke groß raus, die Rechte ist dadurch ja schon wieder zurückgegangen.

LORENZEN: Können Sie sich vorstellen, in ein paar Jahren wieder wählen zu gehen?

FRANK M.: Kommt drauf an, wer sich anbietet. Wenn da jemand ist, der sich richtig anbietet. Ich gucke jetzt genauer hin, seit Schröder gucke ich genauer hin.

2.2 Späte Wahl

Drei Männer, die in der Türkei geboren sind und schon über 30 Jahre in Deutschland leben. Zwei Wahlberechtigte und einer, der die deutsche Staatsbürgerschaft nie beantragt hat. Drei unterschiedliche Zugänge zur Politik.

Erkan A. hat sich vom Arbeitslosen in Tenever zum selbstständigen Computerfachmann hochgearbeitet. Er kümmert sich aber immer noch um die Leute im Stadtteil und die Erfahrung mit dem sozialen Abstieg anderer macht ihn, der immer SPD gewählt hat, jetzt zum Protestwähler.

Orhan C. hat sich ebenfalls zum IT-Experten fortgebildet und engagiert sich in einer Gröpelinger Moschee für die Belange seiner Gemeinde. Für ihn ist das Wahlrecht wertvolles Bürgerrecht, das er trotz mancher Enttäuschung nicht hergeben möchte.

Seref B. arbeitet als Schlosser bei den Stahlwerken und ist nicht wahlberechtigt, weil er keinen deutschen Pass hat – der war ihm bis jetzt nicht wichtig genug. Er findet die Lage sehr unübersichtlich und pendelt innerhalb des Gesprächs zwischen Bedauern, nicht wählen zu dürfen, und dem Aufruf zum Wahlboykott.

Erkan A. treffe ich im Arbeitslosenzentrum Tenever. Hierher kommt er seit über 20 Jahren und obwohl er inzwischen als Selbstständiger nebenan im beschaulicheren Osterholz lebt, trifft er sich hier immer noch oft mit alten Bekannten, um zu diskutieren und zu quatschen.

Erkan A.:
Solidarisch in Tenever

›Das kann ganz schnell nach hinten losgehen.«

LORENZEN: Wie sind Sie zum Arbeitslosenzentrum gekommen?

ERKAN A.: Das war schon in den 1980igern, als ich arbeitslos war. Das war hier ein Treffpunkt, an dem man sich unterhalten konnte und seine Meinung sagen konnte.

LORENZEN: Was haben Sie gelernt?

ERKAN A.: Ich habe Lkw-Fahrer gelernt, bin aber jetzt in der Branche ›Computer-Reparatur-Service‹ tätig.

LORENZEN: Welchen Schulabschluss haben Sie?

ERKAN A.: Ich habe Hauptschulabschluss.

LORENZEN: Hier in Bremen gemacht?

ERKAN A.: Ja.

LORENZEN: Und sind Sie auch in Bremen geboren?

ERKAN A.: Nein, ich bin hier rübergekommen, aus der Türkei, aber in Bremen aufgewachsen.

LORENZEN: Und seit wann sind Sie wahlberechtigt?

ERKAN A.: Ich glaube seit 2003.

LORENZEN: Und nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr?

ERKAN A.: Ja, dieses Jahr.

LORENZEN: Viele andere hier sind ja im Moment enttäuscht von der politischen Entwicklung ...

ERKAN A.: ... Ja, natürlich! Ich bin auch enttäuscht von der Politik. Erst mal wirst du von oben bis unten verarscht, auch von den Grünen. Die sind ja gegen Atomkraft und auf einmal beschließen sie, ein neues Kraftgebäude zu bauen ... das ist für mich die größte Verarschung der Menschheit, tut mir leid, ich werde die auch wahrscheinlich nicht wieder wählen. Ich habe die damals gewählt, aber das ist vorbei. Und was ist der Unterschied zwischen der Linken und der SPD? Das sind die gleichen Genossen, die gleichen Kameraden, die früher nebeneinandergesessen und nebeneinandergekämpft haben und jetzt bekriegen die sich. Das ist nur Machtpolitik. Und wer die Macht hat, der steckt das Geld ohne Ende in die eigene Tasche.

LORENZEN: Wie haben Sie das denn damals geschafft, sich vom Arbeitslosen zum Selbstständigen hochzuarbeiten? Gab es da Unterstützung für Sie oder war das nur der eigene Wille?

ERKAN A.: Eigener Wille und Unterstützung durch das Arbeitsamt. Das ist ja eine ›Ich-AG‹.

LORENZEN: Haben Sie Fortbildungen zum Computerfachmann gemacht?

ERKAN A.: Ich habe damals EDV-Kurse gemacht und mir das angeeignet. Dann kamen auch noch Handys dazu und so weiter.

LORENZEN: Ihre persönliche Situation hat sich in den letzten Jahren also gebessert?

ERKAN A.: Ja, meine Situation hat sich verbessert, das ist richtig. Hier ins Arbeitslosenzentrum komme ich, um zu gucken, wie es den anderen Menschen geht, hier kriegt man wirklich was mit. Hier unterhält sich jeder mit jedem, ob du klein bist oder groß, da gibt es keinen Unterschied. Mensch ist Mensch. Das sind die einzigen Anlaufstellen für einen Arbeitslosen beziehungsweise einen Arbeitnehmer, wo er sich informieren kann. Ob das Verkehrsrecht ist oder Arbeitsrecht. Aber das wollen sie schließen, weil es ein Dorn im Auge ist. Wo sollen wir uns noch einschränken? Die Politiker rechnen dir genau aus, was du kriegst, was du machen darfst und was du sollst, fertig aus – und das hast du dann zu machen. Das ist, als ob du ein Schwein oder ein Rind in einen Stall führst und sagst: Das muss da jetzt rein, geht es nicht rein, kriegt es einen Elektroschock. So ist das bei uns momentan mit dem Geld. Wir kriegen einen Elektroschock, indem die uns die Gelder einfach kürzen.

›Zur Wahl gehe ich. Wenn ich nicht hingehe, dann kommen doch wieder Hans und Franz und nehmen sich von unserem Topf noch mehr.«

LORENZEN: Aber zur Wahl gehen Sie trotzdem noch?

ERKAN A.: Zur Wahl gehe ich. Wenn ich nicht hingehe, dann kommen doch wieder Hans und Franz und nehmen sich von unserem Topf noch mehr. Das sehe ich doch. Es sind Milliarden über die Maut gekommen, Milliarden! Wo sind die alle geblieben? Da geht vielleicht ein Bruchteil an die Straßen zurück. Und was die in der Politik an den Autobahnen, an den Sperren verkloppen ... in anderen Ländern wird nachts gearbeitet, nachts! Und am nächsten Morgen siehst du nicht, dass da eine Baustelle war. Aber hier? Die größte Baustelle ist hier auf der A1. Das ist doch Verarschung, wenn die sagen, am Wochenende kostet das mehr wegen des Aufpreises auf den Stundenlohn. Was die an Milliarden in die eigenen Taschen

transferieren, das ist doch ein Bruchteil von dem, was die an den kleinen Bürger, an den kleinen Arbeiter bezahlen. Und deshalb muss man da hingehen und sagen: So, ich wähle die nicht mehr, weil die meine Interessen nicht verfolgen. Ganz einfach!

LORENZEN: Gibt es denn noch jemanden, der Ihre Interessen verfolgt?

ERKAN A.: Der Einzige, der meine Interessen verfolgt ist, ... aber ich will jetzt hier keine Propaganda machen ...

LORENZEN: ... aber Sie können das ja trotzdem sagen ...

ERKAN A.: ... der Einzige ist, das tut mir ja leid, dass das so krass ist, aber das ist Lafontaine. Bei mir ist Lafontaine der Gewinner. Der ist zwar in manchen Themen zu krass. Aber er hat gleich gesagt, was er will, ob das machbar ist, muss er ja wissen. Er sagt ja auch, diese Gleichberechtigung aller Menschen, das ist nicht machbar. Dann hätten wir Kommunismus. Und wir haben schon erlebt, dass die meisten kommunistischen Städte oder Staaten kaputtgehen. Irgendjemand muss ja da dran verdienen. Das heißt, wenn einer mehr arbeitet, dann soll er auch mehr verdienen. Wenn einer besser arbeitet, dann soll er auch besser verdienen.

LORENZEN: Sie haben ja ziemlich lange in der Bundesrepublik gelebt, ohne wählen zu dürfen. Haben Sie das als Ungerechtigkeit empfunden?

ERKAN A.: Da habe ich mich weniger interessiert, weil das lief ja sowieso. In Bremen regierte ja die SPD und die verfolgte meine Interessen, kein Ding. Aber heutzutage sehe ich, dass die nicht mehr meine Interessen verfolgt und da muss ich mir eine eigene Partei suchen.

›Ich wollte eigentlich keine Kinder in die Welt setzen, weil ich keine Perspektive sehe.«

LORENZEN: Wie sehen Sie die Perspektive für Ihre Kinder?

ERKAN A.: Ich wollte eigentlich keine Kinder in die Welt setzen, weil ich keine Perspektive sehe. Aber Kinder gehören ja zur Familie und

da sie nun da sind, müssen wir das Beste draus machen! Und die Milliardenlöcher, die ihnen als Erben zurückgelassen werden, das ist eine Sauerei! Die dürfen nachher für uns schuffen und haben nichts davon. Das ist doch traurig für so einen Staat. Gucken sie mal, was die Bundesregierung angestellt hat mit der Agenda 2010. Mit dem Hartz-IV-Gesetz. Die wollten nur das reine, amerikanische Wirtschaftssystem übernehmen. Und was haben wir davon? Nur Elend und Versagen. Und die Türkei macht das ganz anders. Die übernimmt gerade das ehemalige, deutsche Wirtschafts-Know-how. Das gab es vorher nicht: Sozialämter in der Türkei. Und kostenlose Krankenhausuntersuchung für alle. Das heißt doch: Damit sind die hier am besten gefahren.

LORENZEN: Sehen Sie denn das demokratische System durch die Verdrossenheit insgesamt in Gefahr?

ERKAN A.: Momentan halten sich viele zurück. Aber es ist sehr, sehr angespannt. Das Gewaltpotenzial bei den Jugendlichen hat dermaßen zugenommen.

LORENZEN: Sehen Sie da einen Zusammenhang zur sozialen Situation?

ERKAN A.: Na klar, geht es mir zu Hause gut, gehts mir auch draußen gut. Läuft es zu Hause nicht, hast du auch schlechte Laune draußen. Und wenn die Eltern nicht zufrieden sind, dann sind das auch die Kinder nicht. Die meisten kommen ja so grade über die Runden. Aber was wird denn für die Jugendlichen gemacht? Die Jugendlichen oder jungen Erwachsenen haben hier in Tenever zum Beispiel seit zehn, fünfzehn Jahren eine Sporthalle, da kommen sie einmal in der Woche zwei Stunden hin. Und die Erwachsenen, die das organisieren, müssen für die Kosten betteln. Da sind teilweise zwischen 25 und 35 Leute drin, von 15 Jahren bis 40. Und da merkt man auch die Aggressionen, was hier abgeht, wie die sich auch gegenseitig behandeln. Das kann ganz schnell nach hinten losgehen, wenn die so weitermachen in der Politik. Die Politik muss sich um das Wohlbefinden der Menschheit kümmern. Aber das ist so weit an den Rand gestellt worden, dass man es gar nicht mehr anfassen kann.

Mit Orhan C. und Seref B. bin ich in der Gröpelinger Fatih-Moschee verabredet, die für die beiden Familienväter das Zentrum ihrer religiösen und sozialen Aktivitäten ist.

Orhan C.:
Einmischung in Gröpelingen

›In anderen Ländern wird für das Wahlrecht gekämpft.«

LORENZEN: Werden Sie Sonntag zur Wahl gehen?

ORHAN C.: Ja, das werde ich.

LORENZEN: Seit wann sind Sie in Deutschland wahlberechtigt?

ORHAN C.: Seit 2000. Inzwischen habe ich bei vier, fünf Wahlen mitgemacht.

LORENZEN: War die Erlangung der Wahlberechtigung für Sie wichtig bei der Entscheidung, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen?

ORHAN C.: Das war nicht der wichtigste Grund, gehörte aber dazu. Da ich hier lebe, wollte ich auch mitwirken, indem ich auch an den Wahlen teilnehme.

LORENZEN: Wie lange leben Sie schon in Deutschland?

ORHAN C.: Seit 36 Jahren. Ich bin mit 13 Monaten nach Deutschland gekommen.

LORENZEN: Haben Sie sich in den Jahren, bevor Sie wahlberechtigt waren, ausgeschlossen gefühlt?

ORHAN C.: Ja schon. Wir lesen ja auch Zeitungen, wir bekommen ja alles mit, was in der Gesellschaft läuft. Da nicht mitentscheiden zu können, hat mich schon gestört.

LORENZEN: Was war denn der Hauptgrund für Sie, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen?

ORHAN C.: Damals vor zehn Jahren war das für uns Ausländer ja vorteilhaft. Wir müssen ja zum Beispiel alle drei, vier Jahre zum türkischen Konsulat, um wichtige Sachen zu machen, wenn wir zum Beispiel in die Türkei fahren wollen, etwas kaufen oder verkaufen

wollen. Das hat mich am meisten gestört, mich den ganzen Tag mit dem Konsulat zu beschäftigen.

LORENZEN: Was ist Ihr Beruf?

ORHAN C.: Ich habe zwei Ausbildungen. Die erste zum Kfz-Mechaniker, dann habe ich umgeschult zum IT-Systemkaufmann.

LORENZEN: Bei Migranten hört man ja oft von Problemen in der Berufsausbildung. Ist bei Ihnen alles glattgelaufen?

ORHAN C.: Ja. Vielleicht hatte ich Glück. Ich hatte aber auch den Willen, etwas zu schaffen, das ist ja das Wichtigste. Ich hatte einen sehr guten Realschulabschluss, musste aber trotzdem 40 Bewerbungen schreiben. Kfz-Mechaniker war nicht meine erste Wahl, aber es blieb mir nichts anderes übrig. Die Umschulung habe ich dann aus gesundheitlichen Gründen gemacht. Computer haben mich schon vorher interessiert.

LORENZEN: Welchen Beruf hatte Ihr Vater?

ORHAN C.: Der war Hilfsarbeiter, ganz normal. Zuerst waren wir ein paar Jahre in München, 1978 kamen wir nach Bremen, weil Klöckner Arbeiter gesucht hat. Dort hat mein Vater bis zur Rente gearbeitet. Gelebt haben wir immer in Gröpelingen, jetzt lebe ich allerdings in Oslebshausen.

LORENZEN: Wie war es denn, als türkischer Jugendlicher in Gröpelingen aufzuwachsen?

ORHAN C.: Wir waren ja fast unter uns, ich kannte fast jeden. Das war richtig familiär, wir hatten auch viele türkische Nachbarn, kaum Deutsche.

›Es war nicht so, dass wir uns abgegrenzt haben.«

LORENZEN: Wann haben Sie denn angefangen, sich für den Rest der Bevölkerung zu interessieren?

ORHAN C.: Das gab es ja auch, in der Schule waren wir ja auch mit Deutschen zusammen und wir hatten auch deutsche Freunde. Es war nicht so, dass wir uns abgegrenzt haben.

LORENZEN: Haben Sie sich schon als Jugendlicher für Politik interessiert?

ORHAN C.: Ja schon. Ich habe immer mal wieder Nachrichten gehört, die Namen der Politi-

ker konnte ich schon damals. Und wenn ich jetzt sehe, dass die Zwanzigjährigen die Bundeskanzler oder verschiedenen Minister nicht namentlich nennen können, das ärgert mich schon.

LORENZEN: Woran liegt das Ihrer Meinung nach, dass das Interesse an Politik bei den Jugendlichen zurückgegangen ist?

ORHAN C.: Ich weiß es nicht. Vielleicht denken sie, Politik bringt nichts, die machen eh alle das Gleiche, egal wer an die Macht kommt, wer sie regiert. Das ist auch bei den Menschen so, die nicht zur Wahl gehen.

LORENZEN: Beobachten Sie auch in Ihrer Gemeinde, dass der Anteil der Nichtwähler wächst?

ORHAN C.: Die meisten, die ich kenne und die die deutsche Staatsbürgerschaft haben, gehen zur Wahl.

LORENZEN: Liegt es denn hauptsächlich an der deutschstämmigen Bevölkerung, dass Gröpelingen bei den letzten Wahlen eine relativ geringe Wahlbeteiligung hatte?

ORHAN C.: Das kann ich Ihnen nicht sagen, das liegt wohl an beiden Seiten. Nachvollziehen kann ich das nicht. Es gibt viele Länder, in denen die Menschen darum kämpfen, eine Demokratie zu haben und mitzuentcheiden. Wir haben so etwas, mit einigen Minuspunkten, aber bei uns gibt es das und da sollte man dieses Recht auch wahrnehmen. Wenn man nicht wählt, kann man die Regierung auch nicht kritisieren, sonst hätte man ja die anderen wählen können.

›Hauptsächlich wählen die Migranten mit deutschem Pass ja SPD, das kann man ja nicht leugnen.«

LORENZEN: Haben Sie den Eindruck, dass sich die Lebenssituation der Menschen in Gröpelingen durch politische Entscheidungen in den letzten Jahren verändert hat?

ORHAN C.: Ja, das hat es. Uns Türken hat es besonders betroffen, dass die Ehepartner, die aus der Türkei nachziehen, Deutschkurse absolvieren müssen. Die dauern ja richtig lange. Solche Gesetze haben schon die Lebenssituation beeinträchtigt und sie beeinträchtigen auch die Wahlen. Hauptsächlich

wählen die Migranten mit deutschem Pass ja SPD, das kann man ja nicht leugnen, zu 40, 50 Prozent sind das SPD-Wähler. Die sind jetzt enttäuscht. In der Großen Koalition haben sie auch nichts für die Migranten hier in Deutschland gemacht. Das sind die Themen, die für die Migranten am wichtigsten sind. Was haben sie für mich und die Gemeinde gemacht? Arbeiten sie gut mit der Moschee zusammen? Solche Sachen beeinflussen schon.

LORENZEN: Gibt es denn andere Parteien, von denen sich die Migranten gut vertreten fühlen?

ORHAN C.: Die Grünen werden auch oft gewählt, die haben ja sogar einen Vorsitzenden mit Migrationshintergrund. Die Linken reden ja auch viel und werden von den Migranten etwas holen können.

LORENZEN: Was müsste sich ändern, damit sich die Leute wieder mehr in die Politik einbringen?

ORHAN C.: Die Politiker müssten ehrlich sein. Meistens vergessen sie ja nach der Wahl, was sie vorher versprochen haben. Aber das ist überall auf der Welt so, dass sie nach der Wahl sagen, die Konstellation ist anders geworden, deshalb können sie nicht machen, was sie vorher gesagt haben. Und vier Jahre später erzählen sie wieder das Gleiche. Das enttäuscht auch die Wähler.

LORENZEN: Über Gröpelingen hieß es ja lange, hier entstehen Gettos für Arbeitslose und Migranten. Wie sehen Sie die Entwicklung?

ORHAN C.: In den letzten Jahren geht es bergauf. Mit den EU-Fonds wurde ja einiges gemacht, auch kulturell. Vor zehn Jahren hatten wir nur ausländische Cafeterias, in denen die Jugendlichen bis 23 Uhr saßen. Und die Straße konnte man nicht sicher überqueren. Seit drei, vier Jahren ist das besser, auch durch Institutionen wie ›Kultur vor Ort‹ und ›Gröpelingen Marketing‹. Mit denen arbeiten wir als Moschee auch zusammen.

LORENZEN: Haben Sie sich schon entschieden, wo Sie Sonntag Ihr Kreuz machen?

ORHAN C.: Ja, meine Erststimme geht an Marieluise Beck, als Zweitstimme werde ich die SPD wählen.

LORENZEN: Trotz Enttäuschung?

ORHAN C.: Ja, aber ich muss ja wählen gehen. Wenn ich nicht wähle, ziehen die kleineren radikalen Parteien ihre Vorteile daraus.

Seref B.:

Ohne Stimme, aber nicht ohne Meinung

›Mitreden kann ich sowieso nicht.«

LORENZEN: Wie lange leben Sie schon in Deutschland?

SEREF B.: Seit 30 Jahren. Ich bin als Kind hergekommen. Zuerst haben wir in der Neustadt gelebt, jetzt lebe ich in Walle.

LORENZEN: Welche Berufsausbildung haben Sie?

SEREF B.: Zuerst habe ich die Hauptschule gemacht und dann die Berufsausbildung zum Schlosser. Nach der Ausbildung war ich ein paar Monate arbeitslos, aber seit 20 Jahren arbeite ich bei den Stahlwerken. Ich bin mit der Arbeit zufrieden. Auch wenn sich viel verändert hat. Als ich anfang, waren wir 6.700 Leute, heute noch 3.700, glaube ich.

LORENZEN: Spielt da die Angst mit, man könnte auch selbst noch mal entlassen werden?

SEREF B.: Das haben wir ja erlebt. ›Verpacken und Verladen‹, wo ich arbeite, wollen sie ja sogar an eine Tochtergesellschaft verkaufen. Und da haben wir auch ein bisschen Angst. Jeden Tag hört man etwas anderes.

LORENZEN: Haben Sie Arbeitslose in Ihrer Bekanntschaft und Nachbarschaft?

SEREF B.: Ja, die sagen, sei bloß froh, dass du Arbeit hast.

LORENZEN: War es für Sie nie ein Thema, sich einbürgern zu lassen?

SEREF B.: Doch, ich habe es mir sogar überlegt. Aber das ist so viel Lauferei, bis man die ganzen Unterlagen zusammen hat, das stört mich. Aber mein 20-jähriger Sohn hat die deutsche Staatsbürgerschaft.

LORENZEN: Und wird Ihr Sohn zur Wahl gehen?

SEREF B.: Ich habe ihn vorgestern gefragt, da wollte er hingehen. Erst wollte er sich sogar als Wahlhelfer bewerben, aber dann hat er sich dagegen entschieden. 30 Euro Verdienst für zehn Stunden Arbeit waren ihm doch zu wenig.

LORENZEN: Würden Sie zur Wahl gehen, wenn Sie dürften?

SEREF B.: Ja, das würde ich.

›Wenn ich ehrlich bin, habe ich kein Vertrauen in die Politiker.«

LORENZEN: Und was würden Sie wählen?

SEREF B.: Das finde ich heutzutage schwierig. Ich würde mir das am letzten Tag überlegen. Wenn ich ehrlich bin, habe ich kein Vertrauen in die Politiker. Die können Politik gut verkaufen, aber nach der Wahl hat sich alles geändert.

LORENZEN: Hört sich so an, als wären Sie ganz froh, dass sie nicht wählen müssen.

SEREF B.: Ja, mitreden kann ich sowieso nicht. Aber ich überlege mir, ob ich nicht doch noch mal den deutschen Pass beantrage, um mitzuwirken. Das muss jetzt mein Sohn für mich tun. Ich habe ihm meine Meinung gesagt, aber er macht, was er für richtig hält.

LORENZEN: Welche politischen Themen sind für Sie besonders wichtig?

SEREF B.: Ausländer- und Sozialpolitik. Aber dann müssen sie wirklich halten, was sie versprechen. Wenn man jetzt auf den Markt geht, sind sie alle da. Und nachher sieht man keinen mehr.

LORENZEN: Kennen Sie viele Leute in Ihrem Bekanntenkreis mit deutschem Pass, die nicht zur Wahl gehen?

SEREF B.: Ja, die haben die letzten Wahlen boykottiert. Die waren stinksauer. Ich weiß nicht auf was, ich kann da nicht mitreden. Ich weiß nicht, ob die dieses Jahr wieder boykottieren.

LORENZEN: Sollte man auch das Wahlrecht haben, wenn man kein deutscher Staatsbürger ist, aber trotzdem lange hier lebt?

SEREF B.: Das wäre gut, dann würde die ganze Familie zusammen zur Wahl gehen.

LORENZEN: Was machen Ihre Kinder, ist das mit der Ausbildung alles gut gelaufen?

SEREF B.: Mein Sohn ist jetzt an der Uni, er will Lehrer werden. Meine Tochter hat Hauptschulabschluss und wir suchen zurzeit einen Ausbildungsplatz. 80 Bewerbungen haben wir schon abgegeben. Aber da passiert nichts.

Nachdem das Band ausgeschaltet ist, dreht sich das Gespräch noch eine Weile um die soziale Lage im Bremer Westen. Da meldet sich Seref B. noch einmal zu Wort.

SEREF B.: Alle sollten die Wahlen boykottieren, damit die Politiker merken, dass die Leute mit ihrer Politik unzufrieden sind. Seit der Euro da ist, haben sich die Verhältnisse verschlechtert, haben sich die Kosten verdoppelt. Die Unzufriedenheit wächst. Ich habe Nachbarn, die auch andere Parteien wählen.

LORENZEN: Mit anderen Parteien meinen Sie auch rechte Parteien?

SEREF B.: Ja, ich habe 90 Prozent deutsche Nachbarn. Die haben 20 Jahre die gleiche Partei gewählt. Damit ist nun Schluss, die wählen jetzt andere Parteien. Und wenn Sie denen zuhören, wissen Sie auch, welche sie wählen würden.

2.3 Arbeitslos im Osten und Westen

Osterholz-Tenever und Gröpelingen liegen an verschiedenen Enden Bremens, werden aber seit Jahren in einem Atemzug genannt, wenn es um Spitzenwerte bei Arbeitslosigkeit, Ausländeranteil und Nichtwähler geht. Ähnlich sind daher auch die Etiketten, die ihnen in der öffentlichen Wahrnehmung verpasst werden: sozialer Brennpunkt, Problemstadtteil, Getto. Dabei sind die strukturellen Unterschiede gewaltig: Hier das in die Höhe geschossene Erbe sozialdemokratischer Stadtentwicklung der 1970iger Jahre – dort dicht bebaute, von Wert- und Stahlkrise schwer gebeutelte traditionelle Arbeiterquartiere. Trotz negativer Zuschreibungen gibt es kaum Orte in Bremen, mit denen sich die Bewohner so stark identifizieren. Das gilt auch für die beiden Arbeitslosen Volker P. und Petra K. Beide um die 40, fest verwurzelt in ihren Quartieren.

Petra K: Kämpfen in Tenever

›Politik ist Nebensache in meiner Welt.«

Petra K. ist alleinerziehende Mutter zweier Kinder und arbeitet gerade als Ein-Euro-Jobberin in einer Anlaufstelle für Bedürftige in Osterholz-Tenever. Nach langem Überlebenskampf hat sie gerade wieder Boden unter den Füßen – der ihr möglicherweise mit Auslaufen dieser Stelle wieder entzogen wird. Doch das Wählen ist für sie nach wie vor Bürgerpflicht. Vielleicht ändert sich ja doch ein bisschen.

LORENZEN: Sind Sie in Tenever aufgewachsen?

PETRA K.: Nein, ich bin mit 20 hierher gezogen, weil es keine anderen Wohnungen gab. Ich hatte damals gerade meinen Sohn bekommen. Meine Kindheit habe ich in einem Kinderheim auf dem Land verbracht. Mit 17 bin ich abgehauen und in Bremen gelandet. Ich hatte damals einen guten Chef, der hat mir das Frauenhaus empfohlen. Da bin ich dann erst mal untergekrochen. Dann bin ich in die Vahr umgezogen. Von da aus ins Steintor, dann wieder ins Frauenhaus und schließlich hierher.

LORENZEN: Was haben Sie damals gearbeitet?

PETRA K.: Da war ich Verkäuferin, danach Altenpflegerin und Popcorn-Popperin hier im Kino.

LORENZEN: Haben Sie eine Berufsausbildung gemacht?

PETRA K.: Angefangen, aber nie zu Ende geführt.

LORENZEN: Welchen Schulabschluss haben Sie?

PETRA K.: Hauptschule und dann noch ein Jahr Hauswirtschaftsschule.

›Dann habe ich mich selbst wieder auf die Beine gestellt.«

LORENZEN: Wann hatten Sie Ihren letzten regulären Job?

PETRA K.: Vor der Geburt meiner Tochter, das war 2001. Ich hatte ziemlich viel Stress mit dem Jugendamt, das hat man als Alleinerziehende sowieso. Groß ermutigt war ich auch nicht. Irgendwie stand ich da und wusste gar nicht, was ich machen sollte, bis ich dann durch einen Streetworker die Chance bekommen habe, anderen Leuten zu helfen. Dann habe ich mich selbst wieder auf die Beine gestellt.

LORENZEN: Was bedeutet Ihnen die Tätigkeit hier?

PETRA K.: Eine Beschäftigung. Und eine Aufgabe. Das Gefühl, jemandem helfen zu können. Und wenn ich nur da bin und zuhöre. Ich sitze nicht nur zu Hause rum, sondern habe auch Kontakt zu anderen Leuten. Das habe ich ja früher nie gehabt. Ich habe nur für mich und meine Kinder gelebt. Der Rest der Welt hat mich überhaupt nicht interessiert.

LORENZEN: Was haben Sie denn gearbeitet, als Sie allein mit ihrem Sohn zusammengelebt haben?

PETRA K.: Da habe ich jahrelang im Mütterzentrum gearbeitet. Auf blaue Karte, das ist ungefähr das Gleiche wie ein Ein-Euro-Job. Dann bekam ich private Probleme und die Arbeit wurde mir zu viel. Da habe ich zur Flasche gegriffen. Aber meine Chefin wollte mich nicht gehen lassen und hat die Kündigung immer wieder zerrissen. Doch irgendwann kam ich besoffen zur Arbeit, dann musste sie mich rausschmeißen. Aber ich habe das provoziert, weil ich privat nur noch Stress hatte. Unter anderem durch einen Stalker.

LORENZEN: Wie würden Sie Ihre jetzige Situation beschreiben?

PETRA K.: Ich habe aufgeräumt, ich habe sehr viel aufgeräumt. Ich bin meine Schatten losgeworden, ich habe meinen Weg wieder gefunden und ich habe den Kampf gegen das Jugendamt immer wieder gewonnen.

LORENZEN: Was wollten Sie denn von Ihnen?

PETRA K.: Mein Sohn wollte nicht mehr zur Schule gehen, dadurch kamen die auf den Plan. Dann hatte ich auch noch Frettchen, die haben ja einen Eigenduft. Das größte Problem ist: Ich liebe meine Kinder zu doll – ich kann nicht loslassen.

LORENZEN: Wollte Ihnen das Jugendamt die Kinder nehmen?

PETRA K.: Später erst. Ich konnte dem Jugendamt ja auch nicht erzählen, welche Probleme ich hatte. Wenn ich denen von dem Stalker erzählt hätte, hätten sie mir die Kinder gleich weggenommen. Deshalb habe ich das auf das andere Problem Alkohol geschoben. Dann habe ich Therapie gemacht und alles, was dazugehört. Hätte ich mich da nicht darauf eingelassen, hätte ich vielleicht meine Kinder verloren. 19 Jahre habe ich um meinen Sohn gekämpft.

LORENZEN: Wie hat sich denn Ihre Wohnsituation hier in Tenever auf ihre Verfassung ausgewirkt?

PETRA K.: Das war ganz unterschiedlich. Am Anfang habe ich mich hier total verloren gefühlt und hatte richtig Muffe auf den Balkon zu gehen – wegen der Höhe. Und dann die vielen Leute. Und dann hatte ich irgendwann das Glück, dass alte Leute bei mir im Haus ausgezogen sind. Also hatte ich das Haus fast für mich. Da ging das. Das war eine schöne ruhige Phase, die Kinder konnten auf dem Flur spielen. Jetzt habe ich wieder Nachbarn, jetzt ist es wieder eingeengt, man fühlt sich beobachtet. Ich habe jetzt zum Glück eine ganze Häuserfront nicht mehr, durch die ich mich beobachtet gefühlt habe. Es ist aber immer schöner geworden hier. Früher war es erdrückender, da hatte man Angst nach oben zu gucken, aus Angst, dass einem etwas auf den Kopf fliegt.

›So viel Hilfe wie hier in Tenever gibt es nirgendwo anders.«

LORENZEN: Wie würden Sie den Stadtteil beschreiben?

PETRA K.: Der ist kunterbunt und schön geworden. Und so viel Hilfe wie hier in Tenever gibt es nirgendwo anders. Wir haben alles an einem Ort. Arbeitslosenzentrum, Streetworker, ganz viel für die Kinder. Im Gegensatz zu damals.

LORENZEN: Und die Nachbarschaft?

PETRA K.: Das ist wie überall, man kennt vielleicht ein paar, man sagt hallo und mehr nicht.

LORENZEN: Haben die Leute anderswo ein falsches Bild von Tenever?

PETRA K.: Ja, wir sind ja immer noch als Getto

verschrien und dass die Leute bei uns stündlich vom Balkon springen. Das ist ja nicht so. Ich bleibe hier. Ich habe Wurzeln geschlagen. Früher habe ich es höchstens mal drei Monate irgendwo ausgehalten, dann war ich wieder auf der Flucht und habe etwas Neues versucht. Ich habe hier meinen Hund verloren, ich habe hier ein Kind gekriegt, ich habe mein Frettchen verloren, ich habe immer wieder neu angefangen, ich habe tausend Kämpfe hier gewonnen.

LORENZEN: Wie beurteilen Sie hier Ihr Arbeitsverhältnis als Ein-Euro-Jobberin? Ist das Ausbeutung oder eine Chance für Sie?

PETRA K.: Das ist eine fiese Frage. Auf der einen Seite beutet man uns ganz schön aus. Auf der anderen Seite ist es die Möglichkeit rauszukommen und etwas davon zu haben. Aber für das, was wir leisten, ist das zu wenig. Wir leisten genauso viel wie andere, bekommen aber einen Bettelohn. Selbst ein Bettler verdient mehr als wir in der Stunde.

LORENZEN: Gibt es hier die Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung für Sie?

PETRA K.: Im Moment haben wir keinen Träger, erst wenn es einen neuen Träger gibt, kann es vielleicht weitergehen. Sonst bin ich am neunzehnten wieder arbeitslos.

LORENZEN: Bei den ganzen Kämpfen, die Sie durchstehen mussten – hatten Sie da überhaupt noch die Zeit, sich für so etwas wie Politik zu interessieren oder war das ganz weit weg?

PETRA K.: Man horcht so, was die Leute versprechen und lacht darüber, weil keiner von denen das Wort hält. Es ist mehr Nebensache in meiner Welt.

LORENZEN: Gibt es Themenbereiche, bei denen Sie stärker aufhorchen?

PETRA K.: Ja, Kinderrechte zum Beispiel, überhaupt Menschenrechte. Umwelt fand ich auch immer sehr interessant. Aber eigentlich kann man gar nichts ändern.

»Allein die Praxisgebühr und die Zuzahlung bei Medikamenten. Das ist schon ein ganz schöner Hammer.«

LORENZEN: Gibt es etwas, das Sie besonders ärgert?

PETRA K.: Ja, dass sie sich das Geld in die Taschen stecken und uns alles kürzen. Und Gesetze rauskloppen, die für uns arme Leute eine Zumutung sind. Allein die Praxisgebühr und die Zuzahlung bei Medikamenten. Das ist schon ein ganz schöner Hammer. Wenn du Kinder hast, zahlst du dich dämlich. Es wird immer schlimmer. Von Tag zu Tag. Das sieht man schon, wenn man die Tür aufmacht. Dass andere Leute, die mal hoch gestanden haben, tief gefallen sind.

LORENZEN: Bekommen Sie das auch in Ihrem Bekanntenkreis mit?

PETRA K.: Ich habe keine Bekannten. Ich lebe immer noch allein und habe nur hier diesen Kreis. Und wenn ich hier rausgehe, bin ich ich und wieder bei mir. Aber hier bekomme ich das natürlich mit. Einer ist gerade in Bremen-Ost gelandet. Der hatte alles, Haus, Auto, alles. Und hat jetzt alles verloren. Wegen irgendwelcher blöden Sachen, die er falsch ausgefüllt hat. Es wird kälter. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

LORENZEN: Sind Sie zur Wahl gegangen?

PETRA K.: Immer, immer. Diese Pflicht ... aber ich muss sagen, ich versuche immer das zu wählen, was mein Herz mir gerade sagt, meistens die Grünen, aber diesmal habe ich sogar die Linken auf dem Zettel gehabt. Weil ich die Arbeitsgesetzgebung überhaupt nicht in Ordnung finde. Deswegen habe ich diesmal anders gewählt. SPD und CDU überhaupt nicht mehr, die lügen mir zu viel und haben mir zu viel Macht.

LORENZEN: Was stört Sie an der Arbeitsgesetzgebung?

PETRA K.: Dass Leute gekündigt werden und vielleicht für einen Bettelohn wieder eingestellt werden. Das Gehalt wird gekürzt, aber die Leistung, die sie bringen sollen, bleibt die gleiche. Oder dass Urlaubsgelder gekürzt werden oder überhaupt nicht mehr gezahlt werden. Und dass sogar den armen Leuten immer mehr abgezogen wird. Obwohl die Preise immer steigen.

LORENZEN: Kennen Sie Leute, die gar nicht mehr zur Wahl gehen?

PETRA K.: Ja, für mich ist das auch sehr

schwer. Ich habe meinen Sohn auch ermutigt, dahin zu gehen, obwohl ich selbst eigentlich gar keine Lust mehr hatte.

LORENZEN: Warum sind Sie dann doch hingegangen?

PETRA K.: Weil man ja hofft, dass ein bisschen Veränderung kommt und dass diese mächtigen Parteien mal was auf die Glocke kriegen und überlegen, was sie falsch machen.

LORENZEN: Wurde hier in der Einrichtung über die Wahl gesprochen?

PETRA K.: Kurz angeschnitten, ja. Aber nur so, dass alle Parteien ja sowieso bescheuert sind. Damit beschäftigen sich die meisten schon gar nicht mehr. Die sind vielleicht zur Wahl gegangen, haben ihr Kreuz gemacht und haben damit ihre Pflicht getan.

LORENZEN: Was müsste eine Partei machen, damit Sie die aus voller Überzeugung wählen?

PETRA K.: Ins Volk gehen und mit den Menschen persönlich reden und nicht nur hinter ihren Schreibtischen regieren.

LORENZEN: Haben Sie Zukunftsängste für sich und Ihre Kinder?

PETRA K.: Jeden Tag. Ich weiß manchmal gar nicht, wie ich den Monat ... Ich arbeite schon extra, damit ich ein bisschen mehr Geld habe, und komme trotzdem nicht hin. Und es wird nicht besser, es wird weniger. Und wenn der Job hier nicht verlängert wird, habe ich noch weniger und kann meinen Kindern noch weniger geben, was sie brauchen. Auch wenn mein Sohn ausgezogen ist, braucht er ja trotzdem noch etwas.

LORENZEN: Macht er eine Ausbildung?

PETRA K.: Ja, als Fleischer. Da haben wir auch gut drum gekämpft.

Volker P.:

Kein Verrat an alten Kumpels

»Nur, weil ich mal mehr verdient habe, vergesse ich mein Umfeld doch nicht.«

Volker P. treffe ich beim Gruppenabend einer Arbeitsloseninitiative in Walle. Er ist einer von zwei Teilnehmern, die sich nach meinem Anruf sofort bereitgefunden haben, über ihr Verhältnis zur Politik mit mir zu sprechen.

LORENZEN: Gestern war Bundestagswahl, sind Sie da gewesen?

VOLKER P.: Ja.

LORENZEN: Und was haben Sie gewählt?

VOLKER P.: Links!

LORENZEN: Aus Tradition oder war es das erste Mal, dass Sie links gewählt haben?

VOLKER P.: Nein, das war das zweite Mal oder das dritte Mal, bei der Bundestagswahl war es das zweite Mal.

LORENZEN: Und was hat Sie dazu gebracht, das zu tun?

VOLKER P.: Im Grunde genommen die Veränderungen bei den etablierten Parteien, bei der SPD und den Grünen. Das hat mich dazu bewegt, jetzt links zu wählen. Ich wohne seit 38 Jahren in Gröpelingen, bin sozusagen Gröpelinger. Früher hat man traditionell SPD gewählt. Da konnte man sich mit denen auch noch mehr identifizieren.

LORENZEN: Können Sie sich noch an Ihre erste Wahl erinnern? War das für Sie etwas Besonderes?

VOLKER P.: Ja, das war wichtig. Ich habe auch immer gewählt. In Gröpelingen ist die SPD traditionell immer stark gewesen und ich glaube, dass auch die Wahlbeteiligung und das Interesse schon immer relativ hoch waren. Wir sind jetzt mit der ganzen Familie wählen gegangen. Meine Nichte durfte jetzt auch zum ersten Mal wählen und meine Schwester findet

das auch wichtig. Deshalb sind wir auch alle zusammen hingegangen.

LORENZEN: Also gehören Sie nicht zu den Wahlverdrossenen?

VOLKER P.: Nein, nein.

LORENZEN: Können Sie das auch verstehen, wenn einige da gar nicht mehr hingehen?

VOLKER P.: Ja, wir haben da auch eben gerade in der Runde drüber gesprochen und mein Kumpel ist auch dieses Mal nicht hingegangen. Ich kann das auch irgendwie verstehen. Er hat gesagt, er wählt schon seit Jahren immer nur die Partei des geringsten Übels für ihn und das mache man anderswo ja auch nicht. Wenn man sich zum Beispiel ein Auto kauft ...

»Deutschland hat so seine Mühe mit Quereinsteigern.«

LORENZEN: Was für eine Berufsausbildung haben Sie?

VOLKER P.: Ich bin IT-Systemtechniker. Zurzeit arbeitslos.

LORENZEN: Und wie ist das gekommen?

VOLKER P.: Ich habe mal was ganz anderes gemacht, auf Lehramt studiert. Nebenbei habe ich auch mit Computern gearbeitet und bin dann in den Bereich gewechselt. Aber Deutschland hat so seine Mühe mit Quereinsteigern.

LORENZEN: Sie finden, Sie haben keine Chance bekommen, zu zeigen, was Sie können?

VOLKER P.: Ich habe teilweise in dem Bereich gearbeitet, bei einer Bank und bei IT-Dienstleistern, aber zurzeit ist das ganz schlecht. Viele Firmen sagen »wir zögern Projekte hinaus« oder »wir brauchen keinen eigenen IT«.

Oder es sind Projektarbeiten über einen bestimmten Zeitraum und dann ist es ganz oft schwer, Anschluss zu finden. Passt so ein bisschen zu dieser Generation Praktikum, diese Phasen zwischen den Anstellungen werden immer größer. Wenn man erst mal eine gewisse Weile raus ist, ist das immer ganz übel.

LORENZEN: Haben Sie Hoffnung, den Einstieg wieder zu kriegen?

VOLKER P.: Ich will die Hoffnung nicht ganz aufgeben. Meine Eltern waren zwar beide Arbeiter, wir hatten aber trotzdem ein relativ hohes Bildungsniveau. Meine Eltern haben sich doch immer für viele Dinge interessiert und sich

auch privat weiter fortgebildet. Und da bin ich dann vielleicht auch nicht der ganz typische Gröpelinger Wähler. Ich habe Abitur gemacht und sehe vielleicht doch viele Dinge anders. Auch diese Sache nicht zu wählen ...

LORENZEN: Aber was hat Sie denn davon abgebracht, traditionell »gröpelingsch« – sozialdemokratisch – zu wählen?

VOLKER P.: Im Grunde genommen Hartz IV, die Rente mit 67 und sich von der eigenen Klientel abzuwenden. Auch wenn ich schon im Bankenbereich gearbeitet und da auch sehr viel Geld verdient habe, vergesse ich doch nicht mein Umfeld, meine Familie und Freunde. Es kann ja nicht sein, nur weil es mir finanziell mal besser ging, dass ich dann alle anderen vergesse.

Ich kann Ihnen da ein Beispiel nennen. Mein bester Freund ist Klempner, hat seine Lehre gemacht. Der hat damals als Geselle mit 20 Mark angefangen und heute werden denen Jobs zwischen 9 und 12 Euro angeboten. Das heißt, er ist nach 18 Jahren Berufserfahrung, obwohl er nur relativ kurze Zeit mal arbeitslos war, im Grunde nicht vorwärtsgekommen. Und dass man da dann enttäuscht ist, auch weil man so schnell Richtung Hartz IV schlittern kann, das ist klar. Und das sehe ich ja und daran will ich mich nicht beteiligen.

LORENZEN: Und das ist der Kumpel, der nicht zur Wahl gegangen ist?

VOLKER P.: Das ist der Kumpel, der leider auch nicht wählen geht. Hätte ich das gewusst, hätte ich noch versucht ihn zu beeinflussen, denn ich halte das für die denkbar schlechteste Lösung. Obwohl es auch eine Form der Meinungsäußerung ist, aber es ist ja auch eine Form von Sich-gar-nicht-beteiligen.

LORENZEN: Was meinen Sie, was müssten Parteien machen, um diese Leute wieder zurückzuholen?

»Erst einmal denke ich, dass die Parteien nicht mehr bürgernah genug sind.«

VOLKER P.: Also, erst einmal denke ich, dass die Parteien nicht mehr bürgernah genug sind. Solche Gedanken gibt es in den Parteien ja auch selber. Es sind ja ein paar Diskussionen geführt wurden, zum Beispiel mit dem Uli Hoenß, dem Manager von Bayern München, der gesagt hat, dass viele Sachen einfach nicht beim Bürger ankommen. Wenn die Politik meint, sie müssten die Steuern senken, dann spürt das der Einkommensschwache gar nicht.

LORENZEN: Haben Sie mal überlegt, sich politisch zu engagieren oder irgendwo mitzumachen?

VOLKER P.: Also parteipolitisch gar nicht. Ich habe das Abitur am Rübekamp gemacht, das war eine Schule, die politisch als sehr offen galt. Man merkte schnell, wie eingefahren die politischen Parteien sind und wenn man nicht ewig drin ist oder irgendwelche Leute in den Seilschaften kennt, dann erreicht man da nicht viel. Oder man klebt ewig Plakate.

LORENZEN: Beobachten Sie denn, dass die Arbeitslosigkeit verstärkt auch gut ausgebildete Leute wie Sie trifft?

VOLKER P.: Ja, die Quote der Studienabbrecher ist auch sehr, sehr hoch. Und unter denen, die mit mir Abitur gemacht haben, sind einige arbeitslos. Aber noch mal zu der Frage nach der Politikverdrossenheit. Das betrifft viele Leute in Gröpelingen. Die Parteien hören gar nicht richtig zu, gehen nicht auf die Probleme ein. Die meisten Leute in Gröpelingen sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Das ist deren primäres Thema und nicht ob ihre Kinder unbedingt Abitur machen können. Das war auch immer die Sorge bei meinen Eltern und die Sorge der Eltern meiner Freunde: dass wir keinen Job kriegen, egal wie gut wir ausgebildet sind. Und so ist es ja auch, viele hangeln sich von einem Praktikum zum nächsten.

Ich habe auch viele türkische Freunde, die mit mir damals Abitur gemacht haben und von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die können sich aber über den Familienverbund eher selbstständig machen. Ich weiß von einem, die haben zusammen ein türkisches Beerdigungsinstitut aufgemacht und nebenbei noch eine Zeitarbeitsfirma. Da passiert im Familienzusammenhang mehr.

LORENZEN: Die Strukturen geben den Leuten mehr Halt, während die Deutschen isolierter sind?

VOLKER P.: Ja, das würde ich so sagen. Und viele Deutsche sind auch nicht so aktiv.

Das kann ich von meinem Stadtteil sagen.

LORENZEN: Gröpelingen galt ja – nach der Werftenkrise – als »absteigender Arbeiterstadtteil mit Gettoisierungsgefahr«. Gibt es da eine Trendwende?

VOLKER P.: Ich glaube, viele würden das gerne so proklamieren, aber ich kann es nur so beobachten: Mein Vater war auf der Werft und mit der Pleite der Werft ist der Stadtteil total abgestiegen. Als Kind habe ich den Stadtteil zwar als grau und eintönig empfunden, aber einen gewissen Stolz. Die Häuser sehen zwar alle jetzt ein bisschen besser aus, aber die Stimmung ist eher schlechter.

»Das hat auch was mit dieser politischen Tradition zu tun, damit, dass meine Eltern Arbeiter sind, da gibt man nicht so schnell auf.«

LORENZEN: Aber Sie selbst machen ja nicht so einen resignierten Eindruck ...

VOLKER P.: (lacht)

LORENZEN: ... Sie sind immer noch am Hoffen ... am Kämpfen.

VOLKER P.: Also, das hat vielleicht auch was mit dieser politischen Tradition zu tun, damit, dass meine Eltern Arbeiter sind, da gibt man nicht so schnell auf. Ich habe ja noch vor, 50, 60 Jahre zu leben, wenns geht. Und da will ich ja nicht in völliger Resignation leben.

LORENZEN: Und beruflich? Bewerben Sie sich weiter? Was unternehmen Sie da?

VOLKER P.: Was ich so machen kann. Das Problem ist, dass bei der Weiterbildung eben nicht so viel läuft, wie man das gerne hätte und dass auch das Arbeitsamt und viele Behörden uneinsichtig sind. Gerade im IT-Bereich ist Weiterbildung teuer, aber auch ein Muss. Das ist ein bisschen anders, als in anderen Berufen und da kann man sich auf viele Sachen irgendwann nicht mehr bewerben. Leider ist es auch eine Sache des Alters. Ich bin jetzt 38 Jahre alt und während in anderen Ländern Berufserfahrung durchaus geschätzt wird, wird das hier in ganz vielen Firmen als Manko angesehen.

Heute ist es ja auch so, dass viele Studenten oder Schüler Webseiten für fünf Euro die Stunde zusammenstellen. Das sind ja qualifizierte Arbeiten und gute Produkte. In den USA

ist es so, das weiß ich von meinen Freunden, dass die Leute bereit sind, die Arbeiten, die sie nicht selbst machen können, auch entsprechend zu honorieren. Da bezahlt man 100 Dollar für eine vernünftige Rechnerreparatur. Dazu ist hier in Deutschland keiner wirklich bereit.

LORENZEN: Also gibt es mittlerweile auch im IT-Bereich einen Niedriglohnsektor?

VOLKER P.: Ja, ganz extrem. Letztens habe ich da eine Stelle gefunden für 7 Euro 50 die Stunde. Als ITler ist man permanent um Qualifikation bemüht, selbst wenn man arbeitet, setzt man sich abends noch hin und lernt neue Dinge, liest Bücher ... Da stellt man sich ernsthaft die Frage, ob das gerechtfertigt ist, irgendwo auf dem Lohnniveau von einer Verkäuferin oder einer Reinigungskraft zu liegen. Zumal man immer auch den Stress hat, dass durch Fehler wirklich hohe Schäden entstehen können – auch finanzielle Schäden.

LORENZEN: Was erwarten Sie denn von der Partei, die Sie gewählt haben? Was muss die tun, damit sie in vier Jahren wieder Ihre Stimme bekommt?

VOLKER P.: Es gibt ja nicht mehr diesen klassischen Arbeiterbereich, aber sie müsste eine ganze Menge für mehr soziale Gerechtigkeit machen. Nachbessern bei Hartz IV und Arbeitslose und sozial Schwache mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken. Denn eine ganze Weile sind die ausgegrenzt worden und es besteht die Gefahr, dass es so weitergeht.

LORENZEN: Kann man da als Opposition überhaupt was machen oder wird das genau in die andere Richtung weiterlaufen?

VOLKER P.: Also, ich denke schon, dass man auch in der Opposition eine ganze Menge machen kann. Man kann da vielleicht nicht unbedingt gesetzgebend mitwirken, aber man kann ja durchaus in den Medien politisch präsent sein.

2.4 Handwerker-Ehre

Zwei Ehepaare, mit fünf Kindern mitten im Leben das eine, nach langem Arbeitsleben in Rente das andere. Beide eint eine tief sitzende Enttäuschung mit ihrer alten Partei, der SPD. Sie ziehen allerdings völlig unterschiedliche Konsequenzen daraus.

Ehepaar W:
Bollwerk Familie

»Die Kinderlosen sollen löhnen – als Ausgleich für ihre Freiheit.«

Das Ehepaar W. lebt mit seinen fünf Kindern in einem Haus in Bremen-Huchting. Sie erleben ihre Umgebung als sozialen Brennpunkt, an dem ihre eigenen Werte immer weniger gefragt sind. Sie diskutieren viel über Politik und sind einhellig zu dem Schluss gekommen: Mit uns nicht mehr!! Im Gespräch ist zunächst nur Klaus W. anwesend, zum Schluss kommt Angela W. dazu.

LORENZEN: Wissen Sie schon, wie Sie sich am 27. September verhalten werden?

KLAUS W.: Ich werde natürlich nicht zur Wahl gehen. Definitiv.

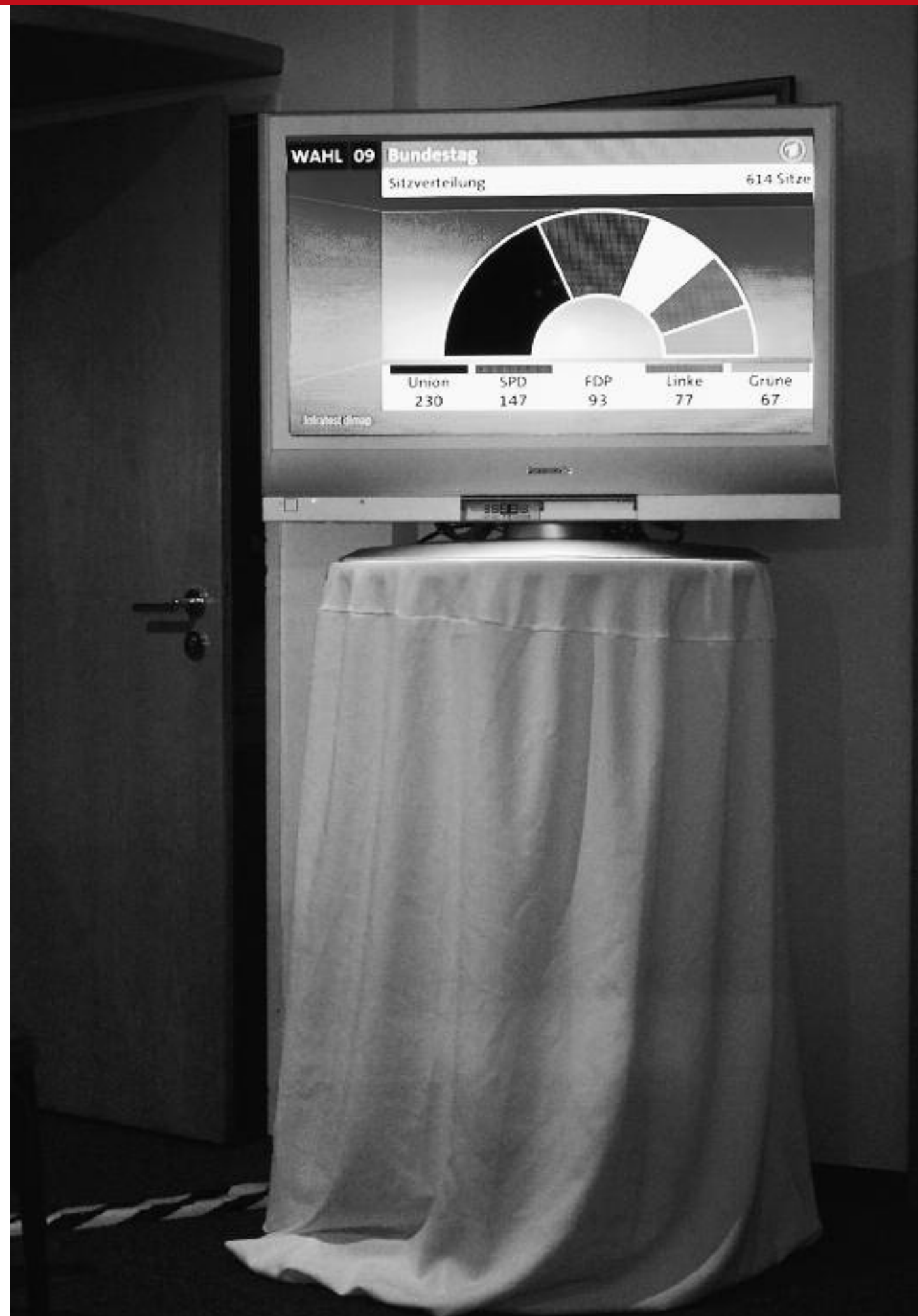
LORENZEN: Warum?

KLAUS W.: Weil ich mich nicht entscheiden könnte, ob ich ein rotes oder ein schwarzes Schwein wählen soll. Das ist mir echt zu kompliziert. Da oben dreht sich sowieso nichts.

LORENZEN: Fangen wir mal von vorne an. Wie war das denn, als Sie das erste Mal wählen durften. Sind Sie da noch hingegangen?

KLAUS W.: Ja, das habe ich eigentlich immer gemacht. Arbeitnehmertechnisch gedacht, SPD gewählt. Einmal habe ich aber zwischendurch sogar CDU gewählt.

LORENZEN: Wie sah denn Ihr beruflicher Werdegang aus?



KLAUS W.: Ich bin in Schwachhausen aufgewachsen und habe erst die Realschule gemacht. Danach habe ich gleich eine Ausbildung zum Klempner angefangen und den Gesellenbrief gemacht. Seitdem bin ich tätig.

LORENZEN: Wie groß ist die Firma, bei der Sie jetzt arbeiten?

KLAUS W.: Ich bin Alleinbeschäftigter dort, Mädchen für alles. Die Tätigkeit ist grenzenlos. Das geht von Elektrik, über Sanitär und Heizung bis zu Dacharbeiten.

LORENZEN: Füllt Ihr Beruf Sie aus?

KLAUS W.: Vollkommen. Über den Beruf selbst kann ich mich nicht beschweren, der ist zwar sehr schwer. Aber durch seine Vielseitigkeit ist der nicht langweilig. Ich könnte nicht wie bei Mercedes jeden Tag in dieselbe Halle gehen. Jeden Tag immer rein raus, rein raus. Ich lerne immer neue Kunden kennen, das ist facettenreich. Ich würde fast behaupten, ich könnte auch Psychologe sein. Ich kann Leute mittlerweile sofort einschätzen. Aber der Beruf ist eben körperlich anstrengend und in einer kleinen Krauterfirma wird eben noch mehr verlangt als in einem großen Unternehmen. Dafür habe ich andere Vorteile.

LORENZEN: Waren Sie irgendwann mal von Arbeitslosigkeit bedroht?

KLAUS W.: Nee, das gibts nicht. Ich will nicht behaupten, dass das nicht kommen kann. Aber in so einer kleinen Firma bist du nicht so schnell davon bedroht. Da muss keiner für zehn Leute Aufträge ranholen, da ist immer Arbeit da. Aber ich sehe ja auch unsere Wirtschaftskrise, die entsteht erst noch. Die ist noch gar nicht da. Die ist zwar bei den Banken eingebrochen und bei den großen Unternehmen, aber die wird sich auch noch durch die Bevölkerung ziehen. Arbeitslosigkeit existiert aber bei den Chefs als Gespenst für die Arbeitnehmer. Damit kann man ja auch Angst herstellen, um die Leute gefügig zu machen.

»In den 1980ern war das Thema die 35-Stunden-Woche. Das hat sich heute alles zerschossen, das ist weg.«

LORENZEN: Haben Sie sich auch mal politisch engagiert oder überlegt, in eine Partei einzutreten?

KLAUS W.: Nein, gar nicht. Jetzt ist das überhaupt kein Thema mehr, schon wegen der Familie. Früher habe ich immer gehofft, dass sie das Richtige machen.

LORENZEN: Welche politischen Themen waren Ihnen denn wichtig, als Sie noch zur Wahl gegangen sind?

KLAUS W.: So etwas wie »Arbeit für alle«, diese Richtung. Und dass eine Partei gewerkschaftlich denkt und kooperiert. In den 1980ern war das Thema die 35-Stunden-Woche. Andere bekommen dafür im Ausgleich Arbeit – das fand ich nicht schlecht. Das hat sich heute natürlich alles zerschossen, das ist weg. Es geht ja gerade wieder umgekehrt.

LORENZEN: Wie war das denn, als Sie das erste Mal nicht zur Wahl gegangen sind?

KLAUS W.: Das habe ich ja noch nicht gemacht.

LORENZEN: Was bewegt Sie jetzt zu diesem Schritt?

KLAUS W.: Ja, was soll ich denn machen? Das ist ja so, als wenn ich ins Kaufhaus gehe und nur noch einen Schuh bekomme. Alles halbe Sachen. Man kauft im Grunde ja auch ne Wundertüte. Manche sagen ja auch, wenn die Wahlversprechen nicht eingehalten werden, das ist Wahlbetrug. So sehe ich das gar nicht. Wahlbetrug wäre das erst bei mir, wenn das am Ende stimmt, was sie versprechen. Denn das weiß doch jeder, das die das gar nicht erfüllen können. Das ist natürlich paradox, was ich jetzt sage, aber so ist das für mich.

LORENZEN: Ihre Enttäuschung bezieht sich also nicht auf eine bestimmte Partei?

KLAUS W.: Nein, überhaupt nicht. Die sind einfach so, die kannst du auch nicht ändern.

»Da können Sie mich alles fragen, das ist alles eine Riesenkatastrophe. Es gibt keine Tugenden mehr.«

LORENZEN: Was müssten die Parteien denn an dem ändern, was Sie an Ihren Lebensbedingungen stört?

KLAUS W.: Das geht jetzt aber ganz schön tief. Alles. Außenpolitik katastrophal. Bildungspolitik katastrophal. Da können Sie mich alles fragen, das ist alles eine Riesenkatastrophe. Es gibt keine Tugenden mehr.

LORENZEN: Welche Tugenden vermissen Sie?

KLAUS W.: Wenn wir Deutschen wieder ein gewisses Nationalbewusstsein bekommen würden. Wirklich bezogen auf uns, das hat nichts mit Ausländerhass zu tun, nein, ein gesundes Nationalbewusstsein. Und wenn man mal wieder vernünftige Instinkte hätte. Was in der Nachkriegszeit mit den Deutschen passierte, ist doch unglaublich, die haben uns hier doch so umerzogen. Wir werden hier ja auch systematisch durchmischt.

LORENZEN: Die Verdrossenheit ist also nicht dadurch entstanden, dass sich Ihre eigenen Lebensbedingungen verschlechtern haben?

KLAUS W.: Ja, die Sachen würden mich verrückt machen, selbst wenn es mir saugut gehen würde.

LORENZEN: Die SPD, die Sie lange gewählt haben, war ja eigentlich immer auch ein bisschen international orientiert, auf den Zusammenhalt der Arbeiter über Grenzen hinweg.

KLAUS W.: Muss man ja auch. Das ist ja auch okay. Unsere Globalisierung kann man ja nicht aufhalten. Aber das Schlimme daran ist ja, dass am Wühltisch nur die ganz oben die Gewinner sind, und wir Menschen sind die Verlierer. Da können sich nur wenige durchsetzen. Wir sind dann irgendwie wie Ameisen, aber völkerlos, das ist ganz schlimm. Jeder Mensch braucht ein Mutterland oder ein Vaterland, das ist einfach so. Du hast Wurzeln. Und da solltest du stolz drauf sein. Das ist in anderen Ländern auch so. Nur hast du hier die Probleme, so etwas zu äußern. Du wirst ja sofort auf eine falsche Bahn gepresst, wenn du so redest.

LORENZEN: Auf seine Wurzeln stolz zu sein, schließt ja aber nicht aus, mit Menschen

unterschiedlicher Herkunft zusammenzuleben. Ein alter Zustand, in dem man nur mit Menschen gleicher Herkunft ...

KLAUS W.: ... nein, nein, das wäre ja Quatsch, das hab ich auch nicht so gesagt.

LORENZEN: Aber eine Partei, die Ihnen bei dem Thema aus der Seele spricht, sehen Sie auch nicht?

KLAUS W.: Nein, überhaupt nicht. Aber bei der Europawahl hat man ja gesehen, wie müde die Leute schon sind. Mal sehen, wie das bei der Bundestagswahl wird, da freue ich mich eigentlich schon drauf.

»Ich bin ja auch immer noch in der IG Metall, ich trete da ja auch nicht aus. Sind zwar alles A... Das ist aber für mich ein kleines Bollwerk.«

LORENZEN: Viele wahlmüde Menschen geben als Grund die Arbeitsmarktgesetze wie Hartz IV an. Welche Rolle spielt das für Sie?

KLAUS W.: Hartz IV ist eine Scheißidee. Das hat aber damit nichts zu tun.

LORENZEN: Früher haben diese Themen bei Ihnen aber doch eine Rolle gespielt ...?

KLAUS W.: ... tun sie ja immer noch. Ich bin ja auch immer noch in der IG Metall, ich trete da ja auch nicht aus. Sind zwar alles A... Das ist aber für mich ein kleines Bollwerk. Ich würde auch niemals auf die Idee kommen, aus einer Kirche auszutreten. Selbst wenn ich Atheist wäre, würde ich aus unserer christlichen Kirche nicht austreten. Die macht ja nicht nur Scheiß. Die hat eine so hohe gesellschaftliche Verpflichtung. Und wenn es die alten Leute sind, die sich da zum Kaffeekränzchen treffen. Und für die Kinder passiert da auch etwas.

LORENZEN: Wie sehen Sie denn die Situation für Ihre Kinder? Eben haben Sie ja auch das Bildungsthema angesprochen.

KLAUS W.: Das ist ja schon hart und kriminell. Ich habe gerade im Radio von einer neuen Studie gehört: Wir gehören zu den Ländern, die am wenigsten für Bildung ausgeben, das muss man sich mal vorstellen. Für die Kinder wirds wohl nicht rosiger werden. Vor allen Dingen, was denen aufgebürdet wird. Ich weiß gar nicht, wie das funktionieren soll mit der

Staatsverschuldung und den Renten. Die Altersdemografie funktioniert überhaupt nicht.

LORENZEN: Obwohl Sie da ja mit Ihrer Familie gegensteuern ...

KLAUS W.: ... ja zumindest, indem wir fünf Kinder gemacht haben.

»Im Kleinen freuen sich die Leute darüber: Was? Sie haben fünf Kinder, wie toll! Aber das war es dann auch.«

LORENZEN: Fühlen Sie sich dabei genügend gewürdigt oder unterstützt?

KLAUS W.: Nein überhaupt nicht. Im Kleinen freuen sich die Leute darüber: Was? Sie haben fünf Kinder, wie toll! Aber das war es dann auch. Da musst du dir schon ganz schön den Arsch aufreißen. Der Trend geht ja eher in die andere Richtung, mit Ausnahme von Ursula von der Leyen.

LORENZEN: Wollten Sie immer schon eine so große Familie haben?

KLAUS W.: Nein, da habe ich nie drüber nachgedacht. Wir haben auch niemals eine große Familienplanung gehabt. Das war eine Laune der Natur. Ich weiß von anderen, die schaffen sich erst mal Grundlagen, da muss erst mal ein Haus da sein, das typische Deutsche eben. Da sind wir andersherum rangegangen und haben das Pferd von hinten aufgezäumt.

LORENZEN: Bei Ihnen kam das Haus dann später?

KLAUS W.: Wir haben Wohnraum gefunden, der groß genug war hier in Huchting, zur Miete. Das war eher wie bei einer Pflanze, die man umtopft, wenn Sie größer wird.

LORENZEN: Aber der Druck wächst auch mit, wenn ich Sie richtig verstehe?

KLAUS W.: Klar. Ich habe ja auch hohe Ansprüche an das, was ich mir für die Kinder wünsche. Die sollen ein Instrument spielen können und die sind auch sehr sportlich engagiert. Das will ich denen auch ermöglichen. Bei uns ist jedes Kind in mindestens einem Verein, teilweise sogar in zwei Vereinen. Und auch richtig aktiv.

LORENZEN: Haben Sie denn selbst noch Zeit für irgendwelche Freizeitaktivitäten?

KLAUS W.: Nein. Nur Familie.

LORENZEN: Wie viel arbeiten Sie in der Woche?

KLAUS W.: 50 Stunden.

»Meine Kinder zahlen nachher für diese Leute.«

LORENZEN: Familienpolitische Forderungen habe ich noch nicht von Ihnen gehört. Gibts keine?

KLAUS W.: Doch. Es gibt ja viele, die es ablehnen eine Familie zu gründen, Paare und Singles. Die verdienen im Gegensatz zu mir ein Schweinegeld. Und diese Leute müssen in meinen Augen zur Kasse gebeten werden. Die müssen dafür ordentlich löhnen, wenn sie sich für diesen Weg entschieden haben. Das ist die Bringschuld oder der Ausgleich für ihre Freiheiten. Egal, wie sie damit klarkommen. Aber sie haben ja mehr Freizeit und Geld zur Verfügung als ich. Meine Kinder zahlen nachher für diese Leute. Ich versuche ja, die gesund zu erziehen, die sollen ja für die Gesellschaft etwas leisten können, ich lasse die ja nicht verwahrlosen.

LORENZEN: Und wenn es eine Partei geben würde, die diese Art von Umverteilung im Programm hätte?

KLAUS W.: Das alleine würde ja nicht reichen. Es müssten ja viel mehr Dinge passieren. Ich habe aber nicht Kinder gemacht, um anderen zu sagen, das macht ihr jetzt falsch. Ich finde nur, wenn einer bereit ist und sich aufopfert, wenn es eben nicht alle tun, dann müssen die anderen dafür bezahlen.

LORENZEN: Ist das auch in Ihrer Familie ein Thema, sprechen Sie über solche Dinge?

KLAUS W.: Oft, ganz viel. Wir sitzen ja in einem Boot.

LORENZEN: Eben sprachen Sie von der Gewerkschaft und der Kirche als Bollwerke ...

KLAUS W.: ... ja gegen das, was auch noch auf uns zukommt. Der Islam. Wir müssen da ja etwas gegenhalten, das ist eine Gefahr. Das können die Gutmenschen ja anders sehen, aber die erkennen das nicht.

LORENZEN: Haben Sie Moslems in Ihrem Bekanntenkreis?

KLAUS W.: Ja, durch den Fußball haben wir mit türkischen Kindern viel zu tun.

LORENZEN: Und wo kommt die Angst vor den Moslems her?

KLAUS W.: Ich habe keine Angst. Ich weiß nur, dass ich kein Moslem werden möchte. Aber man wird unterwandert. Kirchen werden geschlossen, Moscheen werden geöffnet. Es geht nicht darum, dass gegenüber ein Türke wohnt. Die haben ja etwas vor. Die Kinder verlassen ab einem bestimmten Alter die Fußballvereine, dann findet man sie als Jugendliche beim Karate und beim Kickboxen. Da können Sie ihre journalistischen Fähigkeiten mal einsetzen, um das zu überprüfen. Das ist die Wahrheit. Die sind plötzlich weg. Warum ist das denn so?

LORENZEN: Es gibt in Bremen jede Menge Fußballmannschaften, in denen auch ältere türkische Jugendliche spielen. Und in der deutschen Nationalmannschaft spielen ja auch immer mehr türkischstämmige Spieler.

KLAUS W.: Klar, Ausnahmen gibt es immer.

LORENZEN: Aber diese Punkte gab es auch schon bei den letzten Wahlen.

KLAUS W.: Da war aber noch Hoffnung da, jetzt ist alles so vermurkt. Wir haben hier ja nicht mal Meinungsfreiheit.

»Wenn man wirklich was sagt, ist man doch mit einem Bein im Knast.«

LORENZEN: Wo sehen Sie die eingeschränkt?

KLAUS W.: Wenn man wirklich was sagt, ist man doch mit einem Bein im Knast. Wenn du richtig politisch wirst, dann wirds gefährlich für dich. Da spielt es keine Rolle, ob du rechts oder links denkst. Früher wurde die KPD verboten, heute soll eine rechte Partei verboten werden. Was ist denn daran demokratisch? Fragen Sie doch mal eine Klempnerfrau. *Inzwischen hat sich Angela W. dazugesetzt.*

ANGELA W.: Ich gehe auch nicht zur Wahl. Meines Erachtens kann man nur durch eine Anarchie, eine völlige Neustrukturierung der Weltordnung und eine ganz andere Auseinandersetzung mit der Globalisierung überhaupt einen Weg finden, die Menschheit in eine Bahn zu lenken, um das immense Gefälle zwischen Arm und Reich zu überwinden. Es sieht so aus, dass sich die Superreichen Landstriche

in Argentinien kaufen, um sich ihre Nahrungsmittelreserven zu sichern. Und dem Volk werden Brot und Spiele gegeben, Aldi-Bier und Privatfernsehen. Dann sind die ruhig. Fernsehen ist eine schlimmere Droge als Alkohol, es schädigt die Volksgesundheit aus der Seele heraus.

LORENZEN: Wie meinen Sie das?

ANGELA W.: Es wird zum Beispiel nicht mehr gemeinsam gesungen, im Shanty-Chor sind alle über 70. Ich höre immer Funkhaus Europa, bei unseren europäischen Nachbarn ist Lebensfreude spürbar, weil die singen und tanzen. Aber bei uns wird alles verpönt mit dem verfuckten Vergleich mit der Hitlerjugend. Wenn fünf Männer singend durch die Straßen rennen, werden die doch gleich für Nazis gehalten. ...

Die Leute sind müde und haben keine Lust mehr, sich mit Politik auseinanderzusetzen. Ich bin ein unheimlich politischer Mensch. Aber ich bin an einem Punkt, wo ich denke: Es geht nicht mehr. Ich habe mal ein Jahrzehnt grün gewählt, ich habe sogar mal CDU gewählt. Aber es läuft alles den Bach runter.

»Wie meine Stadt Bremen hier von Leuten verschandelt wird – die haben überhaupt nicht gespürt, was Bremen ausmacht.«

LORENZEN: Haben Sie Beispiele?

ANGELA W.: Wie meine Stadt Bremen hier von Leuten verschandelt wird – die haben überhaupt nicht gespürt, was Bremen ausmacht. Ich habe es immer genossen, wenn ich auf der B75 das Beck's-Schild gesehen habe. Auf einmal gucke ich und sehe InBev. Das bricht mir das Herz.

KLAUS W.: Das ist natürlich eine wirtschaftliche Sache ...

ANGELA W.: ... das ist es, aber eine Stadt oder ein Land hat die Verantwortung dafür, dass die Bürger sich wohlfühlen. Und ich fühle mich nicht wohl, wenn ich InBev lese. Ich fühle mich nicht wohl, wenn mein altes Zentralbad dicht gemacht wird und ich jetzt irgendwelche Musicals sehen muss. Da hätten sie eine schöne Wellness-Oase draus machen können. Was machen sie aus den Häfen? Da werden nur

noch Amüsier-Geschichten auf unterstem Niveau gebracht, da wird ein Kubikmeter Sand hingekippt und dann gibt es den Caipi für 12 Euro. Mein Opa war Hafenarbeiter, ich bin da als kleines Kind rumgelaufen, die Speicher, die Dampfer – alles hin – die ganze Atmosphäre.

KLAUS W.: Dafür kannst du die Politik nicht verantwortlich machen, das ist die Globalisierung.

ANGELA W.: Es gibt trotzdem keine Partei mehr, mit der ich mich ansatzweise identifizieren kann. Früher waren es noch die Grünen, weil mir Umwelt wichtig war. Aber was nützt das, wenn Künast die Käfighaltung abschaffen will und die Hühner in Polen unter noch viel schlechteren Bedingungen leben. Und ich die Eier kaufe, weil ich es mir nicht leisten kann, beim Bio-Bauern einzukaufen. Es gibt ein paar Berufe, die kann man nicht so einfach machen, zu denen muss man berufen sein. Dazu gehören Pfarrer, Ärzte und auch Politiker ...

KLAUS W.: ... und Klempner.

Ehepaar G:
Kleine Rente – großer Frust

›Entweder kommen die da oben nicht mehr klar oder die können nicht mehr denken.«

Das Ehepaar Erika und Erwin G. aus Blockdiek muss nach einem langen Arbeitsleben mit sehr wenig Geld auskommen. Herr G. war Schneider, seine Frau hat als Ungelernte gearbeitet. Sie machen einen ruhigen, zufriedenen Eindruck, aber die Enttäuschung sitzt tief. Zur Wahl wollten die langjährigen SPD-Wähler trotzdem gehen. Wo sie ihr Kreuz machen, wussten sie aber kurz vorher immer noch nicht.

ERIKA G.: Es hat sich stark verändert. Es werden Versprechungen gemacht, die man überhaupt nicht einhalten kann. Es hat sich ja nicht nur die Wirtschaft verändert, sondern auch das Arbeitsverhältnis. Es gibt ja kaum noch Arbeit. Der kleine Teil, der arbeitet, der kann ja gar nicht die Steuern aufbringen, die nötig wären, um das alles aufzufangen.

LORENZEN: Wie war das bei Ihnen persönlich? Haben Sie einen Beruf ausgeübt?

ERIKA G.: Ich habe keinen Beruf ausgeübt. Ich war im Pflegebereich tätig, wo ich mich so reingefunden habe, dann habe ich Kinder bekommen, dann war es vorbei. Sonst hätte ich das vielleicht noch als Beruf erwählt. Aber das ließ sich nicht vereinbaren.

LORENZEN: Haben Sie schon immer in Tenever gelebt?

ERIKA G.: Nein, in Tenever gar nicht. Ich komme aus Pusdorf und lebe jetzt mit meinem Mann seit 19 Jahren in Blockdiek.

LORENZEN: Und was treibt Sie hier am Donnerstagvormittag zum Arbeitslosen-Frühstück nach Tenever?

ERIKA G.: Wir sind durch meinen Mann hierher gekommen, weil er durch einen Herzinfarkt nicht mehr berufstätig sein konnte, und sind hier sehr nett aufgenommen worden.

LORENZEN: Werden Sie Ende des Monats zur Wahl gehen?

ERIKA G.: Wir werden gehen, auf jeden Fall. Aber ich weiß noch nicht, was wir wählen.

LORENZEN: War das früher klarer, wen Sie wählen?

ERIKA G.: Das war einfacher.

ERWIN G.: Früher sind wir immer zur Wahl gegangen und es war auch klar, was man wählt. Heute nicht mehr.

LORENZEN: Wo haben Sie früher denn Ihr Kreuz gemacht?

ERWIN G.: Bei der SPD.

LORENZEN: Was sind Sie von Beruf?

ERWIN G.: Schneider. Über 40 Jahre gearbeitet und habe gar nichts davon. Die Rente reicht hinten und vorne nicht mehr. Nur weil ich Schneider bin, bekomme ich keine Rente, das ist doch nicht normal.

›Ich habe noch nicht einmal 1.000 Euro im Monat an Rente, obwohl ich 40 Jahre gearbeitet habe.«

LORENZEN: Wieso?

ERWIN G.: Als Schneider hat man nicht viel eingezahlt, das ist ja ein niedrig bezahlter Beruf. Ich habe noch nicht einmal 1.000 Euro im Monat an Rente, obwohl ich 40 Jahre gearbeitet habe. Man hätte mir früher sagen müssen, dass ich einen Metallberuf lernen müsste, um eine gute Rente zu haben. Das ist der Witz.

LORENZEN: Wo haben Sie als Schneider gearbeitet?

ERWIN G.: Bei verschiedenen Stellen. Immer bei kleineren Betrieben, wie der Uniformschneiderei in der Neustadt.

LORENZEN: Haben Sie sich denn früher mal ausgerechnet, was für eine Rente Sie bekommen?

ERWIN G.: Überhaupt nicht. Denkt man an die Rente, wenn man noch richtig voll arbeitet? Das kommt ja erst zum Schluss, wenn man langsam ans Rentenalter rankommt.

LORENZEN: Frau G., Sie sagten, dass Sie früher mal im Pflegebereich tätig waren. Bekommen Sie dafür eine kleine Rente?

ERIKA G.: Ja, aber ganz minimal. Ich habe mir vor Jahren mal die Rente auszahlen lassen, das wollte mein damaliger Mann so. Das ist für mich jetzt ein Nachteil. Ich bekomme 300 Euro an Rente. Und habe Kinder großgezogen. Und gearbeitet. Da kann man nur sagen: Danke schön.

LORENZEN: Das hört sich nach einer Menge aufgestautem Frust an.

ERIKA G.: Ich bin ja im Mütterzentrum Blockdiek, man unterhält sich auch mit anderen Leuten, man erfährt auch von Jugendlichen, da ist der Frust ja noch größer als bei uns. Wir haben unser Leben gelebt. Es wird ja immer schlechter. Wenn man die Jugendlichen hört, was die an Bewerbungen schreiben, noch und nöcher, die schreiben sich die Finger wund. Und kriegen dann nur Absagen oder noch nicht einmal. Da fasst man sich manchmal wirklich am Kopf. Was haben wir für eine Politik? Entweder kommen die da oben nicht mehr klar oder die können nicht mehr denken.

›Nehmen Sie die Großbetriebe in Bremen, die man dicht gemacht hat. Da wurde nicht gesagt: Wir helfen.«

LORENZEN: Seit wann beobachten Sie eine Verschlechterung der Situation?

ERIKA G.: Ach, das geht schon länger, mehrere Jahre. Es sind auch immer Versprechungen, die nicht eingehalten wurden. Nehmen wir doch mal den Schröder, nennen wir das Kind doch beim Namen. Der Schröder hat gesagt, er will die Arbeitslosigkeit abbauen. Ich sage, wie will er das denn machen? Wo will er denn die Arbeit hernehmen? Nehmen Sie die Großbetriebe in Bremen, die man dicht gemacht hat. AG Weser, Atlas Werke ... Die hat man doch einfach dicht machen lassen. Da wurde nicht gesagt: Wir helfen. Wenn man dann aber sieht, wie in Banken oder Theatern Millionen reingesteckt werden. Und die gehen dann doch kaputt.

LORENZEN: Was müsste eine Partei tun, damit sie für Sie wählbar ist?

ERIKA G.: Erst mal müsste es so sein, dass hier in Bremen Großbetriebe wieder herkommen oder aufgefangen werden.

ERWIN G.: Sie müssen Arbeitsplätze schaffen, anders kann ich keine Arbeitslosen abbauen. Und dass mal das Leben besser wird. Die meisten kommen doch nicht mehr zurecht, das Geld reicht doch gar nicht mehr. Wenn ich eine Rentenerhöhung kriege, ziehen sie es gleich ab, weil wir verheiratet sind. Ich habe seit sechs Jahren keinen Pfennig Erhöhung. In diesen Jahren ist aber alles teurer geworden. Da kann man doch nicht mit klarkommen. Da kriegt man Frust.

LORENZEN: Sieht das in Ihrem Bekanntenkreis ähnlich aus?

ERWIN G.: Bekanntenkreis? Die sondern sich alle ab, weil wir nichts mehr geben können. Ich habe früher immer gegeben, aber seitdem wir Rentner sind und weniger haben, kommt keiner mehr.

LORENZEN: Waren Sie in Ihrem Erwerbsleben mal arbeitslos?

ERWIN G.: In 40 Jahren genau eine Woche. In den 1960er Jahren. Ich habe aber nicht nur als Schneider gearbeitet, wenn nötig, habe ich alles gemacht, Schusterei, Bäckerei. Nur um arbeiten zu können. Und das wird einem so gedankt.

LORENZEN: Fühlten Sie Ihre Interessen damals in der SPD gut aufgehoben?

ERWIN G.: Damals ja. Da haben sie ja etwas für den Arbeiter gemacht.

ERIKA G.: Es war ja eine Arbeiterpartei.

LORENZEN: Warum hat sich das geändert?

ERIKA G.: Ja, was machen die denn heute noch? Nur Versprechungen. Das wars.

2.5 Zusammenfassung

In den neun Interviews sind insgesamt elf Personen nach den Gründen für ihr Wahlverhalten befragt worden. Das Spektrum ging vom Angestellten mit sicherem Arbeitsplatz über die Handwerkerfamilie mit fünf Kindern bis zur alleinerziehenden Ein-Euro-Jobberin. Die Befragten lebten in Tenever (2), Blockdiek (2), Osterholz (1), Huchting (2), Findorff (1), Gröpelingen (2) und Walle (1). Ohne, dass dieses (mit einer Ausnahme) im Vorfeld ein Auswahlkriterium gewesen wäre, gaben fast alle Befragten an, sich früher einmal dem sozialdemokratischen Milieu verbunden gefühlt zu haben. Hier reicht das Spektrum von der Herkunft aus einem entsprechenden Elternhaus über die Mitgliedschaft bis hin zur langjährigen Wahltreue. Bei der aktuellen Bundestagswahl am 27. September sah das Wahlverhalten der Befragten dann so aus: Nichtwähler 5, Linke 3, SPD 1, unentschieden (zwei Wochen vor der Wahl) 2.

So weit die Zahlen. Wichtiger sind die Begründungen, die die Befragten in den Interviews gegeben haben: das Ensemble an Reflexionen über die soziale Lage, die Erfahrungen mit dem politischen System, die allgemeinen gesellschaftlichen Situationen und die aktuelle Wahlentscheidung. Dass es hier keinen schlichten Determinismus gibt, ist bereits in der Einleitung festgestellt worden.

Mit Ausnahme des SPD-Wählers (wahlberechtigter Migrant aus Gröpelingen) bringen alle Befragten eine tiefe Verbitterung mit den politischen Parteien zum Ausdruck. Als konkreter Auslöser dafür wird am häufigsten die Agenda 2010 genannt. Fast alle Befragten haben der rot-grünen Schröder-Regierung 1998 einen Vertrauensvorschuss mit auf den Weg gegeben, der offensichtlich so tief enttäuscht wurde, dass es zu einer nachhaltigen Abkehr von der Sozialdemokratie kam (»das war ja mal eine Arbeiterpartei«). Umso prekärer die Lage der Befragten ist, desto konkreter werden die Beispiele für die Auswirkungen politischer Entscheidungen: Absturz auf Hartz-IV-Bezug, Praxisgebühr, Medikamentenzuzahlung, Niedriglöhne.

Teilweise wird diese bundespolitische Begründung flankiert von Erfahrungen mit lokalpolitischen Entscheidungen. Björn K. wird durch die Große Koalition in Bremen zum Nichtwähler, weil diese für ihn einen Tabubruch darstellt (»da wo die CDU/CSU beginnt, da hört es für mich auf.«). Die fünffache Mutter und Klempnerhefrau Angela W. schmerzen immer noch der Verkauf von Beck & Co. und die Schließung des Zentralbades, die Rentnerin Erika G. beklagt, dass man zu wenig getan hat, um Großbetriebe in Bremen zu halten und der selbstständige Erkan A. sieht wichtige Sozial- und Jugendprojekte in Tenever akut gefährdet.

Diese konkreten Begründungen werden in fast allen Fällen mit eher allgemeinen Zustandsbeschreibungen unterfüttert, für die oft die Begriffe: »falsche Versprechungen« und »fehlende Volksnähe« fallen. Auch das diffuse Gefühl, dass sich die Politiker »zu viel in die eigenen Taschen stecken«, ist weit verbreitet.

Die meisten Befragten zeigen sich stärker in ihrem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden verletzt, als in ihrer eigenen Befindlichkeit.

Es ist eine solidarische Grundhaltung spürbar, die sich entweder auf die Nachbarschaft, »den Kumpel«, den Stadtteil, das Projekt oder »die Jugendlichen« erstreckt. Am stärksten ist diese Sorge für andere natürlich für die eigenen Kinder entwickelt.

Dass große Fürsorge für die Kinder auf der anderen Seite auch zu einer »Trutzburg-Haltung« führen kann, zeigt die Klempner-Familie aus Huchting, in deren Äußerungen Solidarität mit Verfolgten und Angst vor Überfremdung nebeneinander Platz finden.

Das Ehepaar drückt die Abkehr vom Parteiensystem am radikalsten aus – aber auch eine Verlusterfahrung beziehungsweise -Angst, die bei fast allen Befragten in unterschiedlichen Schattierungen durchschimmert: Verlust von Nähe und Nachbarschaft.

Sozialdemokratie – das scheint vor allem einmal ein Lebensgefühl gewesen zu sein, das Schutz, Geborgenheit, Sicherheit und Vertrautheit mitgeliefert hat. Der Ausdruck »soziale Kälte« wird gemeinhin mit Neo-Liberalismus in Verbindung gebracht. In diesen Interviews steht er in engem Kontext mit der gefühlten Abkehr der Sozialdemokratie von den Sorgen und Interessen der Befragten.

»Die können sich über den Familienverbund eher selbstständig machen«, sagt der Arbeitslose Volker P. über seine türkischen Freunde, die mit ihm Abitur gemacht haben. Die stabilste Bastion scheint die SPD noch da zu haben, wo Nachbarschaft und Familienzusammenhalt am besten funktionieren. »Hauptsächlich wählen die Migranten mit deutschem Pass ja SPD, das kann man ja nicht leugnen, zu 40 bis 50 Prozent sind das ja SPD-Wähler«, sagt der Gröpelinger Orhan C.

Wer sich im Vorfeld der Bundestagswahl in sozialen Brennpunkten Bremens umgehört hat, hat sich am 27. September um 18 Uhr nicht über das Ergebnis gewundert. Umso erstaunlicher wirkt der Schockzustand, den das Ergebnis bei den Wahlverlierern ausgelöst hat. Er ist ein deutliches Indiz für das, was die Befragten dieser kleinen Studie am allermeisten an ihnen vermissen: Kenntnis ihrer Probleme, Nähe zu ihren Interessen. Solidarische Grundhaltungen sind auch an den sozialen Brennpunkten noch deutlich spürbar – aber keine Parteien, die diese in Politik umsetzen.



ne Umwege.

Karl Schlichting | Kreiswahlleiter und Leiter der Abteilung 2 (Bevölkerung und Staat) am Statistischen Landesamt Bremen

3 Wahlverhalten in der Stadt Bremen nach ausgewählten Gebietstypen

3.1 Stimmhaltung in der Wahlforschung

Die Wahlforschung untersucht neben der Stimmabgabe für die Parteien auch die Entwicklung der Wahlbeteiligung. Zu deren Erklärung bildeten sich zwei alternative theoretische Ansätze heraus. Durch die Zunahme der Nichtwähler wurden hierzu ergänzende Erklärungsansätze verfolgt.

Sogenannte Input-orientierte Ansätze bewerten den Wahlerfolg nach der Höhe der freiwilligen Wahlbeteiligung. Deren Höhe belegt die Integration der Bürger in das politische System und bildet deren Meinung beziehungsweise Willen ab. Niedrige Wahlbeteiligungen verzerren danach das Ergebnis, weil Stimmenanteile einzelner Milieus unberücksichtigt bleiben. Somit leitet sich die Legitimierung des parlamentarisch-demokratischen Systems aus der Wahlbeteiligung ab.

Auch die hieran anknüpfende Krisentheorie beurteilt eine niedrige Wahlbeteiligung kritisch. Eine niedrige Wahlbeteiligung gilt als Zeichen von Parteienverdrossenheit und Unzufriedenheit mit dem politischen System und führt bei weiterer Zunahme zur Legitimationskrise dieses Systems.

Aus der immer weiter zurückgehenden Wahlbeteiligung entwickelte sich die Protesttheorie. Seit den 1980er Jahren führte das über eine niedrige Wahlbeteiligung artikulierte Desinteresse an den etablierten Parteien und die Unzufriedenheit mit den Partizipationsmöglichkeiten zu spontanen, aber wohlüberlegten Stimmabgaben für nicht etablierte Parteien – in der Vergangenheit häufig am rechten Parteienrand. Legitimationsprobleme der abgestraften etablierten Parteien schwächen deren Position und können in häufigeren Regierungswechseln münden.

Dagegen messen Output-orientierte Ansätze der Wahlbeteiligung eine geringere Bedeutung zu. Die Legislative muss nicht über eine möglichst hohe Wahlbeteiligung legitimiert werden, sondern erreicht diese über die

›qualitative‹ Stimmabgabe, deren Gehalt jedoch kaum gemessen werden kann. Dahinter verbergen sich elitetheoretische Ansätze, die nicht unbedingt mit demokratischen Grundsätzen harmonieren. Eine geringe Wahlbeteiligung gilt vielen Anhängern dieser Theorie als ein Weg in die Normalität – vergleichbar mit anderen Ländern, deren Systeme die Wahlbeteiligung schon seit langer Zeit erfolgreich drosselten.¹

Erklärungen für die Wahlenthaltung werden über subjektive Begründungen in Befragungen gesucht und publiziert. Allerdings zeigen die qualitativen Interviews, etwa von Ralf Lorenzen in diesem Band, dass für das langfristige Wahlverhalten die gesellschaftlichen Konfliktlinien bestimmend sind. Daneben können sicherlich auch subjektive Eindrücke Wähler bei der konkreten Stimmabgabe beeinflussen und in Einzelfällen bestimmend sein.

Änderungen der Parteienanteile werden in den Befragungen ursächlich beim Typus des ›individualisierten Wechselwählers‹ gesucht, der durch Medien und Politiker kurzfristig über aktuell bewegende Themen für Wahlen zu mobilisieren sei. Verkürzt wird der individualisierte Wechselwähler als Verursacher der starken Stimmenschwankungen zwischen den einzelnen Wahlen angeführt. Dies knüpft an die Individualisierungsthese von Ulrich Beck² an, der die Entstrukturierung beziehungsweise Auflösung gesellschaftlicher Milieus feststellte, durch die die Wähler frei von Traditionen, unabhängig und damit unkalkulierbar wurden.

¹ Vgl. Roth D.: Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom; in: Starzacher/Schacht/Friedrich/Leif (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? 1992.

² Vgl. Beck U.: Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, 1987, S. 121.

Hingegen ordnen sich in der klassischen Wahlsoziologie die Wählerbindungen vertikal nach ›cleavages‹ oder ›Konfliktlinien‹, die sich allerdings horizontal in weitere Milieus ausdifferenzieren. Diese mehrdimensionale Strukturierung des Wahlverhaltens machte einen Formenwandel entlang der sozioökonomischen Entwicklung durch.

Ob sich die hohe Bedeutung des Wechselwählers als Täuschung erweist, soll die Entwicklung in den Bremer Gebietstypen zeigen. Von Bedeutung ist hierbei auch, wie stark die Wechselwähler die Parteienentwicklung in den Stadtgebieten bestimmen, oder ob sich die Bindungen an die beiden großen Lager der ›bürgerlichen‹ und der ›linken‹ Parteien als langfristig stabil und entscheidend erweisen, wie dies in Deutschland von der Freiburger Schule Oberndörfers³, von Niedermayer⁴ und auch in der hannoverschen Sozial- und Wahlforschung (AGIS)⁵ vertreten wird.

Die Wahlergebnisse sind bedeutsam für die Kontroverse zwischen den input- und output-orientierten Ansätzen der Wahlforschung. Sie zeigen, ob die sozialstrukturellen Verortungen der Wählerschaft und damit der Parteien sich auflösen. Nicht kontrovers ist in der Wahlforschung der generelle Bedeutungsverlust der großen Volksparteien⁶ und dass die Ursachen dafür im Wandel der Sozialstruktur gesucht werden müssen.

Hierzu exemplarisch zwei wesentliche Phänomene der beiden Volksparteien:

Strategische Überlegungen vor dem Regierungswechsel des Jahres 1998 führten die Lockerung der Bindung an die SPD auf den wirtschaftlichen Strukturwandel zurück, der die Bedeutung der sozioökonomischen Konfliktlinie fundamental verändert habe. Die starke Ausweitung des Dienstleistungssektors zulasten des Produktionssektors ließ die traditionelle Arbeiterschaft deutlich schrumpfen. In der strategischen Überlegung der SPD stieg demgegenüber die Bedeutung des neuen Mittelstands durch die wachsende Zahl von Angestellten und Selbstständigen. Dies lieferte die Begründung für die Orientierung der SPD auf die Mitte. Die Frage, ob dieses starke Wachstum im Dienstleistungssektor nicht zum bedeutenderen Teil von marginalen oder prekären Arbeitsverhältnissen getragen wurde,

blieb damals unbeantwortet und unberücksichtigt.

Die Lockerung der Bindungen an die CDU wird auf den zunehmenden Bedeutungsverlust der kirchlich-konfessionellen cleavages zurückgeführt.

Die sozialstrukturellen Veränderungen sind empirisch unbestreitbar. Problematisch ist die Bewertung als absolut geltende Trends und nicht als relative Veränderungen. Mentalitäten, Wertesysteme und soziale Ordnungsvorstellungen der vertikalen Klassenmilieus haben sich nicht aufgelöst, aber über die jüngere Generation verändert und modernisiert. Sie mussten sich dem wirtschaftlichen Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und den grundlegenden Änderungen der Beschäftigungslandschaft anpassen und wurden zwangsläufig eigenständiger, eigenverantwortlicher und flexibler. Die Milieus der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bildeten also jüngere und modernere Zweige aus. Sie haben sich horizontal ausdifferenziert. Politisch entspricht dies einer Neigung zu einer damals entstandenen neuen Partei des linken Lagers, den Grünen. Die Differenzierung des linken Parteienlagers in SPD und Grüne wird inzwischen weiter getrieben durch das Erscheinen der Partei Die Linke.

Die SINUS-Studie⁷ und Arbeiten um das ehemalige Institut AGIS an der Universität Hannover definierten zur Erklärung des Wahlverhaltens mehrdimensionale gesamtgesellschaftliche Milieus. Deren Aufbau lässt sich allerdings nur bedingt auf die kleinräumigen Strukturen einer Großstadt wie Bremen übertragen, da die mit den in den amtlichen statistischen Quellen gewonnenen Daten nicht deckungs-

3 Vgl. Oberndörfer, D./Mielke G./Eith U.: Ein Graben mitten durch beide Lager. Eine Wahlbetrachtung aus parteiensoziologischer Sicht; in: Frankfurter Rundschau, 22.9.2005.

4 Vgl. Niedermayer, O. (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003.

5 Vgl. Vester M./Oertzen P./Geiling H./Hermann T./Müller D.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, 2001.

6 Vgl. Feist U.: Die Macht der Nichtwähler. Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen, 1994.

7 SINUS: Motive der Wahlenthaltung; in: Bewältigungsmuster der deutschen Einheit, 1991.

gleich sind. Eine räumliche Verortung kann über die Quellen der amtlichen Statistik gewonnen und den Milieugruppen angenähert werden. Die Milieus bilden aber in den sogenannten Gebietstypen Schwerpunkte und dienen somit deren Strukturierung.

Daneben beeinflussen gesellschaftlich polarisierende Themen immer wieder die Wahlen und die Höhe der Wahlbeteiligung beziehungsweise der Nichtbeteiligung, die daher auch als eine Art der Stimmabgabe gegen etablierte Parteien und deren Konzepte angesehen werden kann.

3.2 Gebietstypenbildung und Wahlverhalten

Neben der kleinräumigen Darstellung der Wahlergebnisse nach Ortsteilen werden im Statistischen Landesamt Bremen seit Langem gebietstypische Gliederungen für unterschiedliche Zwecke und Analysen vorgenommen. Darunter sind Zusammenfassungen von Ortsteilen zu verstehen, die nach bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen ähnlich sind und in denen nach den Erfahrungen vergangener Wahlen ein etwa gleichartiges Wahlverhalten eintritt. Diese Art der Darstellung macht es möglich, Aufschlüsse über sozioökonomische Faktoren des Wahlverhaltens zu erkennen und somit Zusammenhänge zwischen diesen Faktoren und dem Wahlverhalten darzustellen.

Sozialräumliche gebietstypische Analysen gewinnen durch die zunehmende Erosion klassischer Beschäftigungsverhältnisse an Bedeutung, da dies die Erkenntnisse über Statusgruppen einschränkt. Besonders die Zunahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekärer Beschäftigung und der Selbstständigen (wie z. B. Ich-AGs und Arbeitskraftunternehmer), mit all ihren Differenzierungen und für die Betroffenen häufig nachteiligen sozioökonomischen Abhängigkeits- und Einkommensverhältnissen, erschwert eindeutige Definitionen.

In den Ergebnissen des Mikrozensus findet diese Entwicklung bei den Angestellten ihren Ausdruck im Wachstum der Teilzeitarbeit sowie der geringfügigen Beschäftigung, während die ehemals abhängig Beschäftigten und heutigen ›Selbstständigen‹ kaum zu

definieren sind. Allenfalls ein geringes Einkommen in Verbindung mit hohen Stundenleistungen kann diese Entwicklung dokumentieren.

Untersuchungen in der Städtestatistik bedienen sich zunehmend Methoden, mit denen über kleinräumige Analysen sozialstrukturelle Entwicklungen in Karten visualisiert werden. Die Einteilung der Stadt in charakteristische Gebietstypen spiegelt Sozialstrukturen für den ansässigen Nutzer häufig eingängiger wider als andere Analysen. Diese Methode wird zunehmend nicht nur in den Stadtstaaten genutzt.⁸

In einem ersten Untersuchungsschritt wurden auf der Grundlage einer großen Zahl von Struktur- und Sozialindikatoren der Stadt Bremen – mit Hilfe des multivariaten Verfahrens der Faktorenanalyse – Hauptindizes zu grundlegenden Segregationsmustern zusammengefasst. Die drei Hauptindizes Sozial-, Familien- und Bauindex sind Grundlage für die Clusterisierung von Gebietstypen für unterschiedliche Analysen im Statistischen Landesamt und in den Senatsressorts. Für die sozialräumliche Strukturierung wurde primär der Sozialindex herangezogen. Dieser wird durch Sozialindikatoren des Einkommens einschließlich der Transferleistungen⁹, der Bildung¹⁰ und des Migrationshintergrundes bestimmt. Auf dieser Basis wurden charakteristische Cluster ausgewählt, die dauerhaft weit überdurchschnittliche Wähler- beziehungsweise Nichtwähleranteile aufwiesen.

8 Vgl. Henning, E./Lohde-Reiff, R./Sack, D.: Wahlenthaltung in der Großstadt: Das Beispiel Frankfurt am Main; in: frankfurter statistische berichte 3/2001, S. 243 sowie für die Stadt Hannover: Wahlforschungen und Sozialanalysen des ehemaligen Instituts AGIS an der Universität Hannover.

9 Vgl. Schlichting K.: Steuerpflichtige Einkommen und ihre regionale Verteilung in der Stadt Bremen; in: Statistische Monatsberichte Bremen, Heft 1/2006.

10 Vgl. Schlichting K.: Bildungsquoten bremischer Schüler der 10. Klasse in den Ortsteilen der Stadt Bremen; in: Statistische Monatsberichte Bremen, Heft 11–12/2003.

Diese Ortsteile wurden dabei anhand ihrer jeweiligen sozialräumlichen Merkmalsprofile zu insgesamt sechs Typen zusammengefasst, und zwar zu drei Wählerhochburgen sowie drei Nichtwählerhochburgen. Ortsteile, die nicht diese klaren Strukturen aufwiesen, in der Regel typische Mischgebiete, wurden vernachlässigt.

Die Abgrenzung der ausgewählten Gebietstypen für die Stadt Bremen wurde so vorgenommen, dass in ihnen im Allgemeinen eine mehr oder weniger homogene Bevölkerungsschicht angenommen werden kann, die sich von der anderer Stadtgebiete signifikant

unterscheidet. So ist zu erwarten, dass sich der ›typische‹ Bewohner alternativer urbaner Wohngebiete vom ›typischen‹ Bewohner im Gebiet des Geschosswohnungsbaus oder eines traditionell bürgerlichen Wohngebiets in sozioökonomischer Hinsicht unterscheidet. Dementsprechend wurden die folgenden Gebietstypen definiert:

- ▶ Traditionell bürgerliche Wohngebiete (TBW)
- ▶ Bürgerliche Mitte (BM)
- ▶ Alternativ-urbane Wohngebiete (AUW)
- ▶ Mischgebiete mit Mehrproblemlagen (MM)
- ▶ Ehemalige Hafen- und Produktionsarbeiterwohngebiete (HPW)
- ▶ Großsiedlungen (GS)

Die räumliche Verteilung dieser Gebietstypen im bremischen Stadtgebiet kann der nebenstehenden Karte entnommen werden.

Abbildung 1: Gebietstypen

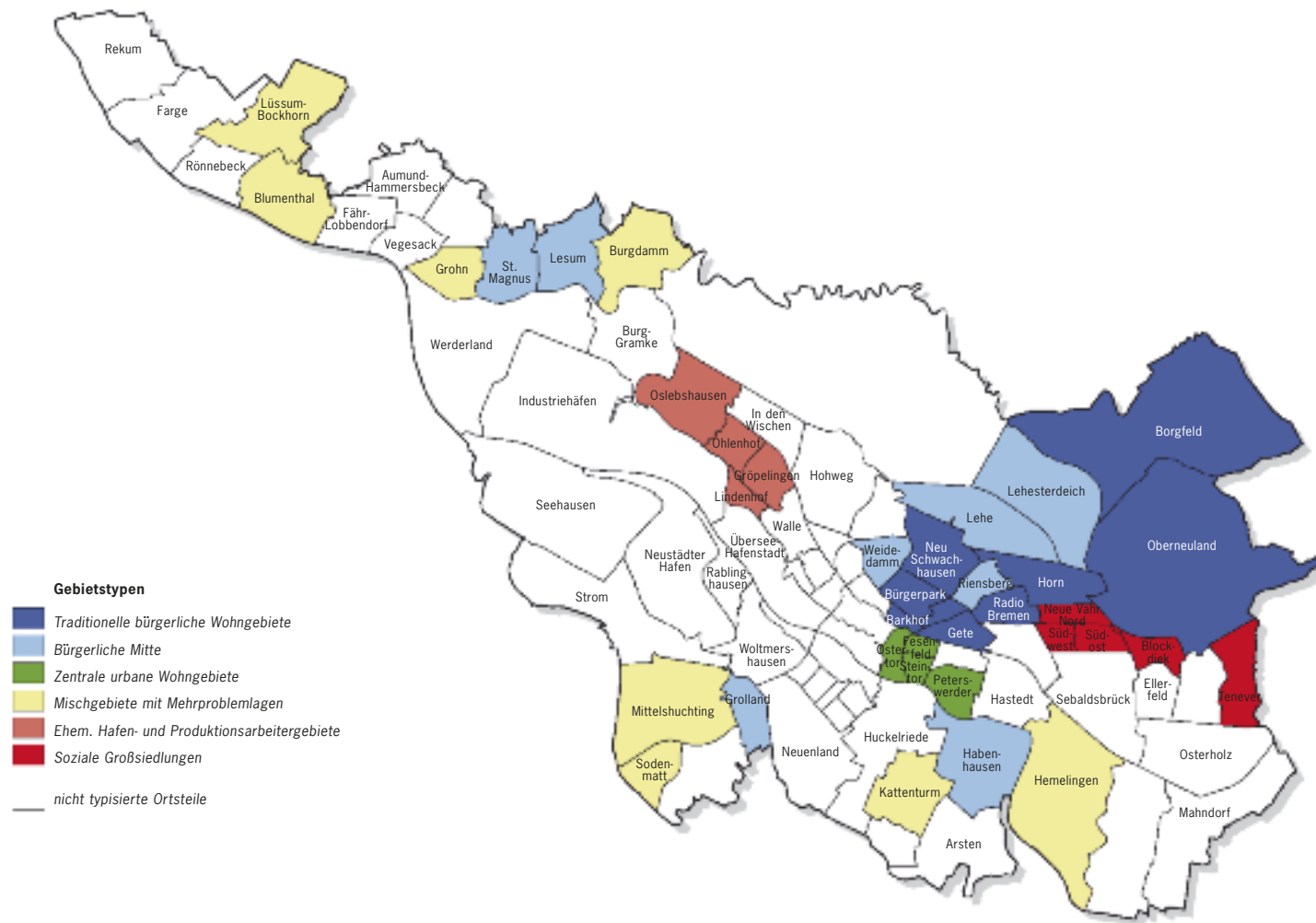
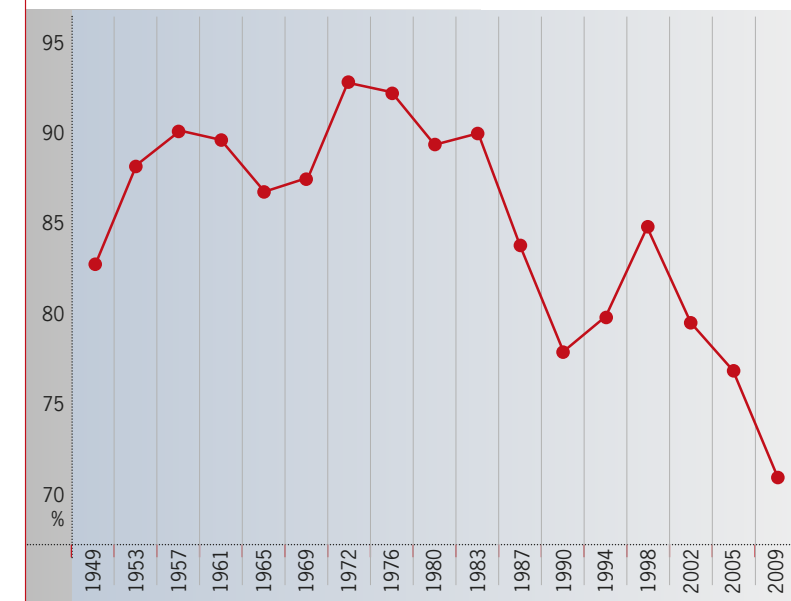


Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2009 in der Stadt Bremen



Quelle: Statistisches Landesamt.
 Grafik: Dr. Armin Schäfer, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Abweichend von anderen Wahlanalysen beziehen sich die Parteienanteile nicht auf die Zahl der Wähler, sondern auf die der Wahlberechtigten. So kann der unterschiedlichen Zunahme der Zahl der Nichtwähler und der entsprechenden Veränderung der Parteien in den Gebietstypen Rechnung getragen werden.

3.3 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe (Zweitstimmen) in den Gebietstypen

Die Entwicklung der Wahlbeteiligungsquoten lässt seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine wachsende Wahlzurückhaltung erkennen. Da Briefwahlstimmen vor 1980 nur der Stadt Bremen insgesamt zugeordnet wurden, beginnen die Diagramme für die Gebietstypen erst mit der Bundestagswahl 1980.

Briefwahlstimmen fallen asymmetrisch zur Urnenwahl an, da der überwiegende Teil von älteren Menschen abgegeben wird und der Schwerpunkt deutlich bei den eher bürgerlichen Wählern zu finden ist. Dies trifft auf die Parteienentscheidung in allen bremischen Stadtgebieten zu. Erst mit den Briefwahlstim-

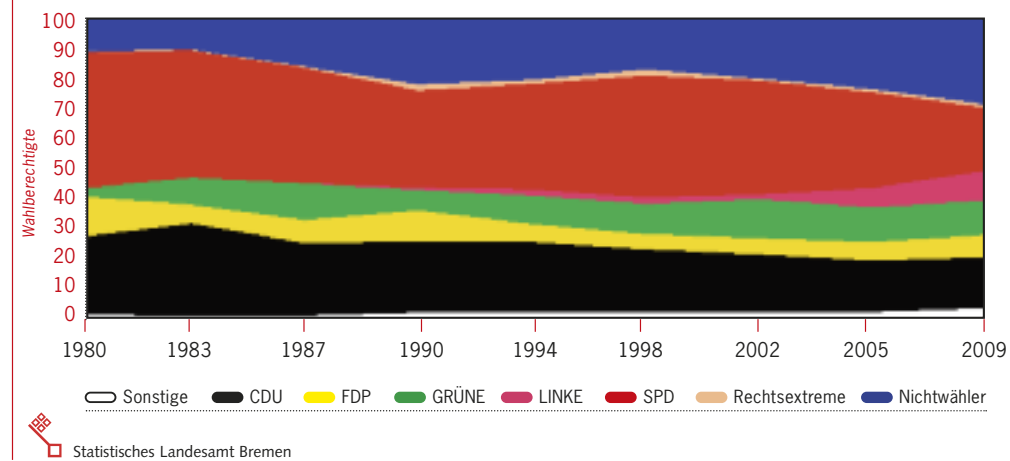
men finden die bürgerlichen Parteien zu ihrer vollen elektoralen Stärke, während vor allem der Anteil der SPD entsprechend der asymmetrischen Stimmenanteile an Gewicht verliert.

Aktuell erreichte die Wahlbeteiligung im stadtbremschen Durchschnitt mit 71,4 Prozent ein Ergebnis, das mit einer Abnahme von fünf Prozentpunkten deutlich unter dem der letzten Bundestagswahl (76 Prozent) lag.

Tendenz zur Nichtwahl – mit kurzen Unterbrechungen

Die höchste bremische Wahlbeteiligung einer Bundestagswahl wurde 1972 mit 91,6 Prozent erreicht. Sie war das Ergebnis eines stark polarisierten Wahlkampfes (›Willy-Wahl‹), in dem besonders Wähler für die SPD mobilisiert wurden. Unterschiede zwischen den Gebietstypen waren unter Einrechnung der ausgegebenen Wahlscheine vergleichsweise gering. Bei den darauf folgenden Wahlen war eine zunehmende Wahlmüdigkeit zu beobachten, nachdem sie bis Anfang der 1970er Jahre entsprechend angestiegen war (siehe Abbildung 2 Wahlbeteiligung).

Abbildung 3: Stadt Bremen



Bis 1990 stieg der Nichtwähleranteil auf weit über ein Fünftel an. In dieser Zeit verloren die beiden großen Volksparteien merklich an Zuspruch.

Nur 1983, der ersten Wahl nach dem Regierungswechsel von 1982, nahm die Wahlbeteiligung merklich zu. Entgegen dem Trend stieg sie – als Ausdruck eines polarisierten Wahlkampfes. Die FDP hatte den Wechsel von der sozialliberalen zur bürgerlichen Koalition vollzogen und verlor mehr als die Hälfte ihrer Stimmen, während die CDU einen etwas geringeren Zuwachs von fünf Prozentpunkten erreichte, der die Verluste annähernd kompensierte. Auch die SPD verlor rund drei Prozentpunkte, dafür gewannen die Grünen mehr als sechs Prozent hinzu.

Die Vereinigungswahl im Jahre 1990 mit ihrer gesamtpolitisch wichtigen Entscheidung brachte zwar keine Unterbrechung des Nichtwähler-Trends – die Zahl der Nichtwähler erhöhte sich sogar um fast sechs Prozent – veränderte aber die Stimmenanteile der Parteien vorübergehend recht stark. Gemessen an den Wahlberechtigten verlor die SPD knapp sechs Prozent ihrer Wähler. Die Grünen verloren 5,5 Prozentpunkte und kamen auf ihr zweitniedrigstes Ergebnis im Betrachtungszeitraum. Offensichtlich befriedigten die Antworten beider Parteien auf die Vereinigung Deutschlands einen beachtlichen Teil ihrer Wähler nicht, von denen sie aber bei der folgenden Bundestagswahl fast die Hälfte zurückgewinnen konnten. Von den beiden

bürgerlichen Parteien konnte nur die FDP mit gut 2,5 Prozentpunkten deutlich hinzugewinnen und ihr bestes Ergebnis seit 1980 erzielen. Bei der darauf folgenden Wahl hatte sie diese Zuwendung allerdings wieder mehr als verloren (- 4,3 Prozentpunkte). Diese Wahl ist ein Beleg dafür, dass Parteien, die auf dringliche Fragen nicht die erwarteten Antworten bereithalten, von ihren Wählern durch Wahlenthaltung abgestraft werden. Die vorübergehenden Gewinne der FDP durch Wechselwähler waren sicherlich auf die hohen Sympathiewerte des damals populären Außenministers zurückzuführen.

Eine zweite merkliche Unterbrechung des Rückganges der Wahlbeteiligung war wieder eine ›Wendewahl‹ (1998). Die Wahlbeteiligung stieg um etwa 3,5 Prozentpunkte. Beide Parteien des bürgerlichen Lagers verloren gut 3,5 Prozentpunkte, darunter sicherlich auch Wechselwähler. Im linken Lager konnten die Grünen leicht gewinnen und die SPD legte merklich um 5,5 Prozentpunkte auf über 40 Prozent aller Wahlberechtigten zu. Über die Wendestimmung konnten sie die ihnen zuneigenden Nichtwähler zumindest für diese Wahl wieder zur Wahlurne bewegen.

Betrachtet man die Stimmenergebnisse der aktuellen Wahl, so sind die Stimmenverluste der SPD um annähernd 42.000 auf 84.806 die eindeutigste Veränderung. Dem stehen rund 20.000 zusätzliche Nichtwähler und annähernd 15.000 zusätzliche Stimmen für die Linke gegenüber. Die Stimmenzahl der Grünen erhöhte sich nur marginal.

Im bürgerlichen Lager standen geringe Verluste der CDU einem deutlichen Zugewinn der FDP von gut 5.500 Stimmen auf nun wieder gut 30.000 gegenüber. Betrachtet man die Salden der beiden Lager und die Nichtwähler, so stehen den großen Verlusten der SPD zur Hälfte Zunahmen bei den Nichtwählern und zwei Fünftel Gewinne bei der Linken gegenüber. Die Differenz entspricht in etwa dem Gewinn der FDP. Der großen Verliererin SPD steht die große Gewinnerin Die Linke gegenüber, die fast dreimal so viele Stimmen hinzugewonnen hat wie die FDP und mittlerweile mit 40.000 Zweitstimmen um ein Viertel vor der FDP liegt.

Insgesamt musste die CDU innerhalb der letzten 30 Jahre einen Stimmenverlust von zwei Fünfteln hinnehmen. Noch drastischer waren die Verluste der FDP. Allerdings war der überwiegende Teil der Verluste auf die Wahl 1983 zurückzuführen, nachdem sie den Wechsel von der sozialliberalen zur bürgerlichen Koalition vollzogen hatte und sozialliberale Wähler eine neue Orientierung suchten. Gegenüber der Wahl 2005 konnte sie sich allerdings um gut 5.000 Stimmen auf über 30.000 erholen.

Die SPD verlor in diesem Zeitraum mit einem Rückgang von über 105.000 Stimmen die meisten Wählerinnen und Wähler, davon allein über 40.000 gegenüber der Wahl 2005. Allerdings konnten die neuen Parteien, die Grünen und die Linke, ihre Wählerzahl um 35.000 beziehungsweise fast 40.000 steigern. Rein rechnerisch konnte das linke Lager darüber die Verluste der SPD zum überwiegenden Teil ausgleichen.

Die Zahl der Nichtwähler verdoppelte sich im betrachteten Zeitraum bis 2005 annähernd auf gut 95.000 und stieg danach weiter sehr deutlich um über 20.000 an. Dieser Prozess wurde nur bei Wahlen mit starker Polarisierung unterbrochen, die einen kleinen Teil der Nichtwähler wieder vorübergehend zu Stimmabgabe anregten.

Im zeitlichen Verlauf wirkte sich der Wandel der Beschäftigungsstrukturen und vor allem die unterschiedlich starke Mobilität auf das Wahlverhalten in Bremen und den analysierten Gebietstypen aus. Die Beschäftigung verschob sich nicht nur vom produzierenden Gewerbe zu den Dienstleistungen, sondern vor allem

von den existenzsichernden Vollzeitbeschäftigten zu den Teilzeitbeschäftigten¹¹, prekären Beschäftigten und Beschäftigungslosen. Auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ohne ausreichendes Einkommen (gerade in den Dienstleistungsberufen), die über SGB II aufstocken müssen, nahm kontinuierlich zu. Bei einer Reihe von Erwerbsfähigen war diese Entwicklung am Arbeitsmarkt Ursache für ihre innerstädtischen Wanderungen.

Wählerwanderung und Wahlverhalten in der Stadt Bremen

Die veröffentlichten Wanderungssalden des Statistischen Landesamtes sind nur die Spitze der Wanderungsbewegung, denn die Salden geben nur die aktuellen Tendenzen an. Darunter finden sich die Verluste und Gewinne, die das Volumen der Mobilität belegen. In den zurückliegenden fünf Jahren wanderte über die Grenzen nach Bremen gut ein Fünftel des bremischen Bevölkerungsvolumens ein, was bedeutet, dass sich die bremische Bevölkerung rein rechnerisch in weniger als einem Vierteljahrhundert mit dem Bundesgebiet und Ausland austauschen könnte.

Addiert man darüber hinaus den Bevölkerungsaustausch in der Stadt Bremen, so steigt die Mobilitätsquote sehr deutlich an. Gerade die innerstädtische Wanderung sagt aber viel über die Präferenzen und deren Veränderungen bei den Deutschen und Migranten aus. Insgesamt zogen in den fünf Jahren knapp 200.000 Einwohner zwischen den bremischen Ortsteilen um. Addiert man die beiden Wanderungsbewegungen innerhalb und außerhalb Bremens, so wird schon in circa zehn Jahren ein rein rechnerischer Bevölkerungsaustausch erreicht. Eine gewaltige Dynamik, die sich auch auf das Wahlverhalten in den Ortsteilen auswirkt.

Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Mobilität in den einzelnen Stadtgebieten Bremens recht unterschiedlich verlief. Heranwachsende und junge Erwachsene wandern nach Bremen ein und hier besonders in die pulsierenden innerstädtischen Gebiete.

¹¹ Vgl. Schlichting K.: Strukturwandel in der Region Bremen, Teil 3: Entwicklung von Arbeitsstätten und Beschäftigung – Stadt Bremen; in: Statistische Monatsberichte Bremen, Heft 8/1994.

Für Bremen ergibt das einen ausgeprägten Wanderungsüberschuss bei Männern und Frauen über 18 bis circa 30 Jahren. Diese jungen Zuwanderer ziehen häufig als Einzelpersonen in die an die Innenstadt grenzenden Stadtteile Östliche Vorstadt, Neustadt, Walle und Findorff, wobei die Neustadt am stärksten von der Hochschule Bremen profitiert. Die bei vielen später folgende Familiengründung führt zum Bedarf nach größerem Wohnraum und zur Wanderung in die Wohngebiete in Randlage oder darüber hinaus in das Umland.

Die Liberalisierung des Wohnungsmarktes und der damit einhergehende Verlust von günstigem Wohnraum ging in vielen, vor allem bürgerlichen Wohngebieten, zulasten der unteren Einkommensgruppen. Dies hat zur Folge, dass sich das untere Einkommensdrittel der Bevölkerung in den Gebieten der Stadt konzentriert, deren Mietpreise für sie finanzierbar sind. Im Zuge der Aufwertung anderer Stadtgebiete werden diejenigen mit günstigem Wohnraum jedoch immer weniger. Hier spitzten sich die Problemlagen in den Vierteln immer weiter zu. Mit der Stabilisierung einiger Wohnquartiere geht somit eine Abwertungs-spirale in anderen Vierteln einher.

Die starken Veränderungen im Wahlverhalten der im Folgenden beschriebenen Gebietstypen sind ein Resultat des wirtschaftlichen und sozialen Wandels, der sich zugespitzt räumlich auswirkt. Die räumliche Polarisierung spiegelt sich an der Oberfläche im Wahlverhalten wider.

Traditionell bürgerliche Wohngebiete (TBW)

Traditionell bürgerliche Wohngebiete sind im Kern die Wohlstandszonen Bremens. Diese Viertel werden weiterhin durch das konservativ gehobene Milieu geprägt, den bestsituierten Teilen der Selbstständigen, Freiberuflern und leitenden Angestellten sowie in Universitätsnähe das wissenschaftliche Personal. Zunehmend ergänzt werden diese durch die progressive Bildungselite, die sich über die individuelle Selbstverwirklichung neuen politischen Zielen und Bewegungen öffnet.

Diese privilegierten, bürgerlichen Stadtteile liegen bei einem Vergleich der Einkommen an der Spitze – und beim Anteil der Arbeitslosen und SGB-II-Empfänger ganz am Ende aller bremischen Stadtteile. Auch bei der Bildungsbeteiligung mit einer hohen Akademikerquote und noch höherem Gymnasiastenanteil errei-

chen die Gebiete Spitzenpositionen. Die Migrantenanteile sind mit die niedrigsten in Bremen und bilden bei näherer Betrachtung den oberen Teil der Pyramide ab. So kommt auch der Gymnasiastenanteil der Migrantenkinder dem der dort ansässigen Deutschen sehr nahe.

Die Wahlenthaltung nahm vom niedrigsten Niveau im Jahre 1980 mit knapp neun Prozent auf 16,5 Prozent zu. Aktuell weisen diese traditionell bürgerlichen Wohngebiete dennoch im Verhältnis zu anderen die höchste Wahlbeteiligung auf. Dies bestätigt die einfache Faustformel der Wahlforschung: Je höher der Sozialstatus, desto höher die Wahlbeteiligung. Hier hat die FDP dauerhaft ihre Hochburgen und konnte bei der jüngsten Bundestagswahl ihre besten Ergebnisse in Bremen erreichen.

Der Anteil der beiden klassischen bürgerlichen Parteien liegt hier weiterhin am höchsten in Bremen. Hatten sie aber 1980 noch einen gemeinsamen Anteil von knapp 60 Prozent an allen Wahlberechtigten, so sank er bis 2009 auf gut 42 Prozent. Das ist ein merklicher Verlust von gut einem Viertel ihrer Wähler.

Die SPD war hier immer vergleichsweise schwach verankert. Der Rückgang bis 2005 von gut 27 Prozent auf 24,5 Prozent nimmt

sich daher noch recht moderat aus. Bis 2009 verlor sie jedoch mit rund 6,5 Prozent deutlich mehr als während der letzten 25 Jahre. Weit über dem Durchschnitt liegende Erfolge konnten dagegen die Grünen erzielen, die ihre Basis in den wachsenden modernen bürgerlichen Milieus finden und damit eindeutig vom sozialen Wandel und der Wanderung in den letzten 30 Jahren profitieren. Sie erreichten im Wahljahr 2002 gut 17 Prozent. Bis zur aktuellen Wahl nahm ihr Stimmenanteil auf gut 14,5 Prozent ab. Die Linke stieg hier unterdurchschnittlich auf gut sechs Prozent an, da ihr Wählerpotenzial in diesen Gebieten ähnlichen Beschränkungen unterworfen ist wie das der SPD.

Bürgerliche Mitte (BM)

Ortsteile der bürgerlichen Mitte schließen an die traditionellen bürgerlichen Viertel an. Die Einkommen liegen niedriger, während die Zahl der Transferleistungsempfänger auch hier überschaubar bleibt. Dies liegt auch an dem hohen Anteil selbst genutzten Wohneigentums in Ortsteilen wie Grolland und Habenhausen. Hier lebt der statusorientierte moderne Mainstream, wie auch die modernen Dienstleister mit einem vergleichsweise hohen Anteil Angestellter.

Abbildung 4: Traditionell bürgerliche Wohngebiete Borgfeld, Oberneuland, Bürgerpark, Schwachhausen, Barkhof, Gete, Radio Bremen, Neu-Schwachhausen, Horn

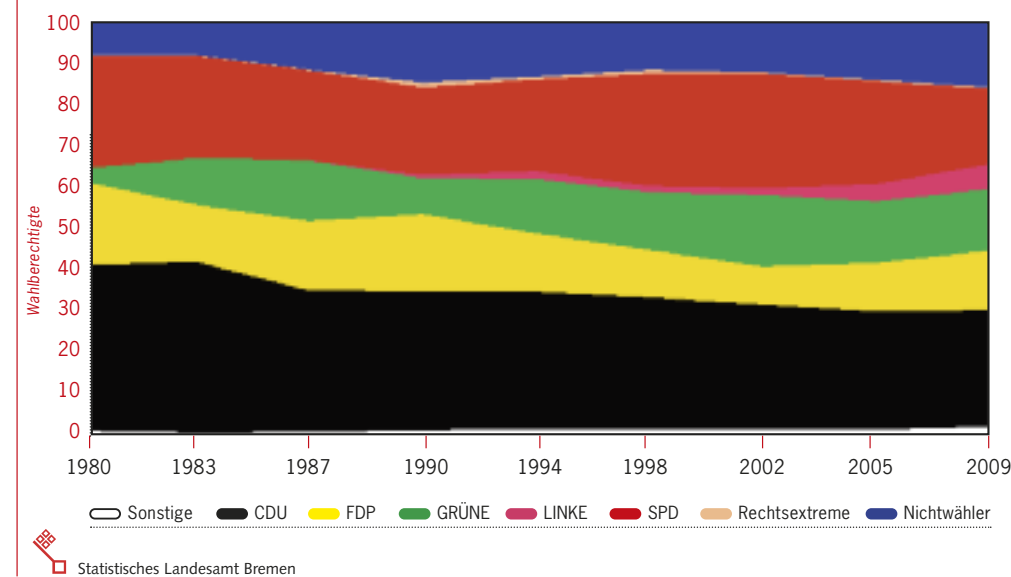
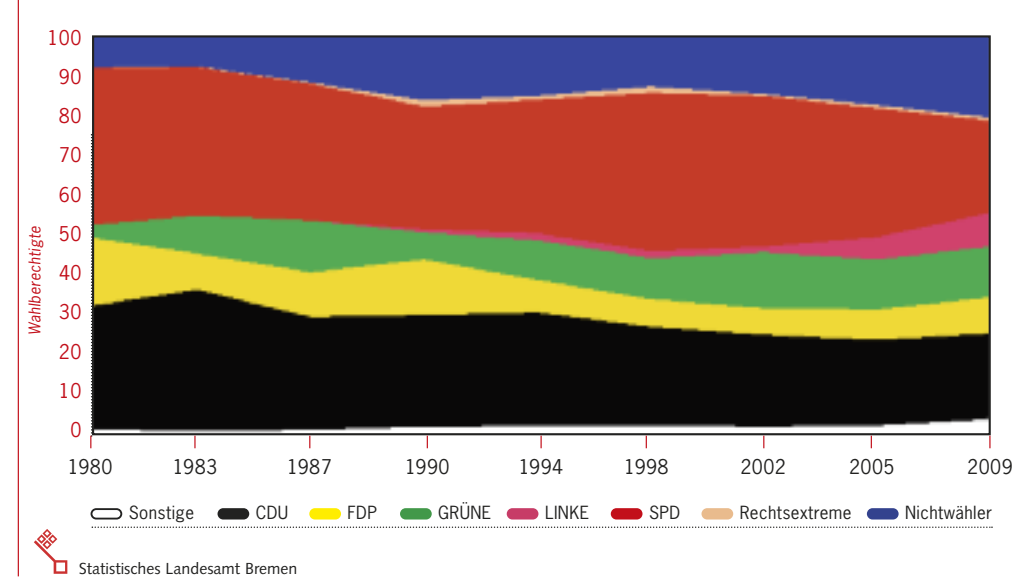


Abbildung 5: Bürgerliche Mitte

Habenhausen, Grolland, Riensberg, St. Magnus, Lehe, Weidedamm, Lehesterdeich, Lesum



Der Anteil der Nichtwähler steigt stärker als in traditionellen bürgerlichen Wohngebieten auf gut 21 Prozent. Die beiden traditionell bürgerlichen Parteien hatten 1980 mit 48 Prozent noch eine starke Position, die sich aber bis 2009 auf 30,5 Prozent reduzierte – ein Verlust von gut einem Drittel.

Dagegen verlor die SPD von knapp 40 Prozent auf etwa 23 Prozent fast zwei Fünftel ihrer Wähler, davon den größten Teil bei der letzten Wahl. Dies wurde aber innerhalb des linken Lagers von den Grünen mit einer Zunahme von rund 10 Prozentpunkten und der Linken mit 8,5 Prozent kompensiert. Die Grünen haben hier aber eine schwächere Position als in den traditionell bürgerlichen Wohngebieten und liegen nur noch knapp über dem bremischen Durchschnitt. Die Linke ist dagegen mit rund 8,5 Prozent etwas stärker, ähnlich wie die SPD.

Bedenklich für die beiden klassischen bürgerlichen Parteien sind in den beiden Gebiets-typen die starken Verluste bei ihrer bürgerlichen Stammwählerschaft, während die hohen Verluste der SPD durch die anderen beiden Parteien kompensiert werden konnten. Erhebliche Verluste von CDU und FDP erklären sich aber auch aus dem sozialen Wandel in den

Stadtteilen mit einer sich verjüngenden Bevölkerung und modernisierten Dienstleistungsmilieus.

Alternativ-urbane Wohngebiete (AUW)

Die stärksten Veränderungen erlebten die alternativ-urbanen Wohngebiete. Lebten hier bis in die 1980er Jahre noch bedeutende Anteile des konservativ-ständischen Mittelstandes (Kaufleute und Handwerker), so ist dieser Anteil mittlerweile weitgehend geschwunden. Neben dem Strukturwandel ist dies auch auf die zunehmende Sensibilisierung der ansässigen und zugewanderten Bevölkerung gegenüber Lärm- und Umweltbelastungen zurückzuführen. Eine ganze Anzahl von Handwerksbetrieben wurde nicht von der nächsten Generation übernommen oder zog in Gewerbegebiete an den Stadtrand und darüber hinaus – auch um ihren wachsenden Flächenbedarf zu befriedigen. Die Zuwanderung gerade junger Menschen mit völlig anderen Milieuzugehörigkeiten und anderem Habitus in den frei gewordenen Wohnraum veränderte die Sozialstruktur sehr schnell. Nicht alle blieben hier, aber viele ehemalige Studenten eines modernen individualisierten Milieus mutierten zur progressiven

Bildungselite in diesen urbanen Vierteln. Dies führte zu einem niedrigeren Durchschnittseinkommen als in den beiden anderen Gebiets-typen, ließ aber die Bildungsbeteiligung über die Akademiker- und Abitursquote recht deutlich ansteigen. Unter allen bremischen Stadtgebieten ist hier die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensführungen am weitesten entwickelt. Die offenen und solidarischen Beziehungen entwickelten sich teils informell wie auch im Rahmen schrittweiser modernisierter Vereins- und anderer Organisationsformen und führten zu einem starken Bürgerengagement. Dies ist von einem offenen demokratischen Politikstil mit vielfältigen Impulsen für die ganze Stadt geprägt. Viele deutsche und bremische Entwicklungen wurden hier am frühesten und häufig auch am ausgeprägtesten aufgegriffen. Als Ergebnis der sozialen Öffnung finden sich hier überwiegend positive Erfahrungen mit Migranten.

Durch die starken Umschichtungen der Bevölkerung war der Nichtwähleranteil über die Jahre starken Schwankungen unterworfen, erhöhte sich aber im untersuchten Zeitraum von 15,6 Prozent bis auf gut 23 Prozent bei der Vereinigungswahl 1990. Danach sank er bis 2002 auf unter 16 Prozent und stieg in der Folge bis 2009 wieder auf 20,5 Prozent an. Also eine Berg- und Talfahrt, die durch verschiedene Milieus und politische Ursachen beeinflusst wurde.

Mit der starken Abnahme des alten Mittelstandes verloren auch die beiden bürgerlichen Parteien einen großen Teil ihrer bisherigen Basis, der nicht durch entsprechende Zuzüge ausgeglichen werden konnte. Der Rückgang von gut zwei Dritteln ihrer Wähler auf gut 16 Prozent weicht auch von der Entwicklung Bremens signifikant ab.

Auch die SPD verlor durch die Abnahme des traditionellen Arbeitermilieus einen Teil ihres Wählerpotenzials, konnte aber durch die zumindest vorübergehenden Gewinne in den neuen Milieus ihre Verluste bis 2005 begrenzen. Danach fiel die Abnahme um gut zehn Prozent deutlich stärker aus als in der Zeit davor.

Die Grünen haben hier in den neuen Milieus ihre ersten und immer noch bedeutendsten Hochburgen und erreichten bis 2002 mit über

30 Prozent eine Wählerverankerung wie die SPD mit 31,5 Prozent. Danach verlor die SPD sehr deutlich auf gut 18 Prozent, während sich die Grünen bei 26 Prozent stabilisierten.

Auch die Linke konnte in diesem Gebiet ihre ersten und höchsten Erfolge feiern und belegt damit die Offenheit dieses Stadtgebiets für aktuelle gesellschaftliche Strömungen. Betrachtet man die drei Parteien zusammen, so hat hier das linke Lager mit gut 56 Prozent der Wahlberechtigten sehr stark zugelegt. Ins Auge fallen zwischen 2002 und 2009 die starken Verluste von SPD und Grünen, zusammen 19 Prozent, die zur Hälfte durch entsprechende Gewinne der Linken kompensiert werden konnten.

Mischgebiete mit Mehrproblemlagen (MM)

Mischgebiete zeichnen sich durch eine mehr oder weniger ausgeprägte bauliche und sozialstrukturelle Durchmischung der Ortsteile aus. Wo sie sich in der vertikalen Gliederung einer Stadt verorten, hängt von ihrer Sozialstruktur ab. Ortsteile ohne klar erkennbare bauliche Schwerpunkte entsprechen häufig dem Ideal eines gut sozial durchmischten Stadtgebiets und weisen überschaubare soziale Problemlagen auf. Mit stärkeren Konzentrationen und damit auch Häufungen von Großbauten nimmt die Anzahl von Personen in sozialen Problemlagen zu. Dies kann im Stadtbild durch mehrere kleine Konzentrationen erscheinen oder in Ortsteilen wie Kattenturm, Grohn und Lüssum-Bockhorn mit stark verdichteten Kernen, die in Reihenhaus- und Einzelhausbebauung übergehen.

Die anderen Mischgebiete ohne herausragende Problemlagen weisen keine klaren Konturen auf und lassen sich für diese Fragestellung zu keinem sinnvollen Gebietstyp zusammenfassen. Sie sind aber aufgrund ihrer Durchmischung angenehme Wohnlagen.

Für diesen noch recht heterogenen Gebiets-typ sind also die Mehrproblemlagen eines größeren Teils der Ortsteilsbewohner konstituierend. In der Vergangenheit dominierten in diesen Gebieten des verdichteten Wohnungsbaus traditionelle Arbeitermilieus und der alte Mittelstand in der aufgelockerten Bebauung.

Abbildung 6: Alternativ-urbane Wohngebiete

Fesenfeld, Peterswerder, Ostertor, Steintor

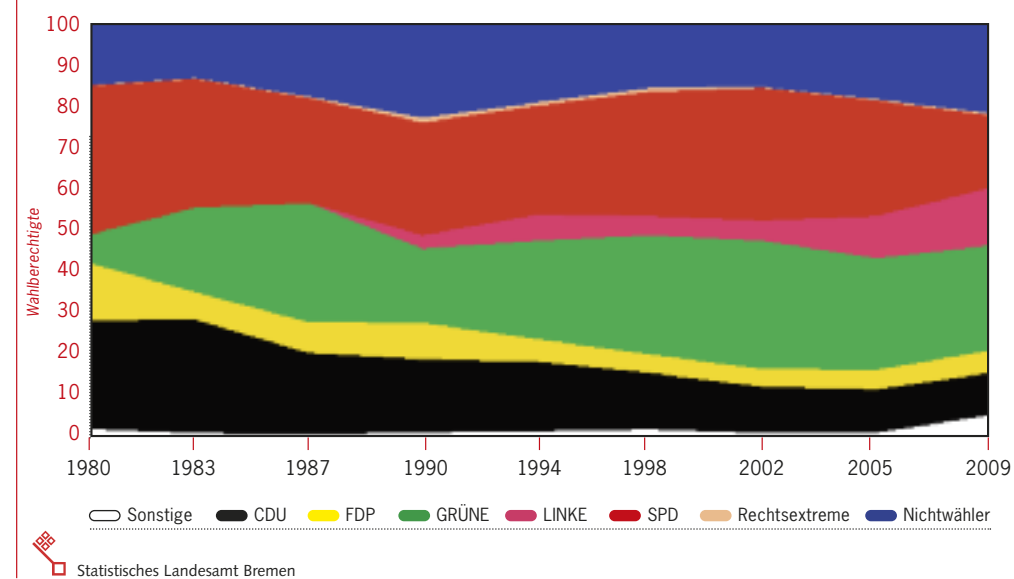
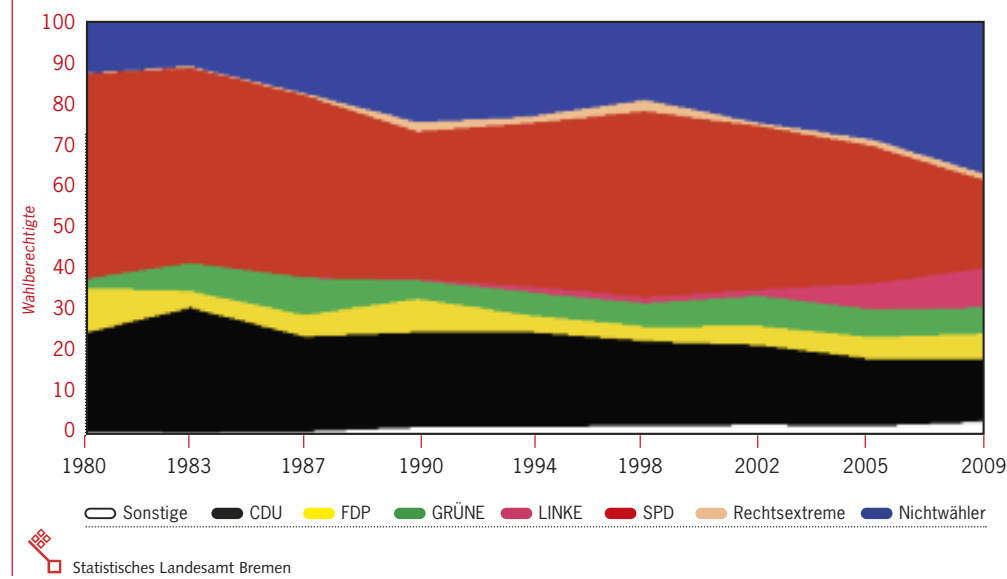


Abbildung 7: Mischgebiete mit Mehrproblemlagen Grohn, Blumenthal, Lüssum-Bockhorn, Mittelshuchting, Hemelingen, Burgdamm, Kattenturm, Sodenmatt



Statistisches Landesamt Bremen

Große Verluste an industriellen und gewerblichen Arbeitsplätzen ließen die Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern zunehmend ansteigen, am stärksten im verdichteten Wohnungsbau. Durch die Zuwanderung von Migranten, darunter viele wahlberechtigte Aussiedler, veränderte sich die soziale Zusammensetzung in den Hochhäusern. Vom Status der letzten beruflichen Tätigkeit bleiben sie klassische Arbeitergebiete, immer mehr Einwohner wurden jedoch dauerhaft Transferleistungsempfänger.

Wie auch in den beiden folgenden Gebietstypen mit großen sozialen Problemen, hatte der Anteil der Nichtwähler 1980 rund 13 Prozent erreicht. 1972, dem Jahr mit der höchsten Wahlbeteiligung, und auch im Zeitraum der Vollbeschäftigung, war in diesen Gebieten die Zahl der Nichtwähler deutlich geringer. Mit der Zunahme der Problemlagen stieg der Anteil der Nichtwähler bis 2009 überdurchschnittlich auf fast 37 Prozent an und unterscheidet sich recht deutlich von den eher bürgerlichen Gebietstypen.

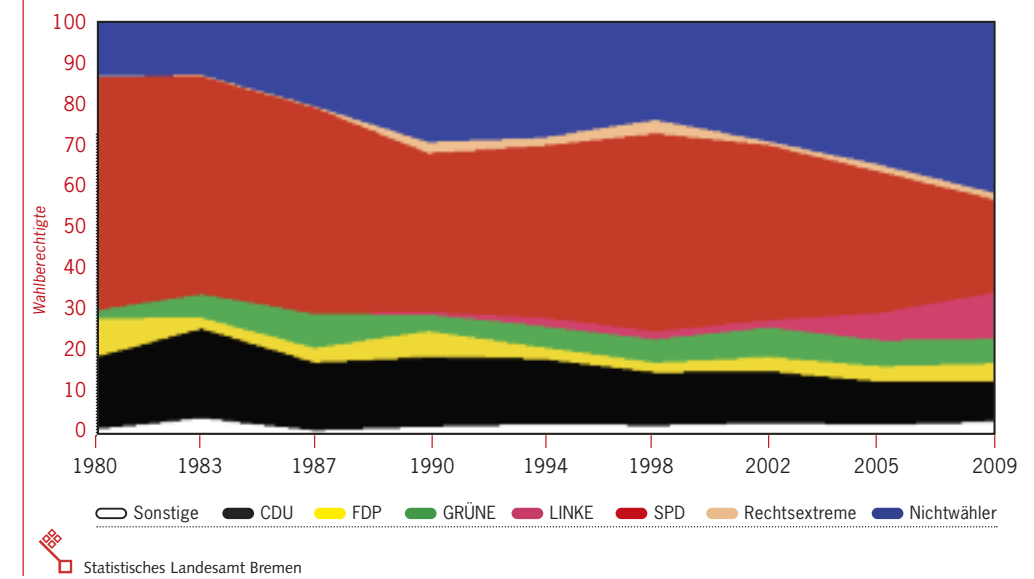
Die neben den verdichteten Kernen lebenden kleinbürgerlichen Milieus und Teile konservativer Arbeitermilieus gaben den klassischen bürgerlichen Parteien 1980 mit 34 Prozent eine beachtliche Verankerung. Bis 2009 sank

ihr Anteil weiter auf gut ein Fünftel ab. Für Wechselwähler innerhalb des bürgerlichen Lagers findet sich hier im Wahljahr 1983 nach dem Regierungswechsel ein klarer Hinweis. Die Wählerstimmen der FDP nahmen hier von gut elf Prozent auf fast zwei Drittel auf knapp vier Prozent ab, während die CDU um annähernd die gleiche Stimmenzahl zulegen konnte. Danach verringerte sich ihr Stimmenanteil kontinuierlich auf gut ein Fünftel und konnte sich bei der letzten Wahl nicht merklich verbessern.

Drastische Stimmenverluste musste die SPD hinnehmen. Hatte 1980 mit 49 Prozent der Wahlberechtigten noch knapp die Hälfte für sie gestimmt, so ist es 2009 nur noch gut ein Fünftel. Sie hat in dem Zeitraum mehr als die Hälfte ihrer Wähler verloren. Diese Verluste konnten auch nicht durch die moderaten Gewinne der Grünen auf gut sechs Prozent und die deutlich stärkeren der Linken mit fast zehn Prozent ausgeglichen werden. Anders als in den eher bürgerlichen Gebieten liegt hier die Linke mittlerweile klar vor den Grünen.

Hervorzuheben ist aber, dass im Saldo mittlerweile über ein Drittel der Wähler die Stimmenthaltung praktiziert und zwar zunehmend dauerhaft.

Abbildung 8: Ehemalige Hafen- und Produktionsarbeiterwohngebiete Oslebshausen, Lindenhof, Ohlenhof, Gröpelingen



Statistisches Landesamt Bremen

Ehemalige Hafen- und Produktionsarbeiterwohngebiete (HPW)

Dieser Gebietstyp konzentriert sich auf ein zusammenhängendes Gebiet im Bremer Westen. Seit jeher dominierten hier die traditionellen solidarischen Arbeitermilieus mit Vorfeldorganisationen der institutionellen Fürsorge, da auch in der näheren Umgebung große Produktionsbetriebe und die Hafenwirtschaft für viel Beschäftigung sorgten. Die Verlagerung der Hafenaktivitäten nach Bremerhaven und die Schließung bedeutender Arbeitsstätten ließen hier in den letzten drei Jahrzehnten die (langfristige) Arbeitslosigkeit deutlich ansteigen. Durch Zuwanderung wuchs der Migrantenanteil auf einen bremischen Spitzenwert. Insgesamt konzentrieren sich hier vielfältige Problemlagen.

Prekäre Beschäftigung und dauerhafte Beschäftigungslosigkeit ließen die unterprivilegierten Milieus deutlich anwachsen und vermittelte ihnen das Gefühl der sozialen Schließung. Die angespannte soziale Lage eines wachsenden Teils der Wähler ließ hier den Nichtwähleranteil bis 2009 auf über 41 Prozent ansteigen.

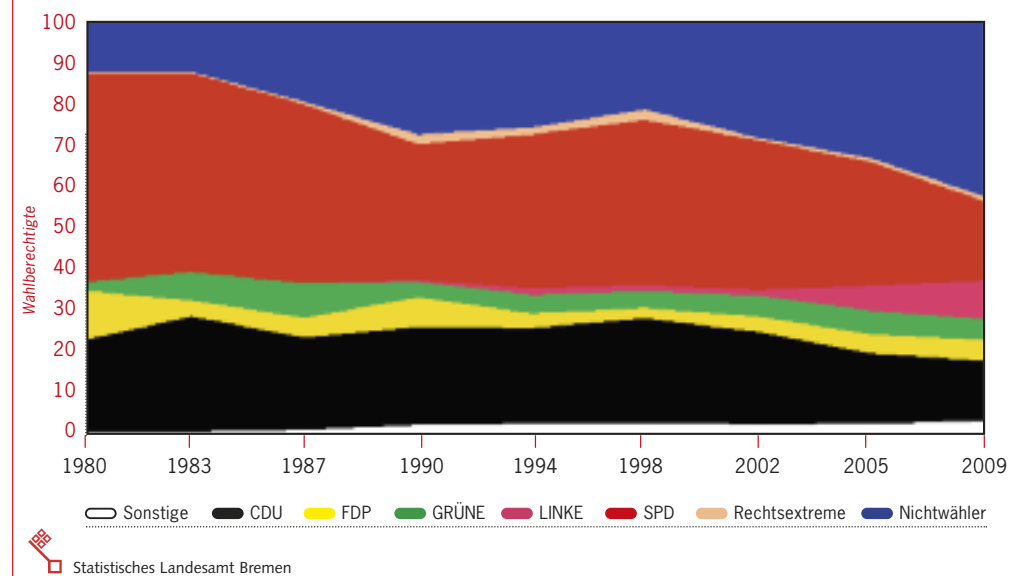
Die hier schon immer schwachen klassischen bürgerlichen Parteien erreichten 1980

knapp 27 Prozent. Bis 2009 halbierte sich die Zahl ihrer Wählerstimmen auf knapp 14 Prozent – der niedrigste Wert in Bremen. Auch hier fiel der Stimmenaustausch zwischen FDP und CDU 1983 sehr drastisch aus, wenn auch auf niedrigem Niveau. In der Folge erreichte die FDP 2009 nach einem unterdurchschnittlichen Zuwachs wieder fast fünf Prozent, war damit aber von ihren zehn Prozent im Jahre 1980 noch immer weit entfernt.

Die meisten Stimmen verlor hier die SPD. Dominierte sie in diesem Gebiet 1980 noch mit gut 56 Prozent absolut, so erreichte sie 2009 mit knapp 22 Prozent nur noch zwei Fünftel ihrer ehemaligen Stimmenanteile. Die Grünen erreichten hier 2009 fast sechs Prozent und wurden von der Linken mit elf Prozent deutlich überholt. Bezieht man die Stimmen der Linken auf die Wähler insgesamt, so hat sie hier inzwischen ihre Hochburgen und ist nach der SPD zweitstärkste Partei. Betrachtet man die drei Parteien zusammen, so ging auch hier fast ein Fünftel aller Stimmen an die Nichtwähler verloren.

Abbildung 9: Großsiedlungen

Neue Vahr Südwest, Neue Vahr Südost, Blockdiek, Neue Vahr Nord, Tenever

**Großsiedlungen (GS)**

Wie in den HPW dominiert in den Großsiedlungen während der Vollbeschäftigung die traditionellen Arbeitermilieus. Die aus der gewerkschaftlichen Organisation abgeleitete Solidarität war auch hier sehr stark ausgeprägt. Die starken Arbeitsplatzverluste und die massive Zuwanderung aus dem Ausland – besonders stark bevorzugten die Aussiedler den verdichteten Wohnungsbau¹² – lockerten den solidarischen Zusammenhalt und führten gerade unter der nachwachsenden Generation zu individuellen Orientierungen. Das traditionslose Arbeitermilieu mit ungelernter und unstehtiger Beschäftigung führte zur Entsolidarisierung und auch in Einzelfällen zur Orientierungslosigkeit. Dieses Milieu stellt heute einen wesentlichen Teil der Dauerarbeitslosen und den Sockel der SGB-II-Empfänger. Die Sozialstruktur weist Parallelen zu den Hafen- und Produktionsarbeiter-Wohngebieten auf. Durch den dominierenden sozialen Wohnungsbau mit vergleichsweise günstigen Mieten (nur Tenever erreicht nach den Sanierungen ein Mietniveau, das den Zuzug erschwert) kann hier über die geförderte Umsiedlung von SGB-II-Empfängern mit einer weiteren sozialen Zuspitzung gerechnet werden. Im Ergebnis können sich die

Sozialstrukturen und das entsprechende Wahlverhalten weiter kritisch entwickeln.

Nach sehr hohen Wahlbeteiligungen in der Zeit der Vollbeschäftigung stieg der Anteil der Nichtwähler bis 2009 auf fast 43 Prozent. Hier findet sie die höchste Wahlverweigerung unter allen Gebietstypen.

Traditionsverhaftete Arbeiter und der beginnende Zuzug von Aussiedlern stützten konservative Positionen und sicherten den bürgerlichen Parteien 1980 circa ein Drittel der Stimmen. Bis 2009 ging ihr Anteil auf unter ein Fünftel zurück. Dieser Anteil von knapp einem Fünftel lag deutlich über dem in den Hafen- und Produktionsarbeiter-Wohngebieten und ist zum Teil auf die starke Konzentration der Aussiedler zurückzuführen.

Die SPD verlor hier am stärksten und zwar von gut der Hälfte aller Stimmberechtigten auf knapp ein Fünftel im Jahre 2009 – die stärkste Abnahme in den Gebietstypen. Die Grünen erreichten nach anfänglichen kleinen

¹² Vgl. Schlichting, K.: Soziale und räumliche Segregation im Lande Bremen; in: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.), Armut in Bremen. Die soziale Spaltung der Stadt, Bericht 2007, S. 74.



Erfolgen in den 1980er Jahren 2009 mit fünf Prozent ihr schwächstes Ergebnis in Bremen, deutlich übertroffen von der Linken mit gut neun Prozent. Allerdings liegt hier die CDU mit knapp 17 Prozent deutlich vor der Linken und nur gut vier Prozentpunkte hinter der SPD.

Dieser starke Rückgang der SPD um weit über 30 Prozent stärkte wie in den HPW überwiegend die Nichtwähler. Deren starke kontinuierliche Zunahme unterscheidet sich von der Entwicklung in anderen Stadtgebieten mit deutlich schwächeren Nichtwählerentwicklungen, deren Wahlberechtigte sich aber in einer wesentlich besseren wirtschaftlichen Lebenssituation eingebettet sehen.

3.4 Fazit

Die Wahlenthaltung in den Gebietstypen entfernte sich in den letzten beiden Jahrzehnten immer weiter voneinander. Nach dem geringsten Unterschied bei der Bundestagswahl 1972, während der Hochphase der Vollbeschäftigung, wurde 1980 die größte Differenz der Nichtwähler zwischen der bürgerlichen Mitte (8,6 Prozent) und den traditionell bürgerlichen Wohngebieten mit 8,8 Prozent gegenüber den alternativ-urbanen Wohngebieten mit 15,6 Prozent festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren die durch die Arbeitermilieus dominierten Wohngebiete noch vergleichsweise geringen Beschäftigungsproblemen ausgesetzt und wiesen eine mittlere Wahlbeteiligung auf. Während der nächsten Wahlen spitzten sich hier die wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen so weit zu, dass die Wahlenthaltung in den Großsiedlungen bis 2009 auf den Höchstwert von fast 43 Prozent anstieg, dicht gefolgt von den ehemaligen Hafens- und Produktionsarbeiterwohngebieten mit gut 41 Prozent.

Der Nichtwähleranteil in den traditionell bürgerlichen Wohngebieten lag dagegen 2009 mit 17 Prozent um weitaus mehr als die Hälfte darunter. Diese starke Spreizung zwischen 17 Prozent und 43 Prozent belegt eindeutig die Korrelation zwischen der Wahlbeteiligung und der sozialen Lage der Wähler. Wählen hat offensichtlich eine soziale Komponente, die sehr stark mit der sozialen und wirtschaftlichen Integration korreliert. So wurde die

geringste Wahlenthaltung während der Phase der Vollbeschäftigung gemessen. Bemerkenswert ist auch, dass die alternativ urbanen Wohngebiete, nach erfolgreichen Sanierungen und einer deutlich gehobenen Sozialstruktur 2005 mit 18,8 Prozent, nur einen leicht höheren Nichtwähleranteil aufwiesen als noch 1980. Die Wahlenthaltung erhöhte sich erst bei der aktuellen Wahl auf 22 Prozent.

Bedenklich ist die sich beschleunigende Erosion der Wahlbeteiligung in den Wählermilieus der sozial prekären Ortsteile. Mittlerweile geht die massenhafte Wahlenthaltung jedoch längst weit über die sogenannten Modernisierungsverlierer hinaus. Bis in die noch beschäftigten Mittelschichten wächst die soziale Verunsicherung und lässt entsolidarisierende Verhaltensweisen erkennen. Anhaltende Arbeitslosigkeit, soziale Segregation und Armut untergraben die politische Gleichheit. Die Stabilität der Demokratie gerät in Gefahr, wenn zunehmende Teile der Bevölkerung sich kaum noch etwas erhoffen und auf die Wahlteilnahme bewusst verzichten.

Output-orientierte Ansätze, die die Wahlenthaltung in den subjektiven Entscheidungen der Wähler suchen, blenden diese ökonomisch verursachten gesellschaftlichen Entwicklungen weitgehend aus und können deshalb keine ernsthafte Erklärung dazu beisteuern.

Die Stimmenentwicklung der Parteilager in der Stadt Bremen ist zwar allgemein rückläufig, weist aber doch erhebliche Unterschiede auf. Während der Regierungszeit des Bundeskanzlers Kohl verloren die beiden bürgerlichen Parteien kontinuierlich an Zustimmung. Mit dem Ende der sozialliberalen Koalition hatten sich bedeutende Anteile sozialliberaler Wähler von der FDP abgewandt. Beide bürgerlichen Parteien erreichten 1983 nur noch 36,5 Prozent. Ursächlich durch eine deutlich geschwächte FDP, die gegenüber der letzten (sozialliberalen) Wahl mehr als die Hälfte einbüßte und nur noch sechs Prozent der Stimmen an den Wahlberechtigten erreichte. Bis zur Wendewahl 1998 ging der bürgerliche Stimmenanteil in Bremen sehr deutlich auf gut ein Viertel der Stimmberechtigten (25,7 Prozent) zurück. Dieser Trend wurde nur von der Vereinigungswahl 1990 unterbrochen, als die bürgerlichen Parteien vorübergehend im Saldo

zwei Prozentpunkte Wechselwähler und auch Nichtwähler für sich gewinnen konnten. Seit der Wendewahl 1998 oszillieren die Parteien um 24 Prozent und konnten bei der für sie erfolgreichen aktuellen Wahl gut einen Prozentpunkt zurückgewinnen.

Das linke Lager war in diesem Zeitraum deutlich stärkeren Schwankungen ausgesetzt. Ein wesentlicher Grund ist das Entstehen neuer Parteien und Bewegungen, die aus dem vorhandenen Parteienspektrum Wechselwähler gewinnen, aber auch Nichtwähler mit ihren neuen Programmangeboten wieder an die Wahlurne führen. Begannen sie 1980 mit 47,5 Prozent der Wahlberechtigten, so konnten bei den nächsten beiden Wahlen vor allem die Grünen neue Wähler von der SPD und auch von den Nichtwählern gewinnen und das linke Lager auf über 50 Prozent an allen Wahlberechtigten stabilisieren. Die SPD verlor bis 1990 einen erheblichen Teil ihrer Wähler und nahm von 45 Prozent auf gut 32 Prozent ab. Zur Vereinigungswahl 1990 verloren beide einen erheblichen Teil an die Nichtwähler und einen kleineren Teil an die Regierungskoalition und markierten mit knapp 40 Prozent den Tiefpunkt des linken Lagers. Bei der darauf folgenden Wahl konnten beide Parteien einen erheblichen Teil der verlorenen Stimmen zurückgewinnen, und die PDS/Linke konnte sich leicht steigern. Mit der Wendewahl 1998 erreichte das linke Lager mit vielen Stimmen bisheriger Nichtwähler sowie auch den Wechselwählern aus dem bürgerlichen Lager ihren bisher größten Zuspruch mit 52,5 Prozent, darunter die SPD zum letzten Mal mit gut 40 Prozent. Mit der Wahl 2005 verfehlten sie die 50 Prozent und erreichten 2009 nur noch 42,5 Prozent. Diese Abnahme basierte auf den deutlichen Verlusten der SPD, die 2009 nur noch 21 Prozent erreichte. Die Grünen erlitten in diesem Jahrzehnt nur leichte Verluste, während die Linke 2009 nach deutlichen Steigerungen und starken Wechselströmen von der SPD gut zehn Prozent aller bremischen Wahlberechtigten auf sich vereinen konnten.

Die dominierenden Wählerwanderungsströme verlaufen also von den beiden bürgerlichen Parteien und der SPD zu den Nichtwählern. Am stärksten verlieren diese Parteien in ihren

Hochburgen, darunter am höchsten die SPD in den Gebietstypen mit den größten Problemlagen. Addiert man allerdings zu den sehr großen Verlusten der SPD die Gewinne der beiden vergleichsweise neuen Parteien Grüne und Linke, so konnten ihre Verluste im linken Lager Bremens überwiegend ausgeglichen werden. Die Grünen haben ihre Hochburgen in den bürgerlichen Gebietstypen und sind in den anderen recht schwach. Für die Linke verläuft die Entwicklung entgegengesetzt. So ist sie – gemessen an den Wählern – in den Hafens- und Produktionsarbeiter-Wohngebieten nach der SPD zweitstärkste Partei. Den höchsten Stimmenanteil an den Wahlberechtigten hat sie allerdings, ebenso wie die Grünen, in den für neue Entwicklungen offenen alternativ-urbanen Wohngebieten. Die beiden bürgerlichen Parteien profitieren zwar jeweils vom taktischen Wahlverhalten eines beachtlichen Teils ihrer Wähler, können aber die Gesamtverluste nicht auffangen.

Betrachtet man die Entwicklung der Salden der Parteienlager über den Zeitraum, so ist der volatile oder ›flatterhafte‹ Wechselwähler, mit Ausnahme der ›Wende‹-Wahlen sowie der Vereinigungswahl, eher von nachrangiger Bedeutung. Gerade bei diesen Mobilisierungswahlen zeigt sich eine, wenn auch spontane Mobilisierungsmöglichkeit der Nichtwähler zu dem Lager ihrer langfristigen Orientierung. Die unterschiedlich hohe Mobilisierung der Nichtwähler unter den verschiedenen Milieus hatte die Wahlergebnisse für die Stadt Bremen insgesamt merklich beeinflusst.

Zusammenfassend finden sich taktische Wechselwähler am ausgeprägtesten unter den bürgerlichen Wählern und zwar zwischen den beiden Parteien. Die Wählermobilität des linken Lagers oszilliert neben der starken Strömung von der SPD zu den Grünen und später der Linken eher zwischen Wahlenthaltung und Mobilisierung.



Iris Krimmel, Lothar Probst | Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien

4 Armut und Wahlbeteiligung

4.1 Einleitung

Wahlen sind ein, wenn nicht sogar der zentrale Bestandteil des repräsentativen Demokratieverständnisses. Die Bürger wählen ihre politischen Repräsentanten, weisen ihnen dadurch die Macht für einen bestimmten Zeitraum zu und beauftragen sie, gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen zu treffen. Wahlen tragen also wesentlich zur Legitimation demokratischer Herrschaft bei. Als seit den 1980er Jahren die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik bei Bundestagswahlen, vor allem aber bei Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen deutlich zurückging, löste dies in der Öffentlichkeit kontroverse Diskussionen über die Ursachen und Hintergründe dieser Entwicklung aus. 1992 wurde in diesem Zusammenhang der Begriff ›Politikverdrossenheit‹ von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres ausgewählt. Auch die Sozialwissenschaften und hier insbesondere die Wahlforschung entdeckten in dieser Zeit ihr Interesse an der sinkenden Wahlbeteiligung und den Nichtwählern. Bis zu diesem Zeitpunkt ließ sich aufgrund der hohen Wahlbeteiligungsraten, die in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik noch bei über 90 Prozent lagen, keine starke bundesdeutsche Forschungstradition in Bezug auf Nichtwähler ausmachen. Lediglich drei Studien von Radtke (1972), Lavies (1973) und Schoof (1980) spielten eine Vorreiterrolle für Forschungen, die seit den 1990er Jahren verstärkt einsetzten.

In dem folgenden Beitrag wird es zwar auch um die Frage gehen, ob die sinkende Wahlbeteiligung, wie häufig behauptet wird, als Symptom einer Legitimationskrise des gesamten politischen Systems der Bundesrepublik gedeutet werden kann, aber vorrangig wollen wir uns damit beschäftigen, ob und inwieweit sich Armut und soziale Marginalisierung auf die Wahlbeteiligung auswirken. Dabei lassen wir uns demokratietheoretisch davon leiten, dass ›demokratische Bürgerschaft [...] mit dem Anspruch und der Möglichkeit aktiver Teilhabe‹ verbunden sein muss¹. Es ist also

auch im Hinblick auf die Wahlbeteiligung zu untersuchen, ob die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen es ermöglichen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass sich politische Partizipation keinesfalls im Wählen erschöpft und dass das allgemeine Wahlrecht nicht gleichzusetzen ist mit einer Wahlpflicht. Es ist den Bürgern und Bürgerinnen in den meisten Ländern freigestellt, von diesem Recht Gebrauch zu machen beziehungsweise auf andere Möglichkeiten der Partizipation zurückzugreifen. Gehen Wahlberechtigte – aus welchen Gründen auch immer – nicht zur Wahl, dann ist dies ihr gutes Recht. Gibt es aber für die Wahlenthaltung bestimmter Teile der wahlberechtigten Bevölkerung spezifische Ursachen, die möglicherweise politische Konsequenzen mit sich bringen, dann ist eine niedrige Wahlbeteiligung nicht mehr ohne weiteres akzeptierbar, weil sie eine Asymmetrie in der politischen Repräsentation zur Folge hat. Sollte sich zeigen, dass Armut und Ausgrenzung als Bestimmungsgrund für Wahlenthaltung eine wichtige Rolle bei einer insgesamt sinkenden Wahlbeteiligung spielen und sollten dadurch bestimmte soziale Gruppen unter den Nichtwählern überrepräsentiert sein, so ist dies sowohl unter Repräsentations- als auch unter Partizipationsgesichtspunkten problematisch und wirft die Frage auf, welche politischen Maßnahmen und Schritte zu ergreifen sind, um diesen Missstand zu beheben.

Die hier kurz skizzierten Fragestellungen und Probleme beschäftigen mittlerweile nicht nur die Wahlforschung, sondern auch die Armutforschung in Deutschland. Nach einer über mehrere Jahrzehnte hinweg andauernden wirtschaftlichen Prosperität rückten mit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit in den 1970er Jahren erstmals Begriffe, wie etwa der der ›neuen Armut‹ in den Vordergrund wis-

¹ Enquete Kommission ›Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‹ 2002: 76.

senschaftlichen und öffentlichen Interesses.² Mitte der 1980er Jahre wurde in der Öffentlichkeit über die ›Zwei-Drittel-Gesellschaft‹³ und soziale Ausgrenzung diskutiert. Parallel dazu entwickelte sich die Armutsberichterstattung in Deutschland, die Armut nicht nur als rein ökonomisches Problem betrachtet, sondern ebenso soziale und gesellschaftliche Aspekte der Armut mit in Betracht zieht. Während sich die Armutsberichterstattung in den 1980er und 1990er Jahren zunächst auf kommunale Aspekte und örtlich beeinflussbare Lebenslagen konzentrierte, rückte mittels der Armutsberichterstattung der Bundesregierung das Phänomen der Armut später in eine gesamtgesellschaftliche Diskussion. In diesem Verständnis geht es nicht nur um materielle Armut, sondern auch um die Ausgrenzung vom politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Soziale Ausgrenzung wird dabei als ein Prozess verstanden,

›durch den bestimmte Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und durch ihre Armut beziehungsweise wegen unzureichender Grundfertigkeiten [...] an der vollwertigen Teilhabe gehindert werden. [...] Sie haben kaum Zugang zu den Macht- und Entscheidungsgremien und fühlen sich daher oft machtlos und außerstande, auf die Entscheidungen, die sich auf ihr tägliches Leben auswirken, Einfluss zu nehmen‹⁴.

Auch in der aktuellen Armutsforschung und -berichterstattung wird die Frage thematisiert, ob das demokratische System in Deutschland allen die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten bietet oder ob sich soziale Ausgrenzung darin manifestiert, dass bestimmten Bevölkerungsgruppen geringere Teilhabechancen zur Verfügung stehen als privilegierten Gruppen.⁵ Diese Frage wird im vorliegenden Beitrag am Beispiel der Wahlbeteiligung als dem nach wie vor wichtigsten Indikator der politischen Partizipation zunächst mithilfe etablierter wahlsoziologischer Theorien und Überlegungen genauer analysiert. Abschließend folgen einige Überlegungen zu den politischen Konsequenzen, die sich aus der Wahlenthaltung bestimmter sozialer Gruppen ergeben.

4.2 Wahlbeteiligung – ein Gradmesser für politische Legitimität und Stabilität?

Bevor wir uns im nächsten Kapitel aus der Perspektive wahlsoziologischer Erklärungsansätze den wesentlichen Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung zuwenden, soll zunächst die Frage erörtert werden, welchen Stellenwert die Stimmabgabe bei Wahlen in und für demokratische Gesellschaften hat. Die insbesondere bei Nebenwahlen⁶ stark rückläufigen Wahlbeteiligungsraten werden immer wieder im Zusammenhang mit einer grundlegenden Legitimationskrise des politischen Systems in der Bundesrepublik verstanden. Gestützt wird diese Sichtweise häufig durch Umfragen, die eine sinkende Demokratiezufriedenheit signalisieren.⁷

² Vgl. Balsen et al. 1984; Lompe 1987.

³ Der Begriff der Zwei-Drittel-Gesellschaft impliziert, dass die ökonomische Entwicklung seit Mitte der 1970er Jahre zu einer sozialen Kluft geführt hat. Diese verläuft zwischen etwa zwei Dritteln der erwerbstätigen Bevölkerung, die über gut bezahlte, relativ sichere Arbeitsplätze verfügen und am Zuwachs des Volkseinkommens teilhaben, und etwa einem Drittel der Bevölkerung, das hiervon ausgeschlossen bleibt. Wesentlicher Grund hierfür ist der hohe Bestand an Dauerarbeitslosen und Unterbeschäftigten, der selbst in den Phasen wirtschaftlichen Wachstums nicht deutlich reduziert wird (vgl. Schubert/Klein 2006: 336).

⁴ Engels 2004: 4–5.

⁵ Vgl. Engels 2004: 5.

⁶ Dazu zählen Landtags-, Kommunal- und Europawahlen.

⁷ Vgl. Scheuer 2005. Der Wert dieser Umfragen ist in der Forschung umstritten, weil in den Fragestellungen zur Erhebung der Demokratiezufriedenheit häufig nicht zwischen verschiedenen Ebenen der Demokratiezufriedenheit unterschieden wird. Die Basisimperative der Demokratie wie Gewaltenteilung, freie Wahlen, freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit finden nach wie vor bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Unterstützung. Die gemessene Unzufriedenheit bezieht sich eher auf die Output-Komponenten des politischen Systems, das heißt, auf die Erbringung von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie auf die Performanz der politischen Akteure.

In der Demokratietheorie werden auf die Frage, ob eine niedrige Wahlbeteiligung ein Legitimationsproblem darstellt, zwei gegenläufige Antworten gegeben.⁸ Die input-orientierte Demokratietheorie bewertet den politischen Prozess danach, wie sehr es gelingt, Bürger in das politische System zu integrieren und die Wählermeinung im Wahlergebnis abzubilden. Nach diesem Ansatz führt eine niedrige Wahlbeteiligung zu einer Verzerrung des Wahlergebnisses, weil Stimmen von Wahlberechtigten unberücksichtigt bleiben, während eine hohe Wahlbeteiligung ein demokratisches System legitimiert und seine ›Qualität‹ verbessert. Die output-orientierte Demokratietheorie dagegen geht davon aus, dass Wahlen lediglich Macht zuweisen und Herrschaft legitimieren sollen. Da nicht bei jeder Wahl über grundlegende Bestandteile der demokratischen Ordnung abgestimmt wird, ist es nicht maßgeblich, dass sich alle Staatsbürger dauerhaft an Wahlen beteiligen. Die Wahlbeteiligung muss in diesem Sinne nicht maximiert, sondern ›optimiert‹ werden, das heißt, sie soll eine handlungsfähige Regierung etablieren.⁹ Die unüberlegte Stimmabgabe eines desinteressierten und schlecht informierten Wählers kann sogar dem Ziel der Wahl, eine handlungsfähige Regierung zu stellen, entgegenlaufen.¹⁰ Vertreter dieses Modells einer Elitendemokratie gehen davon aus, dass ein gewisses Maß an politischer Apathie geradezu notwendig für die Stabilität eines politischen Systems ist, weil ein zu ›aktives‹ Elektorat dazu führen kann, dass die Konfliktdimensionen politischen Handelns überbetont werden. Folge ist dann die Fragmentierung der Gesellschaft.¹¹ Deshalb sei ein Zustand vorzuziehen, in dem eine kleine Minderheit (Elite), die sich aus allen Schichten der Gesellschaft zusammensetzt, den aktiven Part übernimmt. Das amerikanische System wird in diesem Zusammenhang häufig als erfolgreiches Beispiel für die Verbindung zwischen einem hohen Maß an Apathie seitens der Bürger und einer entsprechenden Stabilität des politischen Systems zitiert.¹² Ebenso wird in der wissenschaftlichen Diskussion immer wieder am Beispiel der Weimarer Republik verdeutlicht, dass hohe Wahlbeteiligungsraten keinesfalls mit der Stabilität eines politischen Systems gleichgesetzt werden können.

Inzwischen gilt als gesichert, dass die starken Zugewinne der NSDAP im Jahre 1930 hauptsächlich auf die Mobilisierung von Nichtwählern aus dem Jahr 1928 zurückgeführt werden können.¹³

Folgt man dem output-orientierten Modell, ist die Höhe der Wahlbeteiligung für das Funktionieren einer Demokratie nicht entscheidend. Für Vertreter der input-orientierten Demokratietheorie ist eine niedrige Wahlbeteiligung dagegen Ausdruck eines Krisensymptoms sowie Anzeichen einer Verdrossenheit mit dem politischen System und seinen Trägern¹⁴, während eine hohe Wahlbeteiligung zugleich als Zeichen für eine hohe Systemzufriedenheit zu werten ist. Eng verbunden mit der Krisendiagnose ist die Protesttheorie. Neben den Desinteressierten treibt die Unzufriedenheit mit dem politischen System und Enttäuschung über mangelnde Partizipationsmöglichkeiten demnach auch politisch Interessierte zur Wahlenthaltung. Bei einigen Autoren ist sogar die Rede von einem neuen Typus des Nichtwählers, der sich durch eine Kombination von politischer Unzufriedenheit und hoher politischer Anteilnahme auszeichnet.¹⁵

Als Folgen einer abnehmenden Wahlbeteiligung werden eine Schwächung der etablierten Parteien, häufige Regierungswechsel und eine abnehmende Systemstabilität erwartet.¹⁶ Die Protesttheorie fand insbesondere Anfang der 1990er Jahre Rückhall, als in mehreren aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen die Wahlbeteiligung gesunken war. Die These wurde zum Beispiel in dem von Starzacher und anderen herausgegebenen Sammelband ›Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?‹¹⁷ von prominenten Wahlforschern diskutiert.

⁸ Vgl. Scharpf 1970: 21.

⁹ Vgl. Bürklin/Klein 1998: 160.

¹⁰ Vgl. Kohlen 2004: 15.

¹¹ Vgl. Schoof 1980.

¹² Zum Beispiel Schoof 1980: 7.

¹³ Vgl. Falter 1989.

¹⁴ Vgl. Feist 1994.

¹⁵ Vgl. Eilfort 1994.

¹⁶ Vgl. Armingeon 1994: 45.

¹⁷ Vgl. Starzacher 1992.

Im Kontrast zur Krisen- und Protestthese steht die Normalisierungsthese. Anhänger der Normalisierungsthese argumentieren, dass sich die deutsche Wahlbeteiligung nach Jahren, in denen sie überdurchschnittlich hoch lag, auf ein im internationalen Vergleich ›vernünftiges‹ Maß eingependelt hätte.¹⁸ In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wurde in großen Teilen der Bevölkerung das Wahlrecht mehr oder weniger als Wahlpflicht empfunden und nicht als Mitwirkungsrecht an politischen Entscheidungen.¹⁹ Ausgehend von der output-orientierten Demokratietheorie verweisen die Befürworter der Normalisierungsthese des Weiteren auf die Stabilität des politischen Systems. Armingeon zum Beispiel nimmt an, dass eine umfangreiche Wahlenthaltung ›in Bezug auf die politische Kräfteverteilung und Systemstabilität [...] ohne Hinzutreten weiterer Umstände nahezu folgenlos‹ ist²⁰. Wer zufrieden ist, so seine These, hat keinen Grund, dies explizit deutlich zu machen. Wahlenthaltung wird in diesem Sinne als eine ›stillschweigende Einverständniserklärung‹ gedeutet.²¹ Feist fasst diesen Zustand so zusammen:

›Nach mehr als 40 Jahren hat das politische System in der Bundesrepublik [...] einen bestimmten Reifegrad erreicht, in gewisser Weise auch seine Reifeprüfung bestanden. Es gilt als stabiles, konsensgetragenes Gebilde mit starker Konzentration in der politischen Mitte, immun gegen Gefahren von links und rechts – mit einem Wort unauffällig normal.‹²²

Sowohl die Krisen- als auch die Normalisierungsthese gehen also von der empirisch zu beobachtenden Abnahme der Wahlbeteiligung in Deutschland aus, ziehen daraus aber – ausgehend von verschiedenen ihnen zugrunde liegenden Demokratietheorien – unterschiedliche Schlüsse. Ein Problem der output-orientierten Demokratietheorie ist, dass sie nicht definiert und wohl auch nicht definieren kann, wann ein ›Balancezustand‹ zwischen Apathie und angemessener Partizipation herrscht. Aber auch die input-orientierte Theorie hat aufgrund der Tatsache, dass sie eine sinkende Wahlbeteiligung zwangsläufig als Legitimationsproblem definiert, offensichtliche Defizite.

Wir werden vor diesem Hintergrund in dem Grundsatzstreit zwischen input- und output-orientierter Demokratietheorie keine Position beziehen; es liegt jedoch auf der Hand, dass sich für die Fragestellung, die in diesem Beitrag behandelt wird, mehr Anknüpfungspunkte zum input-orientierten Demokratiemodell herstellen lassen. Denn wenn man davon ausgeht, dass der Wahlakt dazu dienen soll, die Interessen der gesamten Gesellschaft wiederzugeben, dann scheint eine hohe Wahlbeteiligung das anzustrebende Ideal zu sein, weil sonst bestimmte Teile der Gesellschaft unter Umständen politisch nicht mehr repräsentiert werden. Dies gilt vor allem dann, wenn der Zugang zur Politik durch verschiedene soziodemografische und sozioökonomische Faktoren entscheidend erschwert wird.

In diesem Fall

- ▶ wird der sozialstrukturelle Bias bei einer niedrigen Wahlbeteiligung besonders deutlich ausfallen;
- ▶ kann politische Apathie und Gleichgültigkeit dazu beitragen, dass die Regierungsgewalt an politische Repräsentanten fällt, die nur ein bestimmtes Segment der Gesellschaft repräsentieren;
- ▶ verlieren diejenigen, die aus sozialen Gründen nicht mehr am Wahlakt und der politischen Meinungsbildung teilnehmen, leicht ihr politisches Urteilsvermögen;²³
- ▶ weist ein System, in dem ein erheblicher Teil der Bürgerinnen und Bürger seine Interessen nicht artikuliert und im Wahlakt zum Ausdruck bringt, eindeutige Integrationsdefizite auf.

18 Vgl. Roth 1992.

19 Vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen 1981: 67.

20 Armingeon 1994: 44.

21 Vgl. Bürklin/Klein 1998: 160.

22 Feist 1992: 40.

23 Vgl. Schmidt 1997: 171–173.

Zu klären ist also im weiteren Verlauf dieses Beitrages, ob die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik maßgeblich durch soziodemografische und sozioökonomische Faktoren beeinflusst wird, die zu solchen politischen Implikationen führen können.

4.3 Erklärungsansätze und Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung

Die empirische Partizipationsforschung geht der Frage nach, ob und warum bestimmte gesellschaftliche Gruppen weniger häufig als andere Gruppen wählen und welche Konsequenzen sich damit für die Inhalte der Politik, aber auch für den Gleichheitsgrundsatz in einer Demokratie ergeben.²⁴ Die Bedeutung politischer Ungleichheit ist daher also stets in Abhängigkeit von ihren Ursachen zu beurteilen. Gehen die Menschen nicht zur Wahl,

- ▶ weil sie nicht können (das heißt, mangelt es ihnen an den entsprechenden Fähigkeiten, die ihnen den Zugang zur Politik erschweren, zum Beispiel an der entsprechenden Bildung?);
- ▶ weil sie nicht wollen (haben sie wenig Interesse an Politik und/oder sind sie der Überzeugung, dass das Wählen nichts bringt?) oder
- ▶ weil niemand sie fragt (das heißt, interessiert sich niemand für ihre Meinung und sind sie aus dem Netzwerk ausgeschlossen, dass die Staatsbürger zur Politik mobilisiert?).²⁵

Bei der Entscheidung zur Wahl zu gehen, greifen immer verschiedene Faktoren ineinander: Die institutionellen Bedingungen stellen die Spielregeln auf, nach denen gewählt wird; die ›Gelegenheitsstruktur des Wählens‹²⁶, die alle diejenigen Faktoren umfasst, ›die beschreiben, was genau die Optionen sind, zwischen denen der Wähler entscheiden kann‹²⁷; und schließlich der soziale Hintergrund, der die ›Grundausstattung‹ des Wählers, also seine Interessen, Präferenzen und Bedürfnisse, bestimmt. Die Ursachen für die individuelle Entscheidung, an einer Wahl teilzunehmen oder es nicht zu tun, sind also in der Regel vielschichtiger Natur. Als erklärungsstarke Variablen

haben sich das politische Interesse, das Vorliegen einer Wahlnorm und die sozioökonomische Ressourcenausstattung erwiesen. Aber auch andere Faktoren, wie das Vorliegen einer dauerhaften Bindung an eine Partei, erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person wählen geht. Diese Faktoren sind jedoch nicht isoliert, sondern stets in Abhängigkeit von persönlichkeitsbezogenen Merkmalen wie beispielsweise dem Alter oder der Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zu sehen.

Soziale Integration erhöht gruppenspezifische Erwartungshaltungen und hat zum Beispiel Einfluss auf die Wahlnorm. Personen hingegen, die kaum in gesellschaftliche Gruppen integriert sind, die mangels schlechter Bildung nur einen erschwerten oder so gut wie gar keinen Zugang zur Politik haben, sich kaum für diese interessieren und ohnehin der Überzeugung sind, nichts bewirken zu können, werden mit höherer Wahrscheinlichkeit nicht zur Wahl gehen. In diesem Fall spricht die Wahlforschung vom ›klassischen Nichtwähler‹.²⁸ Anders verhält es sich bei sogenannten ›konjunkturellen‹ Nichtwählern.²⁹ Bei dieser Gruppe handelt es sich um Wahlberechtigte ohne feste Parteibindung, die sich bei ihrer Entscheidung von den Kandidaten oder aber den zur Wahl stehenden Themen beeinflussen lassen. Erscheint keine der angebotenen Alternativen für sie attraktiv, gehen sie nicht zur Wahl.

Es ist vor dem Hintergrund der hier skizzierten komplexen Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen ein Wähler seine Entscheidung für oder gegen eine Wahlteilnahme trifft, auch für die wahlsoziologische Forschung außerordentlich schwierig, mithilfe kausaler Erklärungsmodelle das Phänomen der Wahlbeteiligung beziehungsweise der Wahlenthaltung hinreichend zu erklären.

24 Vgl. Verba/Schlozman/Brady 1995.

25 Vgl. Verba/Schlozman/Brady 1995: 15.

26 Zusammenfassend zählen Gabriel/Völkl (2004: 227) dazu die Eigenschaften des Parteiensystems, den Grad der ideologischen Spaltungen, die Wettbewerbssituation sowie die von den Parteien unterbreiteten, personellen und programmatischen Angebote.

27 Zelle 1995: 44.

28 Vgl. Campbell et al. 1960: 89 ff.

29 Vgl. Eilfort 1994: 339.

Gleichwohl enthalten einige Theorien unseres Erachtens durchaus plausible und nachvollziehbare Aussagen über die Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung. Sie eröffnen zumindest einen Zugang zu der Ausgangsfragestellung nach dem Zusammenhang von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Wahlbeteiligung.

4.3.1 Das rationale Modell der Wahlbeteiligung

Anthony Downs hat in der ›Ökonomischen Theorie politischen Handelns‹³⁰ eine Theorie des rationalen Wählerverhaltens entwickelt. Er geht davon aus, dass Kosten-Nutzen-Kalkulationen von Individuen die Grundlage für das politische Verhalten bilden. Demzufolge wählen Individuen in einer gegebenen Situation stets diejenige Verhaltensalternative, von der sie den größten Nutzen erwarten. Auf das Wahlverhalten übertragen bedeutet dies, dass ein rationaler Wähler nur dann zur Wahl geht, wenn der von ihm aus der Wahlteilnahme erwartete Nutzen die durch die Wahl entstehenden Kosten übersteigt. Dies ist logischerweise nur dann der Fall, wenn die konkurrierenden Parteien oder Kandidaten unterschiedliche Inhalte anbieten. Der rationale Wähler vergleicht in diesem Fall die Wahlprogramme und wählt die Partei, von der er sich den größten persönlichen Nutzen verspricht. Für den rational handelnden Wähler ist darüber hinaus entscheidend, dass er mit seiner Stimme etwas bewirken kann, das heißt, dass die von ihm präferierte Partei ohnehin nicht bereits als Sieger feststeht oder vollkommen chancenlos ist. Die ›Wirkungswahrscheinlichkeit‹³¹ der einzelnen Stimme ist angesichts der hohen Zahl von Wahlberechtigten allerdings fast vernachlässigbar. Wird der Nutzen des Wählens mit diesem Faktor gewichtet, so ist er nur noch sehr gering. Demgegenüber sind die Kosten, die hauptsächlich aus den Faktoren Zeit und Informationsbeschaffung (zum Beispiel Lesen der Wahlaussagen aller Parteien) bestehen, relativ hoch.³² Der Ertrag des Wahlaktes wird daher stets negativ sein und mit dem rationalen Modell kann nicht ohne weiteres erklärt werden kann, wieso trotz der

überwiegenden Kosten und der relativ geringen Erträge so viele Menschen zur Wahl gehen. Dieser Widerspruch wird in der Politikwissenschaft unter dem Begriff des Paradox of Not-Voting³³ zitiert. Um diesen Widerspruch aufzulösen, führte Downs in sein Modell einen zusätzlichen Nutzenfaktor ein, der für den Einzelnen im dauerhaften Fortbestand des demokratischen Systems zu sehen ist. Dieser kann als Ausdruck der Staatstreue an das politische System verstanden werden. Um das Paradox des Nichtwählens mit der Theorie von Downs kompatibel zu machen, erweiterte man in der wissenschaftlichen Diskussion sein Modell um verschiedene weitere Nutzenfaktoren, die weniger strikt an seinem ökonomisch determinierten Rationalitätsbegriff orientiert sind. So führten Riker und Ordeshook³⁴ beispielsweise den Nutzengewinn D ein, der direkt aus dem Wahlakt resultiert. Da Wählen als eine demokratische Norm beziehungsweise Tradition gilt, kann es für den Wähler ein Gefühl der Zufriedenheit erzeugen, dieser Norm nachgegangen zu sein (duty). In diesem Zusammenhang spricht man vom intrinsischen Nutzen des Wählens.³⁵

Ohne auf die verschiedenen Variationen der Theorie des rationalen Wählens hier weiter einzugehen, lassen sich auf Basis dieses Modells mit Kühnel³⁶ fünf Faktoren identifizieren, die, gegeneinander abgewogen, die Teilnahme an einer Wahl maßgeblich beeinflussen können:

30 Vgl. Downs: englisch 1957; deutsch 1968.

31 Kühnel 2001: 13.

32 In diesem Zusammenhang wird auch von den Opportunitäts- und Entscheidungskosten des Wählens gesprochen (Kühnel 2001: 13).

33 Eine ausführliche Darstellung des Paradox of Non-Voting findet sich bei Ferejohn/Fiorina (1974).

34 Vgl. Riker/Ordeshook 1986.

35 Vgl. Schneider/Volkert 2005: 263.

36 Vgl. Kühnel 2001: 15.

- ▶ der Aufwand des Wählens,
- ▶ der Teilnahmedruck durch wichtige Bezugspersonen oder Bezugsgruppen,
- ▶ die Möglichkeit, durch das Wahlverhalten Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen,
- ▶ die intrinsische Befriedigung beim Befolgen der verinnerlichten Wahlnorm,
- ▶ die intrinsische Befriedigung, durch das Wahlverhalten die eigenen politischen Vorstellungen zum Ausdruck bringen zu können.

Diese fünf Faktoren gehen insofern über das Modell von Downs hinaus, als sie die rein instrumentellen Gründe des rationalen Wählers um expressive Elemente erweitern. Durch Hinzunahme dieser expressiven Komponenten lässt sich leichter erklären, warum sich trotz des geringen unmittelbaren Nutzens der einzelnen Stimmabgabe dennoch relativ viele Menschen an Wahlen beteiligen. Allein das Gefühl, die Wahlnorm erfüllt zu haben, kann vom Einzelnen als so befriedigend empfunden werden, dass durch dieses positive Gefühl alle anderen Kosten auf ein Minimum reduziert werden. Dieser intrinsische Nutzen kann auch ohne spezielle Informationen oder Kenntnisse erlangt werden und ist stets unabhängig vom Wahlausgang – nach dem Motto ›Dabei sein ist alles‹. Wenn sich allerdings der Teilnahmedruck durch Bezugsgruppen und die Wahlnorm als solche infolge von Armut und sozialer Ausgrenzung abschwächen und zudem die Überzeugung sinkt, dass man mit der Stimmabgabe etwas bewirken kann, dann steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlenthaltung.

4.3.2 Soziologische Betrachtung der Wahlbeteiligung – individuelle Merkmale

Empirisch gesehen ist die verinnerlichte Wahlnorm neben dem politischen Interesse eine der erklärungsstärksten Bestimmungsgrößen für die Wahlbeteiligung.³⁷ Wie stark sich diese beiden Faktoren auf die Wahlbereitschaft des einzelnen Wählers auswirken, hängt aber auch davon ab, wie gut er in die Gesellschaft integriert und in den Lebensbereich Politik involviert ist. Personen mit hoher Schulbildung

haben in der Regel einen einfacheren Zugang zur Politik und sind politisch meist interessierter als Personen mit einem niedrigeren Bildungsgrad. Mit einem höheren Bildungsabschluss wächst auch die Überzeugung, politisch etwas bewirken zu können. Junge Menschen wiederum fühlen sich einem politischen System noch nicht so verbunden wie ältere Personen, die in ihre staatsbürgerliche Rolle nach und nach hineingewachsen sind. Die individuellen Einstellungen und Überzeugungen, die den Einzelnen maßgeblich zur Wahl bewegen, können also nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur in Abhängigkeit von der ›individuellen‹ Merkmalsausstattung des Einzelnen. Im Mittelpunkt wahlsoziologischer Untersuchungen steht deshalb die Frage, welche sozialstrukturellen Merkmale es sind, die die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen, erhöhen. Vereinfacht ausgedrückt: Wer geht zum Wählen und wer nicht? Übertragen auf die diesem Beitrag zugrunde liegende Thematik erscheint es sinnvoll zu sein, diese Frage in den aus der Soziologie entlehnten Lebenslagenansatz³⁸ zu integrieren. Demzufolge sind es nicht nur materielle Lebensverhältnisse, sondern auch weitere Einflussfaktoren wie Bildung, Beschäftigung, Krankheit, Wohnsituation und soziale Netzwerke, die über die soziale und politische Inklusion und Exklusion von Personen entscheiden. Deshalb setzt die Partizipation am gesellschaftlichen und kulturellen Leben das Vorhandensein eines Mindestmaßes an sozialen und materiellen Ressourcen voraus.³⁹ Diese Annahme deckt sich im Wesentlichen mit dem mikrosoziologischen Modell des Wahlverhaltens, das von einer Gruppe um den amerikanischen Forscher Paul Lazarsfeld entwickelt worden ist. Nach diesem Modell besteht ein Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Variablen und dem Wahlver-

37 Vgl. Krimmel 1997.

38 Der Begriff ›Lebenslagen‹ bezeichnet die Gesamtheit der sozialen Zusammenhänge, in denen Personen ihre materiellen und immateriellen Möglichkeiten nutzen (vgl. Engels 2007: 5 ff.).

39 Vgl. Engels 2007: 25–26.

halten. Die Variablen Alter und Geschlecht⁴⁰, Konfession beziehungsweise Kirchenbindung und Gewerkschaftszugehörigkeit (als Indikatoren für das Vorliegen von Gruppenbindungen) sowie berufliche Stellung, Bildung und Einkommen definieren die soziale Position des Einzelnen in der Gesellschaft, beeinflussen seine politischen Einstellungen und Verhaltensmuster⁴¹ und gelten als wichtige Bestimmungsgrößen, die sich auf die Wahlentscheidung auswirken.

Der Einfluss dieser sozialstrukturellen Bestimmungsgrößen erschließt sich zum Beispiel anschaulich am kurvilinearen Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung: Die Wahlbeteiligung ist am geringsten bei den Erst- und Jungwählern, steigt dann mit zunehmendem Alter kontinuierlich an und sinkt bei den älteren Wählergruppen wieder ab.⁴² Die geringe Wahlbeteiligung der jungen Wählerschichten wird im Wesentlichen mit deren erst schwach entwickeltem Staatsbürgerbewusstsein erklärt.⁴³ Man nimmt an, dass die Verhaltensnorm, dass Wählen zu den Pflichten eines guten Staatsbürgers gehört, bei den jüngeren Generationen geringer als bei mittleren und älteren Jahrgängen ausgeprägt ist und erst noch internalisiert werden muss.⁴⁴ Für die geringe Wahlbeteiligung im hohen Alter sind wiederum Verhinderungsgründe wie Krankheit und Gebrechlichkeit ebenso maßgebend wie soziale und gesellschaftliche Isolation.⁴⁵ Das Alter als entscheidende Erklärungsvariable für eine unterschiedliche Wahlbeteiligung greift aber häufig zu kurz. Die Unterschiede hängen auch von der variierenden Integration der verschiedenen Altersgruppen ins gesellschaftliche Leben ab. Dementsprechend ist es oft auch nicht das Alter selbst, das sich auf die Wahlbeteiligung auswirkt, sondern die mit dem Alter verbundene Kombination mit anderen sozialstrukturellen Merkmalen (wie zum Beispiel Bildung, Familienstand, Einkommen)⁴⁶ und den damit untrennbar verknüpften gesellschaftlichen Rollen⁴⁷.

Der prägende Einfluss der sozialstrukturellen Merkmale auf die individuelle Wahlentscheidung erschließt sich also erst, wenn sie als langfristig wirkende soziale Kontextfaktoren betrachtet werden, die sich maßgeblich auf die Zugehörigkeit des Einzelnen zu sozialen

Gruppen oder Netzwerken wie Familie, Freundeskreis oder Arbeitskollegen auswirken. Unterschiede ergeben sich nicht nur durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe, sondern auch durch das Leben in einem bestimmten Wohnort (Dorf, Kleinstadt, Großstadt) oder die Ausübung eines spezifischen Berufs. Dabei wird im mikrosoziologischen Modell davon ausgegangen, dass die Mitglieder einer sozialen Gruppe ähnliche (politische) Einstellungen und Verhaltensweisen an den Tag legen. Durch die Anpassung an die in der sozialen Gruppe vorherrschenden Einstellungen und Normen kommt es in der Regel zur Integration des Einzelnen in diese Gruppe. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Wahlbeteiligung: Personen werden versuchen, den in ihrer Gruppe vorherrschenden politischen Verhaltensnormen gerecht zu werden und sich an der Wahl beteiligen, da sie bei Nicht-Befolgen durch die Mechanismen der sozialen Kontrolle durch die anderen Gruppenmitglieder »sanktioniert« werden.⁴⁸

Dieser Zusammenhang lässt sich aber auch positiv darstellen, ohne auf die Sanktionsmechanismen zurückgreifen zu müssen: Die empirische Partizipationsforschung zeigt, dass die Integration des Einzelnen in soziale und gesellschaftliche Gruppen auch die Einstellungen zu politischer Partizipation maßgeblich beeinflusst. Van Deth weist am Beispiel der Bundesrepublik nach, dass ein hohes Maß an sozialer Partizipation häufig mit einem höheren Niveau politischen Engagements einhergeht.⁴⁹

40 Die Variablen Alter und Geschlecht werden in diesem Zusammenhang dem soziologischen Ansatz zugeordnet, ohne dass eine »tiefergehende theoretische Verbindung mit dem mikro- oder makrosoziologischen Ansatz formuliert würde« (Caballero 2005: 357).

41 »A persons thinks politically, as he is socially« (Lazarsfeld et al. 1968: 27).

42 Vgl. Krimmel 1997: 365.

43 Vgl. Radtke 1972: 40.

44 Vgl. Kleinhenz 1995: 126–127.

45 Vgl. Metje 1991: 363.

46 Vgl. Wolfinger/Rosenstone 1980: 41.

47 Vgl. Engels 2007: 12.

48 Vgl. Lazarsfeld et al. 1968: 154–155.

49 Vgl. van Deth 2001: 196.

Auch in der empirischen Kommunikationsforschung wird hervorgehoben, dass von interpersonalen Kommunikationsbeziehungen in sozialen Gruppen und Netzwerken häufig ein starker politischer Effekt ausgeht.⁵⁰ Einige Autoren haben herausgearbeitet, dass die Zugehörigkeit zu konfessionellen Gemeinschaften, insbesondere die aktive Beteiligung an den Aktivitäten solcher Gruppen, die Wahlbereitschaft erhöht.⁵¹ So ist es zum Beispiel nicht die bloße Konfessionszugehörigkeit, sondern vielmehr die Einbindung in die Kirche (gemessen über den Indikator Kirchgangshäufigkeit), die sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkt.⁵² Eine ähnliche Wirkungsweise wird der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nachgesagt. Kühnel und Fuchs zum Beispiel haben mit Blick auf die alten Bundesländer einen positiven Effekt der Gewerkschaftszugehörigkeit auf die Wahlbeteiligung festgestellt.⁵³ Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass sich der Einfluss der Zugehörigkeit zu einer konfessionellen Gemeinschaft oder zu einer Gewerkschaft auf die Wahlbeteiligung im Vergleich zu anderen Faktoren in den letzten Jahrzehnten deutlich abgeschwächt hat, wenn gleich der Einfluss dieser Variablen immer noch nachweisbar ist.⁵⁴

4.3.3 Das Ressourcenmodell

Folgt man dem aus der Partizipationsforschung entlehnten Ressourcenmodell, sind es vor allem sozioökonomische Faktoren, zumeist definiert über die formale Bildung, den Berufsstatus und das Einkommen, die mit der Wahlbeteiligung in positiver Korrelation stehen. Dahinter steht die theoretische Überlegung, dass Personen mit höheren intellektuellen und ökonomischen Ressourcen besser in der Lage sind, sich komplexe Sachverhalte wie die Politik zu erschließen.⁵⁵ Das Bildungsniveau erweist sich dabei als zentrale Hintergrundvariable: Politisches Wissen und kognitive Fähigkeiten erleichtern den Zugang zu politischen Themenkomplexen.⁵⁶

Auch für die Bundesrepublik lässt sich nachweisen, dass es in erster Linie die Angehörigen der niedrigen Bildungsgruppen sind, die nicht zur Wahl gehen.⁵⁷ Parallel dazu schwächte sich jedoch auch der positive

Effekt, den eine hohe Bildung auf die Wahlbeteiligung hat, ab. Selbst in diesen »sicheren« Wählergruppen hat sich ein Einstellungswandel vollzogen, so dass auch hier die Wahlbeteiligung rückläufig ist.⁵⁸ Dieser Befund deckt sich mit dem Paradox, dass die Wahlbeteiligung in zahlreichen Staaten zurückgegangen ist, obwohl das Bildungsniveau insgesamt gestiegen ist. Ein ähnlicher Wirkungszusammenhang wie zwischen Bildung und Wahlteilnahme wird zwischen der beruflichen Stellung und der Wahlbeteiligung angenommen: Je höher die berufliche Stellung einer Person, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie wählen geht.⁵⁹ Bestimmte Berufe erhöhen die intellektuellen Fähigkeiten oder die Sicherheit im alltäglichen Umgang mit der Politik.⁶⁰ Für die USA der 1970er Jahre stellten Wolfinger und Rosenstone eine Überrepräsentation der Nichtwähler bei den »blue-collar«-Berufen fest. Diesen Befund replizierten Falter und Schumann⁶¹ für die Bundesrepublik: Sie stellten Anfang der 1990er Jahre eine erhöhte Wahlbeteiligung bei Selbstständigen, Angestellten und Beamten fest. Kleinhenz⁶² hingegen konnte anhand der beruflichen Stellung nur eine marginale Differenzierung hinsichtlich der Höhe der Wahlbeteiligung feststellen. Zwischen der Höhe des Einkommens und der Wahlbeteiligung wird ebenfalls eine positive Beziehung angenommen: Mit der Höhe des Einkommens steigt die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung, bei einem geringen Einkommen sinkt sie.

50 Vgl. Erbring/Shala 1995: 197 ff.

51 Vgl. Falter/Schumann 1994; Kleinhenz 1995; Krimmel 1997.

52 Vgl. Kleinhenz 1995: 103.

53 Vgl. Kühnel/Fuchs 2000: 349.

54 Vgl. Krimmel 1997: 367.

55 Vgl. Verba/Nie 1972: 125 ff.

56 »Learning about politics doubtless heightens interest; the more sense one can make of the political world, the more likely one is to pay attention to it« (Wolfinger/Rosenstone 1980: 102).

57 Vgl. Falter/Schumann 1994: 180; Eilfort 1994: 218.

58 Vgl. Kleinhenz 1995: 106.

59 Vgl. Milbrath/Goel 1977: 102–106.

60 Vgl. Wolfinger/Rosenstone 1980: 22.

61 Vgl. Falter/Schumann 1994: 177–178.

62 Vgl. Kleinhenz 1995.

Man erklärt sich diesen Zusammenhang so, dass sich über das Einkommen das soziale Umfeld (Freunde, Bekannte, Netzwerke) mit dementsprechenden partizipationsfördernden beziehungsweise partizipationshemmenden Gruppennormen definieren lässt und dass Personen, die am unteren Ende der Einkommensskala angesiedelt sind, oft genug damit zu tun haben, das tägliche Überleben zu sichern.⁶³

Die theoretischen Annahmen dieses Modells erscheinen durchaus plausibel. Bei simultaner Betrachtung der drei Faktoren Bildung, Berufsstatus und Einkommen wird der entscheidende Einfluss der Variable Bildung deutlich.⁶⁴ Schließlich hängen die Variablen Erwerbsstatus und Einkommen zwar nicht allein, aber doch zu einem erheblichen Teil auch von der Bildung ab. Im Vergleich mit anderen Modellen der Erklärung der Wahlbeteiligung ist dem Ressourcenmodell eine deutlich höhere Erklärungsleistung zuzuschreiben.⁶⁵ Im Übrigen decken sich die Erkenntnisse dieses Modells im Wesentlichen mit den empirischen Befunden der Armutsberichterstattung der Bundesregierung. Es sind Personen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen, die ein geringeres Maß an politischer Partizipation aufweisen.⁶⁶ Schneider und Volkert sprechen gar von einer »auffallenden Asymmetrie der politischen und gesellschaftlichen Verwirklichungschancen von Gebildeten [...] sowie der weniger qualifizierten Armutsbevölkerung«.⁶⁷

4.3.4 Der Einfluss ökonomischer Faktoren auf die Wahlbeteiligung

Die Analyse ökonomischer Faktoren und deren Auswirkung auf die Wahlbeteiligung stehen unter folgender Prämisse: Wirtschaftliche Probleme müssen als solche auch wahrgenommen und den Regierenden die Verantwortung für die Entwicklung dieser zugeschrieben werden. Dabei ist zu differenzieren zwischen individueller Betroffenheit (zum Beispiel Arbeitslosigkeit) und kollektiver Betroffenheit, das heißt, wird ein ökonomisches Thema als Problem wahrgenommen, von dem auch andere betroffen sein können.⁶⁸ Bezieht man diese Prämisse auf die Situation in der

Bundesrepublik, dann lässt sich feststellen, dass wirtschaftliche Probleme und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt seit mehr als zwei Jahrzehnten für viele Menschen in Deutschland eine zentrale Rolle spielen. Das zeigt sich einerseits in den Werten der Bevölkerungsumfragen, andererseits aber auch in der Stellung dieser Themen in den Medien und der Politik. Persönliche ökonomische Probleme und deren Wahrnehmung münden in der Regel aber erst dann in politischer Unzufriedenheit, wenn die Individuen der Meinung sind, dass die Regierung Verantwortung trägt, bei der Lösung der Probleme in ihren Augen aber versagt.⁶⁹ In diesem Zusammenhang interessiert die Individuen in der Regel nicht, wie die Regierung versucht, diese Probleme zu lösen, sondern welche staatlichen Hilfen und Maßnahmen dem Individuum zukommen. Die Enttäuschung und Unzufriedenheit über das Versagen der Verantwortlichen können ihren Niederschlag entweder in einer Wahlteilnahme oder einer Wahlenthaltung finden. Gehen die betroffenen »have-nots« wählen, um ihrer wirtschaftlichen Notlage Ausdruck zu verleihen oder bleibt diese Gruppe aus Resignation der Stimmabgabe fern und erlangt dadurch keine Vertretung im politischen System? Demokratie-theoretisch gesehen ergibt sich aus diesem Umstand eine schwierige Situation: Wenn Wahlen auch die Funktion haben, Parteien und Politiker für ihre Arbeit und Programme zu bestrafen oder zu belohnen, dann erzeugt dies nur dann gleichwertige Effekte, wenn Wahlen in diesem Sinne von allen Bevölkerungsgruppen genutzt werden. Wenn Armutsgruppen in der Gesellschaft dagegen nicht zur Wahl gehen, werden sie auch keine adäquate politische Vertretung erlangen können.⁷⁰

63 Vgl. Wolfinger/Rosenstone 1980: 20–22.

64 Vgl. Krimmel 1997: 374.

65 Vgl. Krimmel 2000: 632.

66 Vgl. Engels 2007: 35.

67 Schneider/Volkert 2005: 276.

68 Vgl. Sniderman/Brody 1977: 503.

69 Vgl. Sniderman/Brody 1977: 514–520.

70 Vgl. Rosenstone 1982: 44; Cavanagh 1981: 62.

In der wissenschaftlichen Literatur werden die beiden hier skizzierten Verhaltensalternativen unter den Stichworten Mobilisierungshypothese und Rückzugshypothese diskutiert. Der Mobilisierungshypothese liegt die Annahme zugrunde, dass die Wahlberechtigten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Regierung für die ökonomischen Missstände verantwortlich machen. Zur Behebung dieser Missstände werden die betroffenen Personen politisch aktiv werden, unter anderem um das verantwortliche politische Personal für diese schlechte Politik zu bestrafen. Es wird deshalb bei diesen Personen von einer höheren Wahlbeteiligung ausgegangen.⁷¹ Sie machen ihre Stimme im übertragenen wie im tatsächlichen Sinne (indem sie ihre Stimme bei der Wahl abgeben) geltend. Deshalb wird dieses Verhalten nach einer Theorie des amerikanischen Soziologen Albert O. Hirschman als Voice gekennzeichnet.⁷² Die Rückzugshypothese geht von einer umgekehrten Beziehung aus: Ökonomische Notlagen führen dazu, dass die Menschen sich aus dem politischen Prozess zurückziehen. Sie haben weniger Raum, um sich mit politischen Dingen auseinanderzusetzen, weil die Bewerkstelligung des alltäglichen Lebens eindeutig im Vordergrund steht.⁷³ Darüber hinaus können wirtschaftliche Schwierigkeiten zur Unterbrechung sozialer Beziehungen führen. Durch Arbeitslosigkeit zum Beispiel bricht man aus einem gewohnten Kollegenkreis heraus, denkbar ist auch die Entstehung familiärer Probleme. Das Zerbrechen sozialer Netzwerke kann durch die mangelnde Integration der betreffenden Personen also auch zu einer Reduzierung der Wahlbeteiligung beitragen.⁷⁴ Vergleichende Studien in den USA und Europa während der wirtschaftlichen Krisen in den 1970er Jahren haben gezeigt, dass Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Schwierigkeiten zahlreiche psychische Probleme hervorrufen können. Rückzug und Isolation treten infolge der Erosion des Selbstvertrauens häufig als Begleiterscheinungen auf.⁷⁵ Das im Zusammenhang mit der Rückzugshypothese charakterisierte Verhalten von Personen, die in prekären ökonomischen Verhältnissen leben, wird deshalb in Anlehnung an die Terminologie von Hirschman als Exit bezeichnet. So hat beispielsweise die Einführung des

Begriffes des »abgehängten Prekariats«⁷⁶ verdeutlicht, dass Faktoren wie mangelnde soziale Integration, aber auch die permanente Bewältigung ökonomischer Missstände dazu führen können, dass Personen sich mehr oder weniger dauerhaft, wahrscheinlich auch mehr oder weniger bewusst von politischen Aspekten abwenden. Allerdings lässt sich am Beispiel der Arbeitslosigkeit zeigen, dass die Exit-These in Bezug auf die Wahlbeteiligung differenziert werden muss. Während hohe Arbeitslosigkeit im Sinne eines Dauerzustandes eher zu Apathie führt, kann steigende Arbeitslosigkeit, die als überraschende Veränderung in der persönlichen Lebenssituation auftritt, eher zu politischer Mobilisierung im Sinne von Wahlbeteiligung beitragen.⁷⁷ Dieser Befund gilt für Arbeitslosigkeit als Kontextmerkmal genauso wie für Arbeitslosigkeit als persönliches Merkmal. Sind die Betroffenen zudem nicht anderweitig eingebunden, dann treten die politischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit noch deutlicher hervor.⁷⁸

71 Vgl. Schlozman/Verba 1979: 12–19.

72 Vgl. Hirschman 1970, deutsch 1974.

73 Vgl. Rosenstone 1982; Sniderman/Brody 1977.

74 Vgl. Rosenstone 1982: 42.

75 Vgl. Schlozman/Verba 1979: 239.

76 Dieser Begriff entstammt der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie »Gesellschaft im Reformprozess«, die sich in erster Linie mit der Reformbereitschaft der Deutschen beschäftigt hat und bei der im Frühjahr 2006 rund 3.000 wahlberechtigte Deutsche befragt wurden (vgl. www.fes.de/.../061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf; Zugriff am 20.9.2009).

77 Vgl. Faas/Rattinger 2003: 219.

78 Vgl. Faas/Rattinger 2003: 236.

4.4 Politische Schlussfolgerungen

In den bisherigen Überlegungen wurde auf verschiedene Indikatoren eingegangen, die maßgeblichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben. Dabei konnte gezeigt werden, dass soziale und ökonomische Indikatoren wichtige Einflussgrößen sind. Erste Auswertungen der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009, die niedrigste in der Geschichte der Bundesrepublik, sprechen dafür, dass auch bei dieser Wahl ökonomische und soziale Faktoren für die Wahlenthaltung eine entscheidende Rolle gespielt haben. So sprechen die Befunde einer Studie der Paritätischen Forschungsstelle zur Bundestagswahl 2009 für einen Zusammenhang zwischen Armut und Wahlenthaltung. In Regionen, Kommunen und Stadtteilen, in denen Personen von Transferleistungen beziehungsweise niedrigen Löhnen leben, ist die Zahl der Nichtwähler überdurchschnittlich hoch. Dies lässt sich unter anderem an der Arbeitslosenquote in den betreffenden Regionen festmachen. Während in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit die Wahlbeteiligung stark unterdurchschnittlich ist, ist sie in relativ wohlhabenden Regionen mit niedriger Arbeitslosenquote überdurchschnittlich hoch.⁷⁹ Die soziale Spreizung der Gesellschaft bildet sich also auch in der Wahlbeteiligung ab. Auch für Bremen lässt sich konstatieren, dass bei der Bundestagswahl 2009 die Wahlbeteiligung in Stadtteilen mit einem höheren Anteil von Armutsbevölkerung deutlich niedriger ausfällt als in Stadtteilen mit einer ausgewogenen Sozialstruktur. Gestützt werden diese Befunde durch die Erhebungen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), in denen seit 1980 nach der Wahlabsicht gefragt wird. Bei Menschen mit einem niedrigen monatlichen Haushaltseinkommen hat die Wahlabsicht überproportional nachgelassen.⁸⁰

Der Zusammenhang zwischen sozialer Ausgrenzung und mangelnder politischer Teilhabe wird auch in der Armuts- und Prekarisierungsforschung thematisiert, wenngleich nicht in erster Linie mit Blick auf die Wahlbeteiligung. Vertreter der Prekarisierungsforschung verstehen unter Prekarisierung nicht nur die Ausgliederung aus dem Normalarbeitsverhältnis,

sondern die Erosion des gesamten Niveaus sozialer Rechte – ein Prozess, der mit sozioökonomischer Verunsicherung größerer Teile der Bevölkerung und dem Verlust des Vertrauens in politische Institutionen einhergeht.⁸¹ Neuere Veröffentlichungen der Prekarisierungsforschung rücken vor diesem Hintergrund die Auswirkungen von Prekarisierung auf die Partizipation der betroffenen Bevölkerungsgruppen stärker ins Blickfeld.⁸² Prekarisierung, so die These, zersetze »die klassischen Formen arbeitsgesellschaftlicher Solidarität« und entfalte »Abstiegsängste und Ohnmachtsgefühle«, die sich in einem entsprechenden Wahlverhalten niederschlagen.⁸³ In der Nichtwählerforschung werden die Einschätzungen der Prekarisierungsforschung insofern bestätigt, als Menschen mit niedrigem Einkommen und geringer Bildung ihre politischen Einflussmöglichkeiten häufig als gering einschätzen und wenig Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Parteien und Politiker haben.

Es stellt sich vor dem Hintergrund der hier aufgezeigten Zusammenhänge die Frage, was getan werden könnte, um Gruppen, die aufgrund von Armut und sozialer Ausgrenzung überproportional zur Wahlenthaltung neigen, wieder stärker in das politische Leben zu integrieren und ihre Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern. Aus den bisherigen Überlegungen leitet sich als unmittelbare Schlussfolgerung ab, dass die Bekämpfung von Armut nicht nur aus sozialen, sondern auch aus demokratiepolitischen Gründen eine hohe Priorität in der Politik haben muss. Sowohl das Ressourcenmodell der Wahlbeteiligung als auch der Einfluss ökonomischer Faktoren (siehe Kapitel 4.3.3 und 4.3.4) machen deutlich, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Ressourcenausstattung, dem ökonomischen Status und der Wahlbeteiligung von Personen besteht. In Bezug auf die Ressourcenausstattung nimmt Bildung, wie weiter oben

⁷⁹ Vgl. Der Paritätische 2009.

⁸⁰ Vgl. Schäfer 2009.

⁸¹ Vgl. Candeias 2006.

⁸² Vgl. Castel/Dörre 2009.

⁸³ Vgl. Hofmann 2009: 319 f.

nachgewiesen wurde, eine Schlüsselstellung ein. Die Politik sollte wesentlich gezielter als bisher Anstrengungen unternehmen, um Kindern aus sozial benachteiligten Familien einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu verschaffen. Personen mit höherer Bildung sind nicht nur in der Lage, ihre Lebensbedingungen aktiv mitzugestalten, sondern sie sind auch politisch aktiver, haben eine ausgeprägte Wahlneigung und leichteren Zugang zu politischen Elitepositionen in der Gesellschaft. Darüber hinaus ist eine stärkere Integration sozial marginalisierter Gruppen über geeignete arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Maßnahmen eine vordringliche Aufgabe, um zu verhindern, dass diese Gruppen dauerhaft von der politischen Partizipation und Repräsentation ausgeschlossen werden. Die Entwicklung von Armutsregionen im ländlichen und städtischen Raum, in denen die Wahlbeteiligung signifikant unter dem Durchschnitt liegt, ist weder sozial noch politisch hinnehmbar.

Parteien – insbesondere Regierungsparteien – haben einerseits einen wesentlichen Einfluss auf die sozial- und arbeitsmarktpolitische Agenda, andererseits können sie auch von der Angebotsseite her Nichtwähler ansprechen. Dass das Sinken der Wahlbeteiligung durchaus kein unumkehrbarer Trend sein muss, zeigt in diesem Zusammenhang das Beispiel der jüngsten Landtagswahl im Saarland, als 12 Prozent mehr Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen abgaben als 2004. Geht man davon aus, dass die Partei DIE LINKE bei dieser Wahl mit ihrem personellen und programmatischen Angebot insbesondere Wählergruppen umworben hat, die von sozialer Armut und sozialem Abstieg betroffen sind, zeigt dieses Beispiel, dass es sich für die Parteien lohnt, diese Gruppe der Nichtwähler gezielt anzusprechen. Trotz solcher Beispiele, die die Bedeutung von Nichtwählern für die Wahlbeteiligung und den elektoralen Erfolg von Parteien unterstreichen, spielen gerade ressourcenschwache Nichtwähler in den strategisch orientierten Wahlkämpfen der Parteien meistens nur eine untergeordnete Rolle, weil sie als schwer erreichbar gelten. So umwerben die Volksparteien angesichts begrenzter materieller Wahlkampffressourcen vor allem ihre Kernwählerschichten und potenzielle Wechsel-

wähler, gehen aber selten gezielt auf Nichtwähler zu. Der zunehmende Parteienwettbewerb und die nachlassende Wahlbeteiligung stellen aber alle Parteien zukünftig vor die Aufgabe, verstärkt programmatische Angebote zu entwickeln, die auch für Nichtwähler attraktiv sind.

Die Untersuchungen zur Wahlbeteiligung lassen eine weitere Schlussfolgerung zu: Je stärker Individuen in soziale Netzwerke, Vereine und Organisationen eingebunden sind, desto eher neigen sie zur Wahlteilnahme. Es kommt also darauf an, Personen, die temporär oder dauerhaft in prekären Verhältnissen leben, besser in existierende soziale Netzwerke und Organisationen zu integrieren. Sportvereine, Kirchen, Gewerkschaften und soziokulturelle Einrichtungen erfüllen in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion. Kürzungsmaßnahmen in diesem Bereich wirken sich kontraproduktiv auf die politische Integration und Partizipation der betreffenden Bevölkerungsgruppen aus. Allerdings sind die Vereine, Organisationen und soziokulturellen Einrichtungen ihrerseits gefordert, ihre Angebote gezielt auf die entsprechenden Personengruppen auszurichten. Beispielhaft sollen hier Ansätze genannt werden, die auf eine Stärkung der politischen Partizipation sozial ausgegrenzter Gruppen durch Organisierung zielen. Ein Beispiel für diese Strategie sind Organizing-Kampagnen von Gewerkschaften.

⁸⁴ Vgl. Schmalstieg/Choi 2009: 357. In Deutschland hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di versucht, Elemente dieser Strategie zu adaptieren, um tarifliche Standards im Niedriglohnbereich durchzusetzen, neue Mitglieder zu gewinnen und gewerkschaftliche Interessenvertretung zu stärken. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die sogenannte Lidl-Kampagne (vgl. Dörre 2008: 7), bei der es darum ging, im von Frauenbeschäftigung geprägten Niedriglohnbereich eines marktführenden Einzelhandelsunternehmens gewerkschaftliche Strukturen zu etablieren. Der nur mäßige Erfolg dieser Kampagne kann hier nicht Gegenstand der weiteren Betrachtung sein. Er soll nur exemplarisch für die Versuche stehen, über Organizing-Modelle politische Partizipation zu stärken.

In den USA haben solche Kampagnen dazu beigetragen, dass insbesondere Beschäftigte in Niedriglohnssektoren, die in der Regel schwer organisierbar sind, weil sie Sanktionen befürchten müssen, sich gewerkschaftlich organisiert haben. Mit dieser Strategie verbunden war in den USA eine Öffnung der Gewerkschaften für neue Mitglieder, darunter vor allem Frauen, Schwarze und Einwanderer.⁸⁴ Geht man davon aus, dass die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen sowie die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen (wie den Gewerkschaften) sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken, dann können solche Strategien durchaus geeignet sein, auch die Wahlbereitschaft bei den betreffenden Personen zu fördern.

Ob von den hier skizzierten Vorschlägen eine tatsächliche Trendwende im Hinblick auf die Wahlbeteiligung vor allem solcher Bevölkerungsgruppen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, ausgeht, ist eine offene Frage, die nicht zuletzt von den Anstrengungen der Politik abhängt, sich um die Interessen dieser Wähler zu kümmern. Eines scheint jedoch sicher zu sein: Wenn die soziale Spreizung der Gesellschaft weiter zunimmt, könnte sich der Trend in Richtung Wahlenthaltung sozial marginalisierter Personen und Gruppen noch vertiefen. Ein solches Partizipations- und Repräsentationsdefizit sollte sich eine demokratische Gesellschaft auf Dauer nicht leisten.

Literatur

- ARMINGEON, Klaus 1994: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 46, Heft 1, S. 43–64.
- BACHRACH, Peter 1970: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Frankfurt/Main.
- BALSEN, Werner/NAKIELSKI, Hans/RÖSSEL, Karl/WINKEL, Rolf (Hrsg.) 1984: Die neue Armut. Köln: Bund Verlag.
- BÜRKLIN, Wilhelm/KLEIN, Markus 1998: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. Opladen: Leske+Budrich.
- CABALLERO, Claudio 2005: Nichtwahl; in: FALTER, Jürgen W./SCHOEN, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 329–365.
- CAMPBELL, Angus/CONVERSE, Philip E./MILLER, Warren E./STOKES, Donald E. 1960: The American Voter. New York: Wiley.
- CANDEIAS, Mario 2006: Handlungsfähigkeit durch Widerstandsorientierung; in: Z, Nr. 68/2006 (siehe auch http://www.stiftung-w.de/pic_content/Vortrag_Mario_Candeias.pdf, Zugriff am 30.09.2009).
- CASTEL, Robert/DÖRRE, Klaus (Hg.) 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M.: campus.
- CAVANAGH, Thomas E. 1981: Changes in American Voter Turnout, 1964–1976; in: Political Science Quarterly, Vol. 96, 1, S. 53–65.
- DER PARITÄTISCHE (Paritätische Forschungsstelle) 2009: Diskussionspapier ›Die Bundestagswahl 2009‹. Nichtwähler entscheiden(d)? Phänomenologie und Folgerungen (siehe [http://92.79.139.7/bayern/fachinfos.nsf/0/a4048803bd3f3a89c125764d00277d72/\\$FILE/Bundestagswahl_2009.pdf](http://92.79.139.7/bayern/fachinfos.nsf/0/a4048803bd3f3a89c125764d00277d72/$FILE/Bundestagswahl_2009.pdf), Zugriff am 11.10.2009).
- DÖRRE, Klaus 2008: Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing?; in: WSI-Mitteilungen 1/2008, S. 3-10.
- DOWNS, Anthony 1968: Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- EILFORT, Michael 1994: Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn: Schöningh.
- ENGELS, Dietrich 2004: Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Köln: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.
- ENGELS, Dietrich 2007: Gestaltung von Politik und Gesellschaft. Armut und Reichtum an Teilhabechancen. Gutachten zur Vorbereitung des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (siehe http://www.bmas.de/portal/27424/property=pdf/a366_forschungsprojekt.pdf, Zugriff am 30.09.2009).
- ENQUETE KOMMISSION ›Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‹ des Deutschen Bundestages (Hg.) 2002: Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen: Leske+Budrich.
- ERBRING, Lutz/SHALA, Hossein 1995: Politische Kommunikation im sozialen Umfeld. Über die Folgen und Funktionen aktiver interpersonaler Kommunikation in einer Phase turbulenter politischer und sozialer Veränderungen; in: KLINGEMANN, Hans-Dieter et al. (Hrsg.): Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur Politischen Kultur in Ost- und West-Berlin 1990, Opladen, S. 197–223.

- FAAS, Thorsten/RATTINGER, Hans 2003: Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit: Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002; in: Andreas M. Wüst (Hrsg.): Politbarometer. Opladen: Leske+Budrich, S. 205–238.
- FALTER, Jürgen W. 1989: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28–29, S. 3–21.
- FALTER, Jürgen W./SCHUMANN, Siegfried 1994: Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen; in: KLINGEMANN, Hans-Dieter/KAASE, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Opladen: West-deutscher Verlag, S. 161–213.
- FEIST, Ursula 1994: Die Macht der Nichtwähler. Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen. München: Knauer.
- FEIST, Ursula 1992: Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?; in: STARZACHER, Karl/SCHACHT, Konrad/FRIEDRICH, Bernd/LEIF, Thomas (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln: Bund Verlag, S. 40–57.
- FEREJOHN, John A./FIORINA, Morris P. 1974: The Paradox of Not Voting: A Decision Theoretic Analysis; in: American Political Science Review, Vol. 68, S. 525–536.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG 2006: Gesellschaft im Reformprozess; http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf
- GABRIEL, Oscar W./VÖLKL, Kerstin 2004: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2002; in: BRETTSCHEIDER, Frank/VAN DETH, Jan/ROLLER, Edeltraud (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- GREIFFENHAGEN, Martin/GREIFFENHAGEN, Silvia 1981: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands. Frankfurt/Main: Fischer.
- HIRSCHMAN, Albert O. 1970: Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States. Cambridge: Harvard University Press (dt. 1974: Abwanderung und Widerspruch, Tübingen).
- HOFMANN, Michael 2009: Zur Einführung; in: CASTEL, Robert/DÖRRE, Klaus (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M.: campus, S. 319–321.
- KLEINHENZ, Thomas 1995: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- KOHNEN, David 2004: Analyse und Bewertung von Erklärungsmodellen zur Wahlenthaltung bei Bundestagswahlen. Eine empirische Sekundäranalyse am ALLBUS 1998. Selected Term Papers/IPW-Studienarbeiten Nr. 3 (siehe http://www.ipw.rwth-aachen.de/paper_c.pdf, Zugriff am 12.2.2006).
- KRIMMEL, Iris 1997: Die Beteiligung an Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems; in: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Beiträge zum Bericht 3 ›Politisches System‹, Band 3.3 der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW). Opladen: Leske+Budrich, S. 353–376.
- KRIMMEL, Iris 2000: Politische Beteiligung in Deutschland – Strukturen und Erklärungsfaktoren; in: FALTER, Jürgen W./GABRIEL, Oscar W./RATTINGER, Hans (Hrsg.) Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen: Leske+Budrich, S. 611–639.
- KÜHNEL, Steffen 2001: Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen; in: KOCH, Achim/WASMER, Martina/SCHMIDT, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske+Budrich, S. 11–42.
- KÜHNEL, Steffen/FUCHS, Dieter 2000: Instrumentelles oder expressives Wählen? Zur Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der Empirischen Wahlforschung; in: KLEIN, Markus/JAGODZINSKI, Wolfgang/MOCHMANN, Ekkehard/OHR, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 340–360.
- LAVIES, Ralf Rainer 1973: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Düsseldorf: Droste.

- LAZARSFELD, Paul F./BERELSON, Bernard/GAUDET, Hazel 1968: The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign?, 3.Aufl., New York und London.
- LOMPE, Klaus 1987: Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion. Regensburg: Transfer-Verlag.
- METJE, Matthias 1991: Die Beteiligung von Frauen und Männern an Bundestagswahlen. Eine Untersuchung der Alters- und Generationseffekte; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, S. 358–376.
- MILBRATH, Lester W./GOEL, M. L. 1977: Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?, Washington.
- RADCLIFF, Benjamin 1992, The Welfare State, Turnout, and the Economy: A Comparative Analysis; in: American Political Science Review, Vol. 86, 444–456.
- RADTKE, Günter D. 1972: Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Meisenheim am Glan.
- RIKER, William H./ORDESHOOK, Peter C. 1986: A Theory of the Calculus of Voting; in: American Political Science Review, Vol., S. 25–42.
- ROSENSTONE, Steven J. 1982: Economic Adversity and Voter Turnout; in: AJPS, 26, 1/1982, 25-46.
- ROTH, Dieter 1992: Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom; in: STARZACHER, Karl/SCHACHT, Konrad/FRIEDRICH, Bernd/LEIF, Thomas (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln: Bund Verlag, S. 58-68.
- SCHÄFER, Armin (2009): Wahlbeteiligung in Deutschland: Die soziale und räumliche Kluft wächst (vgl. http://www.mpifg.de/aktuelles/themen/doks/09-10-05_Schaefer_Kluft%20der%20Wahlbeteiligung.pdf, Zugriff am 10.10.2009).
- SCHARPF, Fritz 1970: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanzer Universitätsreden (25). Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- SCHEUER, Angelika 2005: Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau; in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 33, Heft 1, S. 1–6.
- SCHLOZMAN, Kay Lehman/VERBA, Sidney 1979: Injury to Insult. Unemployment, Class and Political Response. Cambridge: Harvard University Press.
- SCHMALSTIEG, Catharina/CHOI, Hae-Lin 2009: Gewerkschaften und Prekarität – neue Wege des Organizing; in: CASTEL, Robert/DÖRRE, Klaus (Hg.) 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M.: campus, S. 357–367.
- SCHMIDT, Manfred 1997: Demokratietheorien, 2. Aufl. Opladen: Leske+Budrich.

- SCHNEIDER, Friedrich/VOLKERT, Jürgen 2005: Politische Chance, Armut und Reichtum; in: VOLKERT, Jürgen (Hrsg.): Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen. Amartya Sens Capability-Konzept als Grundlage der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 259–281.
- SCHOEN, Harald/FALTER, Jürgen W. 2003: Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002; in: Politische Studien, Heft 387, S. 34–43.
- SCHOOFF, Peter 1980, Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.: Haag und Herchen.
- SCHUBERT, Klaus/KLEIN, Martina 2006: Das Politiklexikon., 4. aktualisierte Auflage, Bonn: Dietz Verlag.
- SNIDERMAN, Paul M. / BRODY, Richard A. 1977: Coping: The Ethic of Self-Reliance; in: American Journal of Political Science, Vol. 21, 3, S. 501-521.
- STARZACHER, Karl/SCHACHT, Konrad/FRIEDRICH, Bernd/LEIF, Thomas (Hrsg.) 1992: Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln: Bund Verlag, S. 58–68.
- VAN DETH, Jan 2001: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?; in: KOCH, Achim/WASMER, Martina/SCHMIDT, Peter: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske+Budrich, S. 195–219.
- VERBA, Sidney/NIE, Norman H. 1972: Participation in America. Political democracy and social equality. New York: Harper and Row.
- VERBA, Sidney/NIE, Norman/KIM, Jae-On et al. 1978: Participation and Political Equality. Cambridge: Cambridge University Press.
- VERBA, Sidney/SCHLOZMAN, Kay Lehman/BRADY, Henry E. 1995: Voice and Equality. Citizen Voluntarism in American Politics. Cambridge/London: Harvard University Press.
- WOLFINGER, Raymond E./ROSENSTONE, Steven. J. 1980: Who Votes? New Haven/London: Yale University Press.
- ZELLE, Carsten 1995: Der Wechselwähler. Politische und soziale Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA. Opladen: Westdeutscher Verlag.



Paul M. Schröder | Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe

5 Zahlen, Daten, Fakten zur Armut im Lande Bremen

Abbildung 1.1: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen Stadt Bremen *revidierte Daten**

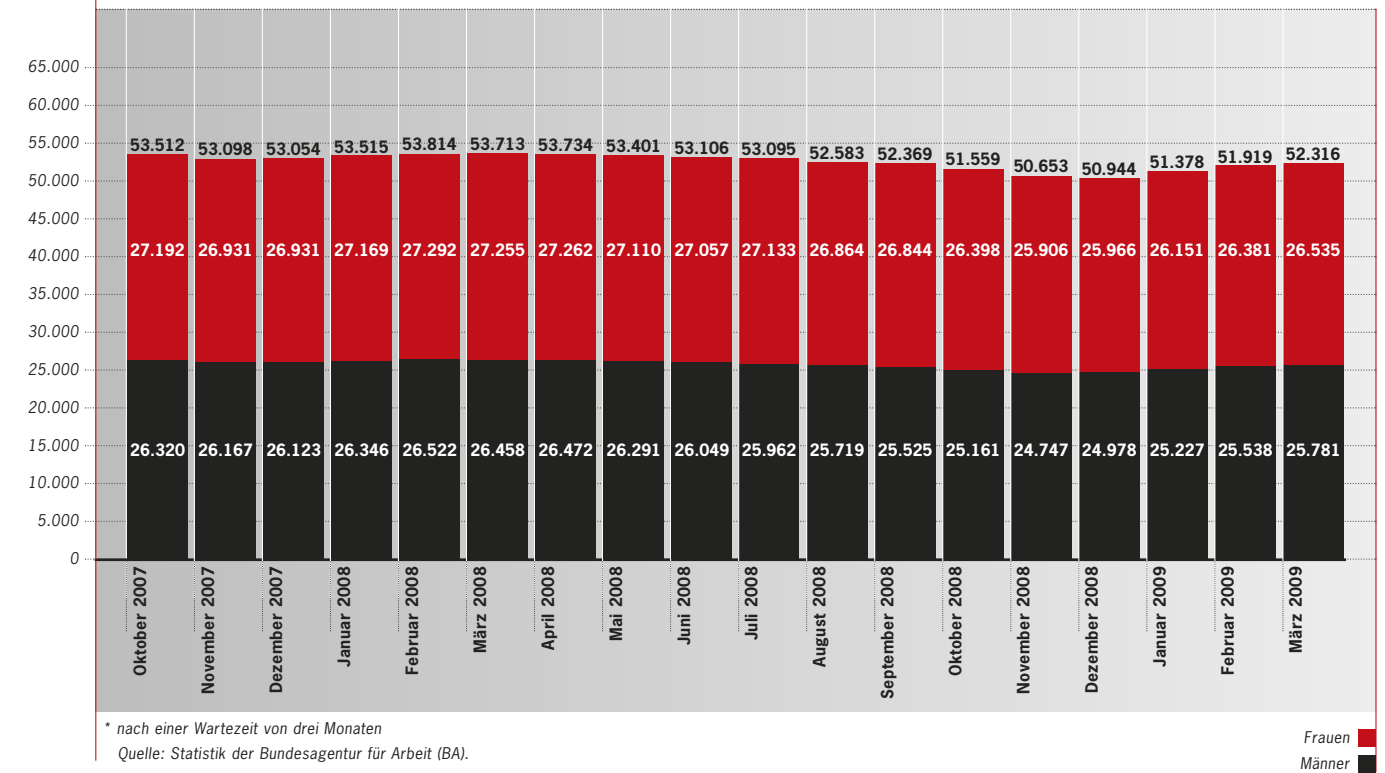
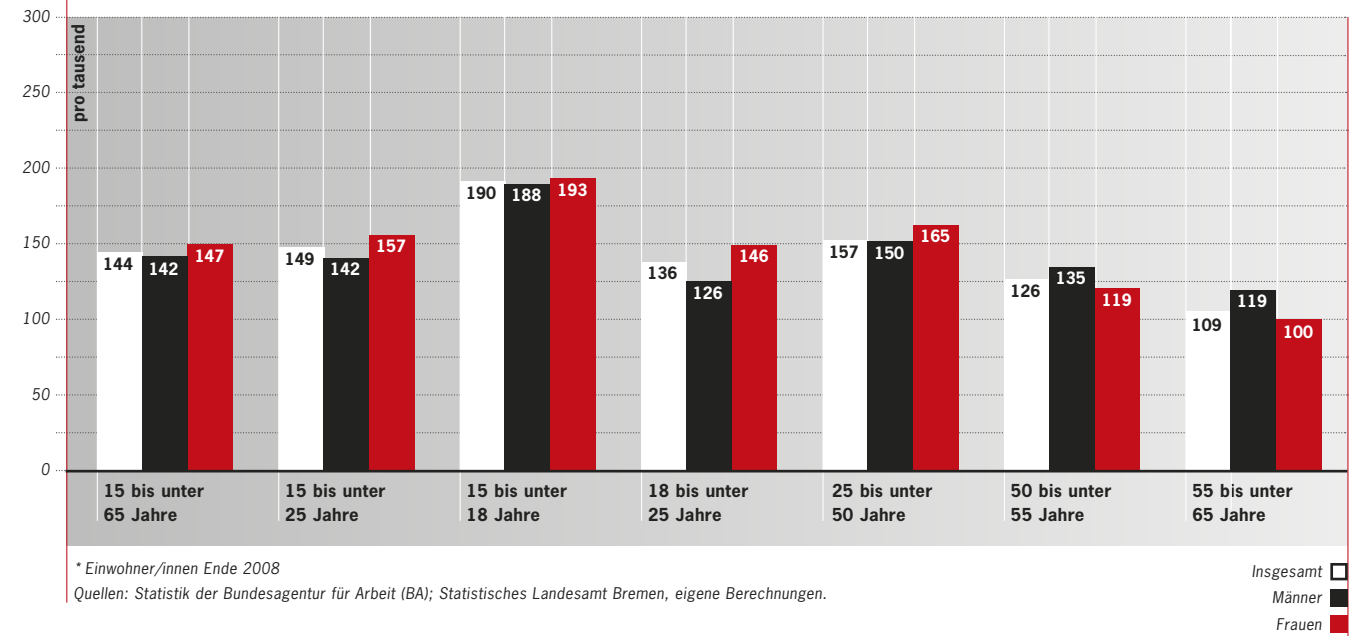


Abbildung 1.2: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen nach Altersgruppen*
Stadt Bremen März 2009 *(revidierte Daten)*



**Zu Abbildung 1.1:
Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (SGB II)
Stadt Bremen**

Im März 2009 waren in der Stadt Bremen insgesamt 52.316 Frauen und Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen.¹ Dies waren 2,6 Prozent (1.397) weniger als ein Jahr zuvor. Der seit Mitte 2006 zu beobachtende Trend zu weniger Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen hat sich allerdings Anfang 2009 nicht fortgesetzt. Im März 2009 waren 1.663 (3,3 Prozent) mehr Frauen und Männer auf Arbeitslosengeld II angewiesen als im November 2008, dem Monat, in dem der niedrigste Bestand an Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (50.653) seit März 2005² ermittelt wurde. Ein Jahr zuvor, von November 2007 bis März 2008, stieg die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen saisonal bedingt lediglich um 615 (1,2 Prozent). Die bisher größte Zahl erwerbsfähiger Hilfebedürftiger im Sinne des SGB II (Hartz IV)³ wurde in der Stadt Bremen mit 56.823 im Mai 2006 registriert.

Von den insgesamt 52.316 Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II im März 2009 waren 26.535 Frauen und 25.781 Männer, jeweils 2,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erreichte in der Stadt Bremen im September 2008 mit 51,3 Prozent den bisher höchsten Stand. Bis März 2009 sank der Anteil der Frauen wieder leicht auf 50,7 Prozent und damit auf den Stand des Vorjahres (März 2008).

Nachrichtlich:⁴ In der Stadt Bremen erhielten im März 2009 insgesamt 1.302 Menschen Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gemäß Kapitel 3 SGB XII (Sozialhilfe), 131 mehr als ein Jahr zuvor. 161 davon waren Kinder im Alter von unter 18 Jahren, 1.094 waren 18 bis unter 65 Jahre alt und 47 waren 65 Jahre und älter. Von den 1.094 Menschen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren waren 525 (48,0 Prozent) Frauen. Informationen über Bewegungen zwischen dem Rechtskreis SGB II einerseits und Kapitel 3 SGB XII andererseits liegen zurzeit noch keine vor.

¹ Hier, soweit nicht anders vermerkt, immer revidierte Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

² Der dritte Monat nach Inkrafttreten des SGB II (Hartz IV); in diesem Monat dürfte die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen noch unvollständig erfasst gewesen sein.

³ Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende.

⁴ Quelle: PROSOZ Bremen, übermittelt von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; eigene Berechnungen.

**Zu Abbildung 1.2:
Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro
1.000 Einwohner/innen nach Altersgruppen
Stadt Bremen**

In der Stadt Bremen⁵ waren im März 2009 von 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 144 auf Arbeitslosengeld II angewiesen (März 2008: 148). Von 1.000 Männern im entsprechenden Alter waren dies 142 (März 2008: 145), von 1.000 Frauen 147 (März 2008: 150).

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte, die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen pro 1.000 Einwohner/innen, liegt in den Altersgruppen der 15- bis unter 25-Jährigen und insbesondere der 25- bis unter 50-Jährigen über diesem Durchschnitt, in den Altersgruppen der 50- bis unter 55-Jährigen und 55- bis unter 65-Jährigen darunter. Allerdings sind die altersspezifischen Abweichungen von der durchschnittlichen Arbeitslosengeld-II-Dichte im März 2009 deutlich geringer als ein Jahr zuvor.

Im März 2009 waren in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen 149 von 1.000 Einwohner/innen dieser Altersgruppe auf Arbeitslosengeld II angewiesen (März 2008: 154). Die altersdifferenzierte Betrachtung dieser Altersgruppe zeigt: Die Arbeitslosengeld-II-Dichte unter den 15- bis unter 18-Jährigen ist mit 190 (März 2008: 206) wesentlich höher als unter den 18- bis unter 25-Jährigen. Von 1.000 Einwohner/innen im Alter von 18 bis unter 25 Jahre waren 136 (März 2008: 137) auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Männer: 126; Frauen: 146).

Die relativ geringe Arbeitslosengeld-II-Dichte in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen in der Stadt Bremen (vgl. Bremerhaven) dürfte in erster Linie auf den hohen Teil von Studentinnen und Studenten in dieser Altersgruppe zurückzuführen sein, die grundsätzlich keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben.

In der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen waren im März 2009 157 von 1.000 Einwohner/innen dieser Altersgruppe Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II (März 2008: 163). In der Altersgruppe der 50- bis unter 55-Jährigen waren dies 126 (März 2008: 129) und in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen – die Altersgruppe mit der trotz anhaltendem Anstieg immer noch niedrigsten Arbeitslosengeld-II-Dichte – 109 (März 2008: 106).

In den Altersgruppen von 15 bis unter 25 und von 25 bis unter 50 Jahren ist die Arbeitslosengeld-II-Dichte bei den Frauen noch immer höher als bei den Männern: 157 von 1.000 bei den Frauen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren (Männer: 142 von 1.000) und 165 von 1.000 bei den Frauen im Alter von 25 bis unter 50 Jahren (Männer: 150 von 1.000). In den Altersgruppen von 50 bis unter 55 und 55 bis unter 65 Jahren liegt die Arbeitslosengeld-II-Dichte bei den Frauen dagegen noch immer deutlich unter der bei den Männern: 119 von 1.000 bei den Frauen im Alter von 50 bis unter 55 Jahren (Männer: 135 von 1.000), 100 von 1.000 bei den Frauen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren (Männer: 119 von 1.000).

⁵ Die Quoten im März 2009 beziehen sich auf die Zahl der Einwohner/innen Ende 2008. In der Stadt Bremen lebten Ende 2008 insgesamt 362.922 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, darunter 180.935 Frauen. Von den 362.922 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren 62.827 15 bis unter 25 Jahre (darunter 31.724 Frauen), 198.377 25 bis unter 50 Jahre (darunter 97.076 Frauen), 36.841 50 bis unter 55 Jahre (darunter 18.802 Frauen) und 64.877 55 bis unter 65 Jahre alt (darunter 33.333 Frauen). Von den 62.827 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 25 Jahre waren 15.180 unter 18 Jahre (darunter 7.369 Frauen) und 47.647 18 Jahre und älter (darunter 24.355 Frauen).

Abbildung 2.1:
Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen Stadt Bremerhaven *revidierte Daten**

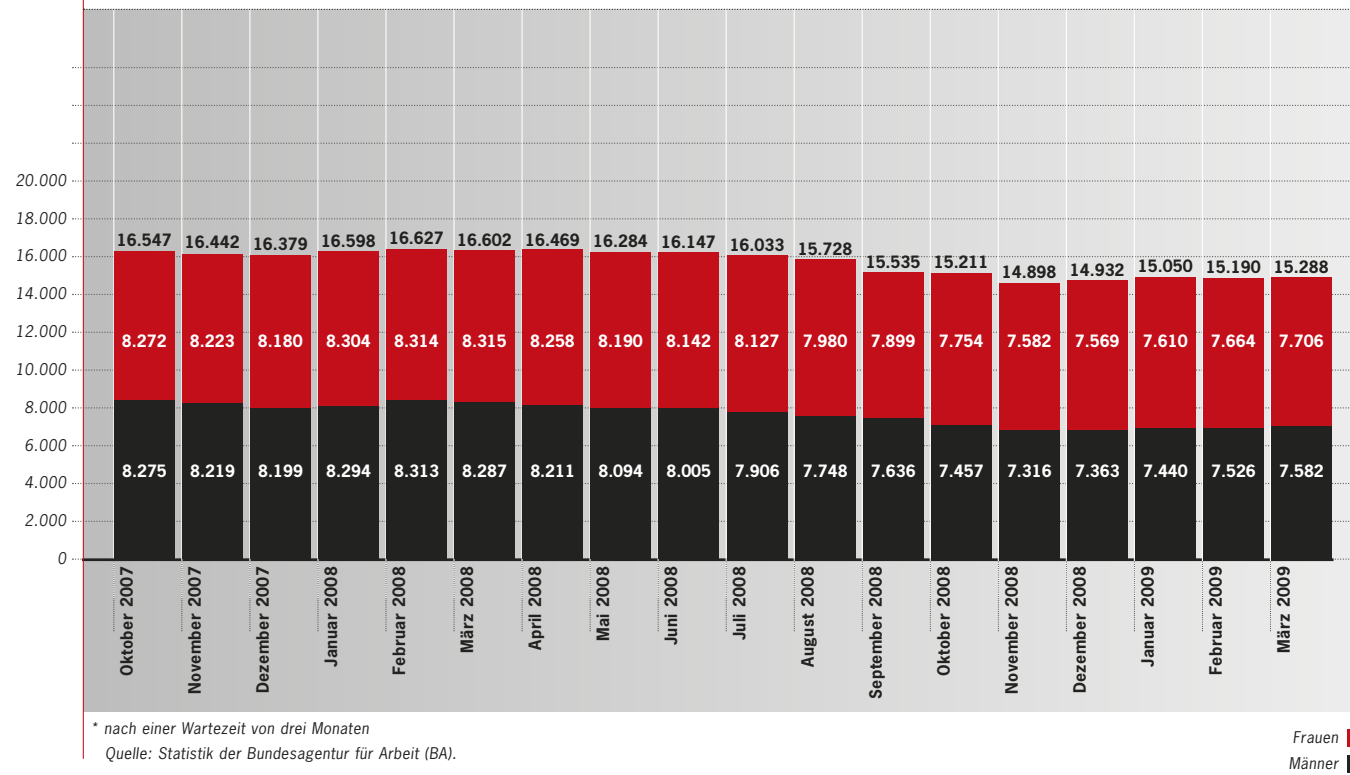
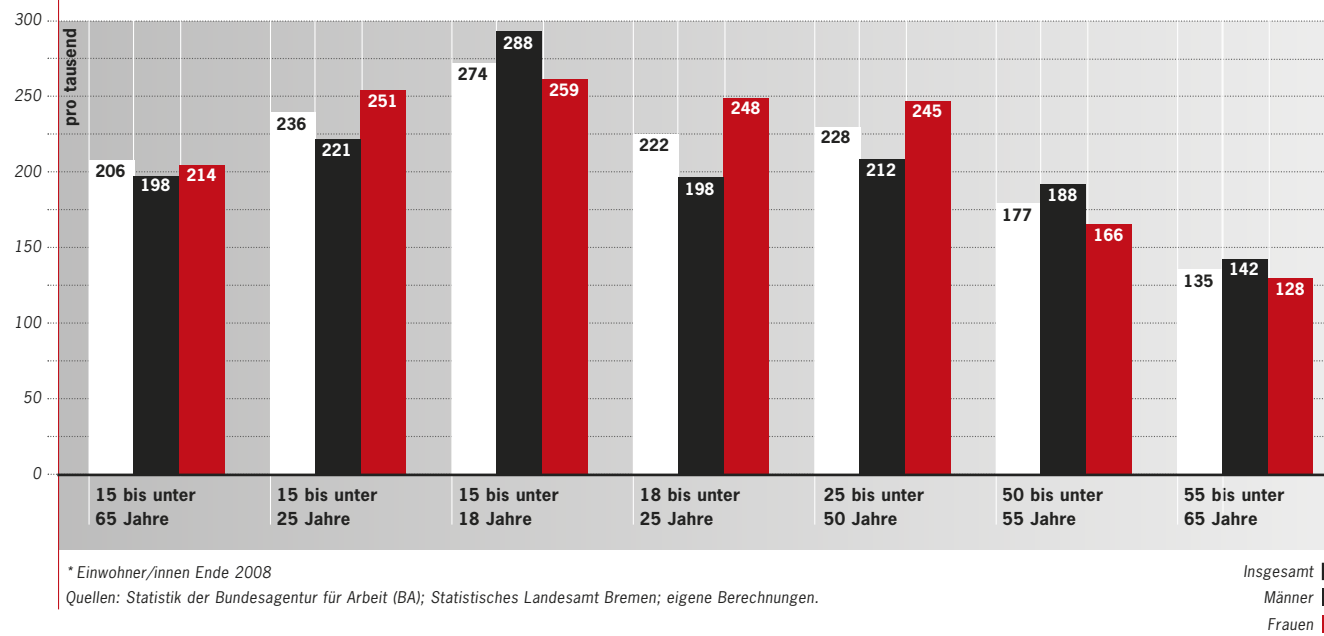


Abbildung 2.2: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen nach Altersgruppen*
Stadt Bremerhaven März 2009 (revidierte Daten)



Zu Abbildung 2.1: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (SGB II), Stadt Bremerhaven

In der Stadt Bremerhaven waren im März 2009 insgesamt 15.288 Frauen und Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Dies waren 7,9 Prozent (1.314) weniger als ein Jahr zuvor. Im November 2008 wurde mit 14.898 Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen der niedrigste Bestand seit Februar 2005⁶ ermittelt. Die bisher größte Zahl erwerbsfähiger Hilfebedürftiger im Sinne des SGB II (Hartz IV)⁷ wurde in der Stadt Bremerhaven mit 17.405 im März 2006 registriert.

Von den insgesamt 15.288 Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II im März 2009 waren 7.706 Frauen und 7.582 Männer, 7,3 Prozent (609) weniger Frauen und 8,5 Prozent (705) weniger Männer als ein Jahr zuvor.

Der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erreichte in der Stadt Bremerhaven im Oktober 2008 mit 51,0 Prozent den bisher höchsten Stand. Bis März 2009 sank der Anteil der Frauen wieder leicht auf 50,4 Prozent (März 2008: 50,1 Prozent).

Nachrichtlich:⁸ In der Stadt Bremerhaven erhielten im März 2009 insgesamt 289 Menschen Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gemäß Kapitel 3 SGB XII (Sozialhilfe), 19 mehr als ein Jahr zuvor. 43 davon waren Kinder im Alter von unter 18 Jahren, 244 waren 18 bis unter 65 Jahre alt und 2 waren 65 Jahre und älter. Von den 244 Menschen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren waren 114 (46,7 Prozent) Frauen. Informationen über Bewegungen zwischen dem Rechtskreis SGB II einerseits und Kapitel 3 SGB XII andererseits liegen zurzeit noch keine vor.

Zu Abbildung 2.2: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen nach Altersgruppen, Stadt Bremerhaven

In der Stadt Bremerhaven⁹ waren im März 2009 von 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 206 auf Arbeitslosengeld II angewiesen (März 2008: 222). Von 1.000 Männern im entsprechenden Alter waren dies 198 (März 2008: 215), von 1.000 Frauen 214 (März 2008: 229).

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte, die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen pro 1.000 Einwohner/innen, lag damit in der Stadt Bremerhaven um 42,8 Prozent (März 2008: 50,2 Prozent) über der in der Stadt Bremen.¹⁰ Bei den Männern betrug die negative Abweichung 39,9 Prozent (März 2008: 48,4 Prozent), bei den Frauen 45,9 Prozent (März 2008: 52,2 Prozent).

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte liegt in den Altersgruppen der 15- bis unter 25-Jährigen

und der 25- bis unter 50-Jährigen deutlich über dem Durchschnitt, in den Altersgruppen der 50- bis unter 55-Jährigen und 55- bis unter 65-Jährigen deutlich darunter.

Im März 2009 waren in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen 236 von 1.000 Einwohner/innen dieser Altersgruppe auf Arbeitslosengeld II angewiesen (März 2008: 248). Die altersdifferenzierte Betrachtung dieser Altersgruppe zeigt: Die Arbeitslosengeld-II-Dichte unter den 15- bis unter 18-Jährigen ist mit 274 deutlich höher als unter den 18- bis unter 25-Jährigen (222). Bei den Frauen in der Stadt Bremerhaven ist dieser Unterschied zwischen diesen beiden Altersgruppen deutlich geringer ausgeprägt als bei den Männern. Von 1.000 Frauen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren waren 259 auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Männer: 288), von 1.000 Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren 248 (Männer: 198).

In der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen waren im März 2009 228 von 1.000 Einwohner/innen dieser Altersgruppe Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II, deutlich weniger als im März 2008 (252). In der Altersgruppe der 50- bis unter 55-Jährigen waren dies 177 (März 2008: 181) und in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen – die Altersgruppe mit der niedrigsten Arbeitslosengeld-II-Dichte – 135 (März 2008: 138).

In den Altersgruppen von 15 bis unter 25 und von 25 bis unter 50 Jahren ist die Arbeitslosengeld-II-Dichte bei den Frauen höher als bei den Männern: 251 von 1.000 bzw. 245 von 1.000 bei den Frauen, 221 von 1.000 bzw. 212 von 1.000 bei den Männern. In den Altersgruppen von 50 bis unter 55 und 55 bis unter 65 Jahren liegt die Arbeitslosengeld-II-Dichte bei den Frauen dagegen unter der bei den Männern: 166 von 1.000 bzw. 128 von 1.000 bei den Frauen und 188 von 1.000 bzw. 142 von 1.000 bei den Männern.

6 Der zweite Monat nach Inkrafttreten des SGB II (Hartz IV); in diesem Monat dürfte die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen noch unvollständig erfasst gewesen sein.

7 Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende.

8 Quelle: Open PROSOZ, übermittelt von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.

9 Die Quoten im März 2009 beziehen sich auf die Zahl der Einwohner/innen Ende 2008. In der Stadt Bremerhaven lebten Ende 2008 insgesamt 74.282 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, darunter 36.016 Frauen. Von den 74.282 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren 13.978 15 bis unter 25 Jahre (darunter 6.766 Frauen), 37.686 25 bis unter 50 Jahre (darunter 17.890 Frauen), 8.358 50 bis unter 55 Jahre (darunter 4.203 Frauen) und 14.260 55 bis unter 65 Jahre alt (darunter 7.157 Frauen). Von den 13.978 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 25 Jahre waren 3.628 unter 18 Jahre (darunter 1.743 Frauen) und 10.350 18 Jahre und älter (darunter 5.023 Frauen).

10 Der relative Abstand der Arbeitslosengeld-II-Dichte zwischen den beiden bremischen Städten im März 2009 (42,8 Prozent) ist damit geringfügig niedriger als der relative Abstand der Sozialhilfedichte in der Stadt Bremerhaven von der Sozialhilfedichte in der Stadt Bremen Ende 2004: 45,9 Prozent (vgl. Armutsbericht 2005, S. 118).

Tabelle 1.1: Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II – Stadt Bremen

revidierte Daten

	März 2008	Juni 2008	September 2008	Dezember 2008	März 2009
Personen insgesamt (eHb und nEf)¹	75.167	74.388	73.592	71.250	72.718
Personen pro Bedarfsgemeinschaft	1,91	1,91	1,91	1,88	1,87
darunter (Personen insgesamt)					
erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)²	53.713	53.106	52.369	50.944	52.316
eHb pro Bedarfsgemeinschaft	1,37	1,36	1,36	1,34	1,34
■ Männer	26.458	26.049	25.525	24.978	25.781
■ Frauen	27.255	27.057	26.844	25.966	26.535
■ Frauen (in % von eHb)	50,7%	50,9%	51,3%	51,0%	50,7%
Altersstruktur erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)					
15 bis unter 25 Jahre	9.675	9.598	9.349	8.981	9.383
15 bis unter 25 Jahre (in % von eHb)	18,0%	18,1%	17,9%	17,6%	17,9%
■ Männer (15 bis unter 25)	4.482	4.476	4.316	4.212	4.405
■ Frauen (15 bis unter 25)	5.193	5.122	5.033	4.769	4.978
■ Frauen (in % von eHb 15 bis unter 25)	53,7%	53,4%	53,8%	53,1%	53,1%
25 bis unter 50 Jahre	32.482	31.930	31.413	30.404	31.176
25 bis unter 50 Jahre (in % von eHb)	60,5%	60,1%	60,0%	59,7%	59,6%
■ Männer (25 bis unter 50)	15.798	15.408	15.047	14.658	15.196
■ Frauen (25 bis unter 50)	16.684	16.522	16.366	15.746	15.980
■ Frauen (in % von eHb 25 bis unter 50)	51,4%	51,7%	52,1%	51,8%	51,3%
50 bis unter 55 Jahre	4.657	4.652	4.654	4.562	4.660
50 bis unter 55 Jahre (in % von eHb)	8,7%	8,8%	8,9%	9,0%	8,9%
■ Männer (50 bis unter 55)	2.458	2.452	2.460	2.394	2.429
■ Frauen (50 bis unter 55)	2.199	2.200	2.194	2.168	2.231
■ Frauen (in % von eHb 50 bis unter 55)	47,2%	47,3%	47,1%	47,5%	47,9%
55 bis unter 65 Jahre	6.899	6.926	6.953	6.997	7.097
55 bis unter 65 Jahre (in % von eHb)	12,8%	13,0%	13,3%	13,7%	13,6%
■ Männer (55 bis unter 65)	3.720	3.713	3.702	3.714	3.751
■ Frauen (55 bis unter 65)	3.179	3.213	3.251	3.283	3.346
■ Frauen (in % von eHb 55 bis unter 65)	46,1%	46,4%	46,8%	46,9%	47,1%

¹ erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb – Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosengeld II) und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (nEf – Empfängerinnen bzw. Empfänger von Sozialgeld)

² Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosengeld II

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 1.1:
Empfängerinnen und Empfänger
von Arbeitslosengeld II
Stadt Bremen**

In der Stadt Bremen lebten im März 2009 insgesamt 72.718 Menschen im Alter von unter 65 Jahren in 38.925 sogenannten SGB-II-Bedarfsgemeinschaften¹¹, darunter 52.316 erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des SGB II¹². Dies waren insgesamt 2.449 (3,3 Prozent) Hilfebedürftige weniger als ein Jahr zuvor – 1.397 weniger erwerbsfähige Hilfebedürftige und 1.052 weniger nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.

Im März 2009 lag die Zahl der erwerbsfähigen hilfebedürftigen Männer 677 (2,6 Prozent), die der erwerbsfähigen hilfebedürftigen Frauen 720 (2,6 Prozent) unter dem entsprechenden Bestand ein Jahr zuvor. Der Anteil der Frauen an den 52.316 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im März 2009 betrug, wie im März 2008, 50,7 Prozent.

In den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen lebten im März 2009 durchschnittlich 1,87 Personen, davon 1,34 erwerbsfähige Hilfebedürftige und 0,52 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.¹³ Im vierten Quartal 2008 und ersten Quartal 2009 sank die durchschnittliche Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften von 1,91 auf 1,87. Eine naheliegende Erklärung: Infolge der Neuregelung des Kinderzuschlags (§ 6a Bundeskindergeldgesetz) zum 1. Oktober 2008 ist der Anteil größerer Bedarfsgemeinschaften (mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit) leicht gesunken.

17,9 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) im März 2009 waren 15 bis unter 25 Jahre (März 2008: 18,0 Prozent), 59,6 Prozent waren 25 bis unter 50 Jahre (März 2008: 60,5 Prozent), 8,9 Prozent waren 50 bis unter 55 Jahre (März 2008: 8,7 Prozent) und 13,6 Prozent waren 55 bis unter 65 Jahre alt (März 2008: 12,8 Prozent). Der Anteil der älteren erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt ist im Vergleich zum März 2008 weiter gestiegen.

Im März 2008 waren 21,5 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen 50 Jahre und älter. Im März 2009 waren dies 22,5 Prozent.

Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen ist in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen am höchsten. Im März 2009 waren in der Stadt Bremen 53,1 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren Frauen (März 2008: 53,7 Prozent).

Auch in der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen lag der Anteil der Frauen an den Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen im März 2009 mit 51,3 Prozent über dem Durchschnitt von 50,7 Prozent.¹⁴

In den Altersgruppen der 50- bis unter 55- und 55- bis unter 65-Jährigen lag der im Verlauf der letzten 12 Monate gestiegene Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit 47,9 bzw. 47,1 Prozent (März 2009) noch immer deutlich unter dem Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt.

¹¹ Zu den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen vgl. Tabelle 2.1.

¹² Neben den 52.316 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (= Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) lebten in diesen Bedarfsgemeinschaften 20.402 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (Sozialgeld-Empfänger/innen), darunter 19.457 Kinder im Alter von unter 15 Jahren. Vgl. dazu Tabelle 6.

¹³ 0,01 Rundungsdifferenz.

¹⁴ Eine differenzierte Betrachtung der Altersstruktur der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen (z.B. in 5-Jahres-Altersgruppen) würde vermutlich zeigen, dass der Frauenanteil insbesondere in den Altersgruppen der 25- bis unter 30- und 30- bis unter 35-Jährigen über diesen 51,3 Prozent liegt. Die einseitige Verteilung der Betreuungspflichten für Kinder dürfte – in Verbindung mit fehlenden öffentlichen Betreuungsangeboten – der wesentliche Grund dafür sein.

Tabelle 1.2: Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II – Stadt Bremerhaven

revidierte Daten

	März 2008	Juni 2008	September 2008	Dezember 2008	März 2009
Personen insgesamt (eHb und nEf)¹	23.107	22.518	21.719	20.735	21.146
Personen pro Bedarfsgemeinschaft	1,97	1,97	1,96	1,92	1,92
darunter (Personen insgesamt)					
erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)²	16.602	16.147	15.535	14.932	15.288
eHb pro Bedarfsgemeinschaft	1,41	1,41	1,40	1,38	1,39
■ Männer	8.287	8.005	7.636	7.363	7.582
■ Frauen	8.315	8.142	7.899	7.569	7.706
■ Frauen (in % von eHb)	50,1%	50,4%	50,8%	50,7%	50,4%
Altersstruktur erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)					
15 bis unter 25 Jahre	3.528	3.449	3.302	3.147	3.295
15 bis unter 25 Jahre (in % von eHb)	21,3%	21,4%	21,3%	21,1%	21,6%
■ Männer (15 bis unter 25)	1.663	1.629	1.569	1.518	1.596
■ Frauen (15 bis unter 25)	1.865	1.820	1.733	1.629	1.699
■ Frauen (in % von eHb 15 bis unter 25)	52,9%	52,8%	52,5%	51,8%	51,6%
25 bis unter 50 Jahre	9.604	9.258	8.847	8.434	8.591
25 bis unter 50 Jahre (in % von eHb)	57,8%	57,3%	56,9%	56,5%	56,2%
■ Männer (25 bis unter 50)	4.786	4.564	4.293	4.097	4.200
■ Frauen (25 bis unter 50)	4.818	4.694	4.554	4.337	4.391
■ Frauen (in % von eHb 25 bis unter 50)	50,2%	50,7%	51,5%	51,4%	51,1%
50 bis unter 55 Jahre	1.502	1.502	1.465	1.423	1.479
50 bis unter 55 Jahre (in % von eHb)	9,0%	9,3%	9,4%	9,5%	9,7%
■ Männer (50 bis unter 55)	786	784	768	742	780
■ Frauen (50 bis unter 55)	716	718	697	681	699
■ Frauen (in % von eHb 50 bis unter 55)	47,7%	47,8%	47,6%	47,9%	47,3%
55 bis unter 65 Jahre	1.968	1.938	1.921	1.928	1.923
55 bis unter 65 Jahre (in % von eHb)	11,9%	12,0%	12,4%	12,9%	12,6%
■ Männer (55 bis unter 65)	1.052	1.028	1.006	1.006	1.006
■ Frauen (55 bis unter 65)	916	910	915	922	917
■ Frauen (in % von eHb 55 bis unter 65)	46,5%	47,0%	47,6%	47,8%	47,7%

¹ erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb – Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosengeld II) und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (nEf – Empfängerinnen bzw. Empfänger von Sozialgeld)

² Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosengeld II

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

Zu Tabelle 1.2: Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II Stadt Bremerhaven

In der Stadt Bremerhaven lebten im März 2009 insgesamt 21.146 Menschen im Alter von unter 65 Jahren in 11.030 sogenannten SGB-II-Bedarfsgemeinschaften¹⁵, darunter 15.288 erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des SGB II.¹⁶ Dies waren insgesamt 1.961 (8,5 Prozent) Hilfebedürftige weniger als ein Jahr zuvor – 1.314 weniger erwerbsfähige Hilfebedürftige und 647 weniger nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.

Im März 2009 lag die Zahl der erwerbsfähigen hilfebedürftigen Männer 705 (8,5 Prozent) und die der erwerbsfähigen hilfebedürftigen Frauen 609 (7,3 Prozent) unter dem entsprechenden Bestand ein Jahr zuvor. Der Anteil der Frauen an den 15.288 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im März 2009 betrug 50,4 Prozent (7.706), 0,3 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor.

In den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven lebten im März 2009, durchschnittlich 1,92 Personen, davon 1,39 erwerbsfähige Hilfebedürftige und 0,53 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Im vierten Quartal 2008 sank die durchschnittliche Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften von 1,96 auf 1,92. Naheliegende Erklärung: Infolge der Neuregelung des Kinderzuschlags (§ 6a Bundeskindergeldgesetz) zum 1. Oktober 2008 ist der Anteil größerer Bedarfsgemeinschaften (mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit) leicht gesunken.

21,6 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) im März 2009 waren 15 bis unter 25 Jahre (März 2008: 21,3 Prozent), 56,2 Prozent waren 25 bis unter 50 Jahre (März 2008: 57,8 Prozent), 9,7 Prozent waren 50 bis unter 55 Jahre (März 2008: 9,0 Prozent) und 12,6 Prozent waren 55 bis unter 65 Jahre alt (März 2008: 11,9 Prozent). Der Anteil der älteren erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt ist im Vergleich zum März 2008 weiter gestiegen.

Im März 2008 waren 20,9 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen 50 Jahre und älter. Im März 2009 waren dies 22,3 Prozent.

Beim Vergleich mit den entsprechenden Daten für die Stadt Bremen fällt auf: Der Anteil der 15- bis unter 25-Jährigen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist auch im März 2009 in der Stadt Bremerhaven noch immer deutlich größer als in der Stadt Bremen.¹⁷

Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen ist in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen am höchsten. Im März 2009 waren in der Stadt Bremerhaven 51,6 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren Frauen (März 2008: 52,9 Prozent). Ebenfalls überdurchschnittlich hoch war der im Vergleich zum Vorjahr (März 2008) gestiegene Anteil der Frauen in der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen: 51,1 Prozent (März 2008: 50,2 Prozent).¹⁸

In den Altersgruppen der 50- bis unter 55- und 55- bis unter 65-Jährigen lag der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im März 2009 mit 47,3 bzw. 47,7 Prozent deutlich unter dem Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt. Allerdings ist der Frauenanteil in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen im Vergleich zum März 2008 deutlich gestiegen: von 46,5 auf 47,7 Prozent. In der Altersgruppe 50- bis unter 55-Jährigen sank der Frauenanteil geringfügig von 47,7 Prozent auf 47,3 Prozent.

¹⁵ Zu den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven vgl. Tabelle 2.2.

¹⁶ Neben den 15.288 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (= Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) lebten in diesen Bedarfsgemeinschaften 5.858 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (Sozialgeld-Empfänger/innen), darunter 5.681 Kinder im Alter von unter 15 Jahren. Vgl. dazu Tabelle 6.

¹⁷ Vgl. Tabelle 1.1.

¹⁸ Eine differenzierte Betrachtung der Altersstruktur der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen (z.B. in 5-Jahres-Altersgruppen) würde vermutlich zeigen, dass der Frauenanteil insbesondere in den Altersgruppen der 25- bis unter 30- und 30- bis unter 35-Jährigen über diesen 51,1 Prozent liegt. Die einseitige Verteilung der Betreuungspflichten für Kinder dürfte – in Verbindung mit fehlenden öffentlichen Betreuungsangeboten – der wesentliche Grund dafür sein.

Tabelle 2.1:
SGB-II-Bedarfsgemeinschaften – Stadt Bremen

revidierte Daten

	März 2008	Juni 2008	Sept. 2008	Dez. 2008	März 2009
Bedarfsgemeinschaften (BG)	39.314	38.947	38.615	37.913	38.925
davon (BG = 100%)					
■ mit einer Person ¹	21.716	21.566	21.436	21.295	22.088
■ mit einer Person ¹ (in % von BG)	55,2%	55,4%	55,5%	56,2%	56,7%
■ mit zwei Personen ²	7.673	7.605	7.582	7.507	7.591
■ mit zwei Personen ² (in % von BG)	19,5%	19,5%	19,6%	19,8%	19,5%
■ mit drei Personen ²	4.963	4.847	4.739	4.601	4.679
■ mit drei Personen ² (in % von BG)	12,6%	12,4%	12,3%	12,1%	12,0%
■ mit vier Personen ²	2.905	2.875	2.818	2.621	2.648
■ mit vier Personen ² (in % von BG)	7,4%	7,4%	7,3%	6,9%	6,8%
■ mit fünf und mehr Personen ²	2.057	2.054	2.040	1.889	1.919
■ mit fünf und mehr Personen ² (in % von BG)	5,2%	5,3%	5,3%	5,0%	4,9%
davon (BG = 100%)					
■ mit einer/einem eHb ³	28.044	27.933	27.778	27.550	28.309
■ mit einer/einem eHb ³ (in % von BG)	71,3%	71,7%	71,9%	72,7%	72,7%
■ mit zwei eHb ³	8.814	8.636	8.539	8.224	8.386
■ mit zwei eHb ³ (in % von BG)	22,4%	22,2%	22,1%	21,7%	21,5%
■ mit drei eHb ³	1.782	1.725	1.624	1.494	1.553
■ mit drei eHb ³ (in % von BG)	4,5%	4,4%	4,2%	3,9%	4,0%
■ mit vier und mehr eHb ³	674	653	620	579	605
■ mit vier und mehr eHb ³ (in % von BG)	1,7%	1,7%	1,6%	1,5%	1,6%
■ ohne eHb ⁴	-	-	54	66	72
■ ohne eHb ⁴ (in % von BG)	-	-	0,1%	0,2%	0,2%
darunter (BG = 100%)					
■ mit Kindern (unter 15 Jahre) (BG mit Kindern)	12.300	12.161	12.061	11.606	11.689
■ mit Kindern (unter 15 Jahre) (in % von BG)	31,3%	31,2%	31,2%	30,6%	30,0%
davon (BG mit Kindern = 100%)					
■ mit einem Kind	6.692	6.575	6.470	6.329	6.422
■ mit einem Kind (in % von BG mit Kindern)	54,4%	54,1%	53,6%	54,5%	54,9%
■ mit zwei Kindern	3.739	3.743	3.734	3.513	3.506
■ mit zwei Kindern (in % von BG mit Kindern)	30,4%	30,8%	31,0%	30,3%	30,0%
■ mit drei Kindern	1.308	1.298	1.309	1.260	1.238
■ mit drei Kindern (in % von BG mit Kindern)	10,6%	10,7%	10,9%	10,9%	10,6%
■ mit vier und mehr Kindern	561	545	548	504	523
■ mit vier und mehr Kindern (in % von BG mit Kindern)	4,6%	4,5%	4,5%	4,3%	4,5%

¹ eine Empfängerin bzw. ein Empfänger von Arbeitslosengeld II

² darunter mindestens eine Empfängerin bzw. ein Empfänger von Arbeitslosengeld II

³ erwerbsfähige Hilfebedürftige (15 bis unter 65 Jahre) (= Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II)

⁴ BG ohne erwerbsfähige(n) Hilfebedürftige(n); -eHb mit Ausschlussgrund, vor allem (alleinerziehende) Student/innen mit Kind, die selbst

keinen Anspruch auf Alg II haben (wg. grundsätzlichem Anspruch auf BAföG), aber Anspruch auf SGB-II-Leistung für ihr Kind

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

Zu Tabelle 2.1:
SGB-II-Bedarfsgemeinschaften
Stadt Bremen

In der Stadt Bremen wurden im März 2009 insgesamt 38.925 sogenannte Bedarfsgemeinschaften im Sinne des SGB II¹⁹ gezählt, 389 (1,0 Prozent) weniger als im März 2008.

In 56,7 Prozent (22.088) dieser Bedarfsgemeinschaften lebte jeweils lediglich eine Person (März 2008: 55,2 Prozent bzw. 21.716).

In 19,5 Prozent (7.591) der Bedarfsgemeinschaften lebten zwei, in 12,0 Prozent (4.679) drei, in 6,8 Prozent (2.648) vier und in 4,9 Prozent (1.919) fünf und mehr Personen – i.d.R. mindestens eine erwerbsfähige Hilfebedürftige oder ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger und weitere erwerbsfähige oder nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.²⁰ Der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Personen sank im Vergleich zum Vorjahr (März 2008) von 25,2 Prozent (9.925) auf 23,8 Prozent (9.246) im März 2009.

72,7 Prozent (28.309) der insgesamt 38.925 Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen waren Bedarfsgemeinschaften, in denen lediglich eine erwerbsfähige Hilfebedürftige oder ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger lebte (März 2008: 71,3 Prozent bzw. 28.044).

In den Bedarfsgemeinschaften mit einem oder einer erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebten 54,1 Prozent (28.309) der insgesamt 52.316 Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (März 2008: 52,2 Prozent).

Zwei erwerbsfähige Hilfebedürftige lebten in 21,5 Prozent (8.386) der Bedarfsgemeinschaften. Das heißt, in diesen Bedarfsgemeinschaften mit zwei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebten insgesamt 16.772 bzw. 32,1 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in der Stadt Bremen (März 2008: 22,4 Prozent der Bedarfsgemeinschaften bzw. 32,8 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen).

7.235 (13,8 Prozent) der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebten in 2.158 Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bzw. in 5,5 Prozent der Bedarfsgemeinschaften insgesamt (März 2008:

15,0 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bzw. 6,2 Prozent der Bedarfsgemeinschaften).

Im März 2009 lebten in 30,0 Prozent (11.689) der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen Kinder im Alter von unter 15 Jahren (März 2008: 31,3 Prozent).

In 54,9 Prozent (6.422) dieser 11.689 Bedarfsgemeinschaften lebte ein Kind im Alter von unter 15 Jahren. In 30,0 Prozent (3.506) der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern lebten zwei, in 10,6 Prozent (1.238) drei und in 4,5 Prozent (523) vier und mehr Kinder im Alter von unter 15 Jahren.

¹⁹ Vgl. § 7 Abs. 3 SGB II.

²⁰ 72 Bedarfsgemeinschaften waren im März 2009 als Bedarfsgemeinschaften ohne eine(n) erwerbsfähige(n) Hilfebedürftige(n) erfasst. Es handelt sich hier um in der Stadt Bremen erstmals ermittelte Bedarfsgemeinschaften, in denen der oder die Erwerbsfähige keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Dabei handelt es sich nach Auskunft der Statistik der Bundesagentur für Arbeit vor allem um (alleinerziehende) Student/innen mit Kind(ern). Diese haben wegen eines grundsätzlichen Anspruchs auf Ausbildungsförderung (BAföG) keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II aber ggf. Anspruch auf SGB-II-Leistungen für ihr(e) Kind(er).

Tabelle 2.2:
SGB-II-Bedarfsgemeinschaften – Stadt Bremerhaven

revidierte Daten

	März 2008	Juni 2008	Sept. 2008	Dez. 2008	März 2009
Bedarfsgemeinschaften (BG)	11.751	11.444	11.085	10.784	11.030
davon (BG = 100%)					
■ mit einer Person ¹	6.288	6.113	5.953	5.895	6.039
■ mit einer Person ¹ (in % von BG)	53,5%	53,4%	53,7%	54,7%	54,8%
■ mit zwei Personen ²	2.340	2.291	2.236	2.188	2.220
■ mit zwei Personen ² (in % von BG)	19,9%	20,0%	20,2%	20,3%	20,1%
■ mit drei Personen ²	1.521	1.487	1.391	1.316	1.405
■ mit drei Personen ² (in % von BG)	12,9%	13,0%	12,5%	12,2%	12,7%
■ mit vier Personen ²	899	859	837	786	769
■ mit vier Personen ² (in % von BG)	7,7%	7,5%	7,6%	7,3%	7,0%
■ mit fünf und mehr Personen ²	703	694	668	599	597
■ mit fünf und mehr Personen ² (in % von BG)	6,0%	6,1%	6,0%	5,6%	5,4%
davon (BG = 100%)					
■ mit einer/einem eHb ³	8.039	7.873	7.717	7.615	7.768
■ mit einer/einem eHb ³ (in % von BG)	68,4%	68,8%	69,6%	70,6%	70,4%
■ mit zwei eHb ³	2.841	2.727	2.553	2.427	2.502
■ mit zwei eHb ³ (in % von BG)	24,2%	23,8%	23,0%	22,5%	22,7%
■ mit drei eHb ³	652	610	591	544	555
■ mit drei eHb ³ (in % von BG)	5,5%	5,3%	5,3%	5,0%	5,0%
■ mit vier und mehr eHb ³	219	234	221	194	198
■ mit vier und mehr eHb ³ (in % von BG)	1,9%	2,0%	2,0%	1,8%	1,8%
■ ohne eHb ⁴	-	-	3	4	7
■ ohne eHb ⁴ (in % von BG)	-	-	0,0%	0,0%	0,1%
darunter (BG = 100%)					
■ mit Kindern (unter 15 Jahre) (BG mit Kindern)	3.670	3.584	3.487	3.303	3.343
■ mit Kindern (unter 15 Jahre) (in % von BG)	31,2%	31,3%	31,5%	30,6%	30,3%
davon (BG mit Kindern = 100%)					
■ mit einem Kind	1.948	1.899	1.848	1.778	1.799
■ mit einem Kind (in % von BG mit Kindern)	53,1%	53,0%	53,0%	53,8%	53,8%
■ mit zwei Kindern	1.120	1.079	1.052	983	1.010
■ mit zwei Kindern (in % von BG mit Kindern)	30,5%	30,1%	30,2%	29,8%	30,2%
■ mit drei Kindern	384	393	386	366	360
■ mit drei Kindern (in % von BG mit Kindern)	10,5%	11,0%	11,1%	11,1%	10,8%
■ mit vier und mehr Kindern	218	213	201	176	174
■ mit vier und mehr Kindern (in % von BG mit Kindern)	5,9%	5,9%	5,8%	5,3%	5,2%

¹ eine Empfängerin bzw. ein Empfänger von Arbeitslosengeld II

² darunter mindestens eine Empfängerin bzw. ein Empfänger von Arbeitslosengeld II

³ erwerbsfähige Hilfebedürftige (15 bis unter 65 Jahre) (= Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II)

⁴ BG ohne erwerbsfähige(n) Hilfebedürftige(n); eHb mit Ausschlussgrund-, vor allem (alleinerziehende) Student/innen mit Kind, die selbst keinen Anspruch auf Alg II haben (wg. grundsätzlichen Anspruch auf BAföG), aber Anspruch auf SGB-II-Leistung für ihr Kind

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

Zu Tabelle 2.2:
SGB-II-Bedarfsgemeinschaften
Stadt Bremerhaven

In der Stadt Bremerhaven wurden im März 2009 insgesamt 11.030 sogenannte Bedarfsgemeinschaften im Sinne des SGB II²¹ gezählt, 721 (6,1 Prozent) weniger als im März 2008.

In 54,8 Prozent (6.039) dieser Bedarfsgemeinschaften lebte jeweils lediglich eine Person (März 2008: 53,5 Prozent bzw. 6.288).

In 20,1 Prozent (2.220) der Bedarfsgemeinschaften lebten zwei, in 12,7 Prozent (1.405) drei, in 7,0 Prozent (769) vier und in 5,4 Prozent (597) fünf und mehr Personen – i.d.R. mindestens eine erwerbsfähige Hilfebedürftige oder ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger und weitere erwerbsfähige oder nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.²²

70,4 Prozent (7.768) der insgesamt 11.030 Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven waren Bedarfsgemeinschaften, in denen lediglich eine erwerbsfähige Hilfebedürftige oder ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger lebte (März 2008: 68,4 Prozent bzw. 8.039).

In den Bedarfsgemeinschaften mit einem oder einer erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebten 50,8 Prozent (7.768) der insgesamt 15.288 Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen.

Zwei erwerbsfähige Hilfebedürftige lebten in 22,7 Prozent (2.502) der Bedarfsgemeinschaften. Das heißt, in diesen Bedarfsgemeinschaften mit zwei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebten insgesamt 5.004 bzw. 32,7 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in der Stadt Bremerhaven (März 2008: 24,2 Prozent der Bedarfsgemeinschaften bzw. 34,2 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen).

2.516 (16,5 Prozent) der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebten in den 753 Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bzw. in 6,8 Prozent der Bedarfsgemeinschaften insgesamt (März 2008: 17,4 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bzw. 7,4 Prozent der Bedarfsgemeinschaften).

Im März 2009 lebten in 30,3 Prozent (3.343) der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven Kinder im Alter von unter 15 Jahren (März 2008: 31,2 Prozent bzw. 3.670).

In 53,8 Prozent (1.799) dieser 3.343 Bedarfsgemeinschaften lebte ein Kind im Alter von unter 15 Jahren. In 30,2 Prozent (1.010) der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern lebten zwei, in 10,8 Prozent (360) drei und in 5,2 Prozent (174) vier und mehr Kinder im Alter von unter 15 Jahren.

²¹ Vgl. § 7 Abs. 3 SGB II.

²² Sieben Bedarfsgemeinschaften waren im März 2009 als Bedarfsgemeinschaften ohne eine(n) erwerbsfähige(n) Hilfebedürftige(n) erfasst. Es handelt sich hier um in der Stadt Bremerhaven erstmals ermittelte Bedarfsgemeinschaften, in denen der Erwerbsfähige oder die Erwerbsfähigen keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Dabei handelt es sich nach Auskunft der Statistik der Bundesagentur für Arbeit vor allem um (alleinerziehende) Student/innen mit Kind(ern). Diese haben wegen eines grundsätzlichen Anspruchs auf Ausbildungsförderung (BAföG) keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II aber ggf. Anspruch auf SGB-II-Leistungen für ihr(e) Kind(er).

Tabelle 3.1: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen und registrierte Arbeitslose im Rechtskreis SGB II – Stadt Bremen

Alg II: revidierte Daten

	März 2008	Juni 2008	Sept. 2008	Dez. 2008	März 2009
erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)¹	53.713	53.106	52.369	50.944	52.316
■ Männer	26.458	26.049	25.525	24.978	25.781
■ Frauen	27.255	27.057	26.844	25.966	26.535
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	23.327	21.722	21.425	21.314	22.604
in % von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen	43,4%	40,9%	40,9%	41,8%	43,2%
■ Männer	12.928	11.979	11.675	11.734	12.677
■ Männer (in % von eHb – Männer)	48,9%	46,0%	45,7%	47,0%	49,2%
■ Frauen	10.399	9.743	9.750	9.580	9.927
■ Frauen (in % von eHb – Frauen)	38,2%	36,0%	36,3%	36,9%	37,4%
eHb - 15 bis unter 25 Jahre	9.675	9.598	9.349	8.981	9.383
■ Männer (15 bis unter 25)	4.482	4.476	4.316	4.212	4.405
■ Frauen (15 bis unter 25)	5.193	5.122	5.033	4.769	4.978
Arbeitslose (SGB II) – unter 25 Jahre	1.749	1.547	1.496	1.608	1.784
in % von eHb - 15 bis unter 25 Jahre	18,1%	16,1%	16,0%	17,9%	19,0%
■ Männer (15 bis unter 25)	962	857	790	902	1.035
■ Männer (in % von eHb – Männer – unter 25)	21,5%	19,1%	18,3%	21,4%	23,5%
■ Frauen (15 bis unter 25)	787	690	706	706	749
■ Frauen (in % von eHb – Frauen – unter 25)	15,2%	13,5%	14,0%	14,8%	15,0%
eHb – 25 bis unter 55 Jahre	37.139	36.582	36.067	34.966	35.836
■ Männer (25 bis unter 55)	18.256	17.860	17.507	17.052	17.625
■ Frauen (25 bis unter 55)	18.883	18.722	18.560	17.914	18.211
Arbeitslose (SGB II) – 25 bis unter 55 Jahre	19.493	18.083	17.764	17.536	18.491
in % von eHb – 25 bis unter 55 Jahre	52,5%	49,4%	49,3%	50,2%	51,6%
■ Männer (25 bis unter 55)	10.803	9.967	9.704	9.643	10.367
■ Männer (in % von eHb – Männer – 25 bis unter 55)	59,2%	55,8%	55,4%	56,6%	58,8%
■ Frauen (15 bis unter 25)	8.690	8.116	8.060	7.893	8.124
■ Frauen (in % von eHb – Frauen – 25 bis unter 55)	46,0%	43,4%	43,4%	44,1%	44,6%
eHb - 55 bis unter 65 Jahre	6.899	6.926	6.953	6.997	7.097
■ Männer (55 bis unter 65)	3.720	3.713	3.702	3.714	3.751
■ Frauen (55 bis unter 65)	3.179	3.213	3.251	3.283	3.346
Arbeitslose (SGB II) – 55 bis unter 65 Jahre	2.085	2.092	2.165	2.170	2.329
in % von eHb – 55 bis unter 65 Jahre	30,2%	30,2%	31,1%	31,0%	32,8%
■ Männer (55 bis unter 65)	1.163	1.155	1.181	1.189	1.275
■ Männer (in % von eHb – Männer – 55 bis unter 65)	31,3%	31,1%	31,9%	32,0%	34,0%
■ Frauen (55 bis unter 65)	922	937	984	981	1.054
■ Frauen (in % von eHb – Frauen – 55 bis unter 65)	29,0%	29,2%	30,3%	29,9%	31,5%

¹ Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosengeld II

Zahl der registrierten Arbeitslosen im März 2008 gegenüber Armutsbericht 2008 von der BA teilweise korrigiert.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; eigene Berechnungen.

Zu Tabelle 3.1: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen und registrierte Arbeitslose im Rechtskreis SGB II – Stadt Bremen

Im März 2009 waren in der Stadt Bremen 2,6 Prozent (1.397) weniger Frauen und Männer auf Arbeitslosengeld II angewiesen als ein Jahr zuvor. Im entsprechenden Zeitraum sank die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II um 3,1 Prozent (723).

Von den 52.316 Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen waren im März 2009 43,2 Prozent (22.604) als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert²³ (März 2006: 51,3 Prozent; März 2007: 44,7 Prozent; März 2008: 43,4 Prozent).

Im März 2009 waren demnach 29.712 (56,8 Prozent) Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen nicht arbeitslos bzw. nicht als Arbeitslose registriert, 674 (2,2 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor. Die Gründe sind im Wesentlichen: Schulbesuch, Erwerbstätigkeit von mindestens 15 Wochenstunden, Teilnahme an einer Maßnahme zur ›Eingliederung in Arbeit‹ oder ›fehlende Verfügbarkeit‹ wegen der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Eine (veröffentlichte) statistische Auswertung der Gründe für die Nichterfassung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen als Arbeitslose gibt es bisher auf Kreisebene immer noch nicht.

Der Anteil der arbeitslos registrierten Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt differiert regional, alters- und geschlechtsspezifisch erheblich.

Dies gilt auch für die Ortsteile der Stadt Bremen.²⁴ Bei einem Durchschnitt von 42,6 Prozent²⁵ reicht der Anteil der arbeitslos registrierten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt von 54,4 Prozent im Ortsteil Alte Neustadt bis lediglich 30,6 Prozent im Ortsteil Blockdiek.

Im März 2009 waren 49,2 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Empfänger (männlich) aber nur 37,4 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen als Arbeitslose registriert²⁶ (März 2008: 48,9 Prozent bzw. 38,2 Prozent). Die erheblich niedrigere Quote bei den Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen dürfte im Wesentlichen auf die ›fehlende Verfügbarkeit‹ wegen der Betreuung von (kleinen) Kindern zurückzuführen sein.²⁷

In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen waren im März 2009 lediglich 19,0 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert – 23,5 Prozent der männlichen und lediglich 15,0 Prozent der weiblichen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Im März 2008, waren 21,5 Prozent der männlichen und 15,2 Prozent der weiblichen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert.

Die höchste Quote wurde für die Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen errechnet. Sie betrug im März 2009 51,6 Prozent (März 2008: 52,5 Prozent). Von den Arbeitslosengeld-II-Empfängern (männlich) dieser Altersgruppe waren im März 2009 58,8 Prozent als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert (März 2008: 59,2 Prozent), von den Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen lediglich 44,6 Prozent (März 2008: 46,0 Prozent).

Eine sehr niedrige Quote wurde für die Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen ermittelt. Nur 32,8 Prozent waren im März 2009 als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert (März 2008: 30,2 Prozent). Von den Arbeitslosengeld-II-Empfängern (männlich) waren im März 2009 34,0 Prozent als Arbeitslose registriert (März 2008: 31,3 Prozent), von den Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen lediglich 31,5 Prozent (März 2008: 29,0 Prozent).²⁸

²³ Spätere integrierte Auswertungen zu Leistungsbezug und registrierter Arbeitslosigkeit zeigen, dass diese Quoten noch unter den auf Grundlage der Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen berechneten Quoten liegen; im März 2009 wurde für die Stadt Bremen eine Quote von 43,2 Prozent ermittelt (Arbeitslose im Rechtskreis SGB II im Verhältnis zu den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt), die dann später auf eine Quote von 42,6 Prozent (arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige im Verhältnis zu den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt) reduziert wurde. Die Gründe für diese Abweichungen: zeitverzögert erfasste Rechtskreiswechsel und kurzzeitige Leistungsunterbrechungen. (Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.)

²⁴ Hier ohne die bevölkerungsarmen Ortsteile Blockland, Seehausen, Strom, Hohweg, In den Hufen und Werderland und ohne den Stadtteil Häfen.

²⁵ Vgl. Fußnote 23.

²⁶ Diese geschlechtsspezifischen Quoten beziehen sich auf die registrierten Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Die spätere integrierte Auswertung zu Leistungsbezug und registrierter Arbeitslosigkeit in der Stadt Bremen ergab, dass im März 2009 von den männlichen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen 49,1 Prozent und von den weiblichen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lediglich 36,5 Prozent als Arbeitslose registriert waren.

²⁷ Die ›fehlende Verfügbarkeit‹ wegen der Betreuung von Kindern sollte jedoch in der Regel nur dann gegeben sein, wenn die Kinder noch nicht das dritte Lebensjahr vollendet haben. Gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II sollen die zuständigen kommunalen Träger darauf hinwirken, ›dass erwerbsfähigen Erziehenden vorrangig ein Platz zur Tagesbetreuung des Kindes angeboten wird, ...‹. Dies wird vermutlich oft so interpretiert, dass diese Plätze erst dann angeboten werden, wenn erwerbsfähige Erziehende einen Arbeitsplatz in Aussicht haben.

²⁸ In dieser Altersgruppe bot bis Ende 2007 der Verweis auf § 428 SGB III in § 65 Abs. 4 SGB II die Möglichkeit, 58-jährige und ältere erwerbsfähige arbeitslose Hilfebedürftige wegen eingeschränkter Verfügbarkeit nicht als Arbeitslose zu registrieren. Für Neufälle im Rechtskreis SGB II gilt seit dem 1. Januar 2008 der Absatz 2 im neu eingefügten § 53a SGB II: ›Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die nach Vollendung des 58. Lebensjahres mindestens für die Dauer von zwölf Monaten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen haben, ohne dass ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten worden ist, gelten nach Ablauf dieses Zeitraums für die Dauer des jeweiligen Leistungsbezugs nicht als arbeitslos.‹ Im März 2009 waren in der Stadt Bremen etwa 2.900 erwerbsfähige Hilfebedürftige im Alter von über 58 Jahren auf Grundlage von § 53a Abs. 2 SGB II und (Altfälle) auf Grundlage von § 65 Abs. 4 SGB II (§ 428 SGB III) (alt) nicht als arbeitslos registriert. (Datenquelle: Statistik-Service Nordost.)

Tabelle 3.2: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen und registrierte Arbeitslose im Rechtskreis SGB II – Stadt Bremerhaven

Alg II: revidierte Daten

	März 2008	Juni 2008	Sept. 2008	Dez. 2008	März 2009
erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)¹	16.602	16.147	15.535	14.932	15.288
■ Männer	8.287	8.005	7.636	7.363	7.582
■ Frauen	8.315	8.142	7.899	7.569	7.706
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	8.722	8.257	7.536	7.256	7.514
in % von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen	52,5%	51,1%	48,5%	48,6%	49,1%
■ Männer	4.785	4.468	3.958	3.849	4.093
■ Männer (in % von eHb – Männer)	57,7%	55,8%	51,8%	52,3%	54,0%
■ Frauen	3.937	3.789	3.578	3.407	3.421
■ Frauen (in % von eHb – Frauen)	47,3%	46,5%	45,3%	45,0%	44,4%
eHb - 15 bis unter 25 Jahre	3.528	3.449	3.302	3.147	3.295
■ Männer (15 bis unter 25)	1.663	1.629	1.569	1.518	1.596
■ Frauen (15 bis unter 25)	1.865	1.820	1.733	1.629	1.699
Arbeitslose (SGB II) – unter 25 Jahre	800	701	728	648	651
in % von eHb – 15 bis unter 25 Jahre	22,7%	20,3%	22,0%	20,6%	19,8%
■ Männer (15 bis unter 25)	451	385	401	364	367
■ Männer (in % von eHb – Männer – unter 25)	27,1%	23,6%	25,6%	24,0%	23,0%
■ Frauen (15 bis unter 25)	349	316	327	284	284
■ Frauen (in % von eHb – Frauen – unter 25)	18,7%	17,4%	18,9%	17,4%	16,7%
eHb - 25 bis unter 55 Jahre	11.106	10.760	10.312	9.857	10.070
■ Männer (25 bis unter 55)	5.572	5.348	5.061	4.839	4.980
■ Frauen (25 bis unter 55)	5.534	5.412	5.251	5.018	5.090
Arbeitslose (SGB II) – 25 bis unter 55 Jahre	7.177	6.834	6.132	5.907	6.145
in % von eHb – 25 bis unter 55 Jahre	64,6%	63,5%	59,5%	59,9%	61,0%
■ Männer (25 bis unter 55)	3.916	3.697	3.209	3.131	3.348
■ Männer (in % von eHb – Männer – 25 bis unter 55)	70,3%	69,1%	63,4%	64,7%	67,2%
■ Frauen (15 bis unter 25)	3.261	3.137	2.923	2.776	2.797
■ Frauen (in % von eHb – Frauen – 25 bis unter 55)	58,9%	58,0%	55,7%	55,3%	55,0%
eHb - 55 bis unter 65 Jahre	1.968	1.938	1.921	1.928	1.923
■ Männer (55 bis unter 65)	1.052	1.028	1.006	1.006	1.006
■ Frauen (55 bis unter 65)	916	910	915	922	917
Arbeitslose (SGB II) – 55 bis unter 65 Jahre	745	722	676	701	718
in % von eHb – 55 bis unter 65 Jahre	37,9%	37,3%	35,2%	36,4%	37,3%
■ Männer (55 bis unter 65)	418	386	348	354	378
■ Männer (in % von eHb – Männer – 55 bis unter 65)	9,7%	37,5%	34,6%	35,2%	37,6%
■ Frauen (55 bis unter 65)	327	336	328	347	340
■ Frauen (in % von eHb – Frauen – 55 bis unter 65)	35,7%	36,9%	35,8%	37,6%	37,1%

¹ Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosengeld II

Zahl der registrierten Arbeitslosen im März 2008 gegenüber Armutsbericht 2008 von der BA teilweise korrigiert.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 3.2:
Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen und
registrierte Arbeitslose im Rechtskreis SGB II
Stadt Bremerhaven**

Im März 2009 waren in der Stadt Bremerhaven 7,9 Prozent (1.314) weniger Frauen und Männer auf Arbeitslosengeld II angewiesen als ein Jahr zuvor. Im entsprechenden Zeitraum sank die Zahl der im Rechtskreis SGB II registrierten Arbeitslosen, deutlich stärker, um 13,9 Prozent (1.208).

Von den 15.288 Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in der Stadt Bremerhaven im März 2009 waren 49,1 Prozent (7.514) als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert, 3,4 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor.²⁹ Diese Quote lag in der Stadt Bremerhaven, trotz deutlicher Annäherung im Laufe des vergangenen Jahres, über der entsprechenden Quote in der Stadt Bremen (43,2 Prozent).

Im März 2009 waren demnach 50,9 Prozent (7.774) der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen nicht arbeitslos bzw. nicht als Arbeitslose registriert, 106 (1,3 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor.³⁰

Der Anteil der arbeitslos registrierten Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt, differiert auch in der Stadt Bremerhaven alters- und geschlechtsspezifisch erheblich.

In der Stadt Bremerhaven waren im März 2009 54,0 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Empfänger (männlich), aber nur 44,4 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen als Arbeitslose registriert³¹ (März 2008: 57,7 Prozent bzw. 47,3 Prozent).

In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen waren im März 2009 in der Stadt Bremerhaven lediglich 19,8 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen als Arbeitslose registriert – 23,0 Prozent der männlichen und lediglich 16,7 Prozent der weiblichen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (März 2008: Altersgruppe insgesamt 22,7 Prozent; Männer 27,1 Prozent; Frauen 18,7 Prozent).

Die höchste Quote wurde für die Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen errechnet. Sie betrug im März 2009 61,0 Prozent bei den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen dieser Altersgruppe insgesamt (März 2008: 64,6 Prozent).

Von den Arbeitslosengeld-II-Empfängern (männlich) dieser Altersgruppe waren im März 2009 67,2 Prozent als Arbeitslose registriert (März 2008: 70,3 Prozent), von den Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen lediglich 55,0 Prozent (März 2008: 58,9 Prozent).

In der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen waren in der Stadt Bremerhaven im März 2009 nur 37,3 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen dieser Altersgruppe als Arbeitslose registriert (März 2008: 37,9 Prozent). Von den Arbeitslosengeld-II-Empfängern (männlich) dieser Altersgruppe waren im März 2009 37,6 Prozent als Arbeitslose registriert (März 2008: 39,7 Prozent), von den Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen 37,1 Prozent³² (März 2008: 35,7 Prozent).

²⁹ Spätere integrierte Auswertungen zu Leistungsbezug und registrierte Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II zeigen, dass diese Quoten noch unter den auf Grundlage der Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen berechneten Quoten liegen; im März 2009 wurde für die Stadt Bremerhaven eine Quote von 49,1 Prozent ermittelt (Arbeitslose im Rechtskreis SGB II im Verhältnis zu den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt), die dann später auf eine Quote von 47,5 Prozent (arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige im Verhältnis zu den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt) reduziert wurde. Die Gründe für diese Abweichungen: zeitverzögert erfasste Rechtskreiswechsel und kurzzeitige Leistungsunterbrechungen. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit.)

³⁰ Zu den Gründen siehe die Anmerkungen zu Tabelle 3.1.

³¹ Diese geschlechtsspezifischen Quoten beziehen sich auf die registrierten Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Die spätere integrierte Auswertung zu Leistungsbezug und registrierter Arbeitslosigkeit in der Stadt Bremerhaven ergab, dass im März 2009 von den männlichen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen 52,5 Prozent und von den weiblichen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lediglich 42,5 Prozent als Arbeitslose registriert waren; zu den Gründen für die erheblich niedrigere Registrierungsquote bei den Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen siehe die Anmerkungen zu Tabelle 3.1.

³² In dieser Altersgruppe bot bis Ende 2007 der Verweis auf § 428 SGB III in § 65 Abs. 4 SGB II die Möglichkeit, 58-jährige und ältere erwerbsfähige arbeitslose Hilfebedürftige wegen eingeschränkter Verfügbarkeit nicht als Arbeitslose zu registrieren. Für Neufälle im Rechtskreis SGB II gilt seit dem 1. Januar 2008 der Absatz 2 im neu eingefügten § 53a SGB II: »Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die nach Vollendung des 58. Lebensjahres mindestens für die Dauer von zwölf Monaten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen haben, ohne dass ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten worden ist, gelten nach Ablauf dieses Zeitraums für die Dauer des jeweiligen Leistungsbezugs nicht als arbeitslos.« Im März 2009 waren in der Stadt Bremerhaven etwa 700 erwerbsfähige Hilfebedürftige im Alter von über 58 Jahren auf Grundlage von § 53a Abs. 2 SGB II und (Altfälle) auf Grundlage von § 65 Abs. 4 SGB II (§ 428 SGB III) (alt) nicht als arbeitslos registriert. (Datenquelle: Statistik-Service Nordost.)

Tabelle 4: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in den 15 Großstädten mit mehr als 400.000 Einwohnern und Einwohnerinnen

revidierte Daten

Großstädte (> 400.000 EW)	Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen					
	EW 15-64 2008 ¹ in 1.000	03/2008 insgesamt	06/2008 insgesamt	09/2008 insgesamt	12/2008 insgesamt	03/2009 insgesamt
Berlin	2.375,9	453.641	449.496	444.140	434.100	441.148
Bremen	362,9	53.713	53.106	52.369	50.944	52.316
Dortmund	384,7	60.587	59.879	57.987	56.188	57.198
Dresden	341,4	46.552	45.868	45.080	43.053	44.102
Duisburg	320,6	52.094	51.317	50.634	49.819	50.477
Düsseldorf	395,6	46.760	46.459	45.770	44.999	45.366
Essen	377,1	57.975	57.727	57.210	56.766	57.261
Frankfurt am Main	463,4	51.200	50.701	49.942	48.744	49.807
Hamburg	1.212,7	147.591	145.653	143.812	140.471	142.319
Hannover (Region)	741,8	86.453	85.670	84.561	83.233	85.708
Köln	683,0	87.354	86.375	84.415	82.216	83.096
Leipzig	345,7	65.581	65.047	64.345	61.720	63.171
München	926,8	52.503	51.621	50.412	49.930	51.836
Nürnberg	338,1	36.915	35.789	34.745	33.922	35.304
Stuttgart	412,7	29.534	29.017	28.501	28.119	28.935

Großstädte (> 400.000 EW)	Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren										
	EW 15-64 2008 ¹ in 1.000	03/2008		06/2008		09/2008		12/2008		03/2009	
	pro 1.000	Rang	pro 1.000	Rang	pro 1.000	Rang	pro 1.000	Rang	pro 1.000	Rang	
Berlin	2.375,9	191	1	189	1	187	1	183	1	186	1
Leipzig	345,7	190	2	188	2	186	2	179	2	183	2
Duisburg	320,6	162	3	160	3	158	3	155	3	157	3
Essen	377,1	154	5	153	5	152	4	151	4	152	4
Dortmund	384,7	157	4	156	4	151	5	146	5	149	5
Bremen	362,9	148	6	146	6	144	6	140	6	144	6
Dresden	341,4	136	7	134	7	132	7	126	7	129	7
Köln	683,0	128	8	126	8	124	8	120	8	122	8
Hamburg	1.212,7	122	9	120	9	119	9	116	9	117	9
Hannover (Region)	741,8	117	11	115	11	114	11	112	11	116	10
Düsseldorf	395,6	118	10	117	10	116	10	114	10	115	11
Frankfurt am Main	463,4	110	12	109	12	108	12	105	12	107	12
Nürnberg	338,1	109	13	106	13	103	13	100	13	104	13
Stuttgart	412,7	72	14	70	14	69	14	68	14	70	14
München	926,8	57	15	56	15	54	15	54	15	56	15
Deutschland	54.134,2	95		93		91		89		91	
Westdeutschland	43.137,7	77		76		74		72		74	

¹ Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Ende 2008)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 4:
Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in
den 15 Großstädten mit mehr als 400.000
Einwohnern und Einwohnerinnen**

Im März 2009 waren in der Stadt Berlin 186 von 1.000 Einwohner/innen³³ im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen – die höchste Zahl im Großstadtvergleich. Die Quote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) nahm in der Stadt Berlin im Vergleich zum März 2008 um 5 Punkte ab.

Hinter den Städten Berlin, Leipzig, Duisburg, Essen und Dortmund belegte die Stadt Bremen im März 2009 mit 144 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren wie im Vorjahr Rang 6. Die Quote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) lag damit 4 Punkte unter der Quote im Vorjahr (März 2008).

Hinter der Stadt Bremen folgten im März 2009 auf Rang 7 bis 13 die Städte Dresden (129), Köln (122), Hamburg (117), die Region Hannover (116), Düsseldorf (115) und die Städte Frankfurt am Main (107) und Nürnberg (104).

In diesen 13 Städten lag die Quote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) nicht nur über dem Durchschnitt von 74 pro 1.000 in Westdeutschland, sondern auch über dem deutlich höheren Durchschnitt von 91 pro 1.000 in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

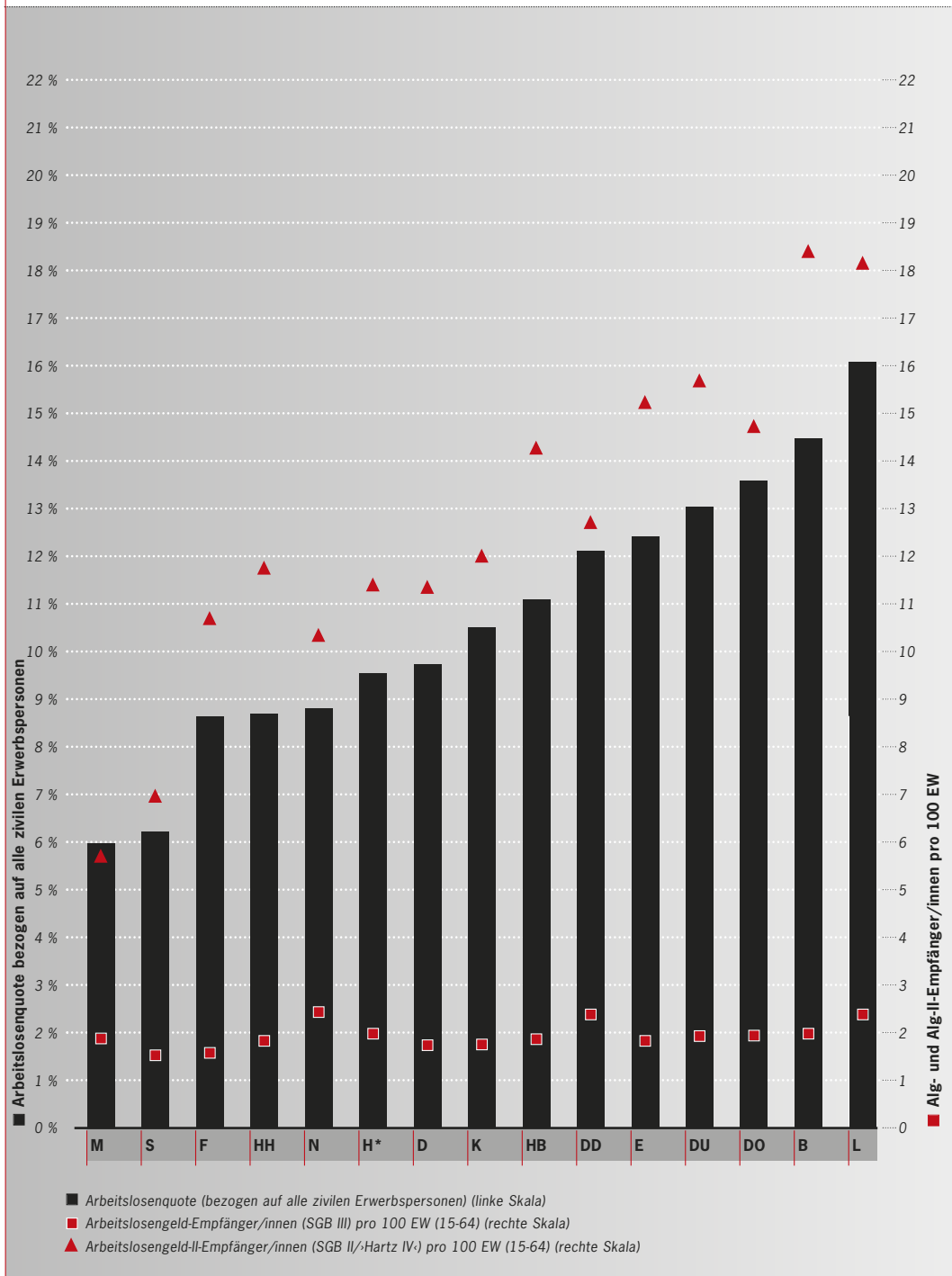
Auch im März 2009 waren in nur zwei der 15 Großstädte weniger als 100 von 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen.

In den Städten Stuttgart und München lag die Quote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) mit 70 bzw. 56 unter dem westdeutschen Durchschnitt von 74 pro 1.000.

In der Rangfolge der 15 Großstädte hat sich von März 2008 bis März 2009 insgesamt nur wenig verändert: Dortmund verbesserte sich von Rang 4 auf Rang 5, Düsseldorf von Rang 10 auf Rang 11 – Essen verschlechterte sich von Rang 5 auf Rang 4, die Region Hannover von Rang 11 auf 10.

³³ Anders ausgedrückt: 18,6 Prozent. Die Quoten in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Zahl der Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am Ende des Jahres 2008.

Abbildung 3: Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 100 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren¹ im Vergleich zur Arbeitslosenquote² alle 15 Großstädte (>400.000 EW), März 2009 (revidierte Daten)



* Region Hannover

¹ Ende 2008

² bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistische Landesämter (Bevölkerung); eigene Berechnungen.

**Zu Abbildung 3:
Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 100 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Vergleich zur Arbeitslosenquote alle 15 Großstädte**

Der Vergleich der Zahl der Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 100 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit der Arbeitslosenquote in den 15 Großstädten mit mehr als 400.000 Einwohner/innen (März 2009) zeigt:

Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, erreichte in den 15 Großstädten von 5,9 Prozent in München bis 16,0 Prozent in Leipzig (März 2008: von 5,4 Prozent in Stuttgart bis 16,1 Prozent in Leipzig).

Die Höhe der Arbeitslosenquote hat (in diesem Querschnittsvergleich) offensichtlich kaum einen Einfluss auf den Anteil der Personen mit einem Anspruch auf das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld (SGB III) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Lediglich der Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Personen, die auf das steuerfinanzierte Arbeitslosengeld II angewiesen sind) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren ist in Städten mit einer höheren Arbeitslosenquote wesentlich höher als in Städten mit einer niedrigeren Arbeitslosenquote.

Der Anteil der arbeitslosen³⁴ Frauen und Männer mit einem Anspruch auf das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld reicht in den 15 Großstädten von 1,5 Prozent der Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Stuttgart (Minimum) bis 2,4 Prozent in Nürnberg (Maximum in den 12 westdeutschen Großstädten) und 2,6 Prozent in Dresden und Leipzig (Maximum aller 15 Großstädte). Dies waren deutlich mehr als ein Jahr zuvor (März 2008: von 1,2 Prozent in Stuttgart bis 2,4 Prozent in Dresden und Leipzig).

In der Stadt Bremen hatten bei einer Arbeitslosenquote³⁵ von 11,1 Prozent (März 2008: 10,8 Prozent) lediglich 1,9 Prozent (März 2008: 1,6 Prozent) der Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren einen Anspruch auf Arbeitslosengeld (SGB III).

Der Anteil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen an den Einwohner/innen im Alter von

15 bis unter 65 Jahren reicht dagegen von 5,6 Prozent in München bis 18,6 Prozent in Berlin (März 2008: von 5,7 Prozent in München bis 19,1 Prozent in Berlin). In der Stadt Bremen waren 14,4 Prozent der Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen (März 2008: 14,8 Prozent). In den Städten Berlin, Bremen und Hamburg ist diese ›Arbeitslosengeld-II-Quote‹ im Vergleich zur registrierten Arbeitslosenquote besonders hoch. In nahezu allen Städten liegt diese ›Arbeitslosengeld-II-Quote‹ deutlich über der Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. Ausnahme: München.

Der wesentlich engere Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosenquote und der Arbeitslosengeld-II-Dichte (Anteil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) als zwischen der Arbeitslosenquote und der Arbeitslosengeld-Dichte (Anteil der Arbeitslosengeld-Empfänger/innen gemäß SGB III an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) zeigt: Das Arbeitslosengeld gemäß SGB III (Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung) hat offensichtlich keine oder kaum eine (finanziell) ausgleichende Wirkung zwischen den Städten mit einer hohen und denen mit einer niedrigen Arbeitslosenquote. Der Ausgleich zwischen den Städten mit hoher und Städten mit niedriger Arbeitslosigkeit erfolgt nahezu ausschließlich durch das in der Regel wesentlich geringere Arbeitslosengeld II, das zudem zu einem erheblichen Teil³⁶ von den Kommunen zu finanzieren ist.³⁷

³⁴ Registrierte und nicht registrierte Arbeitslose.

³⁵ Hier immer, anders als in den Armutsberichten bis 2008, die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

³⁶ Insbesondere die zurzeit 74,6 Prozent der Leistungen für Unterkunft und Heizung (Stuttgart: 70,6 Prozent). Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Tabelle 9.1.

³⁷ Zur Aushöhlung der Versicherungsleistung ›Arbeitslosengeld während Arbeitslosigkeit‹ durch die ›Hartz-Gesetzgebung‹ (insbesondere Erstes bis Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt) vergleiche Armutsbericht 2008, Seite 124.

Tabelle 5: Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in Bremerhaven und 11 Vergleichsstädten

revidierte Daten

Bremerhaven und 11 Vergleichsstädte	Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen					
	EW 15-64 2008 ¹ in 1.000	03/2008 insgesamt	06/2008 insgesamt	09/2008 insgesamt	12/2008 insgesamt	03/2009 insgesamt
Bottrop	77,4	8.517	8.353	8.092	7.930	8.141
Bremerhaven	74,3	16.602	16.147	15.535	14.932	15.288
Darmstadt	97,0	9.271	9.200	8.986	8.582	8.867
Gera	66,1	12.138	11.825	11.358	11.102	11.344
Heilbronn	80,2	6.365	6.031	5.824	5.809	6.042
Offenbach am Main	80,6	13.123	13.034	12.801	12.486	12.677
Oldenburg (Oldb.)	109,9	13.066	12.881	12.694	12.647	13.006
Osnabrück	110,7	11.446	11.286	11.173	11.159	11.746
Regensburg	92,3	7.241	7.133	6.964	6.817	7.088
Rostock	135,7	25.698	24.956	24.563	24.007	23.997
Wilhelmshaven	52,2	8.752	8.582	8.417	8.233	8.420
Wolfsburg	76,8	6.681	6.452	5.933	6.063	6.393

Bremerhaven und 11 Vergleichsstädte	Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren										
	EW 15-64 2008 ¹ in 1.000	03/2008 pro 1.000	Rang	06/2008 pro 1.000	Rang	09/2008 pro 1.000	Rang	12/2008 pro 1.000	Rang	03/2009 pro 1.000	Rang
Bremerhaven	74,3	223	1	217	1	209	1	201	1	206	1
Rostock	135,7	189	2	184	2	181	2	177	2	177	2
Gera	66,1	184	3	179	3	172	3	168	3	172	3
Wilhelmshaven	52,2	168	4	164	4	161	4	158	4	161	4
Offenbach am Main	80,6	163	5	162	5	159	5	155	5	157	5
Oldenburg (Oldb.)	109,9	119	6	117	6	116	6	115	6	118	6
Osnabrück	110,7	103	8	102	8	101	8	101	8	106	7
Bottrop	77,4	110	7	108	7	105	7	102	7	105	8
Darmstadt	97,0	96	9	95	9	93	9	88	9	91	9
Wolfsburg	76,8	87	10	84	10	77	10	79	10	83	10
Regensburg	92,3	78	12	77	11	75	11	74	11	77	11
Heilbronn	80,2	79	11	75	12	73	12	72	12	75	12
Deutschland	54.134,2	95		93		91		89		91	
Westdeutschland	43.137,7	77		76		74		72		74	

¹ Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Ende 2008).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 5:
Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in
der Stadt Bremerhaven und 11 Vergleichs-
städten³⁸**

Der Vergleich der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosengeld-II-Dichte) in der Stadt Bremerhaven und den 11 Vergleichsstädten (März 2009) zeigt:

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte in der Stadt Bremerhaven nahm im Vergleich zum März 2008 um 17 Punkte ab, war aber weiterhin die bei weitem höchste dieser 12 Vergleichsstädte.³⁹ Im März 2009 waren hier 206 von 1.000 Einwohner/innen⁴⁰ im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Auch in den Vergleichsmonaten März, Juni, September und Dezember 2008 war die Stadt Bremerhaven die Stadt mit den meisten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Hinter der Stadt Bremerhaven belegten die Städte Rostock (177), Gera (172), Wilhelmshaven (161) und Offenbach am Main (157) Rang 2 bis 5. Mit deutlichem Abstand und einer Arbeitslosengeld-II-Dichte zwischen 100 und 120 folgen die Städte Oldenburg (118), Osnabrück (106) und Bottrop (105). In vier der 11 Vergleichsstädte waren weniger als 100 von

1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen: Darmstadt (91), Wolfsburg (83), Regensburg (77) und Heilbronn (75).

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte lag im März 2009 in drei Vergleichsstädten unter dem Bundesdurchschnitt von 91 Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. In keiner dieser 12 Vergleichsstädte lag die Arbeitslosengeld-II-Dichte im März 2009 unter dem Durchschnitt von 74 pro 1.000 in Westdeutschland.

Die Rangfolge dieser 12 Städte hat sich von März 2008 bis März 2009 kaum verändert: Bottrop verbesserte sich von Rang 7 auf Rang 8, Heilbronn von Rang 11 auf Rang 12 – Osnabrück, die einzige Vergleichsstadt mit einer im Vergleich zum März 2008 gestiegenen Arbeitslosengeld-II-Dichte, verschlechterte sich von Rang 8 auf Rang 7, Regensburg von Rang 12 auf Rang 11.

³⁸ Als Vergleichsstädte wurden hier die sogenannten Benchmark-Städte der Stadt Bremerhaven übernommen. Die elf Städte wurden vom Magistrat nach zwei Kriterien ausgewählt: a) Städte mit ähnlichen Bevölkerungszahlen wie Bremerhaven, die eine zentralörtliche Funktion erfüllen (Bottrop, Darmstadt, Gera, Heilbronn, Oldenburg, Osnabrück, Offenbach am Main, Regensburg, Wolfsburg) und b) Küstenstädte, die aufgrund ihrer Küstenrandlage für Bremerhaven-Vergleiche von Bedeutung sind, wobei die Bevölkerungszahl nachrangig ist (Rostock, Wilhelmshaven). Eine Prüfung, ob sich diese Städte tatsächlich für den Vergleich der Arbeitslosengeld-II-Dichte eignen, wurde nicht vorgenommen.

³⁹ Dies ist zugleich die höchste Arbeitslosengeld-II-Dichte (Rang 1) im Vergleich aller kreisfreien Städte in der Bundesrepublik Deutschland (März 2008: Rang 3 hinter den Städten Görlitz und Hoyerswerda, die seit dem 1. August 2008 keine kreisfreien Städte mehr sind, sondern Teil der neuen Landkreise Görlitz und Bautzen).

⁴⁰ Anders ausgedrückt: 20,6 Prozent. Die Quoten in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Zahl der Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am Ende des Jahres 2008.

**Tabelle 6: Kinder und andere nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (SGB II)
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven**

revidierte Daten

	März 2008	Juni 2008	Sept. 2008	Dez. 2008	März 2009
Stadt Bremen					
Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (nEf)¹	21.454	21.282	21.223	20.306	20.402
nEf pro Bedarfsgemeinschaft	0,55	0,55	0,55	0,54	0,52
davon (nEf)					
15 Jahre und älter ²	890	922	934	943	945
15 Jahre und älter (in % von nEf)	4,1%	4,3%	4,4%	4,6%	4,6%
darunter					
■ Frauen (15 Jahre und älter)	493	510	507	518	527
■ Frauen (in % von nEf – 15 Jahre und älter)	55,4%	55,3%	54,3%	54,9%	55,8%
Kinder unter 15 Jahre	20.564	20.360	20.289	19.363	19.457
unter 15 Jahre (in % von nEf)	95,9%	95,7%	95,6%	95,4%	95,4%
Kinder (unter 15 Jahre) pro Bedarfsgemeinschaft	0,52	0,52	0,53	0,51	0,50
darunter in Bedarfsgemeinschaften mit ...					
■ einem Kind	6.692	6.575	6.470	6.329	6.422
■ einem Kind (in % von Kindern unter 15 Jahren)	32,5%	32,3%	31,9%	32,7%	33,0%
■ zwei Kindern	7.478	7.486	7.468	7.026	7.012
■ zwei Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	36,4%	36,8%	36,8%	36,3%	36,0%
■ drei Kindern	3.924	3.894	3.927	3.780	3.714
■ drei Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	19,1%	19,1%	19,4%	19,5%	19,1%
■ vier und mehr Kindern	2.470	2.405	2.424	2.228	2.309
■ vier und mehr Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	12,0%	11,8%	11,9%	11,5%	11,9%
Stadt Bremerhaven					
Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (nEf)¹	6.505	6.371	6.184	5.803	5.858
nEf pro Bedarfsgemeinschaft	0,55	0,56	0,56	0,54	0,53
davon (nEf)					
15 Jahre und älter ²	176	163	165	172	177
15 Jahre und älter (in % von nEf)	2,7%	2,6%	2,7%	3,0%	3,0%
darunter					
■ Frauen (15 Jahre und älter)	91	86	88	92	96
■ Frauen (in % von nEf – 15 Jahre und älter)	51,7%	52,8%	53,3%	53,5%	54,2%
Kinder unter 15 Jahre	6.329	6.207	6.019	5.631	5.681
unter 15 Jahre (in % von nEf)	97,3%	97,4%	97,3%	97,0%	97,0%
Kinder (unter 15 Jahre) pro Bedarfsgemeinschaft	0,54	0,54	0,54	0,52	0,52
darunter in Bedarfsgemeinschaften mit ...					
■ einem Kind	1.948	1.899	1.848	1.778	1.799
■ einem Kind (in % von Kindern unter 15 Jahren)	30,8%	30,6%	30,7%	31,6%	31,7%
■ zwei Kindern	2.240	2.158	2.104	1.966	2.020
■ zwei Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	35,4%	34,8%	35,0%	34,9%	35,6%
■ drei Kindern	1.152	1.179	1.158	1.098	1.080
■ drei Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	18,2%	19,0%	19,2%	19,5%	19,0%
■ vier und mehr Kindern	989	971	909	789	782
■ vier und mehr Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	15,6%	15,6%	15,1%	14,0%	13,8%

¹ nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (nEf – Empfängerinnen bzw. Empfänger von Sozialgeld)

² ermittelt aus nEf insgesamt und nEf im Alter von unter 15 Jahren (kleinere Abweichungen von den BA-Daten möglich)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 6:
Kinder und andere nicht
erwerbsfähige Hilfebedürftige
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven**

Stadt Bremen

In den 38.925 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen im März 2009 lebten mit den 52.316 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) insgesamt 20.402 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des SGB II (Sozialgeld-Empfänger/innen), 1.052 (4,9 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor.

Ein leicht gestiegener, aber insgesamt nur sehr kleiner Teil der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen war älter als 15 Jahre. In der Stadt Bremen waren dies im März 2009 insgesamt 945 (4,6 Prozent), darunter überdurchschnittlich viele Frauen (55,8 Prozent).

Der weit überwiegende Teil der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind Kinder im Alter von unter 15 Jahren: 19.457 bzw. 95,4 Prozent der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Dies waren 1.107 (5,4 Prozent) weniger als im März 2008. Insbesondere mit Inkrafttreten der Neuregelung des Kinderzuschlags gemäß § 6a Bundeskindergeldgesetz zum 1. Oktober 2008 ist die Zahl der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften – trotz Wirtschaftskrise – gesunken.⁴¹

33,0 Prozent (6.422) dieser Kinder im Alter von unter 15 Jahren lebten im März 2009 in Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind unter 15 Jahren, 36,0 Prozent (7.012) in Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern unter 15 Jahren. 19,1 Prozent (3.714) dieser Kinder lebten in Bedarfsgemeinschaften mit drei und 11,9 Prozent (2.309) in Bedarfsgemeinschaften mit vier und mehr Kindern im Alter von unter 15 Jahren.

Die Zahl der Kinder in Bedarfsgemeinschaften mit weniger als drei Kindern im Alter von unter 15 Jahren hat in der Stadt Bremen im Vorjahresvergleich (März 2008 – März 2009) um 5,2 Prozent (736) abgenommen, die Zahl der Kinder in Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern um 5,8 Prozent (371).

Stadt Bremerhaven

Im März 2009 lebten in den 11.030 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven mit den 15.288 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) insgesamt 5.858 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des SGB II (Sozialgeld-Empfänger/innen), 647 (9,9 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor.

Nur ein sehr kleiner Teil der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen war älter als 15 Jahre. In der Stadt Bremerhaven waren dies im März 2009 insgesamt lediglich 177 (3,0 Prozent), darunter 54,2 Prozent Frauen.

Der weit überwiegende Teil der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind Kinder im Alter von unter 15 Jahren: 5.681 bzw. 97,0 Prozent der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Dies waren 648 (10,2 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor. In der Stadt Bremerhaven sank die Zahl der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nach Inkrafttreten der Neuregelung des Kinderzuschlags, anders als in der Stadt Bremen, kaum schneller als in den Monaten zuvor.⁴²

31,7 Prozent (1.799) dieser Kinder im Alter von unter 15 Jahren lebten im März 2009 in Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind unter 15 Jahren, 35,6 Prozent (2.020) in Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern unter 15 Jahren. 19,0 Prozent (1.080) dieser Kinder lebten in Bedarfsgemeinschaften mit drei und 13,8 Prozent (782) in Bedarfsgemeinschaften mit vier und mehr Kindern im Alter von unter 15 Jahren.

Die Zahl der Kinder in Bedarfsgemeinschaften mit weniger als drei Kindern im Alter von unter 15 Jahren hat in der Stadt Bremerhaven im Vorjahresvergleich (März 2008 – März 2009) um 8,8 Prozent (369) abgenommen, die Zahl der Kinder in Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern um 13,0 Prozent (279).

⁴¹ Vgl. dazu auch die Tabelle und Anmerkungen zu den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern (Tabelle 2.1) und die Anmerkungen zu Abbildung 4.

⁴² Vgl. dazu auch die Tabelle und Anmerkungen zu den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern (Tabelle 2.2) und die Anmerkungen zu Abbildung 4.

**Tabelle 7: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven**

März 2009 – revidierte Daten

	Bremen	Bremerhaven
Bedarfsgemeinschaften (BG) insgesamt	38.925	11.030
darunter		
Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit Kindern (unter 18 Jahren)	5.736	1.657
mit Kindern (unter 18 Jahren) (in % von BG insgesamt)	14,7%	15,0%
darunter		
Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit Kindern		
■ mit einem Kind unter 18 Jahren	2.356	708
in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	41,1%	42,7%
■ mit zwei Kindern unter 18 Jahren	1.902	523
in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	33,2%	31,6%
■ mit drei Kindern unter 18 Jahren	937	262
in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	16,3%	15,8%
■ mit vier Kindern unter 18 Jahren	361	100
in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	6,3%	6,0%
■ mit fünf und mehr Kindern unter 18 Jahren	180	64
in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	3,1%	3,9%
Alleinerziehende mit Kindern (unter 18 Jahren)	7.359	2.112
■ mit Kindern (unter 18 Jahren) (in % von BG insgesamt)	18,9%	19,1%
darunter		
(Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren)		
■ mit einem Kind unter 18 Jahren	4.448	1.219
in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	60,4%	57,7%
■ mit zwei Kindern unter 18 Jahren	2.080	625
in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	28,3%	29,6%
■ mit drei Kindern unter 18 Jahren	594	188
in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	8,1%	8,9%
■ mit vier Kindern unter 18 Jahren	176	57
in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	2,4%	2,7%
■ mit fünf und mehr Kindern unter 18 Jahren	61	23
in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	0,8%	1,1%
Kinder im Alter von unter 18 Jahren¹	22.754	6.650
darunter		
■ in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender ¹	11.409	3.380
in % von Kindern unter 18 Jahren	50,1%	50,8%

¹ Die Zahl der Kinder wurde aus der Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit ein, zwei, drei, vier, fünf und mehr Kindern ermittelt.

Bei den Bedarfsgemeinschaften mit fünf und mehr Kindern wurden durchschnittlich 5,166 Kinder unterstellt.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 7:
SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern
im Alter von unter 18 Jahren
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven**

Stadt Bremen

Von den 38.925 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften im März 2009 waren 5.736 (14,7 Prozent) Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (März 2008: 6.243) und 7.359 (18,9 Prozent) Alleinerziehende mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (März 2008: 7.480).

In diesen insgesamt 13.095 Bedarfsgemeinschaften bzw. 33,6 Prozent der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt (März 2008: 34,9 Prozent) lebten etwa 22.754 Kinder im Alter von unter 18 Jahren, davon 11.409 (50,1 Prozent) in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender.⁴³ Ein Jahr zuvor, im März 2008, lebten etwa 24.039 Kinder im Alter von unter 18 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, darunter 11.615 (48,3 Prozent) in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender. Der Anstieg des Anteils der Kinder in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender hat sich damit im Untersuchungszeitraum fortgesetzt.

Von den 5.736 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Ehepaaren bzw. Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahre hatten 41,1 Prozent (2.356) ein Kind, 33,2 Prozent (1.902) zwei Kinder und 16,3 Prozent (937) drei Kinder im Alter von unter 18 Jahren. In 6,3 Prozent (361) dieser Bedarfsgemeinschaften lebten vier Kinder und in 3,1 Prozent (180) fünf und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

Im Durchschnitt lebten mit diesen 5.736 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Ehepaaren bzw. Lebensgemeinschaften etwa 1,98 Kinder pro Bedarfsgemeinschaft (März 2008: 1,99).

Von den 7.359 Alleinerziehenden – davon etwa 95 Prozent Frauen – hatten 60,4 Prozent (4.448) ein Kind und 28,3 Prozent (2.080) zwei Kinder im Alter von unter 18 Jahren. 8,1 Prozent (594) hatten drei, 2,4 Prozent (176) vier und 0,8 Prozent (61) fünf und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

Im Durchschnitt lebten mit den 7.359 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Alleinerziehenden etwa 1,55 Kinder pro Bedarfsgemeinschaft – deutlich weniger als bei den Ehepaaren bzw. Lebensgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (März 2008: ebenfalls 1,55).

Stadt Bremerhaven

Von den 11.030 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften im März 2009 waren 1.657 (15,0 Prozent) Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (März 2008: 2.004) und 2.112 (19,1 Prozent) Alleinerziehende mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (März 2008: 2.146).

In diesen insgesamt 3.769 Bedarfsgemeinschaften bzw. 34,2 Prozent der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt (März 2008: 35,3 Prozent) lebten etwa 6.650 Kinder im Alter von unter 18 Jahren, davon 3.380 in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender.⁴⁴ Ein Jahr zuvor, im März 2008, lebten etwa 7.398 Kinder im Alter von unter 18 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, darunter 3.399 in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender. Der Anteil der Kinder in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender ist im Verbleich zum März 2008 deutlich gestiegen: von 45,9 Prozent im März 2008 auf 50,8 Prozent im März 2009.

Von den 1.657 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Ehepaaren bzw. Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahre hatten 42,7 Prozent (708) ein Kind, 31,6 Prozent (523) zwei Kinder und 15,8 Prozent (262) drei Kinder im Alter von unter 18 Jahren. In 6,0 Prozent (100) dieser Bedarfsgemeinschaften lebten vier Kinder und in 3,9 Prozent (64) fünf und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

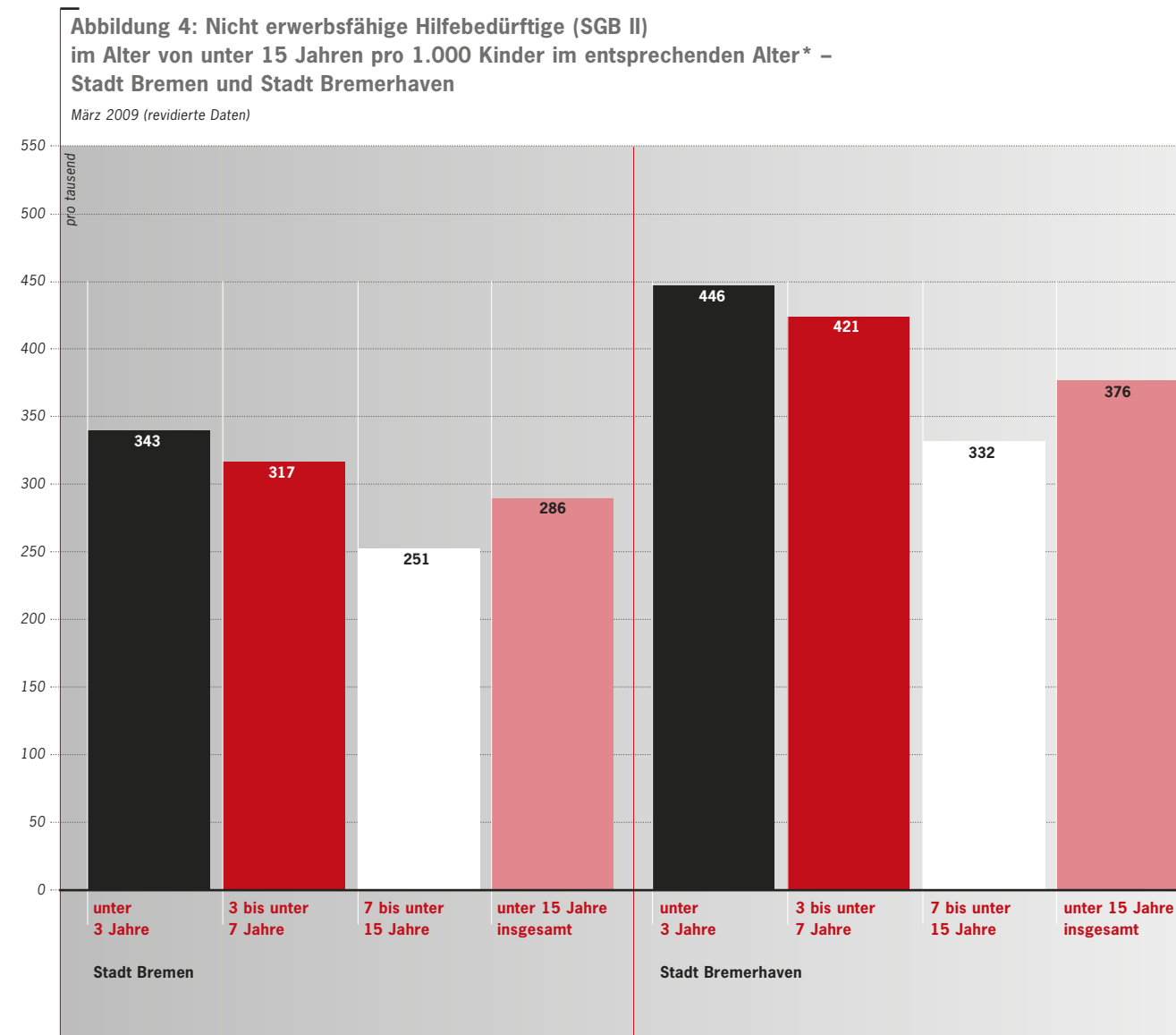
Im Durchschnitt lebten mit diesen 1.657 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Ehepaaren bzw. Lebensgemeinschaften etwa 1,97 Kinder pro Bedarfsgemeinschaft (März 2008: 2,00).

Von den 2.112 Alleinerziehenden hatten 57,7 Prozent (1.219) ein Kind und 29,6 Prozent (625) zwei Kinder im Alter von unter 18 Jahren. 8,9 Prozent (188) hatten drei, 2,7 Prozent (57) vier und 1,1 Prozent (23) fünf und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

Im Durchschnitt lebten mit den 2.112 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Alleinerziehenden etwa 1,60 Kinder pro Bedarfsgemeinschaft – deutlich weniger als bei den Ehepaaren bzw. Lebensgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (März 2008: 1,58).

⁴³ Neben diesen 22.754 Kindern in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften lebten noch 161 Kinder im Alter von unter 18 Jahren in SGB-XII-Bedarfsgemeinschaften (Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen). Im Vorjahr (März 2008) waren dies gemäß revidierter Statistik 144.

⁴⁴ Neben diesen 6.650 Kindern in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften lebten noch 43 Kinder im Alter von unter 18 Jahren in SGB-XII-Bedarfsgemeinschaften (Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen). Im Vorjahr (März 2008) waren dies gemäß revidierter Statistik 34.



* Einwohner/innen Ende 2008

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen.

**Zu Abbildung 4:
Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (SGB II)
im Alter von unter 15 Jahren
pro 1.000 Kinder im entsprechenden Alter
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven**

Stadt Bremen

Im März 2009 lebten in der Stadt Bremen 286 von 1.000 Kindern im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (März 2008: 299). Zur Erinnerung: Ende 2004, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten des SGB II, lebten in der Stadt Bremen 206 von 1.000 Kindern im Alter von unter 15 Jahren in Familien (Haushalten), die auf Sozialhilfe angewiesen waren.⁴⁵

Die Quote der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nimmt mit zunehmendem Alter ab. Von jeweils 1.000 Kindern im Alter von unter 3 Jahren lebten 343 (März 2008: 365), von jeweils 1.000 Kindern im Alter von 3 bis unter 7 Jahren 317 (März 2008: 322) und von jeweils 1.000 Kindern im Alter von 7 bis unter 15 Jahren 251 in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (März 2008: 265).

Stadt Bremerhaven

In der Stadt Bremerhaven lebten im März 2009 376 von 1.000 Kindern im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (März 2008: 411). Zur Erinnerung: Ende 2004, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten des SGB II, lebten in der Stadt Bremerhaven 287 von 1.000 Kindern im Alter von unter 15 Jahren in Familien (Haushalten), die auf Sozialhilfe angewiesen waren.⁴⁶

Die Quote der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nimmt mit zunehmendem Alter ab. Von jeweils 1.000 Kindern im Alter von unter 3 Jahren lebten 446 (März 2008: 508), von jeweils 1.000 Kindern im Alter von 3 bis unter 7 Jahren 421 (März 2008: 457) und von jeweils 1.000 Kindern im Alter von 7 bis unter 15 Jahren 332 in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (März 2008: 357).

Der Anteil der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften lag in der Stadt Bremerhaven 31,6 Prozent (nicht Prozentpunkte) über dem entsprechenden Anteil in der Stadt Bremen (März 2008: 37,3 Prozent).

Die Quote der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in der Stadt Bremerhaven (37,6 Prozent) wurde im März 2009 im Vergleich von 412 Kreisen (der insgesamt 413 Kreise) in der Bundesrepublik Deutschland⁴⁷ nur in der Landeshauptstadt Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) übertroffen (37,9 Prozent). Die zweit- und dritthöchste Quote aller 326 westdeutschen Kreise wurde für die kreisfreien Städte Offenbach am Main und Gelsenkirchen errechnet. In Offenbach am Main lebten im März 2009 34,4 Prozent, in Gelsenkirchen 32,6 Prozent der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften.

⁴⁵ Vgl. Armutsbericht 2005, S. 117 und Tabelle 2.2/2004 (S. 96). Inwieweit Ende 2004 Arbeitslosenhilfe-Empfänger/innen mit Kindern im entsprechenden Alter einen gegebenenfalls bestehenden Anspruch auf Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) nicht geltend machten, ist nicht bekannt. Die Kinder von Arbeitslosenhilfeempfänger/innen, die Ende 2004 ergänzende Sozialhilfe erhielten, sind jedoch in der Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen enthalten.

⁴⁶ Vgl. Armutsbericht 2005, S. 118 und Tabelle 2.3/2004 (S. 98). Inwieweit Ende 2004 Arbeitslosenhilfe-Empfänger/innen mit Kindern im entsprechenden Alter einen gegebenenfalls bestehenden Anspruch auf Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) nicht geltend machten, ist nicht bekannt. Die Kinder von Arbeitslosenhilfeempfänger/innen, die Ende 2004 ergänzende Sozialhilfe erhielten, sind jedoch in der Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen enthalten.

⁴⁷ Für den Salzlandkreis lagen keine entsprechenden Daten vor. Anmerkung: Die Gesamtzahl der Kreise hat sich gegenüber März 2008 von 429 auf 413 verringert.

Tabelle 8.1: Anteil der Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Empfänger/innen (unter 15 Jahre) an der Bevölkerung im entsprechenden Alter – Stadt- und Ortsteile Bremen

März 2009		Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro Einwohner/in im Alter von 15 bis unter 65 Jahren			Sozialgeld-Empfänger/innen unter 15 Jahre
		insgesamt	Männer	Frauen	pro Einwohner/in unter 15 ²
Stadt / Stadtteil / Ortsteil					
Stadt Bremen insgesamt		14,4%	14,2%	14,7%	28,6%
darunter Stadtteile und ausgewählte Ortsteile ¹					
11	Stadtteil Mitte	13,8%	15,7%	11,5%	25,4%
21	Stadtteil Neustadt	13,0%	13,5%	12,4%	27,6%
213	Neustadt	10,4%	11,2%	9,5%	22,2%
215	Gartenstadt Süd	14,9%	12,8%	16,8%	35,5%
23	Stadtteil Obervieland	12,6%	11,5%	13,7%	26,3%
231	Habenhausen	2,5%	2,6%	2,5%	6,3%
233	Kattenturm	23,7%	21,6%	25,6%	46,7%
24	Stadtteil Huchting	18,6%	16,1%	20,9%	38,3%
244	Grolland	3,6%	4,0%	3,3%	5,4%
25	Stadtteil Woltmershausen	17,6%	17,1%	18,0%	33,5%
251	Woltmershausen	19,6%	18,7%	20,5%	37,4%
252	Rablinghausen	9,7%	10,7%	8,8%	19,3%
31	Stadtteil Östliche Vorstadt	9,9%	11,4%	8,4%	17,8%
32	Stadtteil Schwachhausen	4,5%	4,6%	4,4%	8,2%
33	Stadtteil Vahr	21,8%	19,0%	24,3%	44,1%
331	Gartenstadt Vahr	11,3%	10,7%	11,8%	22,1%
332	Neue Vahr Nord	27,5%	23,0%	31,6%	55,0%
34	Stadtteil Horn-Lehe	6,3%	6,1%	6,6%	12,9%
351	Borgfeld³	1,8%	2,0%	1,6%	2,1%
361	Oberneuland³	3,4%	3,7%	3,2%	3,6%
37	Stadtteil Osterholz	20,0%	18,8%	21,3%	38,8%
373	Tenever	33,3%	30,5%	36,1%	54,4%
374	Osterholz	5,5%	5,6%	5,3%	7,6%
38	Stadtteil Hemelingen	13,9%	13,8%	14,0%	27,5%
383	Hemelingen	20,6%	19,7%	21,4%	38,3%
384	Arbergen	5,7%	5,3%	6,1%	11,6%
42	Stadtteil Findorff	10,7%	11,3%	10,1%	18,1%
43	Stadtteil Walle	18,1%	18,4%	17,8%	33,9%
44	Stadtteil Gröpelingen	25,9%	24,5%	27,3%	45,5%
442	Gröpelingen ³	30,6%	27,7%	33,2%	53,0%
445	Oslebshausen ⁴	18,2%	16,7%	19,8%	37,9%
51	Stadtteil Burglesum	13,7%	13,1%	14,2%	26,3%
513	Burgdamm	20,3%	18,5%	21,9%	35,1%
515	St. Magnus	6,4%	6,2%	6,3%	11,3%
52	Stadtteil Vegesack	16,4%	15,6%	17,1%	30,7%
523	Schönebeck	9,1%	8,3%	9,7%	18,1%
525	Fähr-Lobbendorf	18,1%	17,5%	18,7%	33,2%
53	Stadtteil Blumenthal	18,5%	17,6%	19,3%	33,0%
533	Lüssum-Bockhorn	21,9%	20,7%	23,0%	37,9%
535	Rekum	7,7%	7,1%	8,2%	17,3%
	Maximum (Ortsteile)	33,3%	30,5%	36,1%	55,0%
	Minimum (Ortsteile)	1,8%	2,0%	1,6%	2,1%

¹ Ohne Stadtteil Häfen und ohne die Ortsteile Blockland, Seehausen und Strom.

² Stadt- und Ortsteildaten auf Basis der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt errechnet (geschätzt).

Anteil der Kinder unter 15 Jahren an den nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in der Stadt Bremen: 95,37 Prozent.

³ Ortsteile, die keinem Stadtteil zugeordnet sind.

⁴ Inklusive Ortsteil In den Wischen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 8.1:
Anteil der Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Empfänger/innen (unter 15 Jahre) an der Bevölkerung im entsprechenden Alter Stadt Bremen: Stadtteile und ausgewählte Ortsteile**

Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (erwerbsfähige Hilfebedürftige)

Im März 2009 waren im stadtbremischen Durchschnitt 14,4 Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren beziehungsweise 14,2 Prozent der Männer und 14,7 Prozent der Frauen im entsprechenden Alter auf Arbeitslosengeld II angewiesen (erwerbsfähige Hilfebedürftige).

Die entsprechenden Anteile (Quoten) in den Stadtteilen (ohne die Ortsteile, die keinem Stadtteil zugeordnet sind) reichten bei der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren insgesamt von 4,5 Prozent im Stadtteil Schwachhausen (März 2008: 4,7 Prozent) bis 25,9 Prozent im Stadtteil Gröpelingen (März 2008: 26,2 Prozent). Die drei Stadtteile mit der höchsten Arbeitslosengeld-II-Quote sind, wie im März 2008, neben dem Stadtteil Gröpelingen (25,9 Prozent) die Stadtteile Vahr (21,8 Prozent; März 2008: 22,8 Prozent) und Osterholz (20,0 Prozent; März 2008: 20,6 Prozent).

Die entsprechenden Quoten in den Ortsteilen reichten bei der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 1,8 Prozent in Borgfeld (März 2008: 1,7 Prozent) bis 33,3 Prozent in Tenever (März 2008: 34,9 Prozent). Die drei Ortsteile mit der höchsten Arbeitslosengeld-II-Quote sind, wie ein Jahr zuvor, neben Tenever (33,3 Prozent) die Ortsteile Gröpelingen (30,6 Prozent; März 2008: 30,5 Prozent) und Neue Vahr Nord (27,5 Prozent; März 2008: 28,8 Prozent).

Die Arbeitslosengeld-II-Quoten der Frauen reichen auf Stadtteilebene von 4,4 Prozent in Schwachhausen (März 2008: 4,6 Prozent) bis 27,3 Prozent in Gröpelingen (März 2008: ebenfalls 27,3 Prozent), die der Männer von 4,6 Prozent in Schwachhausen (März 2008: 4,9 Prozent) bis 24,5 Prozent in Gröpelingen (März 2008: 25,0 Prozent).

Auf Ortsteilebene reichen die Arbeitslosengeld-II-Quoten bei den Frauen von 1,6 Prozent in Borgfeld (wie im März 2008) bis 36,1

Prozent in Tenever (März 2008: 37,8 Prozent), bei den Männern von 2,0 Prozent in Borgfeld (März 2008: 1,8 Prozent) bis 30,5 Prozent in Tenever (März 2008: 32,1 Prozent).

In Stadt- und Ortsteilen mit einer unterdurchschnittlichen bis durchschnittlichen Arbeitslosengeld-II-Quote ist die Arbeitslosengeld-II-Quote der Männer in der Regel höher als die der Frauen. Andererseits ist die Arbeitslosengeld-II-Quote der Frauen in Stadt- und Ortsteilen mit einer deutlich überdurchschnittlichen Arbeitslosengeld-II-Quote in der Regel höher als die der Männer.

Sozialgeld-Empfänger/innen unter 15 Jahre (nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 15 Jahre)

Im März 2008 lebten im stadtbremischen Durchschnitt 28,6 Prozent der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Das heißt, ihre Mütter und/oder Väter waren – ganz oder ergänzend – auf Arbeitslosengeld II angewiesen.

Die entsprechenden Quoten reichten in den Stadtteilen (ohne die Ortsteile, die keinem Stadtteil zugeordnet sind) von 8,2 Prozent im Stadtteil Schwachhausen (März 2008: 9,0 Prozent) bis 45,5 Prozent im Stadtteil Gröpelingen (März 2008: 46,5 Prozent). Die drei Stadtteile mit der höchsten Quote von Kindern unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften sind neben dem Stadtteil Gröpelingen (45,5 Prozent) die Stadtteile Vahr (44,1 Prozent; März 2008: 46,0 Prozent) und Osterholz (38,8 Prozent; März 2008: 41,8 Prozent).

Die entsprechenden Quoten in den Ortsteilen reichten von 2,1 Prozent in Borgfeld (März 2008: ebenfalls 2,1 Prozent) bis 55,0 Prozent in Neue Vahr Nord (März 2008: 58,7 Prozent). Die drei Ortsteile mit der höchsten Quote von Kindern unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften sind neben Neue Vahr Nord (55,0 Prozent) die Ortsteile Tenever (54,4 Prozent; März 2008: 58,8 Prozent) und Gröpelingen (53,0 Prozent; März 2008: 54,4 Prozent).

Tabelle 8.2: Anteil der Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Empfänger/innen (unter 15 Jahre) an der Bevölkerung im entsprechenden Alter – Stadt- und Ortsteile Bremerhaven

März 2009

Stadt / Stadtteil / Ortsteil	Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro Einwohner/in im Alter von 15 bis unter 65 Jahren			Sozialgeld-Empfänger/innen unter 15 Jahre
	insgesamt	Männer	Frauen	pro Einwohner/in unter 15 ¹
Stadt Bremerhaven insgesamt	20,6%	19,8%	21,4%	37,6%
darunter Stadtteile und ausgewählte Ortsteile				
11 Stadtteil Weddewarden	5,3%	5,7%	5,0%	10,4%
12 Stadtteil Leherheide	20,1%	17,6%	22,3%	36,9%
121 Königshöhe	7,1%	7,2%	6,9%	13,1%
122 Fehrmoor	3,5%	3,2%	3,8%	9,8%
123 Leherheide-West	36,3%	31,7%	40,1%	57,9%
13 Stadtteil Lehe	23,4%	23,2%	23,5%	38,5%
131 Speckenbüttel	3,6%	3,8%	3,5%	5,0%
132 Eckernfeld	9,1%	8,9%	9,3%	17,6%
133 Twischkamp	28,5%	29,2%	27,5%	50,5%
134 Goethestraße	40,0%	37,5%	42,3%	58,8%
135 Klushof	30,0%	28,5%	31,4%	56,5%
136 Schierholz	11,6%	12,4%	10,8%	19,3%
137 Buschkämpen	5,9%	7,5%	4,2%	22,7%
14 Stadtteil Mitte	20,8%	20,3%	21,1%	47,6%
141 Mitte-Süd	18,8%	19,2%	17,9%	38,7%
142 Mitte-Nord	22,1%	21,0%	22,9%	50,8%
21 Geestemünde	24,3%	23,5%	24,8%	45,5%
211 Geestemünde-Nord	16,5%	16,4%	16,5%	35,0%
212 Geestendorf	27,2%	26,0%	28,1%	50,8%
213 Geestemünde-Süd	21,2%	18,9%	23,5%	40,1%
214 Bürgerpark	17,8%	16,9%	18,2%	37,5%
215 Grünhöfe	33,4%	33,3%	33,3%	53,1%
22 Stadtteil Schiffdorferdamm	5,2%	6,0%	4,4%	12,5%
23 Stadtteil Surheide	3,6%	3,2%	4,0%	4,2%
24 Stadtteil Wulsdorf	12,2%	12,0%	12,2%	22,1%
241 Dreibergen	16,6%	16,3%	16,9%	28,1%
242 Jedutenberg	7,9%	7,8%	7,9%	15,8%
25 Stadtteil Fischereihafen	5,8%	7,5%	3,6%	9,7%
Maximum (Ortsteile)	40,0%	37,5%	42,3%	58,8%
Minimum (Ortsteile)	3,5%	3,2%	3,5%	4,2%

¹ Stadt- und Ortsteildaten auf Basis der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt errechnet (geschätzt).

Anteil der Kinder unter 15 Jahren an den nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in der Stadt Bremerhaven: 96,98 Prozent.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Magistrat Bremerhaven; eigene Berechnungen.

Zu Tabelle 8.2.:

Anteil der Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Empfänger/innen (unter 15 Jahre) an der Bevölkerung im entsprechenden Alter

Stadt Bremerhaven: Stadtteile und Ortsteile

Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (erwerbsfähige Hilfebedürftige)

Im März 2008 waren in der Stadt Bremerhaven durchschnittlich 20,6 Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren beziehungsweise 19,8 Prozent der Männer und 21,4 Prozent der Frauen im entsprechenden Alter auf Arbeitslosengeld II angewiesen (erwerbsfähige Hilfebedürftige).

Die entsprechenden Anteile (Quoten) in den Stadtteilen reichten bei der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren insgesamt von 3,6 Prozent im Stadtteil Surheide (März 2008: 4,0 Prozent) bis 24,3 Prozent im Stadtteil Geestemünde (März 2008: 25,7 Prozent). Die vier Stadtteile mit der höchsten Arbeitslosengeld-II-Quote sind neben dem Stadtteil Geestemünde (24,3 Prozent) die Stadtteile Lehe (23,4 Prozent; März 2008: 25,3 Prozent), Mitte (20,8 Prozent; März 2008: 22,9 Prozent) und Leherheide (20,1 Prozent; März 2008: 21,6 Prozent).

Die entsprechenden Quoten in den Ortsteilen reichten bei der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 3,5 Prozent in Fehrmoor (März 2008: 4,0 Prozent) bis 40,0 Prozent im Ortsteil Goethestraße (März 2008: 42,3 Prozent). Die drei Ortsteile mit der höchsten Arbeitslosengeld-II-Quote sind neben dem Ortsteil Goethestraße (40,0 Prozent) die Ortsteile Leherheide-West (36,3 Prozent; März 2008: 38,7 Prozent) und Grünhöfe (33,4 Prozent; März 2008: 36,0 Prozent).

Die Arbeitslosengeld-II-Quoten der Frauen reichen auf Stadtteilebene von 3,6 Prozent im Stadtteil Fischereihafen (März 2008: 8,8 Prozent) bis 24,8 Prozent in Geestemünde (März 2008: 26,3 Prozent), die der Männer von 3,2 Prozent in Surheide (März 2008: 3,9 Prozent) bis 23,5 Prozent in Geestemünde (März 2008: 25,1 Prozent).

Auf Ortsteilebene reichen die Arbeitslosengeld-II-Quoten bei den Frauen von 3,5 Prozent

in Speckenbüttel (März 2008: 4,2 Prozent) bis 42,3 Prozent im Ortsteil Goethestraße (März 2008: 44,0 Prozent), bei den Männern von 3,2 Prozent in Fehrmoor (März 2008: ebenfalls 3,2 Prozent) bis 37,5 Prozent im Ortsteil Goethestraße (März 2008: 40,5 Prozent).

Sozialgeld-Empfänger/innen unter 15 Jahre (nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 15 Jahre)

Im März 2009 lebten in der Stadt Bremerhaven 37,6 Prozent der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Das heißt, ihre Mütter und/oder Väter waren – ganz oder ergänzend – auf Arbeitslosengeld II angewiesen.

Die entsprechenden Quoten reichten in den Stadtteilen von 4,2 Prozent im Stadtteil Surheide (März 2008: 8,7 Prozent) bis 47,6 Prozent im Stadtteil Mitte (März 2008: 50,9 Prozent). Die vier Stadtteile mit der höchsten Quote von Kindern unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften sind neben dem Stadtteil Mitte (47,6 Prozent) die Stadtteile Geestemünde (45,5 Prozent; März 2008: 48,9 Prozent), Lehe (38,5 Prozent; März 2008: 43,4 Prozent) und Leherheide (36,9 Prozent; März 2008: 39,5 Prozent).

Die entsprechenden Quoten in den Ortsteilen reichten von 4,2 Prozent in Surheide (Stadtteil und zugleich Ortsteil; März 2008: 8,7 Prozent) bis 58,8 Prozent im Ortsteil Goethestraße (März 2008: 64,7 Prozent). Die drei Ortsteile mit der höchsten Quote von Kindern unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften sind neben dem Ortsteil Goethestraße (58,8 Prozent) die Ortsteile Leherheide-West (57,9 Prozent; März 2008: 62,7 Prozent) und Klushof (56,5 Prozent; März 2008: 59,4 Prozent).

Tabelle 9.1: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (BG): Ausgaben für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Bund und Kommunen) pro Monat – Stadt Bremen

revidierte Daten nach Wartezeit von drei Monaten

	insgesamt (brutto)				Arbeitslosengeld II ohne LfU (netto)		Sozialgeld ohne LfU (netto)		Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)			SV-Beiträge		Sonstige Leistungen	
	Mio. Euro	Euro/BG	Euro/LE*	Euro/Alg-II-E**	Mio. Euro	Euro/Alg-II-E**	Mio. Euro	Euro/SG-E	Mio. Euro	Euro/BG	Euro/LE*	Mio. Euro	Euro/Alg-II-E**	Mio. Euro	Euro/LE*
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -	- 12 -	- 13 -	- 14 -	- 15 -
2006	37,7	877	484	672	14,7	262	0,8	35	13,4	313	172	8,6	153	0,2	3
2007	33,8	849	444	620	13,8	253	0,7	33	13,1	328	172	6,0	111	0,2	3
2008	33,2	856	450	630	13,3	252	0,7	33	13,0	335	176	6,0	113	0,2	3
1. Qua. 08	33,5	853	445	624	13,5	251	0,7	33	13,0	332	173	6,0	113	0,2	3
1. Qua. 09	33,9	879	470	654	13,4	259	0,7	33	13,2	342	183	6,4	123	0,3	4
Jan 2007	34,3	850	446	622	14,0	253	0,7	34	13,2	328	172	6,2	112	0,2	3
Feb 2007	34,5	850	446	621	14,1	253	0,7	34	13,3	327	172	6,2	112	0,2	3
Mrz 2007	34,7	852	447	622	14,1	253	0,7	34	13,4	329	172	6,2	112	0,2	3
Apr 2007	34,4	849	446	620	14,0	252	0,7	34	13,3	328	172	6,2	111	0,3	3
Mai 2007	34,2	851	446	621	13,9	253	0,7	33	13,2	328	172	6,1	111	0,3	4
Jun 2007	34,0	848	444	618	13,8	251	0,7	33	13,1	327	171	6,1	111	0,2	3
Jul 2007	33,9	848	443	618	13,8	252	0,7	33	13,1	327	171	6,1	110	0,2	3
Aug 2007	33,6	845	443	618	13,7	252	0,7	33	13,0	327	171	6,0	111	0,2	3
Sep 2007	33,4	849	443	621	13,6	253	0,7	33	13,0	330	172	5,9	110	0,2	2
Okt 2007	33,3	849	444	622	13,5	253	0,7	33	13,0	331	173	5,9	109	0,2	3
Nov 2007	33,0	849	444	622	13,4	253	0,7	33	12,9	331	173	5,8	110	0,2	3
Dez 2007	32,8	844	441	618	13,3	252	0,7	33	12,8	329	172	5,8	109	0,2	2
Jan 2008	33,3	852	444	623	13,4	251	0,7	33	12,9	331	173	6,0	113	0,2	3
Feb 2008	33,6	853	446	624	13,5	251	0,7	33	13,1	332	173	6,1	112	0,2	3
Mrz 2008	33,5	853	446	624	13,5	250	0,7	33	13,1	333	174	6,0	112	0,3	4
Apr 2008	33,6	854	447	625	13,4	250	0,7	32	13,2	335	175	6,0	112	0,3	4
Mai 2008	33,4	855	447	626	13,4	250	0,7	32	13,1	336	176	6,0	112	0,3	4
Jun 2008	33,1	851	446	624	13,3	250	0,7	32	13,0	335	175	5,9	112	0,2	3
Jul 2008	33,4	858	449	630	13,4	253	0,7	33	13,1	336	176	6,0	113	0,2	3
Aug 2008	33,2	857	451	632	13,3	254	0,7	34	13,0	336	177	6,0	114	0,2	3
Sep 2008	33,1	857	450	632	13,3	253	0,7	33	13,0	337	177	5,9	113	0,2	3
Okt 2008	32,8	858	453	636	13,1	254	0,7	34	12,9	337	178	5,9	114	0,2	3
Nov 2008	32,5	863	458	642	13,0	257	0,7	34	12,8	339	180	5,8	115	0,2	2
Dez 2008	32,7	863	459	642	13,1	257	0,7	34	12,8	339	180	5,9	115	0,2	3
Jan 2009	33,5	875	467	652	13,3	258	0,7	33	13,0	340	181	6,3	123	0,2	3
Feb 2009	34,0	879	470	654	13,4	259	0,7	33	13,2	341	182	6,4	123	0,3	4
Mrz 2009	34,4	884	473	658	13,6	260	0,7	32	13,4	344	184	6,4	123	0,3	5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

* LE = Leistungsempfänger/in (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)

** E = Empfänger/in

**Zu Tabelle 9.1:
Ausgaben für SGB-II-Leistungen zur
Sicherung des Lebensunterhaltes pro Monat
Stadt Bremen**

Im ersten Quartal 2009 wurden in der Stadt Bremen vom Bund und der Stadt Bremen durchschnittlich 33,9 Millionen Euro pro Monat (brutto) für SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ausgegeben. Dies waren etwa 480.000 Euro pro Monat mehr als im ersten Quartal 2008.

Von den durchschnittlich 33,9 Millionen Euro im ersten Quartal 2009 entfielen 13,4 Millionen Euro (39,6 Prozent) auf das Arbeitslosengeld II, 0,7 Millionen Euro (2,0 Prozent) auf das Sozialgeld (jeweils ohne die Leistungen für Unterkunft und Heizung), 13,2 Millionen Euro (38,9 Prozent) auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung, 6,4 Millionen Euro (18,8 Prozent) auf die Beiträge zur Sozialversicherung und 0,3 Millionen Euro (0,8 Prozent) auf die sonstigen Leistungen⁴⁸.

Der Vergleich der SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes pro Bedarfsgemeinschaft, pro Leistungsempfänger/in⁴⁹ beziehungsweise pro Arbeitslosengeld-II-Empfänger/in im ersten Quartal der Jahre 2009 und 2008 zeigt: Die monatlichen Ausgaben pro Bedarfsgemeinschaft stiegen im Vergleich zum ersten Quartal 2008 um etwa 27 Euro (3,1 Prozent) auf 879 Euro, die Ausgaben pro Leistungsempfänger/in um etwa 24 Euro (5,5 Prozent) auf 470 Euro und die Ausgaben pro Arbeitslosengeld-II-Empfänger/in um 31 Euro (5,0 Prozent) auf 654 Euro.

Die Nettoausgaben für Arbeitslosengeld II pro Arbeitslosengeld-II-Empfänger/in (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie ohne Beiträge zur Sozialversicherung) stiegen im Vergleich des ersten Quartals 2009 mit dem ersten Quartal 2008 um etwa 8 Euro (3,2 Prozent) auf 259 Euro pro Monat.

Die monatlichen Ausgaben für Unterkunft und Heizung stiegen pro Bedarfsgemeinschaft um etwa 10 Euro (3,0 Prozent) auf 342 Euro. Pro Leistungsempfänger/in stiegen diese Ausgaben um etwa 9 Euro (5,3 Prozent) auf 183 Euro.

Von den Ausgaben im ersten Quartal 2009 hatte der Bund etwa 70,2 Prozent (23,8 Millionen Euro) und die Stadt Bremen 29,8 Prozent (10,1 Millionen Euro) zu tragen (erstes Quartal 2008: 71,5 Prozent beziehungsweise 28,5 Prozent).⁵⁰ Der Anteil der Stadt Bremen an den Ausgaben für SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ist damit weiter gestiegen – im Wesentlichen wegen des von 28,6 Prozent auf 25,4 Prozent reduzierten Anteils des Bundes an den kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Hinweis: Die in dieser Tabelle dargestellte Entwicklung der Ausgaben für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes gibt keine Auskunft über die in den Antragsverfahren anerkannten Bedarfe der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Im März 2009 wurden in der Stadt Bremen bei 21.860 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (56,2 Prozent der Bedarfsgemeinschaften insgesamt) Einkommen in Höhe von insgesamt über 9,5 Millionen Euro angerechnet, etwa 243 Euro pro Bedarfsgemeinschaft (März 2008: 255 Euro) beziehungsweise 433 Euro pro Bedarfsgemeinschaft mit anrechenbarem Einkommen (März 2008: 442 Euro).⁵¹ Unter den insgesamt 38.925 Bedarfsgemeinschaften waren unter anderem 14.540 (37,4 Prozent; März 2008: 38,6 Prozent) Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen aus Kindergeld und 10.135 (26,0 Prozent) Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit (März 2008: 26,4 Prozent). In 2.583 (6,6 Prozent; März 2008: 6,3 Prozent) Bedarfsgemeinschaften wurden Sozialleistungen angerechnet, darunter in 1.167 Bedarfsgemeinschaften Arbeitslosengeld gemäß SGB III (Arbeitsförderung); März 2008: 1.063.

⁴⁸ Als sonstige Leistungen werden von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit insbesondere die nicht von der Regelleistung umfassten kommunalen Leistungen zusammengefasst: Leistungen für Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte, für Erstausrüstungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt sowie für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen (§ 23 SGB II).

⁴⁹ Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Empfänger/innen zusammen.

⁵⁰ Die Kommunen haben gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II die Leistungen für Unterkunft und Heizung zu tragen. Der Bund beteiligt sich an diesen Leistungen gemäß § 46 Abs. 5 SGB II. Die Höhe des Bundesanteils ergibt sich aus den Absätzen 6 (bis 2008) und 7 (2009 ff.) des § 46 SGB II. Der Bundesanteil betrug in den Jahren 2005 und 2006 29,1 Prozent und im Jahr 2007 im Land Bremen und 13 weiteren Ländern 31,2 Prozent dieser Ausgaben (Baden-Württemberg 2007: 35,2 Prozent; Rheinland-Pfalz 2007: 41,2 Prozent). Im Jahr 2008 sank dieser Anteil im Land Bremen und 13 weiteren Ländern auf 28,6 Prozent (Baden-Württemberg 2008: 32,6 Prozent; Rheinland-Pfalz 2008: 38,6 Prozent) und im Jahr 2009 weiter auf 25,4 Prozent (Baden-Württemberg 2009: 29,4 Prozent; Rheinland-Pfalz 2009: 35,4 Prozent).

⁵¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA): Statistik der Grundversicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Berichtsmonat März 2009, Nürnberg; eigene Berechnungen.

Tabelle 9.2: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (BG): Ausgaben für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Bund und Kommunen) pro Monat – Stadt Bremerhaven

revidierte Daten nach Wartezeit von drei Monaten

	insgesamt (brutto)				Arbeitslosengeld II ohne LfU (netto)		Sozialgeld ohne LfU (netto)		Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)			SV-Beiträge		Sonstige Leistungen	
	Mio. Euro	Euro/BG	Euro/LE*	Euro/Alg-II-E**	Mio. Euro	Euro/Alg-II-E**	Mio. Euro	Euro/SG-E	Mio. Euro	Euro/BG	Euro/LE*	Mio. Euro	Euro/Alg-II-E**	Mio. Euro	Euro/LE*
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -	- 12 -	- 13 -	- 14 -	- 15 -
2006	11,1	865	465	645	4,4	258	0,2	31	3,8	298	160	2,6	149	0,1	3
2007	10,1	847	431	600	4,2	251	0,2	30	3,8	317	161	1,8	108	0,1	3
2008	9,6	850	434	606	4,0	250	0,2	31	3,6	317	162	1,8	114	0,1	3
1. Qua. 08	10,0	853	434	604	4,2	252	0,2	31	3,7	315	160	1,9	113	0,1	3
1. Qua. 09	9,6	872	454	630	3,8	253	0,2	31	3,6	328	171	1,9	123	0,1	4
Jan 2007	10,2	846	430	599	4,3	250	0,2	30	3,8	318	161	1,9	109	0,1	2
Feb 2007	10,2	846	431	598	4,3	251	0,2	30	3,8	315	161	1,9	109	0,1	3
Mrz 2007	10,3	846	431	599	4,3	251	0,2	30	3,8	317	161	1,9	109	0,1	2
Apr 2007	10,2	843	429	597	4,2	249	0,2	30	3,8	316	161	1,8	108	0,1	3
Mai 2007	10,1	848	431	600	4,2	250	0,2	30	3,8	319	162	1,8	108	0,1	4
Jun 2007	10,1	848	429	598	4,2	249	0,2	30	3,8	319	161	1,8	108	0,1	3
Jul 2007	10,1	849	430	600	4,2	251	0,2	30	3,8	319	162	1,8	108	0,1	3
Aug 2007	10,0	842	428	597	4,2	249	0,2	30	3,7	316	160	1,8	108	0,1	3
Sep 2007	10,0	849	431	601	4,2	253	0,2	31	3,7	317	161	1,8	108	0,1	2
Okt 2007	9,9	848	431	601	4,2	253	0,2	31	3,7	317	161	1,8	108	0,1	3
Nov 2007	9,9	851	433	605	4,2	254	0,2	31	3,7	319	163	1,8	109	0,0	2
Dez 2007	9,9	849	433	604	4,1	253	0,2	31	3,7	318	162	1,8	109	0,0	2
Jan 2008	10,0	852	433	603	4,2	252	0,2	31	3,7	315	160	1,9	113	0,1	3
Feb 2008	10,1	853	434	604	4,2	253	0,2	31	3,7	315	160	1,9	113	0,1	3
Mrz 2008	10,0	855	435	605	4,2	251	0,2	30	3,7	317	161	1,9	113	0,1	3
Apr 2008	10,0	855	436	606	4,1	250	0,2	31	3,7	317	162	1,9	114	0,1	4
Mai 2008	9,8	851	433	603	4,1	249	0,2	30	3,6	315	160	1,9	114	0,1	3
Jun 2008	9,7	847	431	601	4,0	248	0,2	31	3,6	316	160	1,8	113	0,1	3
Jul 2008	9,7	848	433	603	4,0	250	0,2	31	3,6	316	161	1,8	114	0,1	2
Aug 2008	9,4	841	430	600	3,9	247	0,2	31	3,5	314	160	1,8	114	0,0	2
Sep 2008	9,3	843	430	602	3,8	246	0,2	30	3,5	315	161	1,8	114	0,1	4
Okt 2008	9,2	846	435	608	3,8	249	0,2	30	3,5	318	163	1,7	114	0,1	3
Nov 2008	9,2	850	442	615	3,7	251	0,2	31	3,5	321	167	1,7	115	0,1	3
Dez 2008	9,2	855	444	617	3,7	251	0,2	32	3,5	325	169	1,7	116	0,1	3
Jan 2009	9,4	868	452	627	3,8	251	0,2	31	3,5	326	170	1,9	123	0,1	3
Feb 2009	9,6	872	454	630	3,9	254	0,2	31	3,6	326	170	1,9	123	0,1	3
Mrz 2009	9,7	877	457	633	3,9	253	0,2	30	3,6	330	172	1,9	123	0,1	5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

* LE = Leistungsempfänger/in (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)

** E = Empfänger/in

**Zu Tabelle 9.2:
Ausgaben für SGB-II-Leistungen zur
Sicherung des Lebensunterhaltes pro Monat
Stadt Bremerhaven**

Im ersten Quartal 2009 wurden in der Stadt Bremerhaven vom Bund und der Stadt Bremerhaven durchschnittlich 9,6 Millionen Euro pro Monat (brutto) für SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ausgegeben. Dies waren 480.000 Euro pro Monat weniger als im ersten Quartal 2008.

Von den durchschnittlich 9,6 Millionen Euro im ersten Quartal 2009 entfielen 40,1 Prozent (3,8 Millionen Euro) auf das Arbeitslosengeld II, 1,9 Prozent (0,2 Millionen Euro) auf das Sozialgeld (jeweils ohne die Leistungen für Unterkunft und Heizung), 37,6 Prozent (3,6 Millionen Euro) auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung, 19,6 Prozent (1,9 Millionen Euro) auf die Beiträge zur Sozialversicherung und 0,9 Prozent (0,1 Millionen Euro) auf die sonstigen Leistungen⁵².

Der Vergleich der SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes pro Bedarfsgemeinschaft, pro Leistungsempfänger/in⁵³ beziehungsweise pro Arbeitslosengeld-II-Empfänger/in im ersten Quartal der Jahre 2008 und 2009 zeigt: Die monatlichen Ausgaben pro Bedarfsgemeinschaft stiegen im Vergleich zum ersten Quartal 2008 um etwa 19 Euro (2,2 Prozent) auf 872 Euro, die Ausgaben pro Leistungsempfänger/in um etwa 20 Euro (4,7 Prozent) auf 454 Euro und die Ausgaben pro Arbeitslosengeld-II-Empfänger/in um 25 Euro (4,2 Prozent) auf 630 Euro.

Die Ausgaben pro Arbeitslosengeld-II-Empfänger/in lagen in der Stadt Bremerhaven im ersten Quartal 2009 mit 630 Euro etwa 25 Euro (3,8 Prozent) unter den entsprechenden Ausgaben in der Stadt Bremen – insbesondere wegen der geringeren Leistungen für Unterkunft und Heizung (niedrigere Mieten).

Die Nettoausgaben für Arbeitslosengeld II (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie ohne Beiträge zur Sozialversicherung) pro Arbeitslosengeld-II-Empfänger/in stiegen im Vergleich des ersten Quartals 2009 mit dem ersten Quartal 2008 lediglich um 0,60 Euro (0,2 Prozent) auf 253 Euro pro Monat.

Die monatlichen Ausgaben für Unterkunft und Heizung stiegen um etwa 12 Euro (3,8 Prozent) auf 328 Euro pro Bedarfsgemeinschaft beziehungsweise um etwa 10 Euro (6,4 Prozent) auf 171 Euro pro Leistungsempfänger/in.

Von den Ausgaben im ersten Quartal 2009 hatte der Bund etwa 71,1 Prozent (6,8 Millionen Euro) und die Stadt Bremerhaven 28,9 Prozent (2,8 Millionen Euro) zu tragen (erstes Quartal 2008: 72,9 Prozent beziehungsweise 27,1 Prozent).⁵⁴ Der Anteil der Stadt Bremerha-

ven an den Ausgaben für SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ist damit weiter gestiegen – im Wesentlichen wegen des von 28,6 Prozent auf 25,4 Prozent reduzierten Anteils des Bundes an den kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Hinweis: Die in dieser Tabelle dargestellte Entwicklung der Ausgaben für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes gibt keine Auskunft über die in den Antragsverfahren anerkannten Bedarfe der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Im März 2009 wurden in der Stadt Bremerhaven bei 6.283 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (57,0 Prozent der Bedarfsgemeinschaften insgesamt) Einkommen in Höhe von insgesamt 2,8 Millionen Euro angerechnet, etwa 254 Euro pro Bedarfsgemeinschaft (März 2008: 253 Euro) beziehungsweise 445 Euro pro Bedarfsgemeinschaft mit anrechenbarem Einkommen (März 2008: 443 Euro).⁵⁵ Unter den insgesamt 11.030 Bedarfsgemeinschaften waren unter anderem 4.312 Bedarfsgemeinschaften (39,1 Prozent; März 2008: 40,2 Prozent) mit anrechenbarem Einkommen aus Kindergeld und 2.782 Bedarfsgemeinschaften (25,2 Prozent) mit anrechenbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit (März 2008: 24,5 Prozent). In 857 (7,8 Prozent; März 2008: 7,3 Prozent) Bedarfsgemeinschaften wurden Sozialleistungen angerechnet, darunter in 325 Bedarfsgemeinschaften Arbeitslosengeld gemäß SGB III (Arbeitsförderung); März 2008: 313.

⁵² Als sonstige Leistungen werden von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit insbesondere die nicht von der Regelleistung umfassten kommunalen Leistungen zusammengefasst: Leistungen für Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte, für Erstausrüstungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt sowie für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen (§ 23 SGB II).

⁵³ Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Empfänger/innen zusammen.

⁵⁴ Die Kommunen haben gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II die Leistungen für Unterkunft und Heizung zu tragen. Der Bund beteiligt sich an diesen Leistungen gemäß § 46 Abs. 5 SGB II. Die Höhe des Bundesanteils ergibt sich aus den Absätzen 6 (bis 2008) und 7 (2009 ff.) des § 46 SGB II. Der Bundesanteil betrug in den Jahren 2005 und 2006 29,1 Prozent und im Jahr 2007 im Land Bremen und 13 weiteren Ländern 31,2 Prozent dieser Ausgaben (Baden-Württemberg 2007: 35,2 Prozent; Rheinland-Pfalz 2007: 41,2 Prozent). Im Jahr 2008 sank dieser Anteil im Land Bremen und 13 weiteren Ländern auf 28,6 Prozent (Baden-Württemberg 2008: 32,6 Prozent; Rheinland-Pfalz 2008: 38,6 Prozent) und im Jahr 2009 weiter auf 25,4 Prozent (Baden-Württemberg 2009: 29,4 Prozent; Rheinland-Pfalz 2009: 35,4 Prozent).

⁵⁵ Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA): Statistik der Grundversicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Berichtsmont März 2009; eigene Berechnungen.

Tabelle 10: Vergleich der zeitnah berichteten und nach einer Wartezeit von drei Monaten revidierten Daten: Erwerbsfähige Hilfebedürftige (Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) – Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven

	Stadt Bremen				Stadt Bremerhaven			
	Alg-II-E		Differenz Alg-II-E		Alg-II-E		Differenz Alg-II-E	
	vorläufig	revidiert	absolut	in v. H.	vorläufig	revidiert	absolut	in v. H.
Jan 2008	51.748	53.515	+1.767	+3,4%	16.209	16.598	+389	+2,4%
Feb 2008	52.162	53.814	+1.652	+3,2%	16.300	16.627	+327	+2,0%
Mrz 2008	51.836	53.713	+1.877	+3,6%	16.170	16.602	+432	+2,7%
Apr 2008	52.367	53.734	+1.367	+2,6%	16.153	16.469	+316	+2,0%
Mai 2008	51.965	53.401	+1.436	+2,8%	15.982	16.284	+302	+1,9%
Jun 2008	51.390	53.106	+1.716	+3,3%	15.621	16.147	+526	+3,4%
Jul 2008	51.768	53.095	+1.327	+2,6%	15.727	16.033	+306	+1,9%
Aug 2008	51.115	52.583	+1.468	+2,9%	15.401	15.728	+327	+2,1%
Sep 2008	50.514	52.369	+1.855	+3,7%	14.970	15.535	+565	+3,8%
Okt 2008	50.054	51.559	+1.505	+3,0%	14.801	15.211	+410	+2,8%
Nov 2008	49.174	50.653	+1.479	+3,0%	14.445	14.898	+453	+3,1%
Dez 2008	49.039	50.944	+1.905	+3,9%	14.370	14.932	+562	+3,9%
Jan 2009	49.501	51.378	+1.877	+3,8%	14.529	15.050	+521	+3,6%
Feb 2009	49.822	51.919	+2.097	+4,2%	14.743	15.190	+447	+3,0%
Mrz 2009	50.158	52.316	+2.158	+4,3%	14.782	15.288	+506	+3,4%
Apr 2009	50.866	52.424	+1.558	+3,1%	14.910	15.184	+274	+1,8%
Mai 2009	50.827	52.533	+1.706	+3,4%	14.661	15.046	+385	+2,6%
Jun 2009	51.274	.	.	.	14.757	.	.	.
Jul 2009	51.421	.	.	.	14.774	.	.	.
Aug 2009	50.809	.	.	.	14.475	.	.	.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 10:
Vergleich der zeitnah berichteten und nach einer Wartezeit von drei Monaten revidierten Daten: Erwerbsfähige Hilfebedürftige (Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen)**

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht die Daten zur »Grundsicherung für Arbeitsuchende« zunächst vorläufig. Die zeitnahe Berichterstattung – etwa zwei Wochen nach dem jeweiligen Stichtag (Monatsmitte) – wird nach einer Wartezeit von drei Monaten korrigiert. Begründung: »Für einen Teil der Fälle können von den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Leistungen erst nach Beginn des Zeitraumes bewilligt werden, für den die Hilfsbedürftigen einen Anspruch haben. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn zu spät eingereichte Antragsunterlagen zu einer nachträglichen Bewilligung führen. Andersherum kann eine zeitintensive Klärung sowie Überprüfung grundlegender Sachverhalte eine nachträgliche Aufhebung notwendig machen. Diese Fälle können bei der statistischen Auswertung der Verwaltungsdaten im aktuellen Monat noch nicht berücksichtigt werden. Nach einer gewissen Wartezeit führt eine erneute statistische Auswertung dann zu einem korrigierten Bild auf einer sichereren Grundlage.«⁵⁶

Der Vergleich der zeitnah berichteten Daten mit den nach einer Wartezeit von drei Monaten korrigierten Daten – hier am Beispiel der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen – zeigt: Die nach einer Wartezeit korrigierten Daten lagen bisher immer deutlich über den zeitnah berichteten Daten. Der absolute Korrekturbedarf schwankte seit Januar 2008 in der Stadt Bremen zwischen +1.327 (Juli 2008) und +2.158 (März 2009) und in der Stadt Bremerhaven von +274 (April 2009) und +565 (September 2008). Der relative Korrekturbedarf schwankte seit Januar 2008 in der Stadt Bremen zwischen +2,6 Prozent (April und Juli 2008) und +4,3 Prozent (März 2009) und in der Stadt Bremerhaven von +1,8 Prozent (April 2009) und +3,9 Prozent (Dezember 2008).

⁵⁶ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II: Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder – Juni 2006 – Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten, S. 4.

Wären die Nichtwähler im Berliner Bundestag vertreten, dann müsste man ihnen noch vor CDU/CSU und SPD den größten Platz im Plenarsaal freiräumen. Ist das noch normal? Mit dieser Frage hat sich die Arbeitnehmerkammer in ihrem neuen ›Bericht zur sozialen Lage‹ (vormals Armutsbericht) genauer auseinandergesetzt.

Diese Publikation ist Teil der Lageberichterstattung, die zu unserem gesetzlichen Auftrag gehört: Vor diesem Hintergrund veröffentlichen wir jährlich drei Berichte: das Statistische Jahrbuch, den Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen und den Bericht zur sozialen Lage mit einem jeweiligen Jahresschwerpunkt.

Das Land Bremen führt den Tross der wahlmüden Bundesländer im Westen an. Zugleich ist Bremen das Bundesland mit der – im Westen – höchsten Armutsquote. Auch im Stadtteilvergleich sind die Differenzen in Sachen Wahlbeteiligung beunruhigend: Während in den Quartieren der ›Gut-Situierten‹ Wahlbeteiligungen von über 80 Prozent (Schwachhausen: 83,82 Prozent) üblich sind, sacken sie in Stadtteilen mit geringer materieller und sozialer Sicherheit auf nahezu 50 Prozent ab. Der Zusammenhang von materieller Unsicherheit und Wahlverdrossenheit ist mittlerweile gut erforscht. Die Fragen aber, die sich daraus ergeben, sollten nicht bloß die Wissenschaft beschäftigen, sondern in aller erster Linie die Parteien.

Welche Probleme ergeben sich aus einer niedrigen Wahlbeteiligung für die Legitimation der Regierungen? Welche Gründe gibt es, sein Wahlrecht nicht in Anspruch zu nehmen? Welche Schlüsse könnten und müssten Parteien aus den Befunden der Wahlforschung ziehen? Auf diese Fragen möchten wir mit dem Bericht erste Antworten geben und hoffen, damit ein längerfristiges Nachdenken über die problematisch niedrige Wahlbeteiligung anzustoßen.

Tiefeninterviews mit Wähler/innen und Nichtwähler/innen, eine statistische Analyse der Wahlbeteiligung in den Bremer Stadtteilen sowie ein theoretischer Abriss über Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung – das sind die Kapitel dieses Berichts. Wie jedes Jahr bereiten wir im letzten Kapitel zusätzlich die Daten zur Armutsentwicklung im Land Bremen auf.

›Wahlverdrossenheit‹

